

170
1 60

Geschichte Südosteuropas
=====

1919 - 1956
=====

I. 1919 - 1944/45

II. 1944/45 - 1948

20 — a) Zusammenfassender Überblick (Südosteuropa)
b) Ungarn

- 20 1. Politik (auch Kabinette, Partei und Soziales)
2. Wirtschaft
3. Kultur
4. Kirche
5. Minderheiten

c) Rumänien
(Gliederung: wie Ungarn)

d) Bulgarien
(Gliederung: wie Ungarn)

e) Albanien
(Gliederung: wie Ungarn)

f) Jugoslawien
(Gliederung: wie Ungarn)

20 III. 1948 - 1953 (Zusammenfassender Überblick Südosteuropa)
(Gliederung: wie II)

20 IV. 1953 - 1956 " " "
(Gliederung: wie II)

V. Ausblick

Für die zusammenfassenden Übersichten bei II, III und IV sind etwa 75 Seiten, d.h. für jeden Zeitabschnitt 25 Seiten vorgesehen.

Für die Behandlung der einzelnen Länder in den Abschnitten II, III und IV sind vorgesehen insgesamt: Ungarn 100 S., Rumänien 100 S., Bulgarien 100 S., Albanien 40 S., Jugoslawien 100 S.

Bei den Untertiteln bei den einzelnen Ländern wäre auf folgende Verteilung hinzusteuern: Politik etwa 50 %, Wirtschaft etwa 20 %, Kultur etwa 10 %, Kirche etwa 12 %, Minderheiten etwa 8 %.

R u m ä n i e n

1953 - 1956



1. Politik

Die nach Stalins Tod (6. März 1953) in der Sowjetunion eingetretenen innenpolitischen Änderungen, die kurze Machtszeit Malenkows, das Emporsteigen Chruschtschows und die sogenannte Ära des Tauwetters wirkten sich auf Rumänien ~~bei~~ weitem weniger aus als auf Polen und Ungarn. Der führende Mann des herrschenden Regimes Gheorghiu-Dej erlitt keine Erschütterung seiner Position, die sich ^{nach} ~~(während der)~~ ^{von ihm gesteuerten} Parteisäuberungen, besonders jener, die 1952 begonnen hatte, ^{als zunächst fest erwies.} ~~fortgesetzt steigerte.~~ Zwar wurde ~~erwies~~ in Rumänien von einem "Neuen Kurs" gesprochen und eine gewisse Lockerung des kommunistischen Druckes auf die Bevölkerung ließ sich in mancher Hinsicht feststellen, aber die Entwicklung nahm weder so stürmische Formen an wie in den beiden erwähnten Ländern des Ostblocks, noch änderte sie etwas an der Grundhaltung der entscheidenden Kräfte.

Daß allerdings innerhalb der kommunistischen Partei ernste Spannungen bestanden, ergab sich aus der mehrfachen Verschiebung des Parteikongresses, der satzungsgemäß alle drei Jahre stattfinden sollte und für das Jahr 1951 (der 1. Kongreß war ^{über die Bühne gegangen} im Februar 1948 ~~abgelaufen~~) hätte ausgeschrieben werden müssen. Angesetzt wurde er indessen erst für März 1954, dann bis Ende Oktober verschoben, worauf es hieß, die Parteigliederungen müßten sich zunächst der Herbstsaat widmen, weswegen der Kongreß später stattfinden werde. Aber auch das Jahr 1955 ver-

strich und erst am 23. Dezember 1955, acht Jahre nach dem letzten Kongreß, wurde der "2. Kongreß der RAP" in Bukarest eröffnet. Er war ~~maßgebend~~ indem hier betrachteten Zeitabschnitt (1953-1956) das wichtigste innenpolitische Ereignis, weil sich ~~in den gehaltenen~~ ^{spiegelte sich} Ansprachen, vor allem in der Rede Gheorghiu-Dejs, die Lage des Landes deutlich widerspiegelte.

Gheorghiu-Dej hatte den Kongreß ~~verabschiedet~~ deshalb so weit hinausgeschoben, weil er die Wunden der Säuberung vernarben und durch zwei Preissenkungs^{infolge}wellen, im Jahre 1955, sowie durch Umbildung der Regierungs- und Parteispitze die weitverbreitete Unzufriedenheit besänftigen wollte. Im Einklang mit der nachstalinistischen Praxis der Trennung des obersten Partei- und Staatsamtes war auch Gheorghiu-Dej selbst ^{20.} am April 1954 als Generalsekretär der Partei zurückgetreten und hatte diesen Posten gleichzeitig abschaffen lassen. Die Ministerpräsidentschaft behielt er bei, doch dauerte diese Regelung nur anderthalb Jahre, denn im Oktober 1955 legte er das Amt des Ministerpräsidenten nieder und wurde der Erste Sekretär der Partei. Als Ministerpräsident folgte ihm sein bisheriger Stellvertreter, der Minister für Maschinenbau, der farblose Chivu Stoica. Zur Vorbereitung des Kongresses gehörte ferner eine Umänderung der Parteiorganisation, wobei das Orgbüro ^{beseitigt} ~~abgeschafft~~ und dessen Funktionen der Revisionskommission und der Kontrollkommission des ZK übertragen wurden.

Der Kongreß tagte vom 23. - 28. Dezember 1955. Es nahmen an ihm 767 Stimmberechtigte, 31 beratende Delegierte und "brüderliche Delegierte" aller kommunistischen Parteien der Welt teil, nicht aber die der jugoslawischen kommunistischen Partei, was ~~deshalb~~ Aufsehen erregte, weil im Juli 1955 Chruschtschow und Bulganin mit Marschall Tito in Belgrad Frieden ge-

geschlossen hatten.

Die stundenlangen Ausführungen Gheorghiu-Dejs steckten die Ziele des nächsten, mit 1956 beginnenden Fünfjahrplanes ab, enthielten reiches Zahlenmaterial, das sich auch auf Fehlschläge bezog, und behandelten die Rivalitäten der Partei, der es nicht gelungen sei, die gleiche ~~geschlossene~~ Geschlossenheit zu erreichen, wie ^{sich in den} die Parteien der übrigen Ostblockländer ^{zeigte}. Der Redner erwähnte drei Hauptprobleme, die gelöst werden müßten: Herstellung der Parteieinheit, Gewinnung der Arbeiter, nicht nur der Bürokraten, und Überwindung der Isolierung, in der sich die Partei befände. Er bekannte sich im Sinne des "Taufwatters" zur "innerparteilichen Demokratie" und zum "kollektiven Führungsprinzip", unterstrich jedoch, daß die "monolithische Einheit der Partei" allem anderen voranzugehen habe. Mit Anna Pauker, Vasile Luca und Teohari Georgescu seien "feindliche Elemente" in die Parteiführung eingedrungen, die nun ~~beseitigt~~ ^{entfernt} seien. Seine Lobpreisungen der Sowjetunion wurden nur einmal, als er die ~~langsamen~~ Fortschritte der Kollektivierung zu begründen suchte, von einem kurzen Hinweis auf die Möglichkeit begleitet, daß der Sozialismus sich in ^{jedem Land} ~~anderen Ländern~~ auf verschiedenartigen Wegen erreichen lasse. Der "konstruktiven Kritik", die damals in Ungarn und Polen oft beschworen wurde, machte er eine Verbeugung ~~mit einem zerknirschten Gesicht~~ und drohte strenge Bestrafung denen an, die ~~die Kritik~~ ^{die} unterdrücken wollten, doch forderte er eine ebenso scharfe Stellungnahme gegen ^{die} ~~Verfälschung~~ der Kritik zu demagogischen, der Partei schädlichen Zwecken.

Besonders beachtenswert war, daß sich die Mitgliederzahl der Partei (1947/48 : 900.000, 1948 nach Ausschluß von 192.000: 720.000) auf 538.815 verringert hatte. Trotz angestrebter Werbung hatte die Partei also in den letzten Jahren 182.000 Mitglieder verloren. Der Parteisekretär beklagte, daß selbst

unter den von der Säuberung nicht betroffenen Mitgliedern Interesselosigkeit und passive Resistenz auftrate. Der Rückgang erklärt sich hauptsächlich daraus, daß Mitglieder ihre Beiträge so lange nicht entrichteten, bis sie aus den Listen gelöscht wurden. ^{Sie} Aufnahme gesuche waren nicht zahlreich genug, um den Ausfall zu decken. Der Prozentsatz der Arbeiter unter den Parteimitgliedern stieg von 37 im Jahre 1951 auf 42, wobei zu beachten ist, daß viele Beamten, bauerlicher Herkunft oder solche, die Arbeiter ^{gewesen} waren, sich ^{immer noch} nicht als Arbeiter ~~auswiesen~~. Gheorghiu-Dej erklärte demnach, "wir müssen dafür sorgen, daß in unserer Partei die Zahl der Arbeiter ... ansteigt ... die doch die Vorhutpartei der Arbeiterklasse ist". ^{Im Augenblick} Gegenwärtig übertraf die Mitgliederzahl der Beamten die der Arbeiter, was sich auch in einer Bürokratisierung des Parteiwesens und dessen Isolierung äußerte, die von Gheorghiu-Dej besonders beklagt wurde. Ebenso rügte er die Gewerkschaften als unzulänglich und die Mängel der Jugendorganisationen.

Auch die Äußerungen des stellvertretenden Ministerpräsidenten Constantinescu, der jene scharf angriff, die meinten, der Klassenkampf sei eingestellt worden, und die ^{für die} künstlerische Freiheit ^{eintraten, erhielten} ~~verdammt, zeigten~~ die Sorgen der Parteiführung ^{angesichts der} über ~~die eingetretene~~ Entwicklung, die mit aller Deutlichkeit die innere Abwendung der Massen und der Intelligenz von der kommunistischen Lehre verriet.

Die übrigen Ausführungen der Redner des Kongresses befaßten sich mit wirtschaftlichen Fragen, auf die später zurückgegriffen werden soll.

Das Gesamtbild, das sich aus diesen Ansprachen ergab, ^{war} ~~ist~~ für die kommunistische Durchdringung des Landes keines-

strenge Bekämpfung der Faulheit der Arbeiter, der Zeitvertrödelung, der Disziplinlosigkeit und des Diebstahls in den Betrieben. Die Gewerkschaften sind also eine Art Wirtschaftspolizei geworden, was sich nach ihrem Statut (Kapitel 1, Art. 2) auch auf politische Dinge erstreckt, ^{weil} ~~da~~ sie Feinde des Regimes aufzuspüren und zu entlarven haben. ^{aber} ~~da~~ sie ferner sowohl über die Anstellungen in den Betrieben und über die Höhe der Löhne und Gehälter entscheiden, ^{wird} ~~ist~~ ihre nach oben, d. i. der Partei gegenüber, bestehende völlige Machtlosigkeit wettgemacht von einer fast unbegrenzten Machtfülle nach unten. Ein ~~Ein~~fluß der Arbeiter auf sie ist unmöglich; sie schließen ohne Befragung der Arbeiterschaft die Kollektivverträge ^{ab} über die Arbeitsbedingungen mit "jenen, die die Arbeiten vergeben", also ^{letztlich von der} wieder mit dem Staat oder mit Kollektiven, die ~~die~~ Partei abhängen, ^{und} "beide Parteien verpflichten sich, sich dem Produktionsprozeß im Sinne der Erfüllung des Staatsplanes zu unterordnen".

Damit ist die Aufgabe der Gewerkschaften ^{zuvor} ~~noch~~ nicht erschöpft. Sie versehen ^{noch} wesentliche soziale und kulturelle Aufträge. Die Sozialversicherung untersteht ihnen seit 1949. Arbeitsunfähige werden entsprechend dem Sozialgesetzgebung geldlich unterstützt, ärztlich kostenlos betreut, wobei die Krankschreibung an ~~strenge~~ Formalitäten gebunden ist, die den Arbeiter und Angestellten strengstens Prüfung unterwerfen. Ein ^{bedeutet} ~~Fortschritt~~ ist das Recht auf Altersrente für alle Arbeitenden (Männer vom 60., Frauen vom 55. Lebensjahr an), eine Einrichtung, die freilich auch dem Zweck dient, bei Überangebot von Arbeitskräften regulierend und Lohnkostensenkend vorzugehen. Für 1957 wurden 1.249 Mill. Lei für Rentenzahlungen veranschlagt. ^{sozialen} [Die ~~en~~ Befugnisse stärken die politische Bedeutung der Gewerkschaften, zumal ^{hinzu} ~~und~~ außerdem die Urlaubs- und Erholungsgestaltung der Werktätigen überlassen wurde (sie betreuten 1949-1955 rund 1 1/2 Millionen ⁱⁿ ~~in~~ Erholungsheimen und Bädern). Dazu kommt die politische Beeinflussung durch ^{gewerkschaftliche} ~~die~~ Kulturveranstaltungen, der Gewerkschaften; hierüber siehe auch ~~unter~~ Abschnitt "Kultur".

Eine Aufblähung des Staats- und Parteiapparates war die Folge des gesteuerten Verwaltungs- und Wirtschaftslebens, ~~den~~ ^{im} man nach heftigen Diskussionen ~~des~~ ^{im} Politbüros durch das Dekret Nr. 2000 vom Jahre 1956 entgegenzutreten trachte, ^{be} wonach 150.000 Staats- und Partei-Beamte abgebaut werden ~~müßten~~. Das Dekret verfügte, daß höhere Beamte (Ministerialdirektoren, Buchhaltungschefs, Amtschefs und ihre Stellvertreter) eine abgeschlossene Mittelschulbildung, 3-5jährige Erfahrung in ihrem Arbeitsgebiet, niedere Beamten 4 Mittelschulklassen auf Grund von Entlassungslisten, aufweisen müssen. Der Abbau erfolgt ~~unter Mitwirkung der Gewerkschaften~~ ^{unter Mitwirkung der Gewerkschaften} die von den zuständigen Präsidenten der Gewerkschaften geheim ~~schaffen-mittels-Listen, die von den Staatsstellen~~ angelegt ~~aufgestellt~~ ^{aufgestellt} werden.

Am 21. Februar 1956 fand die zweite Volkszählung nach dem Kriege statt, aus der sich ergab, daß Rumänien nicht allein den Ausfall der Kriegsjahre, sondern auch den Bevölkerungsverlust durch Gebietsabtrennungen ~~weitgehend~~ ^{weitgehend} aufgeholt hatte. Einschließlich der verlorenen Provinzen betrug die Bevölkerung 1930: 18.057.028, 1956 ohne diese Gebiete: 17.489.794.

Volkszählung	Bevölkerung auf dem Gebiet des <u>heutigen</u> Rumänien	Zu-oder Abnahme gegenüber der vorangegangenen Zählung
))		
29.12.1930	14.280.729	-
6. 6.1941	16.126.063	+12,9%
25. 1.1948	15.872.624	- 1,3%
21. 2.1956	17.489.794	+10,2%

Die Bevölkerungsdichte, auf den km² gerechnet, betrug 1930: 60,1, 1941: 67,9, 1948: 66,8 und 1956: 73,6 Personen, was etwa, bei ^{unbewohnten} Berücksichtigung der großen Gebirgsgegenden, der Bevölkerungsdichte Frankreichs (78) entspricht. Die Verteilung der Bevölkerung auf die einzelnen Gebiete ist ~~verhältnismäßig~~ ^{sehr gleichmäßig}, liegt ziemlich genau am Durchschnittswert, abgesehen von den Ölgebieten (80). Der Frauenüberschuß ist nicht erheblich (Frauen: 51,4, Männer 48,6% der Bevölkerung) und wird wettgemacht von einem Knabenüberschuß ^{gegenüber} über den Mädchen, sodaß sich das Verhältnis bald einspielen ^{wird}. Der Altersbau ist günstig (1930: Jugendliche unter 14 Jahren 34,7%,

1956: 26,1%), obschon der Anteil der Jugendlichen abnimmt. Rumäniens Geburtenhäufigkeit ^{steht} ~~stellt es~~ an der Spitze der europäischen Länder, wobei ^{seine} ~~die~~ westlichen Gebiete am kinderärmsten sind (Banat: 18,9% Jugendliche), abgesehen von Bukarest (17,7%). Der Anteil der städtischen Bevölkerung wuchs von 1930 bis 1956 von 21,3 auf 31,3%. Da er 1948 nur 23,4% betrug, ist die Verstädterung eine Erscheinung vornehmlich der Jahre 1948-1956, ein Ergebnis der künstlichen Industrialisierung, durch die die ländliche Bevölkerung sogar absolut zurückging. Am stärksten nahm die Hauptstadt zu)1859: 121,734, 1912: 341.321, 1930: 639.040, 1941: 992.536, 1948: 1,041.807, 1956: 1,236.905).

Städte	1930	1941	1948	1956
Klausenburg(Cluj)	100.844	110.956	117.951	154.752
Temeschburg (Timisoara)	91.580	110.840	111.987	142.251
Kronstadt(Stalin)	59.232	84.557	82.984	123.982
Ploesti	79.149	107.068	95.632	114.560
Jassy	102.872	111.669	94.075	112.989
Arad	77.181	86.674	87.291	106.457
Braila	68.347	99.531	95.514	102.499
Konstantza	59.164	80.028	78.586	99.690
Großwardein(Oradia)	82.687	92.943	82.282	99.007
Craiova	63.215	77.051	84.574	96.929
Galatz	100.611	95.545	80.411	95.646
Hermannstadt(Sibiu)	49.765	63.765	60.602	90.478

Von den kleinen Städten, die alle anwuchsen, entwickelte sich das neue Zentrum der Hüttenindustrie Hunedoara (Eisenmarkt) am eindruckvollsten (1930: 4.600, 1956: 36.498).

Die Verstädterung hat freilich nicht bloß eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Bedeutung. Die in die Städte gezogene Bevölkerung wird entwurzelt, und ^{da} ~~es~~ ihr die Möglichkeit zur Selbstvertretung versagt ist und sie in vielfacher Weise sofort von Organisationen, die über ihr Schicksal entscheiden, erfaßt wird, wurde sie zur Masse, die sich nach dem Willen der Partei bewegt, was allerdings stets auch eine latente Gefahr für das Regime ^{bedeutet} ~~ist~~.

Das Justizwesen basiert auf dem Gesetz über die Organisation des Richterwesens, Nr. 2/1952 und ^{gleich} ~~stellte~~ sich 1956 nach verschiedenen Modifikationen wie folgt, ^{wobei} ~~da~~ der von Justizminister Jianu ausgesprochene Grundsatz gilt: "Das Gesetz ist Ausdruck der führen-

den Klasse" und "Der Richter muß aktiv an der Realisierung der Klassenpolitik unseres Regimes mitwirken...die die Demaskierung aller Feinde des Proletariats anstrebt":

1. Strafreger-Direktion; sie verwaltet, kontrolliert von der Generaldirektion der Miliz beim Innenministerium, die Strafreger, die geheim ~~gehalten~~ werden (früher waren sie jedermann zugänglich) und nicht bloß Verurteilungen ausweisen, sondern ^{und} polizeiliche Berichte, sodaß ^{über} jeden Bürger ständig ein "Bild" vorliegt.

2. Grundbuch- und Kataster-Direktion.

3. Ausschuß zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten.

4. Personaldirektion (Leiter stets ein Vertrauensmann der RAP).

5. Andere Direktionen (geringerer Wichtigkeit wie Disziplinar-, Dokumentations-, Finanz-, Verwaltungsdirektion usw.).

6. Gerichtsdirektion (Organisation und Richtungsweisung aller Instanzen).

~~Gerichtsinstanzen. Die gesamte Justiz besteht aus Volksgerichten.~~ Seit 1953, ergänzt durch die Verordnung vom 6. April 1956, müssen die "Volksrichter" eine zweijährige juristische Schulung und eine ebenso lange Gerichtspraxis haben und dürfen als Gerichtsvorsitzende nicht mehr fungieren. Instanzen: Oberster Gerichtshof, Regionale Gerichtshöfe (insg. 16), Volksgerichte der Rayons (insg. 326).

Die Mitglieder des Obersten Gerichtshofes wählt die Große Nationalversammlung (auf Grund einer im ZK der RAP zusammengestellten Liste) für 5 Jahre. Die regionalen Gerichtshöfe haben ein strafrechtliches und ziviles Kollegium (wie auch der Oberste Gerichtshof, der auch ein Militärisches Kollegium hat); die Richter sind vom Justizminister ernannte Beruf Richter und Volksrichter, gewählt von den Betriebskomitees der Fabriken und Kolchosen nach Weisung der RAP. Seit 1954 müssen von 5 Richter 3 Berufsjuristen sein.

Die Volksgerichte der Rayons setzen sich aus drei Richtern zusammen, von denen einer Beruf Richter ist.

Die regionalen Militärgerichtshöfe haben ihren Sitz in Bukarest, Jassy, Pitesti, Craiova, Temeschburg, Klausenburg, Deva und Kronstadt

(Stalin).

Die Staatsanwaltschaft, geleitet von einem für sieben Jahre von der Großen Nationalversammlung gewählten Generalstaatsanwalt, ^{ist gleich} ~~ein~~ ein Polizeikorps; ~~organisiert~~, die Staatsanwälte tragen ^{ein} Uniformen, dürfen praktisch alle staatlichen Organe kontrollieren, ~~mit~~ wobei Art. 1. des Strafgesetzbuches ^{maßgebend ist:} "Die Verstöße und Vergehen, die die soziale, wirtschaftliche und politische Ordnung sowie die Sicherheit der Rumänischen Volksrepublik oder die gesetzliche, vom Volk unter der Führung der Arbeiterklasse errichtete Ordnung gefährden, werden als gemeingefährlich angesehen und bestraft, auch wenn sie im Strafgesetzbuch nicht vorgesehen sind"; damit ^{wurde} ~~ist~~ der Justiz, vornehmlich der Staatsanwaltschaft, eine Aufgabe ^{übertragen} ~~übertragen~~, die mit rechtsstaatlichen Auffassungen unvereinbar ist.

Die Rechtsanwaltschaft erfuhr durch das Gesetz Nr. 281/1954 eine kollektivistische Neuordnung. Die Klienten der Rechtsanwälte haben mit diesen nur über das Büro der Rechtsanwaltschaft (Advokatenkorps) Verbindung, das auch die Honorare bestimmt und einzieht. Je nach ihrem Alter verdienen Rechtsanwälte monatlich zwischen 2000 und 5000 Lei. Außer ihnen gibt es noch Rechtskonsultanten, als Berater der Betriebe mit festgesetzter Arbeitszeit.

Nach der Verfassung von 1952 gelobte Rumänien "für immerdar eine mit der Sowjetunion konforme Außenpolitik zu betreiben". Davon war auch in den hier betrachteten Jahren die rumänische Regierung geleitet, ohne daß sie sich ^{dabei von} ~~sich~~ ^{inneren} Schwierigkeiten ^{gefordert würde} gegenüber sah wie ^{die} ~~die~~ Polen oder ^{aktuelle} ~~Ungarn~~ ^{Entgegenkommen} ~~Ein~~ ^{äußerlich} ~~Bestand~~ ¹⁹⁵⁴ ~~des Kremls~~ ^{bestand} darin, daß am 24. September ^{ein} sowjetisch-rumänisches Kommuniqué die Übergabe der sowjetischen Beteiligungsanteile ^{bei} ~~an~~ den gemischten rumänisch-sowjetischen, ~~den~~ Sovrom-Gesellschaften an ~~die~~ Rumänien regelte. Andererseits bestätigte Rumänien die Moskauer Erklärung gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands am 2. Dezember 1954, erklärte dann am 28. Januar 1955 den Kriegszustand mit Deutschland für erloschen ^{beendet} und trat am 17. Mai 1955 der Warschauer Erklärung bei. Seine seit

^{immer}
Jahren ~~wiederholten~~ Gesuche um Aufnahme in die UNO wurden endlich im Dezember 1955 beachtet. Zusammen mit drei anderen Satellitenstaaten gewährte man ihm den Beitritt, freilich nicht ohne daß im ganzen Westen gegen die Unterdrückung der rumänischen Bevölkerung, die Beugung des Rechts und ^{die} ~~der~~ Verhinderung der Meinungsfreiheit vielfache ^{Proteste} ~~Äußerungen~~ laut wurden. Auch die schlimmen Zustände in rumänischen Kerkern fanden in der Weltöffentlichkeit ~~zahlreiche~~ ^{vielfache} Ankläger.

Die außenpolitische Beziehungen zu anderen kommunistischen Staaten erlebten eine ~~sichtliche~~ ^{Intensivierung}, ~~seltenerweise~~ auch mit China, das rumänische Staatsmänner im Oktober 1954 besuchten, ^{und} mit der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, mit der mehrere Kulturabkommen und ~~auch~~ ein Vertrag über die Zivilluftfahrt (29. Juli 1955) geschlossen wurden, wogegen diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland, deren Belange die französische ^{Gesandtschaft} wahrnahm, trotz rumänischen Anstrengungen nicht zustandekamen. Das Verhältnis zu Großbritannien ~~sehr~~ war belastet durch einen Prozeß gegen englische "Spione" im Jahre 1954. Eine Überfall rumänischer Emigranten auf die rumänische ^{Gesandtschaft} in Bern im Februar 1955 veranlaßte Rumänien, der Schweiz nacheinander drei Protestnoten zu überreichen, in denen ergebnislos die Auslieferung der Ahtentäter gefordert wurde. Die Beziehungen zu Jugoslawien normalisierten sich im Laufe des Jahres 1954 und führten zu einem Abkommen über Grenzfragen und ^{Wirtschaftsfragen} ~~Wirtschaftsfragen~~ ^{Ubereinkünften} ~~Verträge~~ ^{zur} ~~über~~ ^{technisch-wissenschaftliche} Zusammenarbeit schloß Rumänien mit allen Ostblockländern ^{ab} und ergänzte sie mehrfach.

2. Wirtschaft

Der 1. Fünfjahrplan umfaßte die Zeit von 1951 bis ^{Ende} 1955. Während seines Ablaufes hatte man sich eine ^{Zeitlang} der Hoffnung hingegeben, das vorgesehene Soll schon innerhalb vier Jahren zu erreichen, wovon dann bald keine Rede mehr war, und im August 1953 hatte Gheorghiu-Dej angesichts der tatsächlichen Entwicklung sogar einen "Neuen Kurs" verkündet, der den werktätigen Einzelbauern mehr Beachtung zusicherte, weil der Schwerindustrie bisher zum Nachteil des Konsums zu hohe Beträge zugewiesen worden waren. Wie sich dieser ^{Neue Kurs} auswirkte, ergab sich aus den Referaten auf dem 2. Parteikongreß Ende 1955, ^{wo} ~~xxx~~ Gheorghiu-Dej die Ergebnisse des ^{1.} ~~ersten~~ Fünfjahresplans bekanntgab. Aus seiner Ansprache ließ sich entnehmen, daß alle Industriezweige wesentliche Fortschritte gemacht hatten, wobei allerdings einige der wichtigsten Planziele nicht erreicht werden konnten. Die Schwerindustrie werde, ^{sagte er,} auch in Zukunft den Vorrang vor allen anderen Wirtschaftszweigen behalten. Ihr Entwicklungstempo werde ~~xxxx~~ im 2. Fünfjahrplan (1956 - 1960) ungefähr dem des 1. Fünfjahrplanes entsprechen. Die landwirtschaftlichen Kollektivierungspläne wurden keineswegs erreicht, so daß die Ziele des ^{2.} ~~zweiten~~ Fünfjahresplanes sich mit denen ~~deckten~~, die schon Ende 1955 hätten erreicht

werden sollen. Ebenso wenig gelang es, die geplante Erhöhung der Arbeitsproduktivität durchzuführen.

Bemerkenswert ist, daß der Ausbau der Schwerindustrie auf Kosten der Verbrauchsgütererzeugung während des ersten Fünfjahrplans sogar über das festgesetzte Maß hinausging. Das wirkte sich auch auf andere Planziele aus, wie die folgende Investition im 1. und 2. Fünfjahrplan

	1951- 1955	1956- 1960	1951-1955 Plan	1956- 1960 Plan	1956- 1960 Plan
	Verwirklicht	Plan	Verwirklicht	Plan	Plan
	Mrd. Lei	in Prozenten	Mrd. Lei	in Prozenten	in Prozenten
Industrie insg.	36,5	61,6	51,4	58,0	56,0
davon					
Produktionsmittelindustrie	31,9	55,0	42,1	50,6	50,0
Verbrauchsgüterindustrie	4,7	6,6	9,3	7,4	6,0
Bauwesen, ohne Wohnungsbau	2,9	2,8	2,0	4,6	2,5
Verkehr u. Fernmeldewesen	7,1	12,7	16,2	11,2	11,5
Land- und Forstwirtschaft	6,6	13,8	10,0	10,4	12,5
Wohnungsbau	2,4	6,6	3,2	3,8	5,5
Warenhandel	1,6	2,7	2,2	2,5	2,5
Soz. u. kult. Zwecke u. a.	6,0	10,4	15,0	9,5	9,5
Investitionen insg.	63,0	110,0	100,0	100,0	100,0

Der 1. Plan sah ursprüngl. ch Investitionen von 1330 Mrd. Lei vor, die nach damaligem Umrechnungskurs (153 Lei = 1 Dollar) 8,69 Mrd. Dollar ergaben. Umgerechnet in den neuen Lei und Preise von 1955 sind lt. Rechenschaftsbericht 63 Mrd. Lei investiert worden, die (neuer Kurs 6 Lei = 1 Dollar, wobei die Kaufkraft des Lei geringer ist) 10,5 Mrd. Dollar investierter Beträge ergeben.

Innerhalb der Industrieinvestition ergeben sich beim 2. Fünfjahrplan gegenüber der Planerfüllung des 1. Fünfjahrplans (in Klammern deren Zahlen) folgende Veränderungen: Erdöl und Gasindustrie 25,5 % (28,3%), Strom 11,0 % (13,1%), Eisenerz und Stahl 12,0 % (10,0%), Maschinenbau und Metall verarbeitende Industrie 4,5 % (8,6%), Chemische Industrie, Zellulose, Papier 13,0 % (7,7%), Kohlenförderung 8,0 % (7,3%), Förderung von Nichteisenmetallen und Metallurgische Industrie für Bunt-

metalle und Nichtmetalle 6,5 % (6,0%), Lebensmittelindustrie 4,5 % (5,1%) Baumaterialien 4,5 % (5,2%), Holzverarbeitung 4,0 % (3,9%), Textil- Konfektions- und Lederindustrie 5,0 % (2,5%), Andere Industrien 1,5 % (2,3%).

~~Es ergibt sich~~^{versteht sich} hieraus, daß im ~~zweiten~~^{2.} Fünfjahrplan ein besonderes Gewicht gelegt wird auf die Entwicklung der chemischen Industrie und auf verschiedene Verarbeitungsindustrien bei ~~Beibehaltung~~^{fortwährender Förderung} der Erdöl- und Stromerzeugung. Die Vergrößerung der gesamten Industrieproduktion soll im ~~zweiten~~^{2.} Fünfjahrplan 60 bis 65% ausmachen, wobei die Steigerungsquote der Schwerindustrie auf 70 bis 75% und die der Gebrauchsgüterproduktion auf 50 bis 55% festgelegt wurde. Die Eisen- und Stahlproduktion allerdings, sagte Gheorghiu-Dej, könne den Metallbedarf noch lange nicht befriedigen. Auch die Kohlenausbeute bleibe alljährlich um 2 Mill. t hinter dem Bedarf zurück, deshalb soll^{2.} bis 1960 die Kohlenförderung verdoppelt, die Eisenerzproduktion nahezu verdreifacht werden. Die Steigerung der Petroleumgewinnung belief sich im 1. Fünfjahrplan auf 110 %, im 2. ~~soll~~^{Wird} sie nur 28% ausmachen. Die chemische Industrie verdreifachte fast ihre Produktion und soll fortan bei ständigem weiterem Ausbau an Stelle des Holzes, um einen Raubbau an den Wäldern zu vermeiden, vorwiegend das Schilf der Donau verwerten.

Die statistischen Angaben über die tatsächliche Erhöhung der Industrieproduktion sind in ~~Anbetracht~~^{betrachtet} der ~~schon früher~~^{bereits} geschilderten propagandistischen Art statistischer Feststellungen in Rumänien immer nur als annähernde Werte aufzufassen; auch ein Vergleich mit früheren Angaben ist schwierig, weil die Aufgliederung nach Erzeugnissen ständig wechselt. Unter diesem Vorbehalt möge die nachfolgende Aufstel-

lung beurteilt werden.

<u>Entwicklung der Industrieproduktion</u>					
	1938	1950	1955	Ursprüngl. Plan für 1955	
Elektr. Energie	1.130	2.113	4.300	4.700	Mill. kWh
Rohkohle	2.826	3.890	6.200	8.522	1000 t
Rohöl	6.594	5.047	10.575	10.000	1000 t
Erdgas	300	1.950	3.900	3.900	Mill. cbm
Eisenerz	139	392	600	—	1000 t
Manganerz	60	93	390	—	1000 t
Gußeisen	133	320	575	800	1000 t
Stahl	284	555	765	1.252	1000 t
Fertigwalzgut	318	459	567	828	1000 t
Blei	5.455	8.584	11.100	—	t
Maschinen	13.850	43.950	115.275	—	Mill. Lei
Elekt.-tech. Produktion	2.980	6.207	22.340	—	Mill. Lei
Schwefelsäure	43.900	51.631	92.000	143.000	t
Natriumkarbonat	35.000	54.158	80.000	109.000	t
Chemikalien	9.348	16.650	50.530	—	Mill. Lei
Zement	510	1.028	2.000	2.855	1000 t
Textilien	24.818	40.716	70.000	—	Mill. Lei
Schuhwaren	18.212	18.212	17.700	23.400	1000 Paar
Speiseöle	17.800	35.864	48.000	72.200	t
Fleischprä- parate, Konser- ven	8.455	11.583	39.000	96.500	t
Zucker	95.100	87.200	135.000	278.000	t

Aus dieser Ausstellung ^{erhebt sich} ergibt sich, daß die Erzeugung elektrischer Energie ~~sich~~ nahezu vervierfachte, aber ~~noch~~ das Plansoll nicht erreichte, ^{weil} weil verschiedene im Bau befindliche Großanlagen nicht rechtzeitig fertiggestellt wurden. Eine Verdoppelung bei der Kohlenförderung blieb auch hinter den gesteckten Erwartungen zurück. Erdöl- und Erdgasgewinnung erreichten ihr Plansoll. Eindrucksvoll sind die Produktionsziffern bei der Erzförderung und Verarbeitung, um ein Mehrfaches höher als 1938, ^{obwohl} obwohl die Planziffern auch hier nicht immer erreicht wurden. Hinter den Erwartungen blieb

die Entwicklung der chemischen Industrie, so sehr sie sich gegenüber der Vorkriegszeit vervielfacht hat, zurück. Im allgemeinen waren die Erwartungen hinsichtlich der Ergebnisse des 1. Fünfjahrplanes um ein Drittel zu hoch geschraubt gewesen, und da sich dies im verstärktem Ausmaß auf die Verbrauchsgütererzeugung bezieht, bei der vielfach weniger als die Hälfte der erwarteten Mengen produziert wurde, bedarf die ^{nach noch} 1955 und 1956 ^{fort} bestehende Knappheit in der Versorgung der Bevölkerung mit allen notwendigen Bedarfartikeln ~~zinner~~ keiner weiteren Erklärung.

Beachtung verdient indessen
~~Bemerkenswert ist~~ der Ausbau der chemischen Industrie, besonders der pharmazeutischen, wobei ~~besonders~~ die synthetische Erzeugung aus inländischen Produkten ^{stark vorangetrieben} wurde. Eine große Anzahl von Arzneien und sonstiger Chemikalien, die früher eingeführt werden mußten, können nun im Lande hergestellt werden. Eine Kunstdüngerfabrik, 1955 in Betrieb genommen, soll vollautomatisiert sein. Zur Verwertung des Donauschulffes wurde 1956 mit dem Bau eines Fabrikskombinates begonnen, das eine der größten Anlagen dieser Art auf der Welt werden soll (Erzeugung: Viscose, Zellulosefasern, Furfurol, Nährhefe, Vulkanfiberplatten, Chlor usw.). In der Moldau ~~wird~~ eine Fabrik zur Herstellung von Perlonfasern errichtet. Die Planung richtet sich auch auf ein synthetisches Kautschukkombinat, auf verschiedene andere Zellulosefabriken, Stickstoffwerke, Betriebe zur Herstellung hochwertiger Medikamente wie Penicilin u.v.a.

Die Energieversorgung war vor dem Krieg ungewöhnlich schlecht. Die Stromerzeugung pro km² in kWh betrug 1950: 2,53, 1955 7,0 und soll bis 1960 auf 10,6 gesteigert werden, womit die Stromerzeugung pro Kopf der Bevölkerung von 37,5 (1950), bzw. 105 (1955) auf 150 im Jahre 1960 erhöht werden soll.

Die Schwierigkeiten der rumänischen Industrie bestehen, abgesehen von anderen ^{Hindernissen} ~~Hemmungen~~, besonders ^{in ihren zu} ~~in einer zu~~ hohen Kosten~~erzeugung~~ und in der mangelnden Arbeitsproduktivität, beides Erscheinungen, die mit dem staatswirtschaftlichen Regime zusammenhängen. Wie Gheorghiu-Dej erklärte, seien die Erzeugungskosten lediglich im Bereich der Erdölindustrie zurückgegangen. Entgegen den Erwartungen, daß die Arbeitsproduktivität im allgemeinen eine Steigerungsquote von 70% bis 1956 ausweisen werde, gelang es bloß 47,7% zu erreichen. Die Arbeitsproduktivität sank beim Kohlenbergbau auf 92% des Standes von 1950. Diese amtlichen Einbekenntnisse lassen Rückschlüsse zu auf das ^{geringe} ~~Arbeits~~ ^{ethos} ~~willigkeit~~ der Belegschaften, ~~das sich auch darin äußert, daß~~ ^{im} der Verlust an Arbeitszeit ^{steigend} ~~steigt~~, ^{für} 1954 5,7 Mill. Arbeitstage infolge unentschuldigter Ausbleibens ausmachte.

Der Index der Industrieerzeugung (1938 ~~=~~ 100) erhöhte sich von 289 (1953) auf 312 (1954), ~~und~~ stieg 1955 auf 327 (Plan 380) und soll nach dem 2. Fünfjahrplan mindestens 523 erreichen.

~~Die~~ ^{verweisen} Äußerungen der Regierung und der Partei ~~wird~~ immer wieder auf große Bauanlagen, ~~hergeleitet~~, so z.B. auf die am Fuß der Fogarascher Berge in Siebenbürgen aus dem Nichts entstandene Stadt Victoria, was aber die Wohnungsfrage anbelangt, so wird nicht geleugnet, daß die Bevölkerung in den Städten nie zuvor so stark an Raummangel ~~gelitten hat~~ ^{seit der Einführung} wie infolge der Industrialisierung und Verstädterung. Die Zunahme der städtischen Bevölkerung betrug zwischen 1948 und 1956 1.986.861. Es hätten demnach bis Ende 1953 mindestens eine halbe Million Wohnungen gebaut werden müssen. Nach einer Regierungsverordnung über Anleihen zur Finanzierung individueller Bauvorhaben vom 28. Juli 1951 sollte der Bauherr mindestens 30% der Kosten

selbst aufbringen müssen. Ein Jahr später wurde jeder Person eine Wohnfläche von 8 m² zugestanden, Partei- und Staatsfunktionären und Gelehrten 18 bis 28 m², ohne daß diese Bestimmungen erfüllt werden konnten. Ein Erlaß vom 3. Dezember 1953 erleichterte die Kreditgewährung für individuelle Bauvorhaben insoweit, als nun bloß 10% der Baukosten selbst aufzubringen waren und auch die Tilgung günstiger ~~festgelegt~~ ^{gewährt} wurde, dazu kam ~~die Grundsteuerbefreiung~~ ^{bei Neubauten für} von zehn Jahren auf dem Land und von fünfzehn Jahren in der Stadt. All diese Unterstützungen konnten die Wohnungsnot ~~aber~~ nicht beseitigen, was ~~immer noch~~ einer einzigen Zahl ^{beträgt:} ~~angibt:~~ für die Zeit von 1953 bis 1955 war der Bau von ^{mit} etwas über 50.000 Wohnungen vorgesehen, ob ^{es} sie durchgeführt wurden, ist unbekannt. Auf dem Kongreß der Gewerkschaft Holz, Papier und Zellulose wurde am 22. Oktober 1955 ^{berichtet man,} ~~berichtet,~~ daß von 800 Wohnungen, die 1955 ^{innerhalb eines Bereiches} erstellt werden sollten, nur 162 der Benützung übergeben werden ^{konnten}, dazu in mangelhaftem Zustand und nach Überschreitung der festgelegten Baukosten. Die Angaben über die Zahl der errichteten Häuser widersprechen sich ungemein. Die amtliche Monatszeitschrift "Rumänien-Illustrierte" berichtete (August 1957), es seien 1951 bis 1955 auf dem Land 173.537 Wohnungen erbaut worden. "Agerpres" (30. März 1956) teilte mit, daß in derselben Zeit 200.000 Häuser errichtet wurden. Nimmt man an, daß jene 173.537 Wohnungen auf dem Land ebensoviele Häuser waren, so blieben für die Städte 27.000 Häuser oder-Wohnungen übrig bei einer Bevölkerungszunahme von 2 Mill. Menschen. Die Wohnungskrise ^{hat} ~~ist~~ also unverändert ein geradezu erschreckendes Ausmaß, wobei noch zu beachten ist, daß viele Gebäude seit Beginn des Krieges reparaturbedürftig sind und von den Eigentümern aus Mangel an Material und Geld nicht instand-gesetzt werden können.

Obwohl am 26. Dezember 1954 die Lebensmittelrationierung aufgehoben wurde, wirkte sich dies ~~da~~ auf die Bevölkerung keineswegs als ~~eine~~ Erleichterung aus, denn infolge der Umorganisation des landwirtschaftlichen Systems reicht die verfügbare Nahrungsmenge nicht aus, um die Preise zu drücken. Ein gewisser Mangel an verschiedenen Nahrungsmitteln, besonders Fleisch, trat auch weiterhin auf. Die geringen Löhne beeinflussten ihrerseits den Lebensstandard ^{erzwingen fortwährend} und ~~den~~ geringen Verbrauch der Bevölkerung, ^{was freilich} wodurch ^{der} Regierung die Möglichkeit ^{in mäßigen Quantitäten} ~~schaffte~~ ^{beschaffte} ~~von~~ Getreide zu exportieren. Nur die höheren Funktionäre mit ihren hohen Gehältern ^{erfordern} ~~konnten~~ ^{sich} ~~am~~ des freien Marktes ^{beziehen}. Die Klassenschichtung ergibt sich ~~aus~~ nicht mehr infolge des Privateigentums, sondern aus der Höhe der ^{Löhne mit} Gehälter. So empfängt z.B. der Direktor des ZK ein Monatsgehalt von 3200 Lei; ~~und~~ auf derselben Höhe bewegen sich die Gehälter der höchsten Angestellten der Polizei und der Miliz. Parteisekretäre beziehen 2000 Lei, die niedrigsten Parteifunktionäre 500 Lei, ein Straßenpolizist 400 Lei, Hilfsarbeiter 260 Lei, Facharbeiter zwischen 275 und 468 Lei, Schwerarbeiter zwischen 348 und 508 Lei, Angestellte zwischen 375 und 1750 Lei, nicht in den Produktionsprozeß eingeschaltete Angestellte (Staatsbeamte und Kanzleiangestellte bei Unternehmungen) zwischen 375 und 928 Lei, ^{Leitende} Angestellte in Unternehmungen bis zu 1750 Lei, wobei sie und auch gewisse „produktive“ Arbeiter Prämien erhalten können, die bei Direktoren und leitenden Ingenieuren die Höhe des Monats- ^{mitunter} gehaltes überschreiten, bei Arbeitern ~~aber~~ höchstens 100 Lei ^{im Vierteljahr} ~~in vier Monaten~~ betragen. Demgegenüber seien einige Preise aus dem Jahre 1956 verzeichnet: Einheimische Stoffe, schlechter Qualität 85 bis 225 Lei je Meter, ~~Importstoffe~~ ^{Importstoffe} 450 Lei je m, einheimischer Konfektionsanzug 600 bis 1500 Lei,

Schneideranzug aus Importstoffen 2500 Lei, Perlondamenstrümpfe 150 bis 180 Lei, schlechte einheimische Schuhe 225 Lei, gute Schuhe mit einfacher Sohle 380 Lei, mit Gummisohle (Import) 450 Lei, 1 kg Weißbrot 4.30 Lei, Schweinefleisch 16 Lei, Butter (nur selten vorhanden) 27 Lei, Schokolade 130 Lei, Kartoffeln 2 Lei, eine Flasche Wein 80 Lei und ein Schnitzel in Gaststätten erster Kategorie 8 Lei, in Gaststätten zweiter Kategorien fein Braten 4 Lei, ~~ein~~ eine Flasche 3.50 bis 8 Lei, ein Motorrad 16.000 bis 27.000 Lei, ein Personenwagen "Pobeda" 90.000 Lei, eine Taschenuhr (sowj. Fabrikat) 800 bis 1200 Lei, ein Einbettzimmer in Hotels erster Klasse 80 Lei pro Tag, in Hotels zweiter Klasse 15 bis 30 Lei. Dagegen ist die Miete billig: 1 m² Wohnraum 1.80 Lei monatlich; ebenso die Eisenbahn: z.B. Bukarest-Braila (228 km) 2.Klasse 30 Lei, 1.Klasse 40 Lei, eine Theaterkarte 7 bis 16 Lei, eine Kinokarte 2.25 bis 4 Lei.

~~Das Fürsorgewesen in Rumänien~~ ^{zeigt,} ~~trotz den~~ nach 1945 eingeführten Verbesserungen, in der Praxis durchaus noch bedeutende Mängel. ~~meist~~. In ländlichen Sanitätsbezirken sind sieben bis acht Dörfer zusammengefaßt. Das Zentrum der ärztlichen Betreuung ist das "Dispensar", geleitet von einem Arzt oder seinem Vertreter, dem Feldscher, Sanitäter oder der Sanitätsschwester, in den Städten angeschlossen ^{ohne Mittel, deren Zahl bei weitem nicht ausreicht.} an Kliniken. Ärzte werden oft versetzt. Medikamente fehlen häufig und sind der Qualität nach nicht immer entsprechend, weswegen der Schwarzmarkt ^{für} ausländischen Arzneien phantastische Preise verlangt. Kranke müssen für ihre Kost im Krankenhaus selbst aufkommen, und da sie überdies nur 25 bis 50% ihres Lohnes erhalten, drängen sie bald wieder zur Arbeitsstätte zurück. Die Alterspension beträgt ¹⁹⁵⁶ bei einem letzten Monatslohn von unter 700 Lei 80 bis 100 Lei, für Witwen ^{bei weniger als 25 Dienstjahren} noch weniger. Nachgelassene Kinder erhielten nichts.

Landwirtschaft. Innerhalb des 1. Fünfjahrplans sollten mehr als 50% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den "sozialistischen Sektor" übergehen. Und tatsächlich gelang es bloß 35% zu "sozialisieren". Daß ^{wenigstens} dieses Ergebnis erreicht wurde, liegt weniger an der Vermehrung ~~der Zahl~~ der Kolchoswirtschaften, ihrer Flächen und Mitglieder als an der Förderung, die man den sogenannten Bauernvereinigungen und den "Zusammenschlüssen auf Zeit" angedeihen ließ, also einer wesentlich milderen Form der Gemeinschaftswirtschaft, durch die man den Widerstand der Bauern gegen die Kolchosierung, die das letzte Ziel bleibt, zu entkräften versuchte. Verschiedene Bemühungen führten zu ständigen Abänderungen der Musterstatute der Kollektivwirtschaften (die letzte Änderung erfolgte am 29. Juli 1956). Doch wurde dadurch der Anreiz zum Eintritt in die Kolchosen nicht gesteigert. Auch ~~im~~ das Ende September 1956 erlassene Musterstatut einer neuen Zwischenform der gemeinschaftlichen Bodenbebauung, ^{der} ~~durch die die~~ sogenannten "Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften", eine verbesserte und strenger kollektivierte Auflage der "Landwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaften" (LAG), ~~verwirklicht wurde~~, blieb wenig erfolgreich, und selbst die Begünstigungen, die in vielfacher Art den Mitgliedern der Gemeinschaftswirtschaften zugestanden wurden, erbrachten nicht das erhoffte Ergebnis.

Während der Anteil der Industrie an der Gesamtproduktion Rumäniens von 35% (1938) auf 36% (1954) anstieg und der Anteil der Landwirtschaft von 65% auf 37% sank, verringerte sich die Bedeutung der bäuerlichen Privatwirtschaften gegenüber den sozialisierten Betrieben in einem weit geringeren Ausmaß, wie sich aus der nachstehenden Statistik ergibt:

Sozialisierte und private Landwirtschaft

	Ackerboden		Landwirtschaftliche Nutzfläche	
	1950	1955	1950	1955
Staatbetriebe	9,3	13,7	12,8	25,5
Kollektivwirtschaften	2,7	8,3	2,0	6,6
Landw. Arbeitsgemeinschaften	—	4,1	—	2,8
Zusammenschlüsse auf Zeit	—	0,4	—	0,3
Sozialistischer Sektor insg.	12,0	26,5	23,8	35,2
Privatwirtschaften	88,0	73,5	76,2	64,8
	100,0	100,0	100,0	100,0

Es sind also noch 37% des Ackerlandes und 64,8% der landwirtschaftlichen Nutzfläche im Eigentum selbständiger Bauern. Bedenkt man dabei, daß die Hälfte der sozialisierten Ackerfläche Staatsbetrieben gehört, so sind lediglich 8,3% des Ackerlandes in eigentliche Kolchosen verwandelt worden, während weitere 4,1% von einfachen Bauernvereinigungen bewirtschaftet werden. Diese Situation hätte sich nicht allein aus dem Widerstand der Bauernschaft gegen die Kollektivierung ergeben können, wenn das Regime selbst nicht das Tempo der Kollektivierung gedrosselt hätte, wobei verschiedene Umstände mitspielten: das Versäumnis der Staatsgüter, die übrige Landwirtschaft mit Saatgut und Zuchtvieh ausreichend zu versorgen, das Unvermögen der Industrie, genügend Maschinen, Traktoren, Düngemittel und Geräte zu liefern, schließlich die Befürchtung, durch rasche Kollektivierung große Ernteaufälle zu verursachen. Diese Besorgnisse bestimmten ^{wohl} auch die Ankündigung Gheorghe-Dej, ^{als in volkswirtschaftlichen} ~~daß~~ ^{Werte} im Jahr 1960 "Der sozialistische Sektor... überwiegen wird", ^{bei der} ~~wobei er es~~ ^{aber} ~~unterließ für den 2. Fünfjahrplan eine bestimmte Kollektivierungsquote festzusetzen.~~ ^{die Freiwilligen bei der Errichtung von Gemeinschaftswirtschaften} Zur ^{angemessenen} ~~gemäßigten~~ ^{angemessenen} Haltung und zu Konzessionen bereiten Haltung trug ~~noch~~ ^{auch} die ungewöhnlich gute Ernte des Jahres 1955 bei, deren Einbringung ~~nicht~~ ^{Benutzung} durch ~~Angewandtheit~~ ^{Angewandtheit}

der Bauernschaft nicht gestört werden sollte.

Die Sozialstruktur des rumänischen Dorfes zeigt 1955⁵⁶ in Prozenten folgendes Bild:

Mitglieder der Kollektivwirtschaften	5,5
Mitglieder von Arbeitsgemeinschaften	5,8
Landarbeiter	unter 1,0
Kleinbauern	45,2
Mittelbauern	40,5
Kulaken (Großbauern)	2,0

~~1955~~ 1955⁵⁶ gab es: ~~in der Bauernschaft~~

- 6.325 Kollektivwirtschaften mit
- 382.000 Bauernfamilien und
- 1,203.000 ha Land nebst
- 3.000 Vereinigungen für technische Kulturen mit
- 80.000 Familien, außerdem
- 221 Maschinen-Traktoren-Stationen mit
- 30.000 Traktoren (in ¹⁵ PS-Einheiten umgerechnet),
- 1.500 Mähdrescher mit Selbstantrieb und
- 1.500 Dreschmaschinen

Die auf längere Sicht gerichteten Absichten dürften freilich keinen Zweifel, Zweifellos ist aber, daß während der Verwirklichungsdauer

des 2. Fünfjahrplanes eine starke Kollektivierungs-Welle ^{einsetzen} zu erwarten ^{wird,} ist, die erfahrungsgemäß Produktionsausfälle nach sich ^{ziehen dürfte.}

Anbau, Ernte und Viehbestand 1934/38 bis 1960

	1934/38	1955	1960 Plan	Einheit
Anbaufläche	9,7	9,7	10,5	Mill ha
davon Mais	3,9	—	4,0	Mill ha
Getreideernte	7,9	12,0	15,0	Mill. t
davon Weizen und Roggen	2,8	—	5,5	Mill. t
Mais	4,0	—	8-9	Mill. t
Hafer und Gerste	1,1	—	rund 1,0	Mill. t
Zuckerrüben	388,0	484,5	3000,0	1000 t
Sonnenblumensamen	173,0	412,2	400,0	1000 t
Kartoffeln	1,24	—	3,5	Mill. t

Zur Bewertung der obigen Ziffern: vor dem Krieg bei Getreide Speicherernte, nach dem Krieg wahrscheinlich Halm-Bruttoernte, die um ein Viertel bis Fünftel über der Speicherernte liegt; Speicherernte im Durchschnitt der Jahre 1952/54: 5,6 Mill. t.

Bis zur Verkündung des "Neuen Kurses" im Jahre 1953 ^{kollektiv} ~~unter-~~
~~standen~~ die Bauern gegenüber den Kolchosen vielfacher ³ Benachteiligungen. Als sich dann ~~aber~~ der Druck lockerte, belebte sich ihre Arbeitskraft, so daß sich die Kilogrammerträge pro ha rasch denen der Kollektiven annäherten, und zwar steigerte sich auf ihren Feldern der Ertrag in einem sichtlich größeren Ausmaß als auf den gemeinschaftlich bewirtschafteten Äckern, wie sich aus den folgenden Ziffern der Region Klausenburg ergibt:

Hektar-Ertrag in kg

	Kollektive	Einzelbauern
1952	900	537
1953	2024	1355
1954	1462	1108
1955	2851	2624

Die außerordentliche Steigerung von 1954 auf 1955 ist auf die abnorm gute Ernte von 1955 zurückzuführen. Aus den obigen Ziffern ergibt sich, ^{festoch sich} daß die Produktivität bei den Kolchosen um das 3,2 fache bei den Einzelbauern um das 4,9fache erhöhte.

Eine der Hauptsorgen der ganzen Wirtschaft ist die Unrentabilität der Staatsgüter, die ^{fr} Ende des Jahres 1956 einen Tiefstand erreichte, der durch angeblich ungünstige Witterung nur mangelhaft begründet werden konnte. Im März 1957 befaßte sich die amtliche Wirtschaftszeitschrift "Probleme economice" mit diesem Thema und veröffentlichte eine Stellungnahme der Obersten Wirtschaftsführung, aus der hervorgeht, daß viele Staatsgüter zu defizitären Einrichtungen wurden und "zur Versorgung der Bevölkerung mit billigen Produkten nicht herangezogen werden können".

die es allerdings Viehbestand 1938 bis 1960

	1938	1955	1960 Plan	
Rinder	3,7	4,8	5	Mill. Stück
Schweine	2,8	5,6	6	" "
Schafe	10,1	—	15	" "
Pferde	1,6	—	—	" "

Der Viebestand hat sich also, besonders bei Schweinen, bemerkenswert vermehrt.

Forstwirtschaft. Ein Bild über die tatsächliche Lage der Forstwirtschaft läßt sich infolge der sich widersprechenden amtlichen Berichte und Zeitungsangaben nicht machen. Man liest oft von der Anlage von Waldschutzstreifen, die besonders entlang des Donau-Schwarzmeer-Kanals gepflanzt wurden, ohne daß bekannt wird, wie sich diese Arbeiten nach dem Scheitern des Kanalbaues entwickelt haben. Solche Bäumepflanzungen Aufforstungen fanden auch entlang der Eisenbahnlinien statt. Die Aufforstung von waldlosen Gebirgsgegenden von 3 Mill. ha ist unglaublich, obwohl Agerpres 1953 davon amtlich berichtete. Dasselbe Bulletin erwähnte 1956 von Aufforstungen im Ausmaß von 400,000 ha, während das Gewerkschaftsblatt "Munca" zur selben Zeit von 600,000 ha sprach.

Welchen Umfang die Abholzungen hatten ist ebensoschwer ersichtlich. Man kann mit 80,000 ha pro Jahr rechnen, was auch als Jahressoll in den 2. Fünfjahrplan eingesetzt wurde. Zu Aufforstungen wurde die Jugend herangezogen, nachdem man 1953 die jährliche Veranstaltung eines "Monats des Waldes" eingerichtet hatte. Gepflanzt wurden in erster Linie Nadelhölzer, Eiche, Ahorn, Esche, Ulme und Akazie, in den Donauniederungen rasch wachsende Pappeln und Weiden, teils durch Maschinen, teils manuell, teils aber wurde auch zum Zeichen der Fortschrittlichkeit im Gebirge der Samen von Flugzeugen abgeworfen. Im Jahre 1933

erzielten Privatunternehmungen aus Abholzungen einen Reingewinn von 1,5 Mrd. Lei. Es ist fraglich, ob der Staat als nun einziger Waldeigentümer einen ~~auch~~ nur annähernd gleichgroßen Gewinn verbuchen kann.

Außenhandel. Im Jahre 1955/56 unterhielt Rumänien mit 62 Ländern Handelsbeziehungen, doch entfielen 70% des Außenhandelsumsatzes auf die 7 europäischen und die drei asiatischen Ostblockländer (gegenüber 83,6% im Jahre 1944). An der Belebung des Außenhandels mit Staaten des Westens waren ~~vor allem~~ Nahöstländer beteiligt, die vor allem Zement, dann Holz und etliche Chemikalien abnahmen und dafür Baumwolle und mediterrane Erzeugnisse lieferten. Der Zementexport Rumäniens nach Mittelmeerlandern, einschließlich Griechenland und Türkei, belief sich 1955 auf 300.000 t. Von den westlichen Staaten vergrößerten ~~sich~~ vor allem England und die Bundesrepublik Deutschland ihren ^{Warenverkehrs} Handel mit Rumänien. Das Abkommen zwischen Deutschland und Rumänien für 1955 und 1956 betraf einen Austausch im Wert von 30 Mill. Dollar, konnte aber nur ungefähr zur Hälfte realisiert werden, weil die rumänischen Lieferungen ~~ausblieben~~ in der vorgesehenen Höhe ausblieben. Rumänien liefert, ~~dabei~~ Erdölprodukte, Holz, Getreide, Ölsaaten und einige andere landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Unter den westlichen Handelspartnern Rumäniens ist die Bundesrepublik Deutschland sowohl hinsichtlich der Ein- als auch der Ausfuhr am wichtigsten. So belief sich bei einer Gesamteinfuhr aus dem Westen in der Höhe von 38,5 Mill. Dollar im Jahre 1954 die deutsche Einfuhr auf 10,6 Mill. Dollar, bei einer Gesamtausfuhr von 44,6 Mill. Dollar die Ausfuhr nach Deutschland auf 40,8 Mill. Dollar.

~~Das Staatsbudget Rumäniens für 1954 in Mrd. Lei an Einnahmen aus: 41,3, Ausgaben: 38,3. Der Überschuss belief sich auf 3,0. Die entsprechenden Ziffern des Jahres 1955 waren: Einnahmen 44,4, Ausgaben 43,0, Überschuss 1,4.~~

Für die außenwirtschaftlichen Beziehungen Rumäniens wichtig war das am 24. September 1954 veröffentlichte sowjetisch-rumänische Kommuniqué, das Rumänien die Möglichkeit verschaffte, die ~~sowjet~~^{sowjet}-russischen Beteiligungsanteile an den gemischten rumänisch-sowjetischen, den sogenannten Sowrom-Gesellschaften zu erwerben. Ein Abkommen vom 13. Dezember 1955 regelte die Übernahme des sowjetischen Anteils an der Erdölgesellschaft "Sowrompetrol", was rechtlich und politisch bedeutungsvoll war, unmittelbar praktische Folgen von Gewicht aber nicht nach sich zog, da Rumänien den Gegenwert an die Sowjetunion in mehreren Jahren in Warenlieferungen abstellen muß, zu denen auch Erdöllieferungen gehören. Damit verfügt Rumänien noch immer nicht frei über seine Erdölgewinnung.

Im Außenhandel Rumäniens dominierte unverändert die Sowjetunion, ^{auf} die ~~immer noch~~ fast die Hälfte des Außenhandelsvolumens entfiel. Die nächstwichtigen Handelspartner des Ostblocks waren die Tschechoslowakei und die sowjetische Besatzungszone Deutschlands.

Das Staatsbudget Rumäniens wies 1954 in Mrd. Lei an Einnahmen aus: 41,3, an Ausgaben: 38,3. Der Überschuß belief sich auf 3,0. Die entsprechenden Differenzen des Jahres waren die folgenden: Einnahmen 44,4; Ausgaben 43,0; Überschuß 1,4.

3. Kultur

bis Mitte 1956

In den hier betrachteten Jahren änderte sich/am Stand des Grundschulwesens nichts Erhebliches. Die mittlere Fachschulbildung und der Besuch der in höhere Fachschulen umgewandelten Hochschulen nahm zweifellos zu. Es vermehrten sich/auch die siebenklassigen Grundschulen gegenüber dem vierklassigen Grundschultyp. Ebenso weitete sich die Erfassung der jüngsten Jahrgänge durch Vorschulische Vorkehrungen aus. Stipendien, Schülerheime, Freiplätze und Schuldgeldbefreiungen förderten in größerem Umfang als früher den Besuch mittlerer und höheren Anstalten.

Am 14. Juli 1956 ~~aber~~ wurde auf Beschluß der RAP und des Ministerrates eine Schulreform zur Verbesserung des allgemeinbildenden Unterrichts erlassen. Ihr gingen zahlreiche Besprechungen voraus, um die aufgetretenen Gebrechen zu beheben, die sich im Schulwesen gezeigt hatten: mangelnde Autorität der Lehrer, Unbotmäßigkeit der Schüler, ungerechte Bewertung der Leistungen mit Rücksicht auf anbefohlene Prüfungsergebnisse, Fernbleiben der als politische Aktivisten eingesetzten Schüler, ungenügende Lehrmittel, ^{oft} veränderte Lehrpläne und mancherlei anderes, was den Unterricht gestört hatte. Nun wünschte man die Unzulänglichkeiten der ersten Schulreform von 1948 ^{zu} beseitigen. Nach den Vorberatungen im Unterrichtsministerium und auf dem 2. Parteikongreß Ende Dezember 1955 zog der Unterrichtsminister im März 1956 die Lehrkörper vieler Anstalten zu Rate, ließ im April Besprechungen in allen Schulrätions stattfinden, an denen auch Eltern teilnahmen, und unterbreitete die Ergebnisse vom 23. bis 25. April einer dreitägigen Lehrer-

konferenz, der auch Ministerpräsident Chivu Stoica beiwohnte, der dort eine wegweisende Rede hielt. Die von den Eltern gewünschte Einführung eines ^{elften} und zwölften Unterrichtsjahres lehnte ^{Stoica} ~~er ab~~ inso- weit ab, als er erklärte, ein zwölftes Schuljahr sei finanziell nicht zu verwirklichen, aber das elfte Schuljahr werde kommen, ob- schon dafür 1200 neue Schulräume nötig seien, deren Bau auf die fünf Jahre des 2. Fünfjahrplanes aufgeteilt werde. Er trat für eine bessere ~~Sicherung einer~~ vielseitigen Bildung, Erlernung einer zwei- ten modernen Fremdsprache (die erste ist Russisch), von der 5. Klasse ab ein, für Aufgabelung des Mittelschulunterrichts in eine reali- stische und humanistische Abteilung, vor allem jedoch müsse an den mittleren Schulen ein Übergang zum polytechnischen Unterricht ge- schaffen werden. In der Aussprache forderten etliche eifrige Leh- rer der Minderheitenschule, ^{die} eine Vermehrung des rumänischen Sprach- und Literaturunterrichts, doch wirkte sich diese Liebedienerei ~~auf~~ auf die Reform selbst nicht aus.

Im Vorwort des Reformgesetzes wird das Recht auf Unterricht in den ersten 4 Klassen der allgemeinen, verpflichtenden und kostenlo- sen Elementarschule allen Kindern zugesichert. Die ^{Absolventenzahl} ~~Prämierungen~~ der 7 klassigen Elementar- und der Mittelschulen muß ^{allerdings} dem Einschulungsbedarf der Lehrlingsfachschulen, der technischen Schulen und Hochschulen entsprechen (womit ~~freilich~~ wieder nicht die Leistung, sondern äußere Bedürfnisse das Prüfungsergebnis bestimmen). Dem muttersprachlichen Unterricht in den mehr als 3000 Schulen und vorschulischen Einrichtungen der Minderheiten ^{bleibt} ~~wird~~ breite Entwick- lungsmöglichkeiten ^{bleibt} ~~zugewiesen~~ zugesichert. Der Unterricht ~~muß~~ ^{bleibt} auf das prakti- sche Leben ausgerichtet, daher sollen physikalisch-mathematische Wissenschaften besonders gepflegt ~~werden~~ und ^{der} ~~zum~~ allgemeinbildenden Unterricht mit dem Aufbau des Sozialismus verbunden werden. Dem dient die Neuaufnahme des polytechnischen Unterrichts in den all- gemeinbildenden Schulen (nicht bloß in Fachschulen) und die Ein- führung der Gegenstände "Marxismus-Leninismus" und "Politökonomie". Um eine Überlastung der Schüler zu vermeiden, wird das 11. Schul-

jahr geschaffen.

Nach dem 3. Kapitel des Reformgesetzes bestehen folgende Schulkategorien: die Mittelschule (11 Klassen, von der 10. Klasse an aufgebauert in die Reale- und die Humanistische Abteilung), die Elementarschule mit 7 und die Elementarschule mit 4 Klassen. Knaben und Mädchen sollen ^{vorerst} bis zur 8. Klasse, später durchgängig gemeinsam unterrichtet werden. Erst nach Beendigung des 2. und im Laufe des 3. Fünfjahrplanes wird die 7 klassige Elementarschule obligatorisch. Als Elementarschulklassen gelten (1. Kapitel) die 1.-7. Klasse; die 8.-11. Klassen sind Mittelschulklassen.

Die allgemeinbildenden Fächer haben die Aufgabe, eine vielseitige Entwicklung zu gewährleisten durch eine Erziehung im Geist der kommunistischen Moral und durch ästhetische und körperliche Ausbildung. In der 1.-4. Klasse werden unterrichtet: Rumänische und Russisch, bei Kindern der Minderheiten deren Muttersprache, Heimatgeschichte, Geographie, Mathematik, Grundlagen der Physik, Chemie und Biologie, Schönschreiben, Zeichnen, Gesang, Turnen und Handarbeit, in der 5.-7. Klasse außerdem noch Rumänische Literatur (auch die der Minderheiten), eine zweite moderne Sprache (englisch, französisch, deutsch), Geschichte im Geist der materialistisch-dialektischen Weltanschauung, Verfassungkunde, Naturwissenschaften und Hygiene, in den Mittelschulklassen "Marxismus-Leninismus", "Politökonomie", Psychologie und Logik, ferner Astronomie, Latein (Wahlfach), sowie etliche andere Fächer, vor allem polytechnische, weswegen für Schüler der 5.-7. Klasse Werkstätten einzurichten sind. Fünf freie Halbtage in der Woche sind unterrichtsfrei.

Zwei Kapitel des Schulreformgesetzes beschäftigen sich mit den materiellen Grundlagen der Schulen und weisen den Verband der werktätigen Jugend (UTM), die Gewerkschaften und die übrigen Massenorganisationen der Partei an, eine weiterstreckte politische Arbeit in der Jugend, unter Eltern und Lehrern zu entfalten. Zu gleicher Zeit wurden die Lehrergehälter erhöht und sonstige Begünstigungen für sie, z.B. ^{bei} in der Wohnraumzuteilung, erlassen.

In der Reform tritt die deutliche Tendenz zur strafferen ideologischen Erziehung der Jugend zutage, eine Tendenz, die sich 1957 verschärfen sollte.

Schon im November 1954 wurden Abendschulen für die Stadt- und Landjugend eingerichtet (im Schuljahr 1954/55 115 mit 18.947, 1956/57 282 mit 44.558 Abendschülern). Ihr Zweck ist, den Werktätigen eine ^{kostenlose} Fortsetzung ihrer Studien zu ermöglichen, ohne den Arbeitsplatz zu verlassen. Die 1. Etappe umfaßt 4 Jahre (ein Vorbereitungsjahr und je ein Jahr mit dem Lehrstoff der 5., 6. und 7. Klasse der Elementarschulen); die 2. Etappe, ebenfalls vierjährig, ^{umfangreiche} den Lehrstoff der 8. bis 11. Mittelschulklasseⁿ, wobei die Absolventen beider Etappen dieselben Rechte erwerben wie die normalen Absolventen der entsprechenden Schulen. Die Abendschulen sind entweder selbständige Kollektiven, Staatsgütern, Traktorenstationen, Gemeinden, Schuleinheiten in Unternehmungen und Baustellen unter deren Verwaltung oder Sonderabteilungen der Schulen. Die Verwirklichung der Abendschulen erfolgte unter vielfachen Mißständen (schmutzige Lehrräume, geringes Interesse der Betriebe, der staatlichen Behörden, aber auch der Schüler, die sich nur zu 90% der erwarteten Zahl meldeten, während des Schuljahres dann zu 30%, ja sogar zu 70% abbröckelten, oft übermüdet waren und die Prüfungen nicht zu bestehen vermochten, zum großen Teil auch die geistigen Fähigkeiten zu höheren Studien ~~seny=wie=Munca~~ missen ließen, was freilich "Munca", das Gewerkschaftsblatt, verschweigt, während es sonst strenge Kritik übt). Mit Hilfe der Abendschulen soll den Arbeitern das Universitätsstudium ^{eröffnen} ermöglicht werden, weswegen diese Einrichtung stark ~~per~~ forciert wird, ohne die erstrebten Ergebnisse zu erzielen; dies auch deswegen nicht, weil ein ansehnlicher Teil der Abendschülern gar nicht aus ^{tätigen} Arbeitern besteht, sondern als relegierten Tageschülern, die auf diesem Umweg zu den Hochschulen drängen.

Außerordentlich groß ist die den Gewerkschaften zugewiesene kulturelle Betreuungsarbeit. In ihren Kulturhäusern werden Theateraufführungen, Konzerte, Vorträge, Tanzvergnügungen, Filmvorführungen veranstaltet; sie besitzen auch Büchereien, deren Zahl 1956

mit 5.000 (12 Mill. Bände) angegeben wird. Die Gewerkschaften haben ferner Laienspielgruppen (im ganzen Lande 7171), 1219 Chöre, 486 Orchester, 126 Bläserkapellen (die 200.000 Menschen umfassen), Literaturzirkel, Turistenverbände, ^{Klubs} ~~Vereinigungen~~ für Photographie, bildende Künstler, Rundfunkwesen, Sprachkurse, "Zirkel der Freundschaft" u.ä. Auf solche Weise wird das Vereinigungsbedürfnis befriedigt, indem man es der politischen Lenkung der Gewerkschaften, also der RAP, unterstellt. Vereine ohne eine solche Überwachung sind unmöglich.

Das "Taufwetter" bzw. der "Neue Kurs" fand, wie in anderen Ostblockländern, auch in Rumänien, freilich in bedeutend geringerer Schärfe, einen unmittelbaren Ausdruck in Äußerungen der Schriftsteller. Bei einer Parteiversammlung in Bukarest, die die Entschlüsse des 20. Moskauer Parteikongresses behandelte (Absage an den Persönlichkeitskult, an den Stalinismus, Befürwortung der friedlichen Koexistenz mit dem Westen), meldeten sich kritische Stimmen gegen die rumänischen Zustände, wobei besonders heftig der Schriftsteller Alexander Jar die Zumutungen ^{der Partei} aufdeckte, die ^{sie} an die Autoren ~~stellt~~ ~~wurden~~. Der anwesende Partei-Erstsekretär Gheorghiu-Dej und andere ~~Partei~~ ^{daraufhin} ~~großen~~ beschuldigen Jar der Parteiverleumdung, der Zersetzung, der Ablehnung der großen Leistungen der neuen Literatur. Der Schriftstellerverband nahm wenige Tage später gegen Jar Stellung; er habe unverschämterweise behauptet, die Partei erziehe zur Feigheit, zum Nichtdenken, die Literatur verfallende katastrophal, er und andere seien der Meinung glaubten sich jeder Parteipflicht enthoben. Er wurde aus der Partei ausgeschlossen, seine Gesinnungsgenossen, darunter sehr bekannte Literaten, übten Selbstkritik; er selber tat es ebenfalls; und damit war die Auflehnung gegen den Zwang, der auf den Autoren lastet, in kürzester Zeit zusammengebrochen. Der 1. Kongreß der Schriftsteller konnte vom 18. bis 23. Juni 1956 unter dem Vorsitz Mihai Sadoveanus ^{als parteifromme} ~~ohne Störung~~ (Kundgebung) ablaufen. Er bekannte sich zum Stil des "sozialistischen Realismus",

der die Ausprägung des Geistes der Partei in der Kunst sei. Die Parteilinie in der Kunst sei die Neuwertung des literarischen Erbes nach den leninistischen Prinzipien. Der Schriftsteller habe die Freiheit, ~~die~~ ⁱⁿ Landschaft ^{und} ~~in~~ ^{ne} Zeit, in der sein Werk spielen, zu wählen, und seinen persönlichen Stil anzuwenden, müsse aber dem Volk, dem Sozialismus und dem Frieden dienen. Öde, Erstarrung, Banalisierung, ^{sein} Oberflächlichkeit in der rumänischen Gegenwartsliteratur erklärte der jüdische, deutschschreibende Literat Alfred Margul-Sperber, die Folgen der Abweichung vom kommunistischen Geist. Madjarische und deutsche Autoren sprachen sich ähnlich ^{aus} und ~~verwiesen~~ ~~auf~~ ^{den} dankten für die Hilfe, die die Literatur der Minderheiten erfahre, ~~aber~~. Der Verbandssekretär Beniuc ~~und~~ ^{behauptete} ~~Sadoveanu~~ ^{erklärten} zum Abschluß, daß die Literatur in Rumänien absolut frei sei; ~~und~~ Sadoveanu bekannte, er sei tiefbewegt, das große Glück der Neuzeit als alter Mann erleben zu dürfen.

Beim Kongreß wurde bekannt, ~~erklärt~~, daß der im Jahre 1949 gegründete Schriftstellerverband seine Mitgliederzahl verdoppelt habe, ~~davon sind~~ 49 mit Staatspreisen und 116 mit Orden ausgezeichnet, von 233 Mitgliedern auf 445 und 144 Kandidaten; Am Kongreß nahmen inländische, 197 Schriftsteller teil, darunter 24 madjarische, 9 deutsche und 6 aus anderen Minderheiten, außerdem Gäste aus dem Ausland. Seit Gründung des Verbandes bis zum Kongreß erschienen 4941 Buchtitel einschließlich der Werke der Minderheiten in einer Gesamtauflage ^{von} über 64 Millionen. ^{Summen} Die soziale Lage der Autoren ist durch hohe Honorare gekennzeichnet und, sofern sie "genehm" sind, ungewöhnlich gut. Der Ausbau des Filmwesens wurde weiter gefördert. 1951 bis 1955 entstanden 18 Spielfilme und 34 Zeichen- und Trickfilme, 1956 8 Spielfilme und 12 Zeichen- und Trickfilme. Im 2. Fünfjahrplan sind 900 Filme vorgesehen. Es zeigte sich das Bestreben, die Themen nicht ausschließlich ans Gedankengut der Partei anzulehnen, ohne daß sich diese Tendenz hätte durchsetzen können. Der geringe künstlerische Wert der Erzeugung, die mangelnde Tradition der Filmindustrie und der ^{fachlichen} ~~künstlerischen~~ Arbeit führten dazu, daß das Publikum keineswegs und ausländische Filme lieber sah, besonders zufrieden gestellt wurde, die politisch neutralen. Am meisten werden russische Filme vorge-

führt, die wenig Anklang finden, dann deutsche aus der sowjetisch besetzten Zone, aber auch aus der Bundesrepublik ("Das doppelte Lottchen" war ein Kassenschlager), aus Italien und, abgesehen von den Ostblockstaaten, aus aller Herren Länder; nur amerikanische ~~waren~~ ^{Kinos} eine Zeitlang verboten. Die Zahl der Kinos lag 1956, einschließlich der 250 ^{Kinos} der Gewerkschaften und der Wanderkinos, nahe 2000; die Besucherzahl wird nicht weit unter 100 Millionen liegen.

An wissenschaftlichen Buchausgaben verdient vermerkt zu werden der ~~1955~~ ^{der Akademie der Wissenschaften} Rumänische Sprachatlas, (dessen 1. Band 1956 erschien); er umfaßt alle rumänischen Mundarten in- und außerhalb Rumäniens und berücksichtigt auch die Dialekte der im Inland lebenden Nationalitäten; ferner das auf 4 Bände berechnete Lexikon der zeitgenössischen rumänischen Literatursprache (bis 1956 2 Bände erschienen); mehrere Wörterbücher (die ab 1957 erscheinen sollen), umfassende ^{große} Werke (deutsch-rumänisch, bzw. englisch, französisch, polnisch usw.); dazu Schulwörterbücher; schließlich eine Rumänische Rechtschreibung (1953); eine zweibändige Grammatik (1954); eine Phonetik und Punctuation (1956). Archäologische Forschungen und Grabungen führten in einigen Landesteilen zu wichtigen Ergebnissen, die in Monographien ~~dargelegt~~ ^{herauskam} wurden. Es wurden Niederlassungen aus der jüngeren ~~Bis~~ Eis-, aus der Bronzezeit, aus der Völkerwanderung, dazu ^{früh} ~~vor~~geschichtliche Burgen freigelegt, im Herbst 1956 ein sehr wertvoller Schatz aus dem 15. oder 16. Jahrhundert gehoben.

Anfang Juni 1956 ^{gab} erstattete die Sowjetunion die Kunstschatze zurück, die, einer amtlichen Verlautbarung zufolge, Rußland im 1. Weltkrieg zur Aufbewahrung übergeben worden waren (1350 Gemälde, 156 Ikonen, Kirchliche Kostbarkeiten, eine Münzensammlung ^{nicht} von über 25.000 Stücken), ~~außerdem~~ vor allem den weltberühmten ~~Gesamtschatz~~ Germanenschatz von Pietrosi, ~~und~~ Unter den Gemälden befindet sich ein van Eyck aus dem Brukenthalmuseum in Hermannstadt, der noch beim Einmarsch der Russen im August 1944 dort hing, woraus man

schließen muß, daß die Rückgabe sich auch auf Beutestücke des 2. Weltkriegs erstreckt.

Das "Institut für Kulturbeziehungen", gegründet 1947, ein Organ des Außenministeriums, entfaltete eine rege Tätigkeit. Es widmete sich in erster Linie der Pflege der Kulturbeziehungen zur Sowjetunion, wobei es auch die A.R.L.U.S. (Massenorganisation der rumänisch-sowjetischen Freundschaft) kulturell unterstützte. Ebenso förderte es die Kulturverbindungen mit China durch Ausstellungen, Übersetzungen, künstlerische Darbietungen. Dasselbe spielte sich gegenüber den Ostblockstaaten ab, wobei man bestrebt war, fremde Gäste ins Land zu bringen, und schließlich auch im Zeichen der Koexistenz gegenüber den neutralen und westlichen Staaten. 1949 bestanden ~~mit~~ Kulturbeziehungen nur zu ⁹~~neun~~, 1956 zu 65 Staaten, die Kulturabkommen ^{verzeichnete sich} ~~stiegen~~ von 4 auf 16. Fast ^{ausländische} 20.000 Personen besuchten ~~auf~~ im Jahre 1956 auf Einladung des Instituts Rumänien. Mit sichtbarer Schnelligkeit verstärkte sich ~~auch~~ der Kulturaustausch ~~mit~~ mit der Sowjetzone Deutschlands, ^{wo} ~~in~~ der Übersetzungen rumänischer Autoren erschienen und auch Werke von ^{Wichtigen} deutschen Schriftstellern aus Rumänien (Margul-Sperber, Wittstock usw.) aufgelegt wurden.

4. Kirchen

Außerlich betrachtet änderte sich in den Jahren 1953 bis 1956 die Lage der Kirchen wenig. Sie waren, soweit sie anerkannt, ~~war-~~
~~den~~ Kostgänger des Staates und damit der RAP, da ihre Geistlichen und Angestellten staatlich besoldet wurden, ihre Tätigkeit sich ausschließlich auf religiöse Aufgaben beschränken mußte und sie außerdem gehalten blieben, sich dem ideologischen Dogma des herrschenden Systems unterzuordnen.

Zwei Kirchen machten davon eine Ausnahme, die Griechisch-katholische, staatlich als nicht mehr existent erklärte, deren Organisation restlos zerschlagen, deren Geistliche eingekerkert waren, sofern sie es nicht vorgezogen hatten, ins bürgerliche Berufsleben abzuwandern oder sich der orthodoxen Kirche einzufügen - etliche von ihnen wirkten im Untergrund weiter -; und die Römisch-katholische, deren Statut nicht anerkannt wurde; man verhinderte sogar mit Zwangsmitteln die Vorlage des ausgearbeiteten Statuts, um es nicht bestätigen zu müssen. Bei beiden Kirchen war für die staatliche Verfolgung die Abhängigkeit vom Vatikan entscheidend. Die wichtigsten Vertreter der Römisch-katholischen Kirche wurden unter verschiedenen Anschuldigungen vor Gericht gestellt und zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, doch blieb die Kirche als solche weiter bestehen, gleichsam als halb geduldete, obschon nicht rechtlich eingeordnete Gemeinschaft. ~~Der Versuch eines Teils ihres Klerus~~
~~sich~~ sich dem Regime anzupassen, scheiterten unter der Androhung ihrer Vorgesetzten, daß sie exkommuniziert würden. ^{Erlasse} aus den Gefängnissen entlassene Geistliche wurden von den Gläubigen mit Kundgebungen empfangen und ~~dann~~ ^{daraufhin} wieder festgenommen.

Gegenüber den sonstigen Kirchen zeigte sich der Staat duldender.

Ihre Bischöfe wurden in die Große Nationalversammlung gewählt. Aber die ~~im Kern~~ antichristliche und gottleugnende Gesinnung der Regierung, der Partei und aller Massenorganisationen wirkte sich auf das kirchliche Leben allenthalben aus. Die Jugend suchte man vom Gottesdienst fernzuhalten. Jeder Schritt der Kirchenleitungen und Geistlichen blieb beobachtet. Die Spitzelei nahm zu. Der allgemeine Druck ~~auf~~ der Unfreiheit, der auf der Bevölkerung lastete, betraf auch die Kirchen und ^{Schwäche} die Bereitschaft vieler ~~ihres~~ Gläubigen, sich zu ihnen zu bekennen. Die an den "Neuen Kurs" geknüpften Hoffnungen versiegten nach einigen Monaten wieder.

5. Minderheiten

Bei der Volkszählung vom 21. Februar 1956 wurde^x wie im Jahre 1930 die Befragung hinsichtlich der Volkszugehörigkeit nach zwei Gesichtspunkten vorgenommen, nach dem objektiven der Muttersprache und dem subjektiven des Bekenntnisses zu einem bestimmten Volkstum (1948 war nur nach der Muttersprache, 1941 nach dem "ethnischen Ursprung" gefragt worden). Durch die doppelte Befragung wird das "schwebende Volkstum" sichtbar gemacht, also jene Menschen, die ^{sich} bei ~~einer~~ klar ^{feststellbaren} liegenden Muttersprache ~~sich~~ einem dieser nicht entsprechenden Volkstum zuzählen, eine Erscheinung, die in volkhaft verzahnten Ländern überall ^{zugewahren} ist. In Rumänien handelt es sich dabei meist um Juden, ~~deren~~ ^{deren} Muttersprache nicht jiddisch war - wonach gefragt wurde - sondern deutsch, rumänisch oder Madjarisch, es handelte sich aber auch um andere, die mit der Muttersprache aus Gründen der Vorsicht oder guten Willens keine nationale Entscheidung verbanden.

Ergebnis der Volkszählung vom 21. Februar 1956

<u>Nationalität</u>		<u>Muttersprache</u>	
Rumänen	15.001.090	rumänisch	15.087.228
Madjaren	1.589.543	madjarisch	1.651.844
Deutsche	382.400	deutsch	391.497
Juden	144.236	jiddisch	34.263
Ukrainer, Huzulen, ^{Ruthenen}	58.637	deren Sprache	66.749
Serben, Kroaten, Slowenen	46.464	deren Sprache	43.149
Russen	38.795	russisch	44.602
Tataren	20.718	tatarisch	20.585
Türken	13.909	türkisch	13.585
Bulgaren	11.943	bulgarisch	12.573
Andere nicht erklärte	182.059	nicht erklärt	123.818
Gesamtbevölkerung	17.489.794		17.489.794

Was die Deutschen betrifft, so vermehrte sich ihre Zahl (Muttersprache) von 1948 bis 1956 von 343.913 auf 391.497; ~~was~~ durch natürliche Vermehrung ^{Wäre das} ~~unerklärlich, ist, sondern~~ ^{es ist} nur damit ^{zu} begründet, ~~werden kann~~, daß sich 1948 noch viele Deutsche ~~in~~ in der Verschleppung zur Zwangsarbeit in Rußland befanden, daß ferner ihre Diskriminierung 1956 nachgelassen hatte und ~~sich~~ nun zahlreiche ihre ~~Volks-~~ ^{nicht mehr verängstigten.} ~~tums zu bekennen wieder wagten.~~

Das Deutschtum teilt sich gebietsweise wie folgt auf (wobei zu beachten ist, daß im Banat alle Deutschen als Schwaben, in Siebenbürgen alle als Sachsen ^e ausgewiesen werden):

Banater Schwaben	181.203, nach Muttersprache	186.695
Sáthmarer Schwaben	3.262	1.411
Kreisch-Marmarosch-Schw.	4.098	5.673
Siebenbürger Sachsen	177.698	175.767
Bukowinadeutsche	3.922	5.547
Deutsche der Moldau und Walachei	3.112	3.814
Bukarester Deutsche	5.381	8.987
Dobrudscha-Deutsche	519	430
Dobnudscha-Kanalgebiet	203	170
Deutsche der Baransteppe	3.002	3.003
	<u>382.400</u>	<u>391.497</u>

~~Erwähnung~~ in dieser Aufstellung sind die Deutschen in der Baragansteppe. 1951 wurden neben anderen viele Deutsche aus dem Grenzgebiet gegenüber dem südslawischen Banat in die Baragansteppe verschleppt, schätzungsweise 30.000-35.000 Menschen, die 1955 wieder zurückkehren durften. Anscheinend sind aber einige Tausend dort geblieben in einem Gebiet, wo früher kein einziger Deutscher lebte.

^{Als Gesamtergebnis} Zusammenfassend zeigt die Zählung, daß sich das Deutschtum in Rumänien seit 1948 einigermaßen vermehren konnte und daß trotz den durch ~~die~~ Zersiedelung, ^{Verdrängung und Proletarisierung} ~~und~~ Vermengung bewirkten zahllosen Mischehen das ^{noch lebendige} ~~Bekenntnis zum Volkstum~~ ^{noch lebendige} ~~noch lebendig blieb.~~

^{Die} wirtschaftliche Lage ^{in allgemeinen} verbesserte sich in der Stadt ^{in allgemeinen} nicht, wohl aber auf dem Land, besonders dort, wo sie in den Kollektivwirtschaften oder in den sonstigen Gemeinschaftswirtschaften einen entscheidenden Einfluß haben und die Mehrzahl oder wenigstens einen

ins Gewicht fallenden Teil der Genossen stellen und dadurch ihre Tüchtigkeit und Organisationsfähigkeit betätigen konnten, was sich dann in der Erfüllung des Solls und den damit verknüpften Begünstigungen und Einkünften ^{erzielte} äußerte. Eine ~~volle~~ ^{ganz} Gleichberechtigung ist ihnen rechtlich zwar gewährt, doch keineswegs überall ~~völlig~~ durchgeführt. Eine Bedrängung durch rumänischen Chauvinismus bleibt unverkennbar. Die 1945 entwendeten bäuerlichen Wohnungen (Höfe), nicht aber der damals gleichfalls restlos enteignete Grund, wurden den ehemaligen deutschen Bauern zurückerstattet, eine in vielen Fällen mit Belastungen verbundene Wiedergutmachung, weil die Anwesen von den "Kolonisten" weitgehend ausgeplündert und ^{in einen} ~~ohne~~ Zustand ~~der~~ ^{in einen} ~~Reparaturen~~ ^{in einen} ~~überliefert~~ ^{in einen} Verwahrlosung versetzt worden waren und nun dringende Reparaturen erforderlich machten.

Ob sich die Zahl der deutschen Schulen in der Berichtszeit erhöhte, ist schwer zu beantworten. Zweifellos hat sich ihre ^{Bedeutung} ~~für~~ verringert, wenngleich sie zur den Bestand der Volksgruppe nicht ~~erheblich~~ ^{erheblich} ~~beeinträchtigt~~ ^{beeinträchtigt} ~~dieses~~ ^{dieses} ~~in~~ ⁱⁿ ~~sich~~ ^{sich} gegründeten Ausbildung eines in sich gegründeten ~~den auch gerade von diesem Standpunkte~~ deutschen Bewußtseins nichts betragen können; sie sind aber immerhin Pflegstätten der Muttersprache. Manche Schulen sind mit dem Hinweis auf ^{nicht ausreichende} ~~ungenügende~~ Schülerzahlen aufgelassen worden, ohne daß sich hierüber eine genaue Feststellung machen ließe. Schwierig ist die Ergänzung des einst verhältnismäßig ^{sehr} ~~großen~~ ^{früheren} ~~Akademikerstandes~~ ^{der Deutschen}, da die ^{Zahl der} ~~Zulassung~~ zum Hochschulstudium alljährlich behördlich bestimmt wird und die Deutschen dabei meist zurückgestellt werden.

Offenbar mit Rücksicht auf die Weltbedeutung der deutschen Sprache wird das deutsche Schrifttum in Rumänien von den ~~verschiedenen~~ Staatsverlagen gefördert, so wurden allein 1954 200 deutsche Veröffentlichungen herausgebracht, darunter ~~sind~~ auch Propagandabroschüren mitgezählt. Verglichen mit der Lage auf diesem Gebiet vor dem letzten ^{ein} ~~Kriege~~ ⁱⁿ ~~scheint~~ ⁱⁿ ~~das~~ ⁱⁿ ~~ungeheuerer~~ ⁱⁿ ~~Aufstieg~~ ⁱⁿ ~~zu sein~~ ⁱⁿ, wobei man ~~allerdings~~ ⁱⁿ ~~zu bedenken~~ ⁱⁿ hat, daß früher das binnendeutsche Verlagswesen deutschen Autoren aus Rumänien offenstand und von Deutschland her auch der Lesebedarf

befriedigt werden konnte; ~~das~~ überdies besaßen die Deutschen Rumäniens ^{erst} ~~früher~~ viele Zeitungen, Zeitschriften, auch Verlage, und bestimmten über deren Produktion allein. ^{Nur waren} ~~Heute sind~~ sie gezwungen, den Staat entscheiden zu lassen, was er von ihren Hervorbringungen duldet. Die Einfuhr deutscher Bücher aus der Sowjetzone ist erlaubt. Verlage dieses Gebiets veranstalteten mehrfach Ausstellungen in Rumänien.

In der deutschen literarischen Produktion sind die Schulbücher vor allem wichtig, meist Übersetzungen aus dem Rumänischen, dann die Fachliteratur, die ^{zum} ~~ebenfalls~~ ^{und} Teil ^{ebenfalls} aus Übertragungen besteht, und schließlich die schöngeistigen Werke, die ~~meist auch~~ der Propaganda dienen oder sich wenigstens in einer erkennbaren Weise dem kommunistischen ~~Ideen~~ ^{Ideengut} förderlich ~~zu~~ ^{erweisen müssen.} ~~haben.~~ Außer einer Reihe neuer Autoren ~~wie sind auch~~ ^{traten} bekannte ältere Schriftsteller wieder hervorgetreten und wurden bei Preisausschreiben sogar prämiert wie Andreas Birkner. Der bekannteste, Erwin Wittstock, spielt eine besonders sichtbare Rolle. Anscheinend gelang es ihm, ^{trotz} seiner Vergangenheit, ^{den Bruch} die Duldung und ~~Förderung~~ ^{erzwingen.} des Regimes zu erreichen. Freilich, was von ^{gesehen} ~~den~~ schöngeistigen Werken in Westdeutschland Eingang fand, zeigt ^{fast} (ausnahmslos eine oft recht provinziell anmutende ^{künstlerische Enge,} geistige Starrheit und sprachliche Verkümmern.

^{Offen blieb} ~~Ungelöst war~~ immer noch die Frage der Familienzusammenführung, die Rumänien 1955 ^{zu lösen versuchte} durch Errichtung einer Repatriierungskommission, die sich unmittelbar an alle in Deutschland lebenden Mitglieder der getrennten Familien wendete und sie zur Rückkehr aufforderte. Etwa 2000 folgten dem Ruf, weil sie auf andere Weise keine Möglichkeit zu sehen glaubten, ^{sich} jemals wieder ^{mit} ihren Kindern, ^{gatten} Ehefrauen oder Eltern zu vereinigen. Als aber die ersten Erfahrungen, die diese Rückkehrer mit der für sie völlig veränderten Heimat machten, in den Kreisen ihrer in Deutschland lebenden Landsleuten bekannt wurden, brach die Rückwanderung jäh ab. In

unveränderter Gleichförmigkeit ^{durften} ~~hätten~~ monatlich höchstens 30-30
im Westen
Deutsche aus Rumänien zu ihren Verwandten auswandern.

Ein eigenständiges deutsches Kulturleben gibt es in Rumänien nicht. Doch konnten etliche Chöre wirken, wie der Bachchor in Hermannstadt, der 1956 sein 25jähriges Bestehen feierte, und andere Vereine ähnlicher Bestrebungen. Das wichtigste Kulturinstitut der Siebenbürger Sachsen, das Drukenthalmuseum, wurde dem Eigentümer, der evangelisch-sächsischen Kirchengemeinde in Hermannstadt ^{hat auch den Musikchor} ~~weggenommen~~, verstaatlicht, dann aber ordentlich renoviert und um eine Volkskundliche Abteilung vermehrt, ^{auch} auch sonst vergrößert, wobei der frühere ^{Kaplan} ~~Leiter~~ Dr. Bielz als Abteilungsleiter weiter beschäftigt blieb. Das deutsche Theater in Hermannstadt und Temesvar wurden als staatliche ~~Zwei~~ Anstalten wieder eröffnet.

Die Buchproduktion aller Minderheiten war erstaunlich hoch, selbst der kleinen, die nicht mehr als 50.000 Menschen zählen, ^{am} ~~aber~~ größten natürlich bei den Madjaren, die in drei Komitaten Siebenbürgen geschlossen und überdies in allen Bezirken dieses Landesteils und des Banates leben. In den drei Komitaten besitzen sie eine ~~Verwaltungsgemeinschaft~~ Autonome Ungarische Region, sind also den anderen Nationalitäten gegenüber ungemein bevorzugt.

Ihre Region umgreift ein sehr rückständig gewesenes Gebiet, Siebenbürgens, das ^{jetzt} durch Errichtung vieler Fabriken einen Aufschwung erlebte. ~~Freilich, Die Madjaren widerstreben auf dem Land~~ ^{ihren eigenen Widerstreben} fast noch schärfer als die Rumänen der Kollektivierung. 1956 bestanden in der Region nur 123 Kollektivwirtschaften und 101 landwirtschaftliche Arbeitsgemeinschaften mit 11.465 Familien. Das madjarische Schulwesen ist reicher als je zuvor, besitzt eine Universität und andere Hochschulen, ^{ferner} ~~aus~~ jegliche Art von Bildungstätten, ^{fast kommen} Theater, ⁴² Kunstschulen, Bibliotheken, ^{hissen} ~~eine~~ madjarischer Zweig des Staatsverlags und ein lebhaftes ^{literarisches Leben} ~~Buchproduktion~~. Trotzdem deuten manche Zeichen darauf, daß die alte Spannung zwischen Madjaren und Rumänen keineswegs erloschen ist.

Benutzte Quellen

- Agerpres, Bukarest
- Der Neue Weg, Bukarest
- Buletinul Bibliografic, Bukarest
- Rominia Libera, Bukarest
- Breviaire Statistique de la Roumanie, Bukarest
- Scinteia, Bukarest
- Munca, Bukarest
- Anuarul Statistic al Romaniei, Bukarest
- Die Weltwirtschaft, Halbjahresschrift des Institutes für
Weltwirtschaft an der Universität Kiel
- Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa des Südost-Institutes,
München
- Archiv und Bibliothek des Südost-Institutes, München
- Romania, Stephen Fischer-Galati, Editor, published for the
Mid-European Studies Center of the Free Europe Committee,
New York, 1957

Rumänien

1948 - 1953

1. Politik

~~Unter~~^{Nach} Abdankung des Königs Michael, der mit seiner Familie und verschiedenen Angehörigen des Hofstaates ins Ausland übersiedelte, ~~unter~~^{nach} Ausrufung ~~Rumäniens~~^{des} zur Volksrepublik am 30. Dezember 1947 und ~~mit~~^{nach} der schon vorher erfolgten Zerschlagung der oppositionellen Parteien und der Einkerkierung ihrer wichtigsten Führer, zugleich aber auch ~~mit~~^{nach} der Beseitigung der Unabsetzbarkeit der Richter, der Einführung der Volksgerichtsbarkeit und der Ernennung Anna Paukers zum Außenminister war ~~bei~~ Rumänien zu Beginn des Jahres 1948 ~~der~~^{fest in der Hand} kommunistischen Staatswesen geworden. Die folgenden innerpolitischen Geschehnisse dienten ~~der~~^{Partei} Befestigung ~~dieses~~^{ihres} Regimes ~~zwecks~~.

Am 8. Januar wurde Constantin Parhon, Professor für Geisteskrankheiten, zum Präsidenten der Volksrepublik gewählt. Am Vortag war die rumänische Staatsflagge ~~durch Beigabe kommunistischer Farben~~ abgeändert worden. Im selben Monat, am 22. Januar, wurde dem Parlament ein Gesetzentwurf zur Abänderung des Wahlrechtes vorgelegt und ~~dann~~ auch angenommen. Die Änderungen waren unwesentlich und stellten nur eine Erweiterung des Wahlrechtes dar. Das Wahlrecht empfingen Bürger im Alter von 20 Jahren (später, nach der neuen Verfassung, vom 18. Lebensjahr ab), die Wahlfähigkeit mit 23 Jahren. Auch Staatsangestellte und Soldaten erhielten nun das passive Wahlrecht. Beachtenswert war Art. 59, der Abgeordneten ihr Mandat ^{rechts} aberkannte, wenn sie aus der Partei, auf deren Liste sie gewählt worden ^{waren}, austraten oder aus ihr ausgeschlossen wurden. Die Annahme des Wahlgesetzes erfolgte einstimmig, wobei

vermerkt sei, daß infolge der Verhaftungen die Zahl der Abgeordneten von 414 auf 332 dezimiert waren. ^{Das Parlament} Diese Abgeordneten beschloss ^{schon} hierauf ~~die~~ ^{die} Auflösung ~~des Parlamentes~~ und schrieb ~~für~~ für den 28. März 1948 Neuwahlen aus.

Während bei den letzten Wahlen am 19. November 1946 noch sieben Wahlgruppen ihre Listen einreichten, ^{so} ~~waren~~ ^{haben} es nun bloß noch drei. Die kommunistische Arbeiterpartei ^{verbündete sich} hatte am 8. Februar 1948 mit einem Teil der Sozialdemokraten ^{zur} die "Rumänische Arbeiterpartei" ^{Schuf} gebildet und einen Wahlblock unter dem Namen "Volksdemokratische Front", ~~geschaffen~~, der auch die Bauernfront Grozas, die Nationale Volkspartei und die Ungarische Volksunion - beide kommunistische Tarnorganisationen - beitraten. Die angebliche Freiheit des Wahl wurde durch ~~die~~ Duldung von zwei schwachen Oppositionsparteien nach außenhin demonstriert: der National-Liberalen Partei (früher Fraktion Tatarescu, nun von P. Bejan geführt) und der Demokratischen Bauernpartei Dr. Lupus, die freilich bei der Wählerschaft wenig Vertrauen fanden, dies auch deswegen, weil die Angst vor kommunistischen Vergeltungsmaßnahmen die meisten Wähler veranlaßte, für den Regierungsblock zu stimmen.

Das Ergebnis der Wahlen vom 28. März war das folgende: in die Wahllisten eingetragen: 8.399.416 Personen, von denen 7.468.541 zur Urne gingen (91,2%), was bisher noch nie erreicht worden war; die abgegebenen Stimmen verteilten sich auf:

Volksdemokratische Front	6.959.936	= 93,3%	Mandate 405
National-Liberale Partei	212.438	= 2,8%	Mandate 7
Demokratische Bauernpartei	50.532	= 0,7%	Mandate 2

Der Sieg des kommunistischen Regierungsblock war überwältigend. Der am 14. April umgebildeten Regierung Groza gehörten dementsprechend ausnahmslos Minister aus den Reihen der Volksdemokratischen Front an.

^{nachher} Drei Tage ~~vor~~, am 17. April, wurde das vom ^{die} neuen Parlament angenommene neue Verfassung verkündet, formal betrachtet eine

durchaus demokratische Regelung des Staatswesens und zugleich des Wahlrechtes. Souveränität und Volksvertretung (Art. 3) ^{bedeutet} ~~wird~~ ^{man} nach dem Gesichtspunkt, ~~geordnet~~, daß die Staatsgewalt vom Volke ausgehe, auch ^{um} ~~wurde~~ das parlamentarische System beibehalten. Das "höchste Organ der Staatsgewalt", ~~das~~ die Große Nationalversammlung, ^{war} ~~das~~ "alleinige Gesetzgebungsorgan" der Volksrepublik (Art. 37 und 38). Auf vier Jahre gewählt, setzte ^{es} ~~sich~~ aus "Vertretern des Volkes", den Abgeordneten, zusammen, die nach allgemeinem, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht (Art. ~~3~~ 3 und 47) gewählt ^{würden}. Wahlberechtigt ^{waren} ~~sind~~ alle Staatsbürger mit vollendetem 18. Lebensjahr, ~~ohne Unterschied des Geschlecht~~; ~~wahl~~ gewählt werden kann, ^{te} wer 23 Jahre alt ist (Art. 18, Abs. 2). Der kommunistische ^{gelebte} ~~Gesichtspunkt~~ der Bevorzugung der Arbeiterklasse ^{war} ~~tritt~~ nicht in Erscheinung. ^{sicherte} ~~In~~ Art 18, Abs. 1 ~~und~~ im Gegenteil allen Staatsbürgern, ^{ohne Unterschied des} ~~gleich~~ Rasse, ^{mit} ~~Konfession~~, ^{des} ~~Bildungsgrades~~, ^{des} ~~Wohnsitzes~~, ^{ohne Unterschied} ~~einschließlich~~ ^{des} ~~der~~ Richter und Staatsbeamten, das aktive und passive Wahlrecht ~~zuerkannt~~.

Die Verfassung, die am 1. Mai 1948 in Kraft ^{trat} ~~trat~~, Rumänien (Art. 1) ausdrücklich ^{zu} ~~als~~ Volksrepublik erklärte, setzte fest, daß alle Produktionsmittel dem Staat, natürlichen oder juristischen Personen gehören, alle Bodenschätze aber (Wälder, Wasserwege, Naturkräfte, Verkehrslinien, Posten und Fernmeldeeinrichtungen) dem Staat (Art. 6), doch ^{garantierte sie} ~~wird~~ Privateigentum und Erbrecht ~~garantiert~~ (Art. 8), der Boden gehörte dem, der ihn bebaut (Art. 9). Enteignungen zum Zweck des allgemeinen Nutzens ^{waren} ~~sind~~ gerecht zu entschädigen (Art. 10). Die Verstaatlichung von Produktionsmitteln, Banken und Versicherungsgesellschaften ~~konnte~~ ^{im} öffentlichen Interesse erfolgen (Art. 11). Arbeit ^{ist} ~~ist~~ verpflichtend und ~~wird~~ gegen Ausbeutung geschützt (Art. 12). Auch private Initiative, die der Allgemeinheit dient, ^{wäre} ~~wäre~~ garantiert (Art. 13). Der Staat ^{ist} ~~obliegt~~ es aber, Binnen- und Außenhandel zu regeln, zu kontrollieren, ^{und} ~~gleich~~ wer sich damit befaßt (Art. 14). ^{Er plante mit Lenke} ~~die nationale Wirtschaft wird von ihm geplant und gelenkt~~ (Art. 14).

15). Alle Bürger ^{galten} ~~sind~~ vor dem Gesetz ^{als} gleich (Art.16). Rassistische und nationale Hasskundgebungen ^{waren} ~~sind~~ strafbar (Art 17). ^{das} Recht auf Arbeit, Erholung, festgesetzte Arbeitszeit, bezahlten Urlaub, Sanatorien, Parks und Sportstätten ^{verbürgt} ~~wird~~ ^{garantiert} (Art.19 und 20). Elementarunterricht ^{war} ~~ist~~ verpflichtend und unentgeltlich (Art. 21 ~~22~~). Zu den Freiheitsrechten ^{zählte} ~~gehört~~ ferner (Art.24 bis 33): Freiheit des Gewissens, der Religion, der unverletzlichen Wohnung, der Presse, Rede, Versammlung, Demonstrationen, des Briefverkehrs, das Recht, bei Verhaftung nach 48 Stunden dem Richter vorgeführt zu werden, und für die nationalen Minderheiten: Gebrauch der Muttersprache, des muttersprachlichen Unterrichts, der Mitwirkung an der Verwaltung und Rechtspflege in ihrer eigenen Sprache. Militärdienst ^{war} ~~ist~~ Ehrenpflicht (Art.36).

Die in der Verfassung verankerten Staatsorgane ^{waren} ~~sind~~, wie schon erwähnt, die Große Nationalversammlung als gesetzgebende Körperschaft, die das Präsidium der Nationalversammlung wählt, die Regierung bestimmt, den Staatshaushalt festsetzt, über Krieg und Frieden ⁱⁿ ~~entscheiden~~ ^{hatte} und das Amnestierecht ^{ausübt} ~~besitzt~~. Die Lokalen Organe der Staatsgewalt, ~~sind~~ ^{bestehen} die Volksräte (Art.76), ^{unterstanden} ~~wobei die~~ ~~se~~ ~~den~~ höheren Volksräten und den zentralen Staatsverwaltungsstellen ~~unterstehen~~ (Art.84). Bei allen Gerichten mit Ausnahme des Obersten Gerichtshofes ^{mitglied} ~~sind~~ Laienrichter tätig ^{sein} (Art.88). ~~Das~~ ~~Präsidium~~ der Nationalversammlung ^{war} ~~ist~~ ^{kollektive} das Staatsoberhaupt, vertreten durch den Präsidenten des Präsidiums (Professor Parhon), Vizepräsidenten: Petre Constantinescu-Jasi und Mihail ^{Sadoveanu}.

Nach dem Stand vom April 1951 setzte sich die Regierung, aus der am 15. April 1949 die beiden nichtkommunistischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Gabrilescu und Voite ausgeschieden waren, wie folgt zusammen: Ministerpräsident: Dr. P. Groza, Stellvertreter: Gheorghiu-Dej, Anna Pauker, Vasile Luca, Josef Chisinevski, Teohari Georgescu, Vasile Stoica, Äußeres: Pauker, Inneres: Teohari Georgescu, Justiz: St. Nițulescu, Finanzen: V. Luca, Bergbau,

hatte, worauf vierzehn Gesandte, vier Generalkonsulen und etwa zwanzig andere Diplomaten ihre Ämter niedergelegt und sich geweigert hatten, in die Heimat zurückzukehren.

Anna Pauker, Tochter des Ritualschächters von Harza am oberen Pruth Aron Rabanowitsch, der sich nach seiner Auswanderung nach Israel 1947 öffentlich von ihr lossagte, war in der Jugend der Enge ihrer Herkunft entwichen, hatte das Lehrerinnenseminar ^{in Bukarest} besucht und mit zunächst unpolitischer ^{Literarischen} Pressearbeit Anschluss an eine größere Welt finden wollen. Das achtzehnjährige Mädchen, von ihrem Geliebten, dem aus einer Großgrundbesitzerfamilie stammenden Rakowski, einem weltmännischen marxistischen Dialektiker, für den Kommunismus gewonnen, ^{verwandelte sich in} wurde zu einer fanatischen Revolutionärin, für die die Vermischung von Politik ^{nicht} mit erotischen Leidenschaften ^{zu} Zeit ihres Lebens kennzeichnend bleiben sollte. Im ersten Weltkrieg ^{organisierte} fand sie ^{eine pazifistischen} nach ^{Frankenreutland, floh dann nach} Rußland, heiratete dort den gefangenen k.u.k. Offizier Pauker, ~~infolgegeheimnisvollen~~ ^{hatte sich} der sich dem Kommunismus angeschlossen ^{und} von Rakowski unterstützt, später in den Dienst der Tscheka nach Moskau begab. Die Ehe wurde 1928 getrennt. Anna Pauker arbeitete eine ^{politisch} Zeitlang in Westeuropa, ^{nicht} kehrt ^{nach in die östliche Gasymacht} wieder nach Moskau zurück. Den Sohn, den sie ^{besaß} bald ^(zur Welt brachte), soll sie vom französischen Parteisekretär Maurice Thorez empfangen haben. Inzwischen ^{waren} sind ihr Mann (von dem sie zwei Kinder hat) und Rakowski als Trotzkisten aus ihren Ämtern gestoßen worden. Pauker ^{fand sein Ende} stirbt 1938 in der Lubjanka. Anna ^{wird} Mitglied und schließlich Generalsekretärin des nach Rußland verlegten Zentralkomitees der illegalen rumänischen kommunistischen Partei, ¹⁹³⁴ wagte es ^{wieder zu betreten} nach Rumänien zurückzukehren und sich in die geheime kommunistische Arbeit einzuschalt^{en}.

Verhaftet, zu zehn Jahren Kerker verurteilt, machte sie ihren ausgezeichneten Verteidiger Patrascanu, der sie oft in der Zelle besuchte, zum überzeugten Kommunisten, was ihm nach dem Umsturz vom 23. August 1944 eine hervorragende politische Position verschaffte, doch ließ sie es dann kaltherzig geschehen, daß er im Frühling 1948 seine Ministerstellung verlor und im Dezember des folgenden Jahres "als Nationalist und amerikanischer Agent" verhaftet wurde. Als Rußland am 27. Juni 1940 sein Ultimatum wegen Besarabien, ^{Abkantung} in Bukarest ^{ultimativ} überreichte, forderte ^{verlangte} es gleichzeitig die Freilassung der kommunistischen Häftlinge, was auch Anna Pauker zugute kam, die, ^{als neue} nun in der russischen Hauptstadt, verschiedene Posten bei den Komintern, beim rumänischen "Freiheitssender", ~~bekleidet~~ und beim Swinformbüro ^{und} ~~bekleidet~~ die Größen der Komintern bespitzelte, was ihr dazu ^{verhalf} ~~verhalf~~, mit Stalin bekannt zu werden, dem sie ^{gefiel} ~~gefällt~~ und der ihren die Aufstellung der rumänischen "Freiheitsdivision" aus Kriegsgefangenen gestattete. Mit dieser politisch ^{und sozialistisch wohlgebillten} ~~fanatischen~~ Truppe, deren Offiziere, sie selbst ausgewählt hatte, ^{kehrte} ~~war~~ Anna Pauker nach ^{dem Frankfurter Rumänien nach} Bukarest zurück. ^{kehrte} Die Kommandeure der Division wechselten je nach ihrer weiblichen Gunst, den General Lascar machte sie zum Kriegsminister und regte keinen Finger, als er bald darnach im Kerker verschwand. In den ersten Jahren hielt sie sich etwas im Hintergrund, weil sie wußte, wie heftig sie überall gehaßt wurde, genoß ein luxuriöses Dasein und ^{hatte} ~~hielt~~ im Hintergrund doch zahlreiche Fäden in der Hand. Nun ^{spielte} ~~war~~ sie als Außenminister für die Ära 1948/1952 die maßgebende Persönlichkeit ~~zu~~ ^{zu} werden.

Im Gegensatz zu Anna Pauker war ist Gheorghiu-Dej, der Abgott der rumänischen Kommunisten, proletarischer Herkunft, geboren 1901 in Bărlad, Arbeiter wie sein Vater, Revolutionär

schon als Lehrling, Agitator in den Industriegebieten Rumäniens, ein harter, zäher, wendiger Kämpfer ohne feinere Bildung, ein Blutsrumäne, der schon deswegen die proletarischen Massen leichter ^{mit} ansprechen ^{vermag} ~~kann~~ als die intellektuelle Jüdin Anna Pauker, die allerdings als mit ~~ihren~~ besseren Beziehungen zu Moskau bis zu ihrem Sturz sein gefährliches Gegengewicht ^{blieb} ~~bleibt~~. Gheorghiu-Dej war es, ^{der} nach der Kapitulation Rumäniens - die ihm die Gefängnistore öffnete - die winzige kommunistische Partei mit außerordentlicher Energie ⁱⁿ ~~zu~~ einem schlagfertigen Instrument umschmolz und der auch hinter allen Aktionen stand, die mit Hilfe der Straße der Bolschewisierung nützten. Gheorghiu-Dej ließ sich im Herbst 1947 ~~sicherlich mit innerer Zustimmung~~ ^{Balkan} auf die ~~Pläne~~ ^{Pläne} Dimitroffs und Titos ein, der im Dezember 1947 in Bukarest ^{besuchte} ~~war~~ und einen Freundschafts- und Beistandspakt mit Rumänien (19.12.1947) geschlossen hatte. In diesem Pakt wird Rußland mit keinem Wort erwähnt, was Anna Pauker veranlaßte, von ihrem direkten Draht zu Stalin ^{Gebrauch} zu machen. Gheorghiu-Dej konnte durch "Bereuung seiner nationalistischen Abweichung" seine Position retten. Der Pakt mit Jugoslawien wurde erst am 3. Oktober 1949 von Rumänien aufgekündigt unter dem Vorwand, daß Jugoslawien ihn verletzt habe. Die Beziehungen allerdings zwischen beiden Ländern waren schon seit der Ausstoßung Jugoslawiens aus den Kominformen gespannt.

Neben Anna Pauker und Gheorghiu-Dej verblieben die anderen Parteisekretäre: der frühere Buchdrucker Teohari Georgescu und der siebenbürgische Madjare Vasile Luca, der ~~schon~~ 1919 ein Mitarbeiter Bela Küns gewesen war, ^{Außer} diesen vier Personen gehören dem Politbüro noch Gh. Vasilichi an (zeitweise Bergbauminister, 1951 abgesetzt) und verschiedene andere weniger wichtige Persönlichkeiten, unter denen nach der Beseitigung der bürgerlichen Opposition 1948 immer stärker Emil

Bodnaras, der Abstammung nach ein Ukrainer (Bodnarenco), als Nachfolger Lascars Kriegsminister, Armeegeneral und ~~Befehlshaber~~ Befehlshaber der Streitkräfte, in den Vordergrund trat. Eine führende Rolle, besonders als Gheorghiu-Dejs Aufpasser spielte bis zu Anna Paukers Sturz der ehemalige Buchbinder Josef Chisinescu.

Die umgebildete Regierung Groza konnte nach Annahme der Verfassung vom 13. April 1948 auf allen Gebieten die kommunistischen Prinzipien kräftiger durchsetzen. Schon am 30. März war die Gleichschaltung der orthodoxen Kirche gelungen, indem die hohe Geistlichkeit den Treueid vor Groza ablegte und die neue Staatsgewalt anerkannte. Die allgemeine militärische Dienstpflicht wurde am 1. Juni von 18 Monaten auf mindestens zwei Jahre heraufgesetzt. Am 11. Juni kam das Gesetz über die Verstaatlichung der Industriebetriebe heraus, und am 1. Juli trat an ^{die} Stelle der bisherigen Kommission für Wiederaufbau unter der Leitung von Gheorghiu-Dej "Die oberste staatliche Planungskommission". ~~Einmal~~ Eine "Ausbürgerungsverordnung für alle Rumänen, die im Ausland leben und sich einer Verletzung der Treuepflicht schuldig gemacht haben" beschlagnahmte das Eigentum dieser Personen (7. Juli). Der nächste Schritt war die Durchführung der Schulreform nach sowjetischem Muster, wobei das gesamte Schulwesen der Verstaatlichung anheimfiel. Die Geheime Staatspolizei wurde dem Innenministerium am 30. August überstellt.

Die 1947 abgeschaffte Todesstrafe, ~~warde~~ ^{faud} am 15. Januar 1949 wieder eingeführt, ~~und~~ ^{und} in Gesetz "Zur Bestrafung ~~am~~ von Verbrechen gegen die Staatssicherheit und das wirtschaftliche Wohlergehen des Landes" ^{Verankerung}. Im Zusammenhang mit diesen Sicherheitsvorkehrungen stand die Schaffung einer Miliz am 24.

Januar 1949 und die Einsetzung der Volksgerichte als unterste Gerichtsinstanzen am 5. April. Ein provisorisches Komitee zur Vorbereitung der Wahlen für die Volks^{räte}~~sowjets~~ begann am 27. April 1949 mit seiner Arbeit. ~~und~~ ^{am} 10. Mai wurden die Volksrichter gewählt. Begleitet wurden diese Maßnahmen von einschneidenden, auch das politische Leben berührenden wirtschaftlichen ^{Vorkehrungen} ~~Maßnahmen~~, von der Aufstellung eines ~~zweijährigen~~ Gesamtwirtschaftsplanes für das Jahr 1949 (am 28. Dezember 1948), von der Übernahme des Sozialversicherungswesens durch die Gewerkschaften im Juni 1949, ^{von der} ~~durch die~~ Verordnung vom 1. August 1949 zur Schaffung landwirtschaftlicher Kollektivwirtschaften und im ^{Juli} ~~Jahre~~ 1950 ^{von der} ~~durch die~~ Neuorganisation der Gewerkschaften nach sowjetischem Muster, ^{ferner von der} ~~(1950)~~ ^{den} ~~der~~ ^{der} ~~die~~ Verwaltungsreform vom 6. September 1950 und ^{der} ~~die~~ Wahlen ^{räte} ~~für die~~ Volks~~sowjets~~ am 3. ~~Dezember~~. Während für das Geschäftsjahr 1950 ebenfalls ein Gesamtwirtschaftsplan zur Anwendung gekommen war, lief am 1. Januar 1951 der erste rumänische Fünfjahresplan an, in den sich die am 2. März dieses Jahres erlassenen neuen ^{Maßnahmen} ~~Maßnahmen~~ zum Ausbau der ländlichen Kollektivwirtschaften einfügten.

Die eben erwähnten Wahlen der lokalen Volkkräte vom 3. Dezember 1950 beruhten auf dem Gesetz Nr. 6 vom 8. September 1950. Sie fanden ^{im} ~~in~~ dem Rahmen des neuen Verwaltungsgesetzes statt, das, am selben Tag erlassen, eine verwaltungsrechtliche Neueinteilung des Staates vorgenommen hatte. Diese Verwaltungsreform beseitigte die bisherige Einteilung in Kreise und ersetzte sie durch 28 Regionen und 177 Rayons. Dabei sprach der Art. 1 des Verwaltungsgesetzes aus, daß es die politische Führungsrolle der Werktätigen weitgehend gewährleisten ^{werde} ~~solle~~. Damit ^{tritt} ~~tritt~~, zugleich auch im Wahlgesetz für die Volkkräte, zum erstenmal der Klassenkämpferische Charakter

der Volksrepublik im formellen Staatsrecht zutage. Zwar ~~ist~~^{war} das Wahlrecht allgemein, gleich, direkt und geheim, doch bestimmt ~~Art.4~~^{Art.4}, daß ehemalige Grundgrundbesitzer, Industrielle, Bankiers, Großkaufleute und sonstige Elemente der Bourgeoisie sowie der Kulaken unwürdig seien, zu wählen und gewählt zu werden. Überdies ~~wird~~^{war} das Vorschlagsrecht zur Wahlkandidation ausdrücklich und allein den zentralen und lokalen Organen der Rumänischen Arbeiterpartei, den Gewerkschaften, den Jugend- und Frauenorganisationen, der Bauernfront (Groza), der Ungarischen Volksunion, den wirtschaftlichen, kulturellen und genossenschaftlichen Organisationen, den anderen Massenorganisationen und den Komitees der Nationalitäten in den Volksversammlungen, Unternehmungen und Institutionen, den Kollektivwirtschaften, Gemeinden und Dörfern sowie auch dem Militär (Art.41), also ~~nur~~ nur Gruppen zugestanden, die unter dem entscheidenden Einfluß der kommunistischen Arbeiterpartei ~~gestanden~~, die damit die Wahlvorschläge in jedem Fall bestimmte. Infolgedessen wurde überall nur eine einzige Liste, die der Volksdemokratischen Front, aufgestellt ^{man verzichtete also} und auf den Schein einer demokratischen Wahl, ~~verzichtet~~, der bei den Parlamentswahlen vom 28. März 1948 noch gewahrt worden war.

95,27% (9.473.872) der eingetragenen Wähler beteiligten sich an der Wahl; für die "Einheitsliste" stimmten 9.124.766 oder 96,31% der Wähler. Gegen die Liste stimmten 128.340 (1,36%); 220.776 (2,33%) Stimmen wurden für ungültig erklärt. Von den 109.312 ~~abgeordneten~~ gewählten Abgeordneten der Volksräte ~~gehörten~~ nach kommunistischer Mitteilung 27.841 (25,5%) Frauen, 52.941 (48,4%) Mitglieder der rumänischen Arbeiterpartei, die übrigen 56.397 (51,6%) parteilos. Durch diese Wahl hatte sich die kommunistische Partei in der lokalen Verwaltung breit eingelagert.

Das Jahr 1951 zeigt eine verstärkte Tendenz zur Errichtung von landwirtschaftlichen Kollektivwirtschaften, erbrachte aber in den ersten Monaten abgesehen von einer Sammelaktion für Nordkorea und dem Beginn der vom Kreml in Gang gesetzten "Friedensaktion" keine wichtigeren innenpolitischen Ereignisse. Am 13. August aber kam es zu einem Prozeß gegen eine Gruppe von "Spionen und Verrätern im Dienste des Imperialismus", denen man ^{sie hätten} vorwarf, "mit Gewalt die demokratische Ordnung beseitigen" wollen. Das Gericht verurteilte einige Personen zum Tode, andere zu langjähriger Zwangsarbeit. Im September wurde vor dem Militärtribunal in Bukarest einer weiteren Gruppe der Prozeß gemacht, die angeklagt war, im Dienste des amerikanischen-englischen Imperialismus und des Vatikans eine Verschwörung angezettelt zu haben. Neben anderen wurde der katholische Bischof von Temeschwar Pacha zu 18 Jahren schweren Kerker verurteilt. Ähnliche Prozesse wiederholten sich in den folgenden Monaten.

Der interne Machtkampf innerhalb der rumänischen Arbeiterpartei trat nach den zwei Säuberungswellen vom Jahre 1948 und 1950, bei denen 20% der Parteimitglieder ausgeschlossen wurden, worauf 1950 die Aufnahme neuer Anwärter gestattet wurde - 1951 zählte die Partei 720.000 Mitglieder - im Mai 1952 ~~sichtbar~~ zu Tage. Die Gruppe Gheorghiu Dej triumphierte. Am 27. Mai mußten die stellvertretenden Ministerpräsidenten Vasile Luca und Teoharǎ Georgescu zurücktreten. Zum Innenminister wurde Alexander Draghici ernannt, während Gheorghe Apostol ^{zum} stellvertretenden Ministerpräsidenten aufstieg, ebenso Chivu Stoica. Luca und Teoharǎ Georgescu verloren auch ihre Parteiämter. Diese Ereignisse, die eine

weitgehende Umbesetzung ~~in~~ den führenden Posten ~~z~~ des Staates und der Partei nach sich zogen, erstreckten sich über mehrere Wochen. Fast jeder Tag brachte neue Geschehnisse, von denen das Wichtigste der Rücktritt Petru Grozas als Ministerpräsident und seine Ersetzung durch Gheorghiu Dej am 2. Juni 1952 war. Groza trat am selben Tag das Amt des Präsidenten der großen Nationalversammlung an und war damit Staatsoberhaupt. Der bisherige Präsident der Volksrepublik Parhon verschwand aus dem öffentlichen Leben. Am 4. Juli stürzte Anna Pauker. Ihr Nachfolger ^{als Vizepräsident} wurde Simion Bughici. Offenbar wirkte dabei die antisemitische Tendenz mit, die Stalin zur selben Zeit einschlug.

Am 24. September nahm die große Nationalversammlung eine neue Verfassung an, in der im Gegensatz zu der Verfassung vom 13. April 1948 der kommunistische Grundsatz der Bevorzugung der Werktätigen klar zum Ausdruck kam. Der erste Satz der Präambel lautet: "Die rumänische Volksrepublik ist ein Staat der Werktätigen von Stadt und Land." Durch verschiedene andere Bestimmungen wurde der klassenkämpferische Charakter der Volksrepublik verankert, der durch die Verstaatlichung der Industrie, der Banken und Kinos, sowie durch die Schaffung der Kollektivwirtschaften schon früher juristisch untermauert worden war. Nun wurden durch den Art. 11 ^{auch} die größeren Bauerwirtschaften (Kulaken) ^{und} private Handelsunternehmungen als Betriebe bezeichnet, "die auf der Ausbeutung der Mitarbeit gegründet sind. Der volkdemokratische Staat verfolgt konsequent die Politik der Eingung und Verdrängung der kapitalistischen Elemente." Damit im Zusammenhang wurde die sozial-ökonomische Grundlage des Staates festgelegt: "Die Nationalwirtschaft der rumänischen Volksrepublik umfaßt drei Formen: die sozialistische Form,

die Form der kleinen Warenproduktion und die privatkapitalistische Form." Die sozialistische Form, der die "Führungsrolle in der Nationalwirtschaft" zusteht und die gekennzeichnet ist durch das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln, besteht entweder als Staatseigentum (Gemeingut des Volkes) oder als genossenschaftlich-kollektivwirtschaftliches Eigentum (Art.6, Abs.1); sie bildet die Grundlage für die Entwicklung des Staates auf dem Wege zum Sozialismus und wird ununterbrochen gestärkt und erweitert (Art.6, Abs.3).

Staatseigentum ~~xxxxx~~ und Gemeingut des Volkes sind alle Bodenschätze, Fabriken und Gruben, natürliche Energiequellen, Verkehrs- und Nachrichtenmittel, Banken, Filmwesen, Theater, staatliche Landwirtschaftsbetriebe, Maschinen- und Traktorenstationen, Gemeindebetriebe und der verstaatlichte Teil der städtischen Wohnhäuser. Gemeingut der Kollektivwirtschaften und Genossenschaften sind ihr Inventar samt ihren Unternehmungen und Bauten, während ihre bäuerlichen Mitglieder in persönlicher Nutzung ein Stück Hofland und als persönliches Eigentum eine Nebenwirtschaft auf dem Hofland ein Wohnhaus, Nutzvieh, Geflügel und bäuerliches Kleininventar behalten dürfen. (Art.9)

Zur „kleinen Warenproduktion“ gehören die Klein- und Mittelbauern mit privatem Bodeneigentum, das sie durch eigene Arbeit bestellen, und die handwerklichen Werkstätten, die nicht die Arbeit anderer ausbeuten (Art.10). Sie werden durch die Verfassung garantiert, wogegen allerdings ~~sie~~ der erwähnte Art.6 angewendet werden konnte.

Im übrigen ~~enthält~~ ^{zählt} die Verfassung eine Reihe von Freiheitsrechten auf, wie den Schutz des Privateigentums und

des Erbrechtes. Der Außenhandel ist Staatsmonopol, Arbeit Pflicht und Ehrensache jedes Staatsbürgers "nach dem Grundsatz: wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen" (Art.15).

Der Staatsaufbau ist volksdemokratisch und verkörpert die Macht der Werktätigen (Art.16). Als Aufgabe des Staates der sich als einheitlicher, souveräner und unabhängiger Staat bekennet, wird wieder die Sozialisierung der Industrie und der Landwirtschaft betont. (Art.17) Die Macht der Werktätigen verwirklicht sich in der Großen Nationalversammlung und in den Volksräten, die die "politische Grundlage des Staates" sind (Art.4). Die Große Nationalversammlung, höchstes Organ der Staatsgewalt, erbringt die Gesetze, bildet die Regierung, ändert die Verfassung, entscheidet über Krieg und Frieden, bestätigt den Staatshaushalt, ~~besitzt~~^{hat} das Begnadigungsrecht, beaufsichtigt die Anwendung der Verfassung, tagt ^{zw.} einmal jährlich und wählt auch den Obersten Gerichtshof (Art.67), womit das Prinzip der Gewaltentrennung aufgehoben wurde, ~~xxxxxxx~~ auf dem die Rechtsstaatlichkeit nach abendländischen Ansichten beruht.

Das Wahlrecht, das aktive vom 18., das passive vom 23. Lebensjahr an, besitzen alle Werktätigen ohne Unterschied der Rasse, des Volkstums, des Geschlechts, der Konfession und der Bildung, abgesehen von jenen, denen ~~das es~~ Wahlrecht vom Gericht aberkannt wird und jenen, die gemäß Gesetz dazu unwürdig sind (Art.94), womit die Kapitalisten, einschließlich der Kulaken^{und} die "Kriegsverbrecher" gemeint sind. Die Kandidationslisten werden durch die Organisationen der Werktätigen aufgesetzt, d.h. in der Praxis durch die rumänische Arbeiterpartei.

Das Präsidium der Großen Nationalversammlung hat die

Stellung eines repräsentativen Staatsoberhauptes und außerdem diesem zukommenden üblichen Befugnissen wie z.B. Ernennung der Minister während den Parlamentsferien, Titel und Ordenverleihung, Aufhebung ungesetzlicher Beschlüsse des Ministerrates, Akkreditierung der Diplomaten, Verhängung des Ausnahmezustandes, der Mobilmachung, der Ratifizierung internationaler Verträge usw., auch gesetzgeberische Vollmachten (Erlaß von Dekreten) und rechtsprecherische (Auslegung von Gesetzen), womit nochmals die für kommunistische Herrschaftssysteme charakteristische Ablehnung des Prinzips der Gewaltentrennung verfassungsgerechtlich verfestigt wird.

Der Ministerrat ist ^{das} höchste Exekutivorgan der Staatsgewalt, untersteht der Großen Nationalversammlung und in den Parlamentsferien ihrem Präsidium. Seine Beschlüsse und Verfügungen auf Grund der geltenden Gesetze und im Hinblick auf ihre Anwendung müssen durchgeführt werden (Art.45 und 46) wodurch das Gesetzgebungsmonopol der Nationalversammlung in der Praxis durchlöchert wird, denn die meisten Anordnungen ~~in Rumänien~~ mit unbedingter Geltungskraft gehen auf Beschlüsse des Ministerrates zurück, der seinerseits die Entscheidungen des ZK der kommunistischen Partei durchführt.

Die drei Gerichtsinstanzen sind: der Oberste Gerichtshof, die Regionsgerichte und die Volksgerichte (Art.64). Die Aufgaben der Gerichte bestehen darin, das Volkdemokratische Regime und die Errungenschaften der Werktätigen, die Bürgerrechte und das Gemeineigentum zu schützen (Art.65); sie haben also eindeutig eine politische Aufgabe als Instrument des kommunistischen Systems. Dies kommt auch darin, ^{z.B. sieht} zum Ausdruck, daß der Oberste Gerichtshof (Art.67) von der Nationalversam-

lung gewählt wird ^{in 5 Jahren} für fünf Jahre. Ebenso werden die Richter und Laienrichter durch Wahl bestimmt. Das Rechtsprechungsmonopol der Gerichte ist ^{fallengelassen worden,} ihnen ~~in Rumänien~~ entzogen, da die Auslegung der Gesetze nicht ihnen, sondern dem Präsidium der Nationalversammlung ^{obliegt} (Art. 37). Die Beteiligung der Laienrichter bei allen Gerichtsverhandlungen ist erforderlich. Die Gerichtsverhandlungen sind öffentlich, finden in rumänischer Sprache, in den Rayons der nationalen Minderheiten auch in deren Muttersprache statt. Die Oberaufsicht über die Einhaltung der Gesetze hat der Staatsanwalt. Den Generalstaatsanwalt ernennt die Nationalversammlung für fünf Jahre, während er die übrigen Staatsanwälte für vier Jahre ernennt.

Die Verwaltungseinteilung des Landes wurde durch die Verfassung insoweit verändert, als ^{die} die Zahl der 28 Regionen auf 18 verringert ^{wurde}. ^(Denn Grenzveränderung ist die landwirtschaftliche u. industriellen Gebiete nicht berührt u. damit der Verfassung keine.) Die 18. Region ist ~~das~~ ^{das} madjarische autonome Gebiet der Szekler mit der Hauptstadt Tg. Mures (Neumarkt). Die örtlichen Organe der Staatsgewalt, ~~bilden~~ die Volksräte, werden von den Werktätigen für zwei Jahre gewählt (früher für vier). Sie leiten die Tätigkeit der untergeordneten Verwaltungsorgane sowie die lokale wirtschaftliche und kulturelle Arbeit und können Verfügungen im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereichs erlassen. Ihre leitenden und Durchführungsorgane sind die von ihnen gewählten Exekutivkomitees.

Zu den Grundrechten und Grundpflichten der Bürger gehört das garantierte Recht auf Arbeit, der achtstündige Arbeitstag, das Recht auf Erholung und Versorgung im Alter und bei Arbeitsunfähigkeit, Krankheit, Unfällen usw., ^{früher} das Recht auf Bildung, auf Gleichberechtigung im Staatsleben, Gewissens-

Rede-, Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, freilich nur soweit ^{Freiheit} ~~die~~ ^{se} in Übereinstimmung mit den Interessen der Werktätigen" ausgeübt werden und "der Festigung des Volksdemokratischen Regimes" dienen (Art. 85 und 86, Abs. 1). In Wirklichkeit (also) bestehen diese Rechte nicht, was auch daraus hervorgeht, daß nach Art. 86, Abs. 3 "die rumänische Arbeiterpartei der führende Kern aller Organisationen als auch der Staatsorgane und Organisationen ist. Um sie sind alle Organisationen der Werktätigen der rumänischen Volksrepublik zusammengeschlossen!" Damit ist die entscheidende Macht der kommunistischen Partei verfassungsrechtlich verbrieft, was ~~immerhin~~ seinen Niederschlag darin findet, daß zwischen den Parteiämtern, den führenden Männern der Behörden und aller sonstigen Organisationen Personalunion besteht, das heißt: ~~es~~ eine nichtkommunistische Organisation ist unmöglich. Das Briefgeheimnis, die Unverletzlichkeit der Wohnung und der Person sind nach Art. 87 und 88 gewährleistet, *was allerdings nur als Theorie zu betrachten ist.*

Mit der Annahme dieser Verfassung wurde der Einparteienstaat und die Herrschaft des kommunistischen Regimes in aller Klarheit bekräftigt.

Der neuen Verfassung folgte schon am nächsten Tag, am 25. September 1952, ein neues Wahlgesetz, das die ~~xxx~~ Listenwahl abschaffte und durch Personenwahl ersetzte, ~~sowie die Abgeordnetenzahl~~ ^{aber} von 414 auf 423 erhöhte. Es ~~führt die in~~ ^{bestimmt die in} der Verfassung enthaltenen Bestimmungen ~~weiter aus~~ ^{es} und regelt sie im einzelnen. Vor allem setzt ~~es~~ ^t fest, wer als wahlunwürdig gilt; es sind nach Art. 5 die ehemaligen Großgrundbesitzer, Industriellen, Bankier^r, Großkaufleute, Kulaken, die Eigentümer nicht verstaatlichter kaufmännischer Privat-

unternehmungen und kleinerer ~~Industrieunternehmungen~~ ^{betrieben} die auf der Ausbeutung fremder Arbeitskraft beruhen, sowie die "Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen den Frieden". Damit wird die entsprechende Verfassungsbestimmung ^{in Übereinstimmung} deutlich umrissen. Auf 40.000 Einwohner (Nicht Wähler) entfällt ein Abgeordneter. Die Wahllisten fertigt das Exekutivkomitee der Volksräte an. Die von den Werktätigenorganisationen aufgestellten Kandidation^{en} ~~listen~~ sollen aus Vorschlägen hervorgehen, die in Versammlungen der Werktätigen (Urwählerversammlungen) in Unternehmungen, Institutionen, Staatsgütern, Kollektiven und ~~auch~~ ^{bei} bei Militär stattfinden. Bemerkenswert ist, daß das Vorschlagsrecht, ~~das früher auch der~~ ^{beispielsweise} Bauerfront und der Ungarischen Volksunion ~~zustand~~ ^{nun} gestrichen wurde. Bei der Wahl entscheidet absolute Mehrheit ^{sind}, wenn diese von keinem Kandidaten erreicht wird, relative Mehrheit ^{bei} ~~nach~~ einer Stichwahl. ~~Es übte die Rumänische Arbeiterpartei die Nomierung der Kandidaten aus und kann dabei die Kandidaten so ~~bestimmen~~ ^{auswählen}, daß der Eindruck entsteht, als wären alle Berufs- und Bevölkerungsschichten und auch die Nationalitäten vertreten.~~ ^{sind} Die Abgeordneten werden für vier Jahre gewählt, doch kann jedem das Mandat auf Mehrheitsbeschluß der Wähler entzogen werden. Die Zahl der Wahlkreise ^{bestimmt sich} ~~ist~~ wie die der Abgeordneten auf 423. ~~fest-~~ ~~gesetzt.~~

Am 30. November 1952 fanden die Neuwahlen statt. Es wurde wieder ein Wahlblock, die Volksdemokratische Front, aus der Rumänischen Arbeiterpartei, der Bauernfront (Groza), der Ungarischen Volksunion, den Gewerkschaften, Jugend- und Frauenorganisationen, Vertretern der Kollektiven, Kulturverbänden und nationalen Minderheiten gebildet.

Bei einer Wahlbeteiligung von 97,91% stimmten 10.353.468 Wähler ab. Davon bekannten sich 10.233.369 oder 98,84% für die (einzige) Liste der Volksdemokratischen Front, gegen die 95.252 oder 0,92% stimmten. 24.848 oder 0,24% Stimmen waren ungültig. Gewählt wurden die 423 Kandidaten der Volksdemokratischen Front; davon waren 196 oder 46,34% Arbeiter, 132 oder 31,20% werktätige Bauern und 95 oder 22,46% Intellektuelle. 308, d.i. 72,81% der Abgeordneten gehörten der Rumänischen Arbeiterpartei an, 77 kamen aus den Reihen der nationalen Minderheiten. 115 oder 27,19% waren werktätige Parteilose, 66 oder 15,60% Frauen.

Ein Jahr später, am 20. Dezember 1953, ergab die Neuwahl der Volksräte in den Regionen, Städten, Rayons und Gemeinden dasselbe Bild: Wahlberechtigt waren 10.660.000 Personen, wovon ^{95,9%} ~~95,9%~~ zur Urne gingen. Gegen die Einheitsliste der Volksdemokratischen Front, deren 135.220 Kandidaten ausnahmslos gewählt wurden, stimmten lediglich 1,4% der Wahlberechtigten.

Nach der Wahl der Großen Nationalversammlung am 30. November 1952 erfolgte im Januar 1953 eine Umbildung der Regierung, wobei sich wenig änderte. Ministerpräsident blieb Gheorghiu-Dej. ^{zu} ~~seine~~ Stellvertreter ^{waren} ~~waren~~ Chisinevski, Apostol, Stoica, Vidrascu. ^{bestanden} Das Ministerium für Äußeres behielt Bughici. ~~Innenminister~~ Die wichtigen Ministerien waren wie folgt besetzt: Inneres: Pavel Stefan, Landwirtschaft: Constantin Prisnea, Außenhandel: A. Barladeanu, Innenhandel: V. Malinski, Kultus: Constantinescu-Jasi, Finanzen: D. Petrescu, ~~Streitkräfte~~ ^{kamen} Emil Bodnaras, Justiz: Tatu Jianu. Daneben bestanden etwa zwei Dutzend Fachminister.

Die in der Verfassung enthaltenen Bestimmungen ~~über~~^{für} das Gerichtswesen wurden vorweggenommen durch das schon am 5. August 1952 verkündete Gesetz über die Organisation der Justiz. Es enthält außer der schon erwähnten Regelung der Instanzen die genaue Festlegung der Befugnisse der Laienrichter (Volksbeisitzer). Diese haben dieselben Rechte wie die Berufsrichter, sind aber für die Urteilsfindung ausschlaggebend, weil sich das Volksgericht aus drei Richtern zusammensetzt, zwei Laienrichtern und dem Berufsrichter als Vorsitzenden, der also überstimmt werden kann. Die ersten Laienrichter wurden 1948 gewählt, die nächsten 1949. Obwohl die Mandate für ein Jahr gelten sollten, kam es zu deren mehrfacher Verlängerung, bis dann am 4. Mai 1953 Neuwahlen erfolgten, offenbar auch deswegen, weil ~~nicht~~ viele Laienrichter in der Zwischenzeit korrumpiert worden waren. Gewählt wurden 17.000 Laienrichter für ein Jahr von den Volksversammlungen der Unternehmungen, Institutionen, Kollektiven, Gemeinden und Dörfern auf Vorschläge dieser Organisationen, also wieder auf Weisung der Rumänischen Arbeiterpartei. ^{zum Laienrichter} wählbar ist jeder Bürger mit vollendetem 23. Lebensjahr. Tätig wird der Laienrichter nur für 30 Tage, damit er seinem Beruf nicht zu lange entzogen bleibt. Da es den Gerichten frei steht - "wenn dies zur Verwirklichung des erzieherischen Zieles der Justiz notwendig ist" - außerhalb ihres Amtsgebäudes zu tagen, können ^{Schau in erweitertem} Prozesse auf öffentlichen ^{Rahmen} stattfinden, was ^{die Möglichkeit bietet, mit} ~~die Möglichkeit bietet~~ die Volksmassen ~~die Möglichkeit bietet~~ einen Druck auf die Urteilsfällung auszuüben. ^{Zu Ungunsten} der Angeklagten wirkt sich auch die Neuordnung der Rechtsanwaltschaft aus, die durch ein Dekret vom 1. April 1950 vorgenommen worden war. Die Rechtsanwälte sind Mitglieder von Kammern, deren Präsidenten der Justizminister ^{Wird vom Minister} ernannt. Ihre Tätigkeit ~~kontrolliert~~ der Minister. Sie ^{sind} ~~sind~~ haben sich nicht ~~als~~ Verteidiger der Angeklagten, sondern ~~als~~ ^{als} aktiver Faktor ^{in der} Wahrheit ^{findung} im Sinne der sozialistischen Gesetzgebung, ~~anzusehen~~. Darum gibt es keine unbeaufsichtigte Fühlungnahme

zwischen Anwalt und Angeklagtem. Ihre Aussprachen finden niemals unter vier Augen statt. Manche Angeklagten lernen ~~ihren~~ ^{den ihnen zugeordneten} Verteidiger erst bei der Gerichtsverhandlung kennen.

Da die Auslegung der oft ^{absichtlich} ~~nicht präzise~~ ^{irrig} abgefaßten Gesetze stets der "sozialistischen Ordnung" förderlich sein muß, ist dem ^{Einfluß} ~~Willkür~~ bestimmenden der ~~hinterher~~ ^{die} Strafgerichtsbarkeit und den Strafvollzug ~~wirkenden~~ Rumänischen Arbeitspartei keine Schranke gesetzt. Man schätzt die ~~Zahl der 1952/53 in Haft befindlichen Personen auf~~ ^{Zahl der 1952/53 in Haft befindlichen Personen auf} 200.000, ~~von denen zahllose im Gegensatz zu den Verfassungsbestimmungen ohne richterliche Anweisung festgesetzt worden waren.~~ Die meisten befanden sich nicht in Gefängnissen, sondern in Zwangsarbeitslagern, teilweise in Bergwerken oder beim Bau des ^{Schwarz-Meer =} Donaukanals, ~~der so fehlerhaft angelegt war, daß er später eingestellt wurde,~~ ^{den politisch} doch erfüllte er seinen Zweck: er sorgte für die ~~Dezimierung~~ ^{Dezimierung} der nicht-kommunistischen Elemente, besonders ^{zurück} ~~die~~ Angehörigen der früher führenden ^{zurück} Gesellschaftsschichten, ~~von denen Tausenden~~ ^{von denen Tausenden} unter den harten Arbeitsbedingungen und ^{Erbbelungen} ~~schlechter Verpflegung~~ starben. Auch Klöster verwandelten sich in Kerker und Anhaltelager für Geistliche aller Konfessionen. Auffallend groß ist die ^{hergele} ~~zahl~~ der festgesetzten Bauern. ~~zur~~ ^{zur} Verschleppung ganzer Bevölkerungsteile innerhalb Rumäniens kam es ¹⁹⁵¹ ~~mehrfach~~. So ¹⁹⁵¹ ~~wurden die Bewohner längs der jugoslawischen Grenze zwangsweise in die Barangansteppe verpflanzt, darunter viele Banater Schwaben, und ohne Hilfsmittel im wahren Wortsinne in einer Wüste ausgesetzt, wo sie sich unter unsäglich Mühe anzusiedeln versuchten.~~ Aus verschiedenen größeren Industriestädten, wie z.B. Kronstadt (Brasov), ^{das jetzt amtlich} ~~dessen Name in Stalinstadt~~, ^{rumänisch} ~~Stalin~~, ^{heißt} ~~umgeändert wurde,~~ verbannte man zu Tausenden ehemalige Bürger, ^{noch heute im Straflager} ~~in die umliegenden Dörfer.~~ ^{noch heute im Straflager} ~~Die Verbannten werden häufig von~~ ^{in immer} ~~einem Gefängnis in andere geschickt, damit die Angehörigen die Spur verlieren.~~ In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß Maniu 1952 im Kerker starb, was aber erst 1955 bekannt wurde. Die

Behandlung der wegen verbrecherischen ~~Delikten~~ verurteilten Sträflinge ist milder als die der politischen Gefangenen, von denen manche liquidiert wurden, wenn sie wirtschaftlich nicht ausgenützt werden konnten.

Gegen diese Zustände, die ein lähmendes Gefühl der Unsicherheit und Angst ⁱⁿ der Bevölkerung, einschließlich der Kommunisten, die niemals wissen, ob sie der augenblicklichen Parteilinie entsprechen, ständig wachhalten, regte sich der Widerstand schon im Jahre 1944 nach der Kapitulation des Königs ^{nach Kampf zur Briten} mit der Errichtung etlicher ^{Rebellen} Verschwörerzellen. Doch erst später kam es zu Aktionen der Widerstandskämpfer, zur Zusammenfassung von Gesinnungsgenossen, zur Schaffung eines Widerstandsnetzes, dessen Mitarbeiter vor allem in der Jugend Anhänger fanden und auch in den Staatsapparat einsickerten. Die meisten Aktionen hatten ~~aber~~ ^{nicht waren} bloß örtliche Bedeutung, von kurzer Dauer, da sich Agenten und Spitzel der Kommunisten unter die Widerstandskämpfer einschlichen und deren Organisation dem Zugriff der Behörden auslieferten. Bekannt wurden folgende Organisationen: Die "T", die "Schwarzen Mäntel", "Vlad Tepes" und die "Donauwogen", von denen ^{sich} die erste in den Städten, besonders in Bukarest, die zweite in der Moldau und Südbukowina, die dritte und vierte in der Walachei ^{beteiligt} ~~tätig waren~~. Die stärkste Gruppe entstand 1950, die "Dihorul", zu der sehr viele Bauern, deren Grund unter dem Druck der Behörden kollektiviert worden war, stießen. Man schätzte die ^{ihre Mitgliedschaft} ~~Zahl dieser Widerstandskämpfer~~ auf etwa 60.000, ehe ^{man} sie zerschlagen wurden. Die städtische Bevölkerung beschränkte sich hauptsächlich auf passiven Widerstand und Sabotageakte, die hart ^h geahndet wurden. Noch 1953 ^{deckten die Behörden} kam es zur Aufdeckung kleinerer Widerstandsgruppen von ~~verschiedenen~~ ^{auf} Männern, die vorwiegend der Eisernen Garde angehört

hatten.

Der Polizeiapparat verfügt über zehn Brigaden Grenzschutz, achtzehn Polizeibrigaden (Milizeinheiten und andere/ kleinere Verbände). Die Miliz entstand aus der von Bodnaras nach der Kapitulation aufgestellten "Garde der Patriotischen Verteidigung", wurde 1949 mit der Gendarmerie und ~~der~~ Polizei verschmolzen und zur Truppe des Ministers für innere Verteidigung gemacht. Ihr angegliedert wurde auch das Grenzschutzkorps, etwa 30.000 Mann, während die gesamte Truppe 1952 rund 120.000 Mann zählte. Die Dienstvorschriften sind sowjetischem Muster nachgebildet. Die dreijährige Dienstzeit *der Milizangehörigen* kann "im Falle der Notwendigkeit" verlängert werden. Der Generalstab dieser Truppe zerfällt in fünf Sektionen, unter denen die politische Direktion, die strafrechtliche Direktion und eine in ihren Aufgaben unbekannte Direktion besonders bemerkenswert sind. ~~Zur Truppe gehören~~ Zur Truppe gehören außer den Grenzsoldaten und der eigentlichen Sicherheitsorganisation (Sigurantza) auch die Feuerwehr und Fliegereinheiten. Aufgenommen wird in diese *Verbände* ~~Einheiten~~ nur, wer mindestens vier Volksschulklassen besucht, *mit* ~~seinen~~ Militärdienst geleistet hat, Mitglied der kommunistischen Partei ist oder mit ihr sympatisiert und zur proletarischen Klasse gehört. Die Milizwachen versehen ihren Dienst in einer oder mehreren Gemeinden, sorgen für Sicherheit und öffentliche Ordnung, führen Verhöre durch und nehmen die angeordneten Verhaftungen vor. Dem Postenchef obliegen Verwaltungsangelegenheiten und die polizeiliche Rechtsprechung. Der Milizaufbau gliedert sich in Milizwachen, Milizsektoren und Milizkommando. Dem Sektor untersteht der Rayon, dem Kommando die Region. Reichen die Kräfte der öffentlichen Miliz nicht aus, so werden ihre ~~XXXX~~ modern bewaffneten, 1949 dem Sicherheitsminister unmittelbar

zur Verfügung gestellten "Interventionsbataillone" eingesetzt.

Die Geheimpolizei, eine besondere Institution mit eigenen Vollmachten, 1953 vom Innenministerium losgelöst, von einem Sicherheitsminister verwaltet, dann dem Innenministerium wieder unterstellt, übt die politische Kontrolle über den Staatsapparat und die Parteiorganisationen aus, betreibt Spionage und Abwehr der Spionage und führt mit eigenen Organen Verhaftungen, Deportierungen und Säuberungen durch. Ihr Aufbau ist ähnlich wie der der Miliz und umgreift auch die außerordentlich verzweigten Schutzorganisationen, die in jedem Industriebetrieb bestehen, geheime Dienste versehen, Nachforschungen anstellen und ein Agentennetz unter den Arbeitern beschäftigen.

Alle diese Organe "zur inneren Verteidigung" erstrecken sich bis in die entlegensten Dörfer, sodaß fast ausnahmslos jeder Staatsbürger mittelbar oder unmittelbar einer der Organisationen eingefügt ist, entweder als Mitwirkender oder als Beobachteter.

Jeder Bürger mit vollendetem fünfzehnten Lebensjahr muß ständig einen Identitätsausweis bei sich tragen. Ohne Erlaubnis und Verkauf der Miliz ist der Besitz von Schreibmaschinen, und Apparaten zur Vervielfältigung und Photokopie verboten. Eigentümer von Schreibmaschinen sind verpflichtet, ein Blatt mit dem Aufdruck aller Typen ihrer Maschinen bei der Miliz zu hinterlegen.

Die schon erwähnte Verschleppung von Bevölkerungsteilen innerhalb des Landes, ferner die durch die Industrialisierung rasch anwachsende Bewohnerschaft der größeren Städte, die Kollektivierungsmaßnahmen der Dörfer, bewirken fortwährend eine Auflösung der ererbten Bindungen an die heimatlichen Orte, *und bringen zur ständig zunehmenden Erheblichkeit bei; sie*

verschärfen die
~~eine~~ äußerliche und seelische Proletarisierung und Ver-
sorgung der Menschen, was wieder ihrer kommunistischen Durch-
dringung zugute kam, obschon sich dies nicht ~~äußerte~~
in einer Hinwendung und Zustimmung zum herrschenden Regime
äußerte, sondern bloß im Anwachsen des Gefühls der Unfreiheit
und Machtlosigkeit. Die ~~sozialen und~~ wirtschaftlichen Ver-
hältnisse, vor allem die schlechte Versorgungslage, verstärk-
ten diese Empfindungen.

Der inneren Ausrichtung der Bevölkerung diente die ständig
im Gang gehaltene Propaganda gegen die Westmächte in der Form
des "Kampfes für den Frieden". Das ganze Land wurde mit Aus-
schüssen überzogen, die sich lediglich dieser Propaganda wid-
men und in allen Gemeinden, Rayons, Wohnvierteln, Betrieben
und Staatsinstitutionen ~~bestehen~~ *am Werke sind*. Im Zusammenhang mit der
Beschuldigung der Westmächte, ~~daß sie sich zu einem Angriff~~ *bereiteten*
auf die volksdemokratischen Länder vor ~~würden~~, wurde ein
Gesetz gegen Kriegstreiber erlassen, das Strafen bis zu 25
Jahren Gefängnis und Vermögenseinziehung vorsieht (16. Dez.
1950). ~~Am~~ *wurden* Drei Monate vorher die Arbeiter verpflich-
tet, einen Tageslohn für einen Weltfriedensfond zu stiften.
Ein ständiges ~~neuerichtetes~~ *der Friedenskomitees* Komitee, 1952 gegründet, trat
dem "Weltrat des Friedens" bei und ~~besteht~~ *umfaßt* unter dem Vorsitz
des Schriftstellers Mihail Sadoveanu ~~106~~ 106 Personen aller
Berufe und Glaubensbekenntnisse. Es protestierte verschiedent-
lich gegen die Westmächte, so z.B. im März 1953 gegen die
von Rußland behauptete Verwendung bakteriologischer Waffen
im Koreakrieg. Unzählige Veranstaltungen, Lesezirkel, Gruppen-
besprechungen der Familien, Volksversammlungen erziehen die
Bevölkerung zur Abneigung gegen den Westen. Die Zahl der
Friedenskomitees ~~betrug~~ *beläuft sich auf* 1952 22.165.

~~Der eigentliche Zweck der vierten Festspiele~~ ^{die} der Jugend, ^{4. Weltjugend} die im August 1953 in Bukarest stattfanden, wofür ein Stadion mit 80.000 Sitzplätzen und ein Freilichttheater ^{mit Finanzierung von} durch "Freiwillige" der Industriearbeiterschaft erbaut wurde, diente derselben Propaganda. An den Festspielen beteiligten sich Kommunisten aller Länder, etwa 30.000 Delegierte.

Die rumänische ^{erlaubt} Armee ~~unverändert~~ nach der Kapitulation zwei Etappen des Umbaus. Die erste dauerte vom Herbst 1944 bis zum 28. März 1948 und war ~~die~~ gekennzeichnet durch die sogenannte ⁿUmwandlung des "königlichen Heeres" in eine ^{"demokratische Armee"} ~~Volksarmee~~. Die zweite galt der "Umbildung der demokratischen Armee in eine Volksarmee". Bis Kriegsende beschränkte man sich darauf, den Einheiten mit ^{freiwillig} geringer Wirkung politische Erziehungsoffiziere und Unteroffiziere beizustellen. Im Frühjahr 1945 wurde jedem Truppenoffizier ein "Gehilfe" ^{beigegeben} mit politischen Vollmachten, ^{zugewiesen} nach der Verabschiedung von 9.000 "reaktionären" Berufsoffizieren ^{dann} begann der völlige Umbau des Heeres, doch stimmten die Truppen bei der Parlamentswahl vom 19. Nov. 1946 noch überwiegend für die antikommunistischen Parteien, ^{im Herbst 1944 gegründete} worauf das Generalinspektorat ^{für Kulturerziehung und Propaganda} neu und zumeist mit Nichtrumänen besetzt wurde. Nach der Abdankung des Königs erfolgte eine zweite Entlassungswelle, und damit schien die "Demokratisierung", also die kommunistische Gleichschaltung abgeschlossen. Das Generalinspektorat ^{wurde} am 28. März 1948 aufgelöst, ^{ging in} und ^{über} durch die "Politische ^{General}direktion der Armee" ~~ersetzt~~ (DSPA = Direcția Superioară Politică al Armatei) ^{ersetzt}. Ihr erster Chef war Petru Borila, ein alter Kommunist, dem 1945 "Generalmajor" Mihai Florescu (Blumenfeld), ein Spanienkämpfer und Mitglied des französischen Maquis, nachfolgte. Ihn löste 1950 Generalleutnant Nicolae Ceausescu, Mitglied des ZK und stellvertretender Kriegsminister, ab.

Die Politische Generaldirektion der Armee, ohne deren Zustimmung keine Versetzung, Beförderung, Dekorierung oder Entlassung erfolgen kann, widmet sich außer politisch-erzieherischen Fragen auch der sportlichen Ertüchtigung. Jedes Divisionskommando und jedes Regiment besitzt ~~nach ihrem Beispiel~~ einen "Polit-Apparat", an dessen Spitze der Polit-Kommandant steht, der dem militärischen Kommandeur zwar nachgeordnet ~~ist~~ ^{bleibt}, aber praktisch der wirkliche Befehlshaber ist. Ebenso hat jedes Bat^{illon}, jede Kompanie und jeder Zug einen Polit-Kommandanten und sogar die Gruppe einen "Elite-Soldaten", meist ein Mitglied der Partei oder der Jugendorganisation. Abgesehen von dieser politischen Einrichtung sorgt das "Führungskollektiv", dem der Kommandeur des rückwärtigen Dienstes und der Generalstabschef der Einheit angehören, für deren parteipolitische Überwachung und für die Kontrolle der militärischen Führer; es teilt auch die Verantwortungen auf. Die den einzelnen Truppenteilen zugeordneten "Polit-Apparate" erfassen ~~auch~~ den letzten Soldaten. Die Einrückenden müssen Truppenkörpern zugeteilt werden, deren Standort ~~sich~~ mindestens 300 km vom Heimatort des Rekruten entfernt liegt, damit er aus der gewohnten Atmosphäre herausgelöst wird. Urlaub steht ihm nur für kurze Zeit zu. Die Verpflegung ist - ein wirklicher Fortschritt gegenüber früheren Zeiten - gut, ebenso die Bekleidung und Behandlung. Die in der königlichen Armee angewendete Prügelstrafe ist streng verboten. Welcher Geist den Soldaten eingeflößt wird, verdeutlichen folgende Sätze der Eidesformel: "Ich schwöre, daß ich alle Feinde des Vaterlandes und des arbeitenden Volkes aus tiefster Seele ~~hassen~~ will.... Sollte ich meinen Eid brechen, dann möge mich das Strafgesetz der Rumänischen Volksrepublik in seiner ganzen

Schärfe und der Haß und die Verachtung aller arbeitenden Menschen treffen". Laut offizieller Anweisung ist bei Gefechtsübungen der angenommene Feind stets der westliche, der "barbarische amerikanische Soldat", der "kolonialistische englische Unterdrücker" usw.

Zahl der
Der Friedensvertrag von 1947 beschränkte die Streitkräfte auf insgesamt 138.000 Mann. Ende 1948 zählte die Armee einschließlich des Grenzschatzes 170.000, Ende 1949 einschließlich der Sicherheitstruppe 200.000, am 8. November 1950 einschließlich der 50.000 ~~Wirkungskraft~~ Milizangehörigen 250.000, am 15. Mai 1951 325.000 und am 1. November 1953 550.000 Mann.

Gliederung der
Die Armee bestand 1953, soweit die regulären Streitkräfte in Betracht kommen, aus 7 Infanteriedivisionen, 2 Gebirgsjägerdivisionen, zwei Kavalleriedivisionen, 1 Panzerdivision, 1 motorsierte Division, 1 Artilleriedivision, ~~und~~ 1 Luftwaffendivision mit einer sehr beschränkten Zahl von Flugzeugen, doch zahlreichen Flugplätzen, deren größter bei Buzau liegt, *und* ~~1~~ 1 Marinedivision. Die *Befehls* Standorte der Armeekorps waren ~~in~~ Craiova, Bukarest, Jassy, Bacau, Kronstadt, Klausenburg, Hermannstadt, Neumarkt (Tg. Mures), Temeschburg und Konstantza für die Marineeinheiten, die sich *der* in die Schwarzmeerflotte und die Donauflotte *eingliederten*. Im Jahre 1952 flossen 15.8% der Staatshaushaltsmittel der Verteidigung zu, 1953 18%. Die Wehrpflicht *erschloß sich auf* besteht für alle Männer vom 21.-50. Lebensjahr. Die Dienstzeit beläuft sich seit dem 1. Juni 1948 auf zwei, ~~Jahre~~, bei technischen Truppen auf drei Jahre.

Am 16. September 1950 wurde ein Oberkommando für die Zivilverteidigung errichtet, das alle Personen zwischen dem 16. und 60. Lebensjahr zur zivilen Landesverteidigung verpflichtet. Der zivile Luftschutz ist gesetzlich geregelt und dem

Innenministerium unterstellt.

Die Sowjetunion unterhielt sogenannte "Verbindungsgruppen" im Lande, nach verschiedenen Angaben 120.000 Mann im Jahre 1950, die sich bis Ende 1953 auf 35.000 Mann verringerten. Überdies hat sie eine Unterseeboot-Basis in der Nähe von Tulcea und Fliegerverbände in Bukarest.

~~Nachmittags~~ ^{war} ~~im~~ Parteileben Rumäniens während der Jahre 1948-1953 ~~war~~ das entscheidende Ereignis die restlose Durchsetzung der Vorherrschaft der Rumänischen Arbeiterpartei, die sich durch die schon erwähnten drei Säuberungswellen (1948, 1950 und 1952) innerlich konsolidierte, wobei, wie ebenfalls schon berichtet, ^{wegen nationalstiftender Absichten!} so wichtige Persönlichkeiten wie Patrascanu, ^{Hingst} der im Jahre 1954 zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde, ^{oder} wie Vasile Luca, der im Oktober 1954 ~~ebenfalls~~ zum Tod verurteilt, ^{mit Begnadigung zur} ~~immerhin zu~~ ^{wegkam. Auch} Zwangsarbeit beznadigt wurde, ^{verschwand} und Teohari Georgescu ^{in von einem Kopfschütteln blieb.} und Anna Pauker, ~~starben~~. Von 13 Mitgliedern des Polit-Büros mußten 1952 7 ausscheiden. Nach dieser ^{dritten} ~~letzten~~ Säuberung ~~xxxxxxxxxxxx~~ lag die Parteiführung unangefochten in der Hand ihres Generalsekretärs Gheorghiu-Dej. Dem Sekretariat gehörten noch an: Chisinevski, Moghioros, Constantinescu, ^{mit} Apostol, dem Politbüro: Gheorghiu-Dej, Moghioros, Chisinevski, Constantinescu, Apostol, Stoica, Bodnaras, Borila, ^{mit} Parvulescu. Die Mitglieder dieser beiden Büros saßen auch unter den fast fünfzig Mitgliedern des ZK. In den Vordergrund der Partei hatten sich außer Gheorghiu-Dej vor allem die folgenden ^{führenden Kommunisten} ~~Persönlichkeiten~~ gespielt: Stoica Chivu, geboren 1910 in Smeieni bei Buzau, ein Bauernsohn ohne höhere Bildung, Anhänger Gheorghiu-Dejs, seit 1950 stellvertretender Ministerpräsident; Gheorghe Apostol, geboren 1912 in Tudor Vladimirescu, Sohn eines Eisenbahnarbeiters, der 1934 zur kommunistischen Partei stieß, 1944 bis 1952 Präsident des Allgemeinen Gewerk-

schaftsbundes war, dem Exekutivkomitee des kommunistischen Weltgewerkschaftsbundes angehört und 1952 stellvertretender Ministerpräsident und ein Jahr darauf Landwirtschaftsminister wurde; Josif Chisinevski, geb. 1905 in Balti, Sohn verarmter jüdischer Eltern mit Mittelschulbildung, der 1930 bis 1936 im Gefängnis ^{saß} als Kommunist, nach längerem Moskauaufenthalt 1941 zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wurde, nach der Kapitulation Rumäniens dem Redaktionsausschuß des Parteiorgans „Scinteia“ bis Oktober 1948 angehörte und im März 1950 stellvertretender Ministerpräsident ~~gewürdet wurde~~; Emil Bodnaras, geb. 1904 in Jaslovat, Arbeitersohn, der die Universität und die höhere Artillerieschule besuchte, als Leutnant der rumänischen Armee angehörte, sich 1932 der kommunistischen Partei anschloß und unter Mitnahme rumänischer Geheimdokumente in die Sowjetunion ^e desertierte, woher er mit geheimen Aufträgen 1933 nach Rumänien zurückkehrte, verhaftet und verurteilt wurde, aber wieder in die Sowjetunion fliehen konnte, nach Besuch der NKWD-Schulen 1944 in Rumänien Partisanengruppen organisierte und den Neuaufbau der kommunistischen Partei in die Hand nahm, 1945 bis 1947 als Chef des politischen Informationsdienstes und nach 1947 als Armeeminister ^{sind} Mitglied des Politbüros, wirkte und 1951 zum General der Armee befördert wurde; Alexandru Moghioros, geb. 1914 bei Kronstadt, Madjare, mit Gymnasialbildung, durch Fleiß und Rücksichtslosigkeit bekannt, der 1932 der kommunistischen Jugendvereinigung beitrug, Anna Pauker 1933 bei der Reorganisierung der Partei half, 1935 ~~für~~ ^{zu} zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde, dann dem Sekretariat des ZKs seit 1948 und auch dem Politbüro angehörte, Rumänien beim Kominform-Kongreß in Budapest vertrat und sich seit 1950 als Minister vor allem agrar-politischen Fragen widmete; Miron Constantinescu, geb. 1917 in Buzau, bürgerlicher Herkunft, Dr. der Staatswissen-

schaften, seit 1945 Mitglied des ZK, Chefredakteur der „Scinteia“, 1948 bis 1949 Bergbauminister, seit 1948 Mitglied des Polit-Büros und Präsident der staatlichen Planungskommission; Petre Borila, geb. 1905, beSarabischer Arbeitersohn, Ziegeleiarbeiter, Absolvent der Frunse-Militärakademie in Moskau, der 1921 Kommunist wurde, als rumänischer Soldat 1924 zur roten Armee desertierte, im spanischen Bürgerkrieg ein Bataillon der Internationalen Brigade befehligte, dann die politische Abteilung der rumänischen Freiheitsdivision leitete, von 1944 bis 1947 Chef der Bukarester Parteiorganisation und Mitglied des ZK ist, verschiedene Ministerien bekleidete und zum Generalleutnant befördert wurde ; Constantin Pirvulescu, geb. 1895 in Olanesti, Arbeitersohn, die Mittelschule besuchte, Gründungsmitglied der kommunistischen Partei (1921), und nach Gefängnisstrafen und längerem Aufenthalt in Moskau 1945 Vorsitzender der Parteikontrollkommission, Mitglied des Polit-Büros und 1953 Vorsitzender der Nationalversammlung wurde; Alexandru Draghici, geb. 1913 in Buzau, 1944 Mitglied der kommunistischen Jugendvereinigung, 1948 Sekretär der Parteiorganisation von Bukarest, 1950 stellvertretender Innenminister, 1952 Innenminister und Generalmajor, später Minister für Staatssicherheit und ab Oktober 1953 wieder Innenminister; Nicolae Ceausescu, geb. 1918 in Scornicesti, Kleinbauernsohn, 1945 Sekretär der Parteiorganisation von Bukarest, 1950 stellvertretender Armeeminister und Generalmajor, 1951 bis 1953 Chef des obersten politischen Direktoriums der Armee und Generalleutnant.

Die Bauernfront (Groza) sank zur völligen Bedeutungslosigkeit herab und diente lediglich als Werkzeug der kommunistischen Partei, zugleich freilich als Postament für ihren Führer Groza, der, wie erwähnt, im Mai 1952 als Ministerpräsident

zurücktrat und ~~am~~ ^{am} ~~am~~ 2. Juni 1952 Präsident der rumänischen Volksrepublik wurde.

Die nach der Kapitulation Rumäniens gegründete „Madjarische Partei“, die einzige Vertretung der in Rumänien lebenden Madjaren, wurde zur „Madjarischen Volksunion“ umgebildet und trat später, obwohl sie ~~xxxxx~~ bei den ersten Wahlen eigene Listen eingereicht hatte, der „Volksdemokratischen Front“ bei, auf deren Einheitsliste sie ihre Kandidaten unterbrachte. Sie ist in allen führenden Gremien der rumänischen Arbeiterpartei vertreten und gibt als ihr amtliches Organ die Zeitung „Elöre“ („Vorwärts“) heraus.

Die 1948 gegründete „Deutsche Antifaschistische Partei“, von Anfang an ein rein kommunistisches Gebilde, hat die Aufgabe, die deutsche Minderheit ins politische Leben wieder einzugliedern. Ihrem ZK gehören zehn Personen an.

Abgesehen von diesen Parteien, die allesamt Ableger der Rumänischen Arbeiterpartei und der von ihr geleiteten „Volksdemokratischen Front“ sind, bestehen eine Anzahl weiterer, ebenfalls von der Rumänischen Arbeiterpartei geführte politische Organisationen, von denen die wichtigsten erwähnt seien: 1. „Verband der werktätigen Jugend“ (rumänisch: „Uniunea Tineretului Muncitoresc“ [UTM]). Er wurde 1949 gegründet und entspricht etwa dem sowjetrussischen Komsomol mit einer ihm ähnlichen Organisation, was in der Präambel des Statuts der UTM auch ausgesprochen wird. Als revolutionäre Organisation der werktätigen Jugend „beruht diese Organisation auf den Grundsätzen des Klassenkampfes und hat als Richtlinie die marxistisch-leninistische Lehre; sie ist von der rumänischen Arbeiterpartei geführt“. An der Spitze steht ein ZK

mit ⁴⁰~~vierzig~~ Mitgliedern, die von 200 Aktivisten unterstützt werden. Der Verband umfaßt die eigentlichen "Utemisten" und die "Pioniere" (Schuljugend vom 9.-15. Lebensjahr). Ausgeschlossen sind die Kinder der den Kommunisten verdächtigen und der Vernichtung preisgegebenen bürgerlichen Schichten, die jedoch zu schweren, ~~und~~ wenig ehrenhaften Arbeiten herangezogen werden. Als Einheitsverband der Jugend sind sowohl die Utemisten wie die Pioniere militärisch organisiert, in sogenannten "Arbeitsbrigaden" gegliedert, die in den Betrieben und in der Landwirtschaft eingesetzt werden. Als Vorbild der militärischen Ausbildung dient die Rote Armee. Der Verband erstreckt sich auf alle Gemeinden und hat verschiedene Arbeitssektionen für Agitation, Propaganda, Sport, Beziehungen zum Ausland usw. Er erstreckt sich auch auf die Studenten und kontrolliert ihre Tätigkeit in und außerhalb der Universität, um über sie der Partei berichten zu können. Diese Aufgabe wird von den sogenannten "Verantwortlichen" besorgt. UTM-Brigaden befinden sich in allen Betrieben und auch in landwirtschaftlichen Kollektiven. In den Sommerferien sind Pioniere und Utemisten-Schüler verpflichtet, als "freiwillige Arbeitsbrigaden" unentgeltlich bei der Ernte und bei sonstigen wirtschaftlichen Geschäften mitzuhelfen. In Bade- und Luftkurorten bestehen Heime der UTM. In Bukarest befindet sich der Pionierpalast. Kleinkinder werden von der UTM nicht betreut, doch wurde für sie im Mai 1949 die "Nationale Kinderliga" ins Leben gerufen. Das amtliche Organ der UTM ist "Scinteia Tineretului" (Fünke der Jugend). ^{das} und ^{daß} verschiedene andere ^{Presenblätter} Zeitungen.

2. "Bund der demokratischen Frauen Rumäniens". Um die Mitwirkung der Frau am Aufbau des Sozialismus herbeizuführen,

wurde dieser Verband gegründet, dessen eigentliche Aufgabe sich darauf erstreckt, die weibliche Tätigkeit in den Betrieben und Kollektiven zu kontrollieren und zu überwachen und zugleich für eine höhere Arbeitsleistung der Frauen zu sorgen. Mit besonderem Eifer betätigt sich der Bund im Komitee zur Verteidigung des Friedens. Auch er wird von einem ZK geleitet und ist der Rumänischen Arbeiterpartei untergeordnet. Seine Präsidentin Constanta Craciun gehört dem ZK der Rumänischen Arbeiterpartei an. Neben dem Bund, ihm aber unterstellt, arbeitet das "Komitee der Demokratischen Frauen Rumäniens" mit der Aufgabe, die nicht berufstätigen Frauen zu "freiwilligen Arbeiten" heranzuziehen und ihr Privatleben zu kontrollieren. Die Präsidentin ist Stela Enescu.

4. Die Umorganisation der Gewerkschaften nach sowjetischem Muster erfolgte 1950. Sie gliedern sich auf nach Berufszweigen und den für diese geschaffenen Verbänden, die im "Allgemeinen Gewerkschaftsbund" zusammengefaßt werden^{sind}, und vertreten (die Interessen der Gewerkschaften), sondern ausschließlich die Interessen des kommunistischen Regimes, weswegen sie auch der Rumänischen Arbeiterpartei direkt unterstellt, von ihr kontrolliert und gelenkt werden und als "Brücke zwischen Partei und Arbeiterschaft" fungieren. Die Leitung jeder Gewerkschaft besteht aus einem Vorsitzenden, einem Sekretär und ^{zu} einem sogenannten "Verantwortlichen" für Organisation, Kultur, Finanzen, Sport und Beruf. Der Präsident des Gewerkschaftsbundes ist Stelian Moraru. Die Gewerkschaften zählten im Februar 1951 über zwei Millionen Mitglieder, davon 426.000 bäuerliche, und umfaßten 92% aller Arbeiter und Angestellten.

Daß die Gewerkschaften vor allem dem Staat und seinem Regime und nicht der Arbeiterschaft dienen, zeigt sich auch in der Arbeitsgesetzgebung. Ende Mai 1949 ^{legte} ~~setzte~~ ein Gesetz über die Arbeitsdisziplin für deren Verletzung Strafen, in besonderen Fällen sogar Zwangsarbeit fest. Das Streikrecht wird nicht anerkannt. Der Arbeiter muß gewisse Mindestleistungen (Arbeitsnormen) erfüllen und für selbst verschuldete Schäden aufkommen. Frauen und Männern steht derselbe Lohn zu bei einer achtstündigen Arbeitszeit am Tag und einer Nachtschicht von sieben Stunden. Das am 1. Juni 1950 eingeführte russische Arbeitsgesetzbuch verankert die Zwangsarbeit als "Ausnahmestand". Durch Gesetz vom 6. November 1950 mußten alle Pensionisten, die das 60. Lebensjahr noch nicht erreicht hatten, sich wieder in den Arbeitsprozeß einschalten, offenbar deswegen, weil es an Arbeitskräften infolge der Vermehrung der Armee fehlte.

Unbestreitbar ist, daß die Sozialgesetzgebung ~~erfolgreich~~ Vorteile für die Bevölkerung brachte. Kinderreiche Familien, aus denen sich Mitglieder in Arbeitslagern befinden, und steuerbefreite Bauern empfangen eine Familienbeihilfe. So wurde ~~im Jahr~~ 1950 131.221 Müttern staatliche Unterstützungen gewährt. Sobald aber ein Sozialrentner Nebeneinkünfte (z.B. Mieteinnahmen) hat, werden ~~die~~ von der Rente voll abgezogen. Die Rentenhöhe richtet sich nach der Entlohnung der zuletzt ausgeübten Beschäftigung. Rentenansprüche ^{der} ~~ehe-~~ des Finanz- und des maligen Beamten des Innen- und Justizministeriums wurden im Februar 1950 nichtig erklärt mit der Begründung, diese Beamten hätten das Volk ausgebeutet. Auch vieler ^{frühere} Angehörigen des Außenministeriums verloren ihre Pensionen. Alle Krankenhäuser, ^{einmaligliche} ~~auch die kirchlichen~~, verfielen der Verstaatlichung samt allen sonstigen sanitären Einrichtungen, die in eine

straffe, einheitliche Organisation des Gesundheitswesens einbezogen wurden. Krankheitsfälle werden in jedem Fall registriert. Eine wesentliche Erweiterung des Sanitätsnetzes durch Vermehrung von Spitälern, ^{Behandlungsstellen} und Entbindungsheimen ^{gründe} ~~ließ sich~~ ^{verwirklichen.} feststellen. Anfang 1950 zählte man 392 Krankenhäuser. Die meisten Ärzte arbeiteten in Kollektivgruppen in öffentlichen Ordinationsräumen. Die Verteilung von Medikamenten an die Apotheken erfolgt durch die staatliche Gesellschaft "Centrofarm". Die Beziehungen des Rumänischen Roten Kreuzes zum Internationalen Roten Kreuz blieben in loser Form bestehen, doch trat Rumänien am 1. März 1950 aus der Weltgesundheitsorganisation aus, weil diese, wie man in Bukarest erklärte, nutzlos und bürokratisiert sei.

Ein "Komitee für körperliche und sportliche Ertüchtigung" leitet das gesamte Sportleben und untersteht dem Präsidium des Ministerrates. Bei den sehr eifrigen Bemühungen, den Sport zur Massenbewegung zu machen, ^{wirkte} ~~spielte~~ die Absicht mit, die Jugend politisch zu erfassen, indem in Stadt und Land ~~in~~ ^{zufolge} großer Zahl Sportkollektive gegründet wurden, wobei es zweifellos gelang, ⁱⁿ weite Kreise der Bauernschaft ^{für Leibesübungen} ~~für den Sport~~ zu gewinnen. Eine lebhaftere Förderung ^{genießt} ~~erfährt~~ auch das Schachspiel.

Die Ausschaltung der oppositionellen Parteien ^e beeinflusste die außenpolitischen Beziehungen Rumäniens, soweit sie sich auf die führenden Westmächte erstrecken, auch nach dem Jahre 1947 sehr wesentlich. Wie früher protestierten die Vereinigten Staaten von Nordamerika wiederholt in Bukarest wegen der Verletzung des Friedensvertrags und der Mißachtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Nach zwei Protesten im Jahre 1949 forderten die USA zusammen mit Großbritannien und

Kanada von der rumänischen, ^{mit} zugleich ~~auch~~ von der ungarischen und bulgarischen Regierung die Entsendung eines Vertreters ⁱⁿ ~~für~~ eine Kommission zur Prüfung der erhobenen Vorwürfe, was natürlich erfolglos blieb. Im selben Jahre sperrten die USA die Vermögenswerte rumänischer Bürger in Nordamerika. Die rumänische Regierung ersuchte am 2. März 1950 die amerikanische Gesandtschaft in Bukarest, ihre Informationszentrale zu schließen, wogegen vier Tage später die USA protestierten. Die Schließung wurde deshalb gefordert, weil diese Informationszentrale, wie die rumänische Regierung ^{behauptete,} ~~erklärte,~~ Bücher, Zeitungen und Zeitschriften verbreite, die den rumänischen Anschauungen widersprüchlich, und außerdem ein Informationsblatt herausgebe, das ^{sich} ~~zu~~ 90% der Kriegspropaganda und der Verleumdung Rumäniens und seiner Verbündeten widme. Am 26. April desselben Jahres verlangten die USA die Schließung des offiziellen Regierungsbüros der Rumänischen Volksrepublik in New York, das sich mit der Zoll-Vorprüfung der Paketsendungen nach Rumänien befaßte und lediglich Lebensmittel und gebrauchte Kleider zur Einfuhr genehmigte. Und einen Monat später, am 17. Mai, forderte wieder Rumänien von der USA-Gesandtschaft, die mit 53 Personen stärker besetzt sei als vor dem Krieg, die Verminderung ihres Stabes. Die Spannung zwischen beiden Ländern setzte sich fort und verschärfte sich, nachdem ~~sich~~ die Viererkonferenz der stellvertretenden Außenminister in Paris 1951 die Verletzung der Friedensverträge durch die Ostblockstaaten ^{erörtert} ~~behandelt~~ hatte. Es folgten eine Reihe rumänischer Proteste: am 28. November 1951 wegen des amerikanischen Gesetzes der gegenseitigen Sicherheit für das Jahr 1951, am 6. Dezember eine Erklärung gegen die amerikanische Politik, am 11. Dezember eine Protestnote gegen die amerikanische Spionagetätigkeit in Rumänien, ~~und~~ ^{am} 29. September 1952 kündigte die Regierung den mit den USA am 20. August 1930 geschlossenen Handelsvertrag. Ein

weiterer Protest ^{wandte} erfolgte im Juni 1953 dagegen, daß der erste Sekretär der rumänischen Gesandtschaft in Washington Zambeti als "persona ~~ing~~ non grata" ausgewiesen worden war. Gegen die von der rumänischen Regierung in der Presse und zahlreichen Versammlungen dauernd ^{bekannt am arbeitsfeindliche} im Gang gehaltene Hetze richtete sich ¹⁹⁵³ am ^{wichtigsten} rumänischen Staatsfeiertag, am 10. Mai, ~~1952~~, eine Proklamation des Präsidenten der USA Eisenhower, in der er das rumänische Volk ~~verwirklicht~~ der Freundschaft und der Schicksalsanteilmahme des ~~rumänischen~~ amerikanischen versicherte und erklärte, Amerikas Ziel sei nach wie vor die unabhängige Freiheit der Völker Osteuropas.

Auch die Beziehungen zu Großbritannien ^{blieben} ~~waren~~ gekennzeichnet durch den Austausch vieler Protestnoten; so verwahrten sich die Briten im Mai 1948 und im März 1949 gegen die Enteignung britischen Eigentums und dessen ungenügende Entschädigung, am 3. Juli 1952 gegen die einseitige Ausdehnung der Hoheitsgewässer in Rumänien und Bulgarien. Andererseits verlangte Rumänien am 2. März 1950 die Schließung der ~~PRESENZ~~ ~~der~~ Informationszentrale der britischen Gesandtschaft in Bukarest, was die Schließung ^{der} Presse- und Informationsabteilung der rumänischen Gesandtschaft in London nach sich zog. Rumänien protestierte weiter am 5. Februar 1952 in London gegen die Konferenz des "Komitees der Europabewegung für Mittel- und Osteuropa".

Die Beziehungen zu Frankreich gestalteten sich ebenso wenig freundlich. Das ^{französische} Kulturinstitut in Bukarest wurde am 8. März 1950 geschlossen. Auf ^{Verlangen} der rumänischen Regierung mußte auch die französische Bibliothek der Gesandtschaft am 8. Juni 1950 schließen, weil sie, wie erklärt wurde, das Institut in versteckter Weise fortgeführt habe.

Besucher dieser Bibliothek wurden verhaftet. ^{Bald} auch fand ein Prozeß ~~nach kurzer Zeit~~ wegen Spionage für Frankreich gegen mehrere Rumänen und vier Franzosen statt, wobei drei Rumänen zum Tode, die anderen Angeklagten teils zu lebenslänglichen, teils zu Kerkerstrafen bis zu 25 Jahren verurteilt wurden. Der französische Geschäftsträger, dem ärztliche Betreuung verweigert worden war, starb im Februar 1953 an einem Herzleiden. Die Bewegungsfreiheit der rumänischen Diplomaten in Frankreich wurde im Februar 1951 eingeschränkt.

Diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland , gegen deren Errichtung Rumänien im ~~Oktober~~ ^{April} 1949 bei den Westmächten protestiert hatte, bestanden nicht. Auch gegen die Wiedererrichtung der deutschen Armee nahm Rumänien Stellung und beteiligte sich an den meisten Protesten der Sowjetunion gegen die Bundesrepublik, vor allem gegen den Souveränitätsvertrag der Bundesrepublik mit den Westmächten am 5. Juni 1952. Die Interessen der Bundesrepublik in Rumänien betreut die französische Gesandtschaft.

Gegenüber Italien waren die Beziehungen nicht viel anders als bei den übrigen Westmächten. Das rumänisch-italienische Kulturabkommen wurde von Rumänien am 4. März 1950 gekündigt, die Schließung des italienischen Kulturinstitutes in Bukarest herbeigeführt und im Mai 1953 protestierte die rumänische Regierung gegen eine italienische Ausstellung, die ein Bild der Ostblockstaaten vermittelte.

Die Beziehungen zu Griechenland, mit dem keine diplomatischen Beziehungen bestanden - sie ^{wurden} ~~erfolgten~~ erst 1954 im Zeichen der Koexistenz aufgenommen - belastete der griechische Bürgerkrieg. Rumänien ließ den Aufständischen im Jahre 1949 vielfache Hilfe zukommen, gewährte dann 1950 etwa 4.000 grie-

chischen Kommunisten Asyl auf dem ehemaligen Landgut der Bratianus in Florica. Außerdem befanden sich 3.800 von den Aufständischen verschleppte griechische Kinder in Lagern bei Bukarest, Galatz, Sinaia und Temeschwar, in denen sie zu kommunistischen Fanatikern geschult werden.

Diplomatische Beziehungen unterhielt Rumänien noch mit folgenden bürgerlichen Staaten: Ägypten, Argentinien, Belgien, Dänemark, Finnland, ^{Indonesien} Indien, ~~Iran~~, Israel, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Panama, Schweden, Schweiz, Türkei. Der Apostolische Nuntius Monsignore Gerald Patrick O'Hara und seine Mitarbeiter wurden am 4. Juli 1950 zum Verlassen Rumäniens aufgefordert, nachdem schon im Juli 1948 das 1929 geschlossene Konkordat mit dem Vatikan ^{unter} ~~mit~~ der Begründung von Rumänien aufgekündigt worden war, daß die verfassungsmäßig verbürgte Freiheit aller Religionen geschützt werden müsse.

Entscheidend für die außenpolitische Haltung Rumäniens war in den Jahren 1948 bis 1953 natürlich das Bündnis mit der Sowjetunion und den übrigen Staaten des Ostblocks, ~~was sich für Rumänien~~ auch wirtschaftlich auswirkte. Die im Friedensvertrag festgelegten für 8 Jahre Reparationszahlungen von jährlich 300 Mill. Dollar wurden 1948 erheblich verringert (auf 75 Mill., nach anderen Meldungen auf 150 Mill. Dollar). Es läßt sich nicht feststellen, wie hoch die Kosten waren, die Rumänien für die sowjetische Besatzungstruppe zu zahlen hatte. Nach gewissen Schätzungen sollen die hierfür ausgegebenen Beträge noch im Jahre 1948 85% des Staatseinkommens ausgemacht haben. ^{Die wichtigsten der} ~~Im folgenden seien die~~ in der betrachteten Zeit mit Rußland geschlossenen Verträge aufgezählt: 1. Februar 1948: Gegenseitiger Freundschafts und Beistandspakt für 20 Jahre und Beseitigung aller Grenzstreitigkeiten; 25. November 1949:

Vertrag über das gemeinsame Grenzregime; 5. Dezember 1953:
Vertrag über die Verwaltung der unteren Donau. ~~Am 29. November 1953~~
~~Konferenz am 29. November 1953~~

Freundschafts- und Beistandspakte schloß Rumänien mit ~~Einigen~~ der Tschechoslowakei (21. Juli 1948) ^{und} mit Ungarn (24. Januar 1948), Kulturabkommen mit Albanien (18. Februar 1953), mit Bulgarien, (10. April 1948 und März 1953), mit der Volksrepublik China (November 1951, 5. Juni 1952 und 12. Juni 1953), mit der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, die es am 15. Oktober 1949 anerkannt ~~hatte~~ ^{nicht nur} und die diplomatischen Beziehungen am 27. Oktober desselben Jahres aufgenommen hatte, wonach die Missionen am 18. Oktober 1953 zu Botschaften umgewandelt wurden; das erste Kulturabkommen mit der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (22. September 1950) enthielt auch ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit und eine gemeinsame Solidaritätserklärung für den Kampf um die Verteidigung des Friedens; ein neues Kulturabkommen wurde am 15. Mai 1953 unterzeichnet. Eine Reihe von Kulturverträgen (seit 1948 mehrfach erneuert) verbindet Rumänien mit Polen. Mit allen Staaten des Ostbloks schloß Rumänien ferner Verträge über die technisch-wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es anerkannte am 3. Februar 1950 die Regierung der Aufständischen in Vietnam. und unterstützte den Kampf der Nordkoreaner mit Entsendung von Geld, Kleidung, Soldaten und Ärzten.

Außerordentlich wechselreich gestaltete sich das Verhältnis zu Jugoslawien. Der am 19. Dezember 1947 geschlossene Freundschafts- und Beistandspakt wurde nach Ausstoßung Jugoslawiens aus der Kominform ^{erst am} 3. Oktober 1949, also verhältnisspät, gekündigt, obwohl sich die Beziehungen schon vorher

arg verschlechtert hatten. Gegen die Kündigung protestierte Belgrad. Ein gegen ~~das~~ das Regime Titos gerichtetes Komitee jugoslawischer Emigranten fand Anfang 1950 in Bukarest eine Heimstatt. Zur selben Zeit (17. Januar) kündigte Rumänien das Eisenbahn- und Transitabkommen mit Jugoslawien, an dessen Grenze sich verschiedene Zwischenfälle abspielten, ~~gegen~~ ^{zu} deren Eindämmung Belgrad am 1. Februar 1950 der rumänischen Regierung Vorschläge unterbreitete, die abgelehnt wurden. Nach Meldungen ~~westlicher~~ ^{von} Emigrantenblätter ^{in Westeuropa} hielten sich ~~in der~~ Mitte 1950 1500 kominformtreue Jugoslawen in Rumänien auf, organisiert unter ~~der~~ Führung des jugoslawischen Botschafters in Bukarest und militärisch zusammengefaßt in einer, auch in Ungarn aufgestellten "Freien Jugoslawischen Armee" unter dem General Popivoda, der die kommunistische Partei Jugoslawiens in der Kominform vertrat. Nach Erklärungen des jugoslawischen Außenministers Kardelj vor der UN in Paris ~~im~~ (November 1951) bedrohten die von der Sowjetunion provozierten Grenzzwischenfälle den Weltfrieden; auch hätten Rumänien, Ungarn und Bulgarien 25 Divisionen an der jugoslawischen Grenze versammelt. Diese von zahlreichen Protestnoten begleiteten Grenzzwischenfälle, deren Ausmaß propagandistisch ungeheuer übertrieben wurde, flauten nach 1951 immer mehr ab, doch erst gegen Ende des Jahres 1953 begannen sich die Beziehungen zwischen Rumänien und Jugoslawien freundlicher zu gestalten.

Gesuche Rumäniens

Die ~~Aufnahmegesuche Rumäniens~~ (August und Oktober 1947 und September 1949) um Aufnahme in die UN wurden abgelehnt. Der Internationale Gerichtshof erbrachte am 30. März 1950 eine Entscheidung, wonach Rumänien, Ungarn und Bulgarien verpflichtet wurden, die ~~Streitigkeiten mit den Westmächten wegen~~ ^{Entstehung} wegen Verletzung der Menschenrechte entsprechend den Friedensverträgen beizulegen. Auf Anfrage der UN erklärte der Internationale

Gerichtshof, ohne Beteiligung der beschuldigten Staaten sei die Bildung von Untersuchungskommissionen zur Prüfung der Vertragsverletzungen unmöglich. In einer Note an die UN beschuldigte Rumänien am 13. Juli 1950 die USA der direkten Aggression gegen das koreanische Volk und protestierte vor dem ~~selben~~ Forum am 25. August 1950, diesmal zusammen mit dem Patriarchen von Bukarest, gegen die amerikanischen Luftangriffe auf zivile Objekte in Korea. Am 5. Oktober 1950 nahm der zweite politische Ausschuss der UN-Vollversammlung, nachdem kurz vorher die Verletzung der Menschenrechte in Rumänien, Ungarn und Bulgarien auf die Tagesordnung gesetzt worden war, eine australische Resolution an, mit der diese Länder der Verletzung der Friedensverträge [✓] schuldig befunden wurden, was die Vollversammlung am 3. November bestätigte. ~~und damit die drei Ostblockstaaten ausdrücklich der Verletzung~~
~~mit~~ der fundamentalen Menschenrechte ~~für schuldig erklärte.~~

Zwei außenpolitische Verträge Rumäniens sind noch bemerkenswert: ein Abkommen mit Israel über die Auswanderung von Juden (1950), wonach sich Israel bereit^{gab} erklärte ein Kopfgeld (nach unbestätigten Meldungen: 140 Dollar) für jeden Auswanderer zu zahlen; ~~dessen~~ ^{zich} Familie ^{brachte} Gepäck bis zu 40 kg mitnehmen, ~~darf~~ freilich keine Schmuckstücke, abgesehen von einem Armband und einem Ring. Der Schweiz gegenüber verpflichtete sich Rumänien in einer Note vom 1. August 1952 zu einer im Gesamtausmaß von 4235 Mill. Franc Entschädigung für Vermögensverluste Schweizer Bürger durch staatliche Maßnahmen ~~in Rumänien~~ und zur Zahlung von 50 Mill. Lei für Schweizer Importe in den Jahren 1944/45.

2. Wirtschaft

Die rumänische Wirtschaftspolitik fügt sich in den ~~Wirtschaftsplan~~³ ein, der in Moskau vom Ausschuß für gegenseitige Wirtschaftshilfe der volksdemokratischen Länder 1947 ausgearbeitet wurde. Der leitende Gesichtspunkt ergibt sich aus der weltrevolutionären Tendenz des Kommunismus und richtet sich auf ~~die~~ Industrialisierung und Militarisierung, wobei jene dieser zu dienen hat. Die Wirtschaft der Volksdemokratien - dies ist das erste Ziel - muß aufeinander abgestimmt, von der westlichen Welt möglichst unabhängig gemacht und zu Pfeilern eines autarken Wirtschaftsgebietes der kommunistischen Welt umgeschaffen werden. Als zweites Ziel fügt sich dazu die Errichtung einer Schwerindustrie, ~~um~~^{damit} das Rüstungspotential des Ostblocks dem Westen ebenbürtig und möglichst überlegen ~~zu machen~~^{wirksam zu machen}. Daraus ~~ergibt~~^{leitet sich} sich neben der Förderung der Schwerindustrie eine planmäßige Entwicklung der Energiewirtschaft, der Grundstoff- und Produktionsmittelindustrie, ~~ab~~^{ab} während die Erzeugung von Verbrauchsgütern und selbst die Landwirtschaft als weniger wichtig betrachtet werden dürfen.

Als die kommunistische Partei 1947 in Rumänien fest im Besitze der Macht stand, der König aus dem Land gewiesen war, konnte die Planwirtschaft auf breiter Front wirksam werden. Schon vorher hatte ~~maximal~~ die Bodenreform einen

und die völlige Enteignung des Grundbesitzes der deutschen Bewohner des Landes einen revolutionären Zug ins Wirtschaftsleben gebracht, der sich ~~aber~~ für die Produktion durchaus nachteilig auswirkte, ~~was verstärkt wurde durch die Reparationszahlungen, Besatzungskosten, die katastrophale Lage~~ *zustand* des Transportwesens, die Inflation, zwei *Dürre* Jahre (1945 und 1946), ~~auch~~ die kläglichen Erträge der Ölfelder und ein ~~allgemeiner~~ *allgemeiner* Mangel an den notwendigsten Bedarfs- und Nahrungsmitteln *waren die Ursachen mit Kennzeichen der äußerst schwierigen Wirtschaftslage.*

Die am 12. Juni 1949 durchgeführte Verstaatlichung der Bodenschätze, der Großindustrie, Banken, Versicherungs- und Transportunternehmen, ferner die entschädigungslose Verstaatlichung der *m* Imobilien gemäß Dekret vom 21. August 1950, ~~wodurch~~ wovon alle Gebäude, abgesehen von jenen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Handwerkern, *m* Berufsin-
tektuellen, Rentnern *m* und Pensionisten betroffen wurden, verschärften die revolutionäre Grundrichtung der Wirtschaftspolitik und brachten einen neuen Faktor der Beunruhigung ins Wirtschaftsleben.

Dem konnte nur durch planwirtschaftliche Maßnahmen begegnet werden. Im Dezember 1948 warf der erste Einjahrplan, der sich auf das Jahr 1949 bezog, 82 Milliarden Lei für Investitionen aus, wobei das Plansoll die Produktion von 1948 um 40% *ieg.* ~~übersteigen sollte.~~ Ein zweiter Einjahrplan folgte für 1950 und sah eine Erhöhung der Industrieerzeugung um 37% und des Lebensstandarts um 15% gegenüber 1949 bei einer Kapitalinvestierung von 145 Milliarden Lei vor.

Der erste Fünfjahrplan lief am 1. Januar 1951 an mit der Absicht, Rumänien bis zum Jahre 1955 in ein Land hochentwickelter Industrie und sozialisierter sowie mechani-

sierter Landwirtschaft umzubauen. Die Hauptaufgabe des Planes ist die Entwicklung der Schwerindustrie, Produktionssteigerung aller Industriezweige um 244% für 1955 gegenüber 1950, weitgreifende Elektrifizierung, Kollektivierung der Landwirtschaft, Errichtung von ~~neuen~~² Wasserkraft- und 11 Wärmekraftwerken, Schaffung eines Hüttenkombinates und zahlreicher Fabriken, Fertigstellung des Donau-Schwarzmeerkanales, Erschließung des Donaudeltas, 90%ige Übernahme des gesamten Handels durch Staat und Genossenschaften, ~~180%~~^{180%} Steigerung des Lebensstandarts der werktätigen Bevölkerung, Verdoppelung des Volkseinkommens und Beseitigung des Analphabetentums. Dafür sind Investitionen von insgesamt 1.330 Milliarden Lei vorgesehen, davon für die Industrie 684 Milliarden Lei.

Ein Propagandafeldzug, der im Frühjahr 1953 begann, bezweck~~t~~^e die Verwirklichung des Fünfjahrplanes innerhalb vier Jahren, also bis zum 31. Dezember 1954. Um dies zu erreichen, wurden einschneidende Maßnahmen getroffen, die Arbeitsnormen erhöht und die Erzeugung von Verbrauchsgütern weiter herabgesetzt. Neben dem Fünfjahrplan läuft seit dem 1. Januar 1951 ein Jahrplan zur Elektrifizierung des Landes und der Wirtschaft. Der starke sowjetische Einfluß verdeutlicht sich in den seit 1945 bestehenden vielen rumänisch-sowjetischen Gesellschaften, die 1946, 1949 und 1952 durch Neugründungen vermehrt wurden. ~~Die~~ "Sovrompetrol" kontrolliert die gesamte Erdölerzeugung, ~~die~~ "Sovromlemn" die gesamte Holzindustrie. "Sovromtransport" ist eine Gesellschaft für Verkehr, Flußschifffahrt und Schiffsbau und gabelte sich in zwei Gesellschaften auf: "Sovromgesellschaft für Donauschifffahrt" und "Rata" für Straßenverkehr. "Sovromchim" befaßt sich mit chemischen Industrien. "Sovrommetal" verwaltet die größ-

ten rumänischen Eisenwerke in Reschitza. „Sovromnaval“ vereinigt alle Schiffswerften an der Donau und am Schwarzen Meer. Daneben gibt es noch eine Reihe anderer Sovromgesellschaften für Erdgas, Kohle, Versicherungen, Traktorerzeugung, Erdölausrüstung, Bauten. ^{die} Eine 1946 gegründete „Sovromfilm“ wurde im Juli 1952 aufgelöst. Die „Sovrombank“ finanziert all diese Gesellschaften, die der Sowjetunion die Kontrolle der rumänischen Wirtschaft umsomehr ermöglichen, als die geschäftsführenden Direktoren meistens Russen ^{sind} waren. Der Beitrag der Sowjetunion bei Gründung der Gesellschaften Ausrüstungen, fehlenden Materialien und Fachleuten, bestand vorwiegend in der Lieferung von Maschinen, während Rumänien Rohstoffe, Arbeitskräfte und Fabriken beistellte. Der Gewinn fließt zu gleichen Teilen in die rumänische und in die sowjetische Staatskasse.

Das Handelsministerium überwacht den gesamten Binnenhandel (seit dem 5. Mai 1948), sowie die Gehälter und Löhne.

Die staatlichen Handelsunternehmen sind: 1. Gesellschaften zur Einsammlung und Verarbeitung von Rohstoffen wie: Romcereal (Getreide), Romlacta (Milch), Rompescaria (Fische), Romcar (Fleisch), Aprozar (Gemüse), 2. Verkaufszentralen wie: Centrofarm (Arzneien) Centrocom-Aliment (Nahrungsmittel), Centrocom-Metall (Metalle), Centrocom-Textil (Textilien) usw., 3. Staatsverkaufsläden. Die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaften besonders auf dem Lande wächst dauernd. Von 17.000 genossenschaftlichen Verkaufsstellen befinden sich 14.000 in Dörfern.

Der wirtschaftliche Verwaltungsapparat ist nicht anders als ^{die} in der Staatsverwaltung ungeheuer aufgebläht, was sich schon aus der ^{totalitären Herrschaft} völligen Beherrschung des gesamten Wirtschaftslebens durch behördliche Maßnahmen zwangsläufig ergibt, aber

auch durch ~~Enkennung~~ die Notwendigkeit zur ununterbrochenen Kontrolle der Beamten ^{besteht} ~~noch verstärkt~~. Da das Privateigentum und das Eigeninteresse lediglich bei handwerklichen Einmannbetrieben und in kleinbäuerlichen Wirtschaften geduldet sind, fehlt in der sonstigen Wirtschaft ^{nicht mehr} das persönliche Gewinnstreben, aber ^{sondern} ~~doch~~ ^{auch} weithin das persönliche Verantwortungsgefühl, Ehrlichkeit und echte Arbeitsfreude. Eine Unzahl von ^{Spezial} Ministerien, zuweilen waren es 38 - ~~befast~~ ^{regiert} ~~sich mit den verschiedensten Wirtschaftszweigen~~, ohne daß ein zusammenfassendes Wirtschaftsministerium besteht. Nur das Außenhandelsministerium übergreift die Gesamterzeugung, soweit sie Überschüsse für die Ausfuhr abwirft.

Finanz- und Bankwesen. Die erste, am 21. August 1947 durchgeführte Währungsreform, die den Leu auf der Grundlage von 1 Dollar = 150 Lei stabilisierte, verhinderte den Ausbruch einer zweiten Inflation nicht. Trotz allen Anstrengungen der Regierung, den Kurs des Leu zu halten, stiegen die Preise ununterbrochen weiter, so daß eine zweite Währungsreform am 21. Januar 1952 erfolgen mußte. ^{Leu} ~~Der~~ wurde in unmittelbare Kursabhängigkeit vom Rubel gebracht, wobei 1 Rubel gleich 2.80 Lei galt. Die Inflation ließ sich damit aber nicht endgültig stoppen und setzte sich, obschon in geringerem Maße, fort.

Die Sovrombank, Landwirtschaftsbank, Handelsbank und der ^{Rumänische} Bankverein - alles Staatsunternehmungen gleich der schon 1946 verstaatlichten Nationalbank - fusionierten am 6. Februar 1948 in der Weise, daß sie in der Sovrombank aufgingen, die nun ein Aktienkapital von ¹²⁰⁰ ~~10200~~ Mill. ^{Lei} besaß. Am 13. August desselben Jahres verfielen fast alle Banken einschließlich der zum Teil britischen Aktionären gehörenden Institute, der Auflösung, ausgenommen die Sovrombank, die

Nationalbank und einige Finanzanstalten der Genossenschaften und Berufsverbände. Die ehemals von Deutschen Eigentümern kontrollierten Institute übernahm die Sovrombank. Nach einer Kapitalerhöhung auf 2 Milliarden Lei wurde die Nationalbank in "Bank der Rumänischen Volksrepublik" umbenannt. Es bestehen noch öffentliche Kreditinstitute wie die Depositen- und Überweisungsbank, eine ländliche Kreditbank und zwei städtische Kreditbanken in Bukarest und Jassy und eine Landwirtschaftliche Bank.

Nach Anweisung des Finanzministeriums müssen größere Käufe und Verkäufe ausschließlich durch Banküberweisungen erfolgen, um sie unter Regierungsaufsicht zu halten, was durch Bargeldzahlung erschwert würde. Die Wirtschaft leidet in auffällender Weise unter Bargeldmangel, weil die flüssigen Mittel zur Durchführung des Fünfjahrplanes benötigt werden. Die Geldoperationen laufen über sogenannte ^{von der Nationalbank gegeben} ~~XXXXXXX~~ "Rote Schecks" in Übereinstimmung mit dem festgesetzten Kassenplan, ~~die die Staatsbank herausgibt~~. Der bargeldlose Zahlungsverkehr ^{allotings} ~~stößt auf Schwierigkeiten~~ auf Schwierigkeiten, weil die bäuerliche Bevölkerung (70% der Gesamtbevölkerung) vom Bankwesen keine Ahnung hat. Die Regierung drängt auf Ahlegung von Sparkonten, was sie bei Lohn- und Gehaltsempfängern durch Zwangsmaßnahmen erreicht, bei den Bauern aber nur dann, sofern sich diese in die Kollektiven als Landarbeiter einschalten ließen. Nach statistisch-rumänischen Angaben erhöhte sich die Zahl der Sparer bis 1951 auf 1.240.000. Der Anteil der Arbeiter daran stieg nach Einführung des Zwangssparens von 5,7 auf 24,7% im selben Maßstab auch der Anteil der Bauern.

Die Rumänische Investitionsbank (Banca de Credit pentru Investitii, Banca Comerciala des Stat $\neq$ B.C.I.) ist die Nach-

folgerin der Nationalen Gesellschaft für Industriekredit,
auf ~~die~~ gemäß eines Regierungserlasses vom Juni 1948 das Kapital und die Aufgaben aller Privatbanken übergangen. ~~Die~~ Kapitalzuschüsse für die Investitionsbank leistet das Finanzministerium, weil die von der Gesellschaft an später nationalisierte Privatunternehmungen gewährten Anleihen in nicht rückzahlbare Staatsbeteiligungen umgewandelt worden waren. Die Investitionsbank ist ~~die~~ ^{Stelle} Hauptmittel zur Finanzierung staatlicher Unternehmungen; ~~deren~~ ^{der} Arbeitsbereich seit 1951 ständig wächst; Laut Gesetz Nr. 59/1950 deponieren alle Staatsbetriebe ihre Gewinne bei ihr, ~~weil~~ ~~nicht~~ ~~der~~ ~~Kapital~~ ~~abhängig~~ ~~ke~~ ~~in~~ ~~allen~~ ~~wichtigen~~ ~~Städten~~ ~~Niederlassungen~~ ~~hat~~, Ihr Leiter ist Generaldirektor Weiß. Unter den vielen Abteilungen der Bank, die sich nach den verschiedensten Wirtschaftszweigen gliedern, fällt eine Sonderabteilung unter der Leitung von Clara Brumara auf; die streng geheim arbeitet ^{versieht} und die Finanzierung der Verteidigung, der inneren Verwaltung und der Rumänischen Arbeiterpartei versieht.

Die Entwicklung des Staatsbudgets ergibt sich im betrachteten Zeitraum aus folgender Aufstellung:

	<u>1949</u>	<u>1950</u>	<u>1951</u>	<u>1952</u>	<u>1953</u>		
Einnahmen	272,3	399,0	433,9	32,1	38,5	Milliarden Le.	
Ausgaben	233,4	381,3	429,9	32,1	37,5	"	"
Überschuß	38,9	17,7	4,0	0,0	1,0	"	"

Die Zahl der verstaatlichten Betriebe erhöhte sich bis 1949 auf 10.000. Die handwerklichen Betriebe, abgesehen von den Einmann-Unternehmungen, wurden zu Industriegenossenschaften zusammengelegt, von denen es Ende 1950 625 mit 69.231 Genossen gab. Die Konsumgenossenschaften schufen über 6.000 Reparaturwerkstätten für landwirtschaftliches Gerät.

Bei Prüfung rumänischen Wirtschaftsberichte ist zu bedenken, daß sie sich keiner wissenschaftlich exakten Statistik bedienen, denn die gibt es in Rumänien nicht. Das Schema ändert sich ständig. Warengruppen und Arbeitsvorgänge, die in einer statistischen Mitteilung zusammengefaßt sind, werden in der nächsten in anderer Aufteilung berücksichtigt. Man scheut nach Möglichkeit, absolute Zahlen zu nennen und bietet stattdessen prozentuelle und indexmäßige Vergleichszahlen, die unausdeutbar sind, wenn sie sich auf ^{ein} Plan-soll beziehen, das ~~unbekannt~~ unbekannt ist und überdies oft geändert wird. Die rumänische Statistik ist wie die der anderen Ostblockländer dazu bestimmt, dem Inland die Wichtigkeit des eingeschlagenen Planwegs zu beweisen und der Bevölkerung das Ertragen von Entbehrungen und gesteigerter Leistungen durch Erfolgsberichte zu erleichtern. Sie hat also eine propagandistische Aufgabe. Dies gilt nicht nur für die Ziffern, die Ergebnisse ganzer Wirtschaftszweige ausweisen, sondern auch für die Meldungen jedes einzelnen Betriebes und aller wirtschaftlichen Behörden und Institutionen, aller Genossenschaften und Kollektiven. ^{keine Stellen} Keine wird, wenn es sich irgendwie verwirklichen läßt, Fehlschläge bekanntgeben. Sie haben ausnahmslos ein sehr begründetes Interesse nachzuweisen, daß sie ihr Soll erfüllen, denn sonst drohen ihnen Lohnkürzungen, Kontrollen und Strafen. Dazu kommt noch, daß eine übertriebene Angst vor Wirtschaftsspionage die Geheimhaltung der wirklichen Ergebnisse fördert. Diese Gegebenheiten müssen beachtet werden, wenn man die statistischen Nachrichten aus Rumänien vor Augen hat; sie sind zwar keine Fälschungen, soweit sich damit die Absicht zur Fälschung verbindet, sie streichen aber Erfolge deutlich hervor, verdecken Mißerfolge und machen eine genaue Prüfung im Einzelnen häufig unmöglich. Indessen läßt sich in vielen Fällen die Wahrheit durch Vergleich^e dennoch ergründen.

Mitunter empfängt man sehr genau Angaben aus Reden der Staatsmänner. So äußerte sich Gheorghiu-Dej im Mai 1953 (siehe "Neuer

Weg", Bukarest, 26. Mai 1953) vor dem Kongreß der Bestarbeiter der Kollektivwirtschafteit über ^{das} Anwachsen der Industriebevölkerung. Darnach erhöhte sich im Zuge der Industriellierung ^{si} die Bevölkerung der Städte und Industriezentren von 3,800.000 im Jahre 1948 ~~auf~~ (letzte Volkszählung) auf 5,500.000 im Jahre 1953. Man hofft, daß sie bis 1960 auf 7,000.000 steige. Die Zahlen erhalten ihr Gewicht beim Vergleich mit der Gesamtbevölkerung (1948: 15.872.000, 1951: 16.007.000). Der Verhältnissatz von Stadt- und Landbewohnerschaft wird sich also innerhalb 10 Jahren von 23,4% zu 76,6%, d.i. etwa 1/4 zu 3/4, auf 40% zu 60% verschieben, ein ungeheuerer Umschichtung, die mindestens ein Sechstel der Bevölkerung betrifft.

Die Industrieproduktion stützt sich auf überaus ergiebige quellen ^{reiche} Erdöl ~~verbreiten~~, ferner auf ~~das~~ Rohstoffvorkommen an Gold, Silber, Bauxit, Bitumen, Salz, Lignit, Chrom, Manganerze, Kupfer, Blei, Antimon, Zinn, Wismuth, Molybdän, Kohle. Die Schwefel, Graphiterze und in geringerem Ausmaß Eisenlager. ~~Keine~~ Bodenschätze sind noch keineswegs ganz erschlossen. Eine Reihe ~~ist nur geringfügig vorhanden, durchwegs Braunkohle von hochwertiger~~ verarbeitet landwirtschaftliche Erzeugnisse und Holz.

Die Industrieproduktion zeigt folgendes Anwachsen:

	1938	1953	
Steinkohle	0,3	0,5	Millionen t
Braunkohle	2,1	4,4	" "
Erdöl	8,7	10,2	" "
Erdgas	1,9	3,5	Millionen cbm
Elektroenergie	1,2	3,4	Millionen kWh
Eisenerz	0,1	0,7	Millionen t
Roheisen	130	456	1000 t
Rohstahl	277	720	"
Walzstahl	233	593	"
Schwefelsäure	43,2	86,4	"
Kaustische Soda	11,9	23,8	"
Phosphordüngemittel	2,5	18,6	"
Zement	0,5	1,9	Millionen t
Traktoren	8	5,1	tausend Stück
Papier	61	114	tausend t +
Baumwollstoffe	104	192	Millionen qm
Wollstoffe	---	29	" "
Zucker, raff.	70	100	tausend t

+ im Jahre 1952

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß die Grundstoff-, Schwer- und Investitionsmittelindustrie gegenüber der Erzeugung der Verbrauchsgüter unverhältnismäßig bevorzugt wurde. Zugleich stieg der ^{Einfuhr} Bedarf an Maschinen, Fabrikausrüstungen und Rohstoffen erheblich. Der Industrieanteil an der gesamten Güterproduktion erhöhte sich von 35% vor dem Krieg auf 64% im Jahre 1952, der Anteil der Schwerindustrie an der Industrie-Gesamterzeugung von 36,8% im Jahre 1938 auf 57,4% im Jahre 1952. ^{Die beinahe erreichte} ~~Aus=diesen=Angaben=tritt=Eine~~ Verdreifachung der Industrieproduktion gegenüber der Vorkriegszeit ist beachtlich, doch nicht als absolut zu bewerten, weil die landwirtschaftliche Erzeugung in den hier betrachteten Jahren hinter dem ^{zurückblieb.} ~~das Ausmaß ihrer Vorkriegsproduktion noch nicht=erreicht=hatte=~~

Index der Industrieerzeugung (1938 = 100)

<u>1951</u>	<u>1952</u>	<u>1953</u>
196	253	289

Wie erwähnt ~~hatte~~ der Fünfjahr=~~plan~~ das Ziel, die Industrieerzeugung bis Ende 1955 um 244% (gegenüber 1950) zu steigern. Die Industrie-Planzahlen für 1955 sind die folgenden:

Erdölförderung	11 Mill.t	(1938: 6,6, 1950: 5,5 Mill.t)
Eisenerz	0,7 " "	(1950: 175.000t)
Roheisen	1,0 " "	(1938: 130.000 t, 1950: 300.000 t)
Stahl	1,25 " "	(1940: 261.000 t, 1950: 500.000 t)
Walzstahl	0,80 " "	
Stein-und Braunkohle	8,53 " "	(1938: 2,4 Mill. t, 1950: 3,5 Mill. t)
Koks	0,7 " "	(1938: 98.000 t, 1950: 70.000 t)
Elektrizität	1,7 " kW	(1950: 800.000 kW)

Zu den Planzahlen der industriellen Produktion für 1955 gehört ~~desweiteren~~ die Verfünffachung der Erzeugung von Elektromotoren, die Vervierfachung bei Transformatoren; an sonstigen Maschinen sollen vornehmlich Bergwerksmaschinen, Traktoren und landwirtschaftliche Maschinen gebaut werden.

Zu den großen Bauvorhaben gehören die schon erwähnte Errichtung von 11 Wärmekraftwerken und 9 Wasserkraftwerken, von denen

bei Bicaz

das größte, das Werk "Lenin" an der Bistritza eine Jahreskapazität von 430 Mill.kW haben soll, ferner die Aufführung eines Eisen- und Stahlwerkes, der Bau von Fabriken zur Herstellung schwerer Maschinen, Turbinen, elektrischen Maschinen, Düngemitteln und Baustoffen, die Errichtung mehrerer Spinnereien zur Verarbeitung von Wolle, Flachs und Hanf und einer Lederfabrik mit einer Jahresleistung von 2,4 Millionen Schuhpaaren.

Der oben genannte Zehnjahrplan für die Elektroenergiewirtschaft sieht für 1960 eine Gesamterzeugung von 2,6 Milliarden kW vor, den Bau von 24 Wasserkraftwerken mit einer Stundenkapazität von 764.000 kW und von 13 Kohlekraftwerken mit einer Stundenkapazität von 1.030.000 kW.)

~~Im~~ 1955 soll die Stunderzeugung aller elektrischen Stromwerke 1,700.000 kW betragen.)

Bis Ende 1953 wurde das Plansoll der Kraftstromversorgung ~~erfüllt~~ eingehalten.

Die Erdölindustrie. Die rumänische Erdölförderung stand lange an der 6. Stelle der Weltproduktion (so noch 1938, 1945 an 9., 1947 und 1948 an 8., 1949 wieder an 9. Stelle) und innerhalb Europa stets an 2. Stelle hinter Rußland. Fremdes Kapital war in fast allen rumänischen Erdölfirmen maßgebend beteiligt, wobei sich seit Beginn der Ölförderung in der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des 2. Weltkriegs vielfache und wesentliche Veränderungen ergaben, der einst dominierende deutsche Anteil ~~18~~ (1907 62% des Gesamtkapitals) sank, der rumänische (1912 nur 4%) stieg, nach dem 1. Weltkrieg der deutsche in die Hand englischer, französischer, vor allem aber rumänischer Eigentümer geriet, worauf sich dann auch noch belgisches, amerikanisches und niederländisches Kapital einschalten konnte, bis nach 1940 Deutschland die Anteile seiner Kriegsgegner übernahm, was den Russen die Möglichkeit verschaffte, sich diese Werte 1944 anzueignen. Die am 17. Juli 1945 gegründete rumänisch-sowjetische Gesellschaft Sovrom-

Petrol vereinigte alle deutschen und rumänischen Firmen und übernahm Mitte Dezember 1947 auch die beiden größten englischen und amerikanischen Unternehmungen "Astra Romana" und "Unirea", die damals unter dem Vorwurf, die Förderung gedrosselt und sabotiert zu haben, enteignet ~~wesden==~~ und verstaatlicht worden waren. ^{Mit} Nach der Verkündung des ~~den==am==44. Juni==1948==das~~ Verstaatlichungsgesetz ^{es öffnete sich} ~~verkündet worden~~ der Weg zur schrittweise Hereinziehung aller noch bestehenden ~~rumänischen~~ Firmen in die Sovrom-Petrol, die nun zur alleinigen staatlichen Monopol-Unternehmung für die gesamte Erdölindustrie (Ausbeute, Raffinade und Verkauf von Rohöl und Erdölprodukten) wurde und dementsprechend in den Wirtschaftsplänen mit ausreichenden Investitionsmitteln bedacht ist (1949: 100 Milliarden Lei, 1950: 145 Milliarden).

Die Erdölförderung seit 1936 ergibt folgendes Bild:

1936	8,7 Mill.t	1949	4,7 Mill. t
1938	6,6 "	1950	5,5 "
1945	4,6 "	1951	6,7 "
1947	3,9 "	1952	8,2 "
1948	4,1 "	1953	9,3 "

Plansoll für 1955 11,0 Mill.t

Die geringe Nachkriegsförderung erklärt sich aus der Zerstörung mancher Anlagen durch amerikanische und englische Bombenangriffe, aus dem Versiegen verschiedener Bohrstellen - weswegen ständig nach neuen Vorkommen gesucht wird, nicht ohne Erfolg - aus russischen Demontagen, bei denen erhebliche Teile der Einrichtung in die Sowjetunion verschleppt wurden, aus dem schlechten Zustand der Raffinerien, Mangel an Ersatzteilen, Unzulänglichkeit der Techniker, geringe Arbeitsleistung, obgleich die Zahl der Arbeiter gegenüber 1938 bis 1952 aufs Doppelte stieg, Disziplinlosigkeit und gelegentlichen Sabotageakten als Ausdruck des Widerstands gegen das kommunistische Regime und die sowjetische Besatzung und Beutemacherei. Erst ~~1954~~ allmählich erhöhte sich die Förderung, nachdem Sowjetrußland Bohrmaterial, Ausrüstungen und Fachleute

geliefert und die großen staatlichen Investitionen eingesetzt hatten. Überdies wurde im August 1952 zur Herstellung der technischen Ausrüstung die Gesellschaft "Sovrom-utilaj Petrolifer" gegründet, ^{daß} damit Rumänien nun selbst ~~die~~ die Einrichtung ⁱⁿ seiner Erdölindustrie ⁱⁿ ~~herausstellen~~ ^{zulegen} vermag, gab Anlaß, dies als Triumph der sowjetischen Wirtschaftsplanung zu feiern, was Mikojan ~~sel-~~ ^{er} am 19. Parteitag der KP der Sowjetunion besorgte.

Zur Verarbeitung der Mehrproduktion an Rohöl wurde, zu den über 70 Raffinerien, die ~~vor~~ 1939 bestanden (Gesamt-Jahreskapazität 7 Mill. t) und ⁱⁿ durch Kriegseinwirkungen und russische Demontagen ~~schwer~~ zum Teil stark gelitten hatten, neue ~~errichtet~~ ^{geplant}, die alten instandgesetzt und in der Moldau eine große Anlage 1949 errichtet. ^{die} Zu den schon bestehenden Ölleitungen zu Raffinerien und zu den ~~alten~~ Häfen Konstantza und Giurgiu ^{sollten hier} ~~plante man~~ Leitungen nach Odessa, deren Bau begann, ^{vermehrt werden. was} ~~aber dann wohl~~ fallen gelassen wurde, als man sich entschloß, die Verarbeitung des Erdöls im Lande zu bewerkstelligen.

Welche Bedeutung der Ölförderung- und Verarbeitung zugemessen wird, ergibt sich aus ~~einer~~ ^{ein} Meldung der Agerpres, Bukarest, vom 22. September 1952 und vom 12. Januar 1954, wonach nicht bloß das Plansoll für 1953 erreicht wurde, sondern auch die Bearbeitungskosten der Derivate um durchschnittlich 2% gegenüber 1952 gesenkt werden konnten; die Aufstellung neuer Maschinen, Ersatzteile und Bohranlagen rumänischer Herkunft habe weitere Fortschritte gemacht, der Kraftfahrzeugbestand der Betriebe sei um 20% vermehrt, die Verladearbeiten vollständig mechanisiert worden; zugleich sei die Zahl der Ingenieure und Techniker 1953 um 1000 gestiegen; 10.500 Erdölarbeiter hätten die neugeschaffenen Kurse für fachliche Weiterbildung besucht; ihr Einkommen habe sich um 24% und jenes der Aufbereitungsarbeiter um 11,7% in einem Jahre erhöht. Neue Bohrfelder entstanden am Südrand der Karpaten nahe bei Pitesti.

Die Erdölausfuhr nach dem Westen betrug 1938 5,4 Mill. t, 1952/53 0,6 Mill.t, nach Ländern des jetzigen Ostblocks 1938 0,6 Mill.t, 1952/53 6 Mill.t; eine völlige Verlagerung der Exportrichtung geschah also unter dem Einfluß der politischen Machtverhältnisse.

Die Verwendung von Erdöl für die Stromerzeugung wird ständig gedrosselt, dagegen Erdgas für diesen Zweck und auch zur Wohnungsbeleuchtung und Beheizung immer mehr in Gebrauch genommen. Die Erdgaserzeugung betrug:

1936	2,1 Mill. cbm	1947	1,2 Mill. cbm (Sondengas)
1939	2,0 " "	1953	3,5 Mill. cbm (Sondengas)
1945	1,3 " "	1955	3,9 Mill. cbm (Soll)
1946	1,3 " "		

Außer ^{auf} ~~neuen~~ Erdölbohrungen richtete sich die ~~Energie~~ ^{Wirtschaftsplanung} ~~auf~~ ⁱⁿ die Entdeckung ~~anderer~~ ^{sonstiger} Rohstoffquellen. Deshalb wurde das ganze Land einer systematischen geologischen Untersuchung unterworfen, der Bergbau entschieden vorangetrieben, stillgelegte Gruben in Gang gesetzt, Kalinvorkommen erschlossen, Braunkohle und Torflager in gesteigertem Umfang ausgebeutet und zur Verwertung der reichen Bauxitlager 1953 eine Aluminiumfabrik gebaut. Über das Plan-Soll wurden Eisenerze und Kupfer gefördert. Die Kohlenförderung betrug ⁱⁿ 1000 t :

Jahr	Kohle	Steinkohle	Braunkohle	Lignit	Anthrazit	Koks
1936	1.965	293	1.672			63
1944	2.271	238	1.742	278	11.5	
1945	1.93	194	1.507	311	16	
1947	2.177		2.015			
1950	3.200					125
1951	3.800					
1952	4.710					
1953	6.100					
1955	8.533 (Soll)		1.000 (Soll)			700 (Soll)

Wenn in der obigen Aufstellung keine gesonderten Angaben vorliegen, ist Anthrazit der Steinkohle und Lignit der Braunkohle zugezählt.

Die bereits eingangs geschilderte außerordentliche Förderung der Schwerindustrie zeigt ^{sich} im einzelnen folgendes Bild:

Eisen- und Stahlerzeugung in 1000 t

Jahr	Eisenerzförderung	Roheisengewinnung	Rohstahlerzeugung	Walzwarenerzeugung	Manganerz
1936	109 12	97 21	226 31	245	34
1941	171	119	237	197	
1945	140	54	118	106	
1946	112	66	148	152	
1947	121	90	179	157	
1948	200	150	260	200	
1949	220	210	300	260	
1950	250	250	330	320	
1953	696	456	720	593	60
1955	?	1000 (Soll)	1252 (Soll)	800 (Soll)	

Sonstige Metallerzeugung

Jahr	Kupfer	Blei	Zink aus Bleierzen	Bauxit	Silber in kg	Gold
			in 1000 t			
1936	0.4	6.1	4.2	10.8	15.097	4.947
1939	1.0	5.6		11.0	22.200	4.667
1940		7.0			7.300	4.067
1945				40.0		2.751
1948	0.9					3.000

Schwerindustrielle Zentren wurden in Kronstadt (Stalin-stadt), Hermannstadt und Arad geschaffen. In allen drei Städten befinden sich ~~auch~~ große Werkzeugfabriken. In Kronstadt, dem größten Industriezentrum, werden auch Traktoren und Kugellager erzeugt. Die alten Hüttenwerke in Reschitza und Hunedoara sind vergrößert worden. Im November 1952 wurde hier der größte Hochofen Rumäniens (Hochofen Nr. 6 im Großkombinat

"Gheorghiu Dej") angeblasen. Ein neues Stahlwerk steht in Bukarest, in Braila ein Hochofenwerk, in Bacau wurde ein Industriezentrum errichtet. Der Traktorenausstoß des Kronstädter Werkes belief sich 1952 auf 1400 Stück, woraus geschlossen werden kann, daß die für militärische Zwecke gelieferten Traktoren statistisch nicht ausgewiesen wurden.

Über die Leichtindustrie fehlen verlässliche Angaben, doch wurde bekannt, daß die Elektroindustrie in Craiova und Arad und ebenso die chemische Industrie bedeutend gefördert wird. In Craiova werden Dynamos und Transformatoren hergestellt. ~~Bei~~ einer Belegschaft von etwa 10.000 Arbeiter. Änderungen in der Lebensmittel- und Kleidungsindustrie ergaben ~~sich in~~ ~~keinem~~ wesentlichen Ausmaß. Mit Beteiligung der Sowjetzonen Besatzungszone Deutschlands wurde nach dem Muster der Sovromgesellschaften 1952 eine deutsch-rumänische chemische Gesellschaft gegründet, deren Maschinen und Fachpersonal aus Mitteldeutschland kam. Wahrscheinlich handelt es sich dabei um die Fortführung der 1940 begonnenen Arbeiten zur Errichtung eines chemischen Werkes bei Ucea de sus, das Nitrozellulose, Schießpulver und Stickstoff erzeugen soll.

Landwirtschaft. Die Bodenreform vom 22. März 1945 richtete sich vor allem gegen den Grundbesitz der deutschen Bauern, der in vollem Ausmaß enteignet wurde, gegen den Besitz der "Kriegsverbrecher" und politischen Flüchtlinge und die Grundbesitze über 50 ha. Insgesamt wurden 143.000 Besitze enteignet und von den gewonnenen 1.440.000 ha etwa 1.100.000 ha an insgesamt 918.000 arme oder landlose Bauern verteilt, der Rest als Staatsreserve einbehalten, die nach späteren Verwaltungsmaßnahmen und Einziehung der königlichen Gütern noch erheblich anwuchs. Die Bodenreform hatte somit zu einer wei-

teren Aufsplitterung der landwirtschaftlichen Nutzfläche auf Kleinbetriebe beigetragen und zudem gerade den ~~am~~ am besten entwickelten Teil gesunder bäuerlicher mittelgroßer Wirtschaften, die die deutschen Siedlungsgebiete auszeichneten, zerstört. Mit der so geschaffenen Situation beschäftigte sich die Plenarsitzung des ZK der Rumänischen Arbeiterpartei im März 1949, in der die entscheidenden Beschlüsse über die anschließend beginnende Kollektivierung der Landwirtschaft gefaßt wurden. Gheorghiu-Dej führte dabei aus, daß 53,2% aller bäuerlichen Wirtschaften Kleinbetriebe unter 3 ha seien; 40,7% ~~mit~~ der Betriebe besäßen 3 bis 10 ha und nur 6% eine größere Ausdehnung. Daher rühre die Rückständigkeit der Landwirtschaft her. Die an sich geringe Zahl von nur 250.000 Landarbeitern (2,5% der ländlichen Bevölkerung) sei das eigentliche Landproletariat, die "wichtigste Macht im Klassenkampf auf dem Lande". 57% seien Kleinbauern, 34% Mittelbauern, und 6,5% Großbauern, also "Klassen- und Staatsfeinde." Kurz vorher waren im Verwaltungsweg die wenigen verbliebenen Güter von 50 ha ebenfalls enteignet worden, was Gheorghiu-Dej als "völlige Liquidierung der übrigbleibsel des Großgrundbesitzes" erwähnte. Für die Klassifizierung als Klein- oder Mittelbauer wurde nicht so sehr die Größe des Grundbesitzes als das Eigentum an Produktionsmitteln (Maschinen, Fahrzeuge) und die Beschäftigung fremder Arbeitskräfte ("Ausbeutung von Menschen") angesehen.

Nach dieser Parteitagung von 1949 war als klare Richtlinie erkennbar, daß durch Bodenreform und Enteignungen das selbstständige Bauerntum zerschlagen werden sollte, um den Landhunger der Kleinbauern zunächst zu sättigen, zugleich aber damit die Lebensunfähigkeit dieser Zwergbetriebe an den Tag zu

bringen und die Kollektivierungsbestrebungen auf solche Weise zu fördern. Im ersten Anlauf wurden auch gewisse Fortschritte erzielt. Nach Gründung der ersten Kollektivwirtschaften im Jahr 1949 stieg ihre Zahl 1950 über 1000, zugleich wurden bis Ende 1950 nahezu 3000 Arbeitsgemeinschaften zu gemeinsamer Bodenbearbeitung (AgB) gegründet. Die Bewegung hielt teils unter Druck, teils infolge der Lebensuntüchtigkeit der Zwergbetriebe auch in den folgenden Jahren an, blieb aber hinter den Erwartungen weit zurück. Gerade die Kleinbauern zeigten die heftigste Abneigung gegen die Kollektiven. Diese Schwierigkeiten und die als Folge der Bodenreform dauernd auf tiefstem Stand bleibende Produktionsentwicklung wurde 1951 besonders fühlbar. Darum erwies es sich im Frühling dieses Jahres als notwendig, die bestehenden Kollektiven durch Ablieferungserleichterungen, Steuererleichterungen und Investitionen zu stützen. Die schleichende Krise zwang nach einem Jahr, verantwortliche Personen als angeblich Schuldige an der Fehlentwicklung zu opfern; zu diesen gehörten vor allem Vasile Luca, aber auch Anna Pauker, die die Gründung neuer Kollektiven vernachlässigt hätten ("rechte Abweichung"), andererseits das Prinzip der Freiwilligkeit bei der Bildung von Kollektiven ("linke Abweichung") verletzt hätten. 1953 wurde nochmals versucht, die Kollektivierung zu beschleunigen. Bei einer Tagung der Bestarbeiter der Kollektivwirtschaften ergab sich, daß ^{ihre} ~~ihre~~ Zahl 2.000 nahezu erreicht hatte und daneben annähernd gleichviel landwirtschaftliche Genossenschaften bestanden. Dennoch konnte man ~~nicht den unzufriedenheitsvollen~~ die unbefriedigende Produktion als ernstes Staatsproblem nicht leugnen und mußte auf eine Erhöhung der Hektarerträge dringen.

Am 23. August 1953 hielt dann Gheorghiu-Dej jene Rede, in der er die begangenen Fehler einbekennte und einen "neuen

Kurs" verkündete. Man habe den Wirtschaften der werktätigen Einzelbauern die nötige Aufmerksamkeit nicht geschenkt, ohne zu bedenken, daß diese Betriebe 75% des Marktgetreides lieferten. Sie erhielten nicht genügend Kredite, man habe ^{gar} der Schwerindustrie große Mittel bewilligt, in der Landwirtschaft aber zu wenig Kapital investiert.

Dieses Einbekenntnis findet eine Bestätigung durch folgende Aufstellung:

Verteilung der Investitionsmittel in den Wirtschaftsplanen

Wirtschaftszweig	Jahresplan für 1949	1950	1. Fünfjahrplan 1951 - 1955
Industrie	47,2%	44,8%	51,4%
Landwirtschaft	9,4%	6,6%	10,0%
Verkehr	21,2%	15,4%	16,2%
Soz. u. Kult. Bedürfnisse	11,2%	10,1%	13,4%
Sonstiges	11,0%	23,1%	9,0%
in Milliarden Lei	82	145	1330 ³⁾

+) Nach dem Preisniveau 1950!

Die Landwirtschaft war also bei der Investitionszuteilung so arg benachteiligt, daß ihr Zurückbleiben gar nicht verwunderlich ist. Gheorghiu-Dej versprach Abhilfe durch Verlangsamung des Industrialisierungstempos, Kredite, Maschinen, Kunstdünger, Steuererleichterungen usw. Seiner Rede schlossen sich eine Reihe von Gesetzen und Regierungsbeschlüssen an, auch wurden Weisungen erteilt zur rechtzeitigen Durchführung des Anbaus, der Ernte und der Herbsttieffackerung. Die Investitionen zugunsten der Landwirtschaft wurden für 1954 um 60% erhöht. Außerdem erhielten die Kollektivwirtschaften und die Einzelbauern teils zur Nutznießung, teils als Eigentum aus der Staatsreserve 448.000 ha Boden. ~~Einzelbauernwirtschaftliche Nutz-
flächen~~

Landwirtschaftliche Nutzfläche
in 1000 ha

Bodenart	1945	1949	1953/54 (Plan)
Ackerland	9.628	9.751	9.750
Wiesen und Weiden	4.287	4.516	
Wein und Obstgärten	458	448	
Wald	6.327	6.705	

Nun hatte sich aber die Getreideanbaufläche schon vor dem Krieg verringert und nahm von 1947 auf 1953/54 weiter ab und zwar von 7.029.000 ha auf 6.963.000 ha, während in diesen Jahren die Fläche für Nahrungspflanzen von 474.000 auf 660.000 ha anstieg; noch größer war die Vermehrung der Fläche bei Industriepflanzen, ~~nämlich~~ von 734.000 auf 979.000 ha und von Futterpflanzen von 548.000 auf 900.000 ha. Besonders stark fiel der Anbau von Weizen ab (1938: 2.833.000, 1947: 1.661.000 ha, 1953/54: 2.815.000 ha). Ähnlich stark waren die Rückgänge bei ~~MAIN~~ Gerste und Hafer. Die neuen Zwergbauern produzierten nämlich hauptsächlich nur für den Eigenbedarf, was sich darin ausdrückte, daß die Maiserzeugung rapid anstieg. Der Plan ~~sieht~~ ^{sah} nun vor, die Weizenfläche 1953/54 wieder auf den Vorkriegsstand zu bringen zu Ungunsten des Maisanbaues.

[Wie katastrophal der Ernterückgang gegenüber der Vorkriegszeit war, zeigt die Produktionsziffer für Weizen und Mais, die in 1000 t 1938 insgesamt 7.857, 1946 nur 2.166 und 1952 immer noch bloß etwa 6.000 bis 7.000 betrug. Das Plansoll für 1955 ist auf 10.000 festgesetzt, wobei es völlig unsicher ~~ist~~ ^{bleibt}, ob dieses Ziel erreicht werden kann. Der Durchschnittshöchst-ertrag bei Weizen lag in guten Erntejahren vor dem Krieg über 10 dz/ha, 1946 bei 6 dz/ha, 1947 bei 8,7 dz/ha, erholte sich dann langsam ohne den Stand von 1938 zu erreichen. Erstrebt wird ein Durchschnittsertrag von 15 dz/ha. Eine Steigerung

xxxxxx der Hektarerträge xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxist auch für andere Getreidearten vorgesehen, doch sind die Rückfälle der Produktivität gegenüber der Vorkriegszeit so arg, daß es zweifelhaft ist, ob das Ziel erreicht werden kann. Beabsichtigt ist ferner, die Hülsenfruchterzeugung zu erhöhen, den erheblich entwickelten Anbau von Reis zu vergrößern und um von Einfuhren unabhängig zu werden (Anbaufläche 1951: 17.000 ha, Plan: 30.000 ha, was aber von der Fertigstellung notwendiger Bewässerungsanlagen abhängt). Bevorzugt bleibt weiterhin die Erzeugung von Futtermitteln, Industriepflanzen, Baumwolle, Ölpflanzen und Kartoffeln. Damit ergibt sich für 1953/54 folgende Verteilung: Getreide: 6.963.000 ha, Kartoffeln und Gemüse: 460.000 ha, Hülsenfrüchte: 200.000 ha, technische Kulturen: 979.000 ha, Sonnenblumen: 430.000 ha, Zuckerrüben 115.000 ha, Futterpflanzen: 900.000 ha. Bemerkenswert ist die Entwicklung der Industriepflanzen:

Anbau von Industriepflanzen

	<u>1938</u>	<u>1953</u>	<u>1955 (Plan)</u>
Baumwolle	3.188	200.000	300.000 ha
Zuckerrüben	35.000	100.000	130.000 "
Zuckerrüben ertrag	15.390 kg/ha	-----	18.000-20.000 kg/ha
Sonnenblumen	70.000	-----	380.000 ha
Hanf	4.000	80.000 ha	-----
Flachs	14.000	35.000 "	-----

Der Viehbestand litt durch den Krieg und in den ersten Nachkriegsjahren große Einbußen, die teilweise durch die Planwirtschaft wieder aufgefüllt wurden. Auch zur Verbesserung der Qualität wurde manches unternommen durch Anschaffung von Zuchttieren und Ausgestaltung der tierärztlichen Betreuung. Einen erheblichen Teil des Zuchtviehs lieferte die Sowjetunion. Dennoch war der Viehbestand zu gering und die Versorgung der Bevölkerung nicht gewährleistet.

Viehbestand (im heutigen Staatsumfang) 1938 - 1956

	1938	1947	1948	1953	Planziel 1956
	in tausend Stück				
Pferde	1581	787	939	1.080	1.240
Rinder	3.477	2.975	4.277	4.767	4.930
Schafe	10.087	7.100	10.935	-----	13.800
Schweine	2.761	1.384	1.459	3.523	4.600
Geflügel	27.324	11.932	15.918	-----	-----
Bienen- völker	4.66	333	-----	-----	1.400

Die Aufstellung zeigt, daß der Bestand an Rindern, der für die Fleisch- und Milchversorgung entscheidend ist, seit 1948 nicht wesentlich ~~anstieg~~ ~~anwuchs~~ und auch im neuen Plan nur einen geringen Zuwachs erfahren soll, offenbar wegen der Schwierigkeit, die Futtermittelbasis zu erweitern. Erstrebt wird eine "fühlbare Verbesserung der Versorgung", doch eine ausreichende wird nicht angekündigt.

Hinsichtlich der Nahrungsgrundlage sei noch ~~kurz~~ erwähnt, daß der Fischfang bei einer Küstenlänge von 250 km und mehr als 10.000 km Flußläufen, besonders des Donaudeltas, eines der größten Fischfanggebiete Europas, besondere Bedeutung hat. Die Fischerei im Delta ist genossenschaftlich umorganisiert worden; die Fischgründe sind Staatseigentum und erbrachten 1938/39 einen Süßwasserfischfang von 25.000 t, die Hochseefischerei 3.300 t. Für 1955/56 ist ein Ertrag von 37.000 t vorgesehen.

Die landwirtschaftliche Gemeinschaftsbewirtschaftung. Es gibt drei Arten des sozialisierten Landbesitzes: 1. Landwirtschaftliche Kollektivwirtschaften (Kolchosen). Sie sind nach sowjetischem Muster organisiert. Die Bauern steuern als ihre Einlage den Boden und ihre Geräte bei und behalten als Privatbesitz eine Kuh und einen Landstreifen von einigen Quadratme-

tern. Wenn sie aus der Kolchose ausscheiden, erhalten sie ihren Beitrag nicht zurück. (Ende 1949: 56 Kolchosen, gebildet mit 3.812 Familien, Ende August 1953: 1.980 Kolchosen mit 300.000 Familien und 732.000 ha Grund. Zur Stärkung der Kolchosen wurden ihnen aus der Staatsreserve am 18. Oktober 1953 488.000 ha übereignet). 2. Landwirtschaftliche Genossenschaften des Types T.O.Z. Ihre Mitglieder behalten ~~das~~ Eigentum an ihrem Boden, an Maschinen und Gerät. Diese Genossenschaften sind als Übergangsformen gedacht. ^{Im} August 1953 belief sich ihre Zahl auf etwa 2.000 mit 250.000 ha Grund. 3. Landwirtschaftliche Staatsgüter (Sowchosen). Zu ihnen gehören die früheren Staatsdomänen, agrarische Versuchsanstalten, die einstigen Krongüter und/ andere enteignete Landgüter, die nach der Bodenreform an die Bauern nicht verteilt worden waren. Ihre Zahl dürfte etwa 400 betragen mit einer Gesamtfläche von rund 1.000.000 ha. Auf ihnen werden Anbauversuche mit neuen Pflanzen und verbesserten Methoden unternommen, wobei sie über ein reiches Inventar verfügen, z.B. hatten sie im August 1953 4.400 Traktoren (1 Traktor für je 227 ha, während für die übrigen Wirtschaften des Landes ein Traktor für 920 ha ausreichen mußte).

Etwa 20% der ^{landwirtschaftlichen Nutzfläche} ~~rumänischen Landwirtschaft~~ war 1953 sozialisiert, davon (12% kollektiviert und 8% gehörte den Sowchosen). Die Angaben sind aber keineswegs genau. In den meisten im Jahre gehaltenen Reden wird ein Viertel der Nutzfläche als "sozialistisch" erwähnt. Der Planbericht für 1953 gibt 19% an, mit Zuzählung der ^{ländlichen} Arbeitsgemeinschaften ~~zum Teil~~ (zur Durchführung bestimmter gemeinsamer Arbeiten) 21,2%. Gleichgültig, wie dem sei - eines ergibt sich aus allen Zahlenangaben: ~~daß nämlich~~ die Kollektivierung der rumänischen Landwirtschaft ^{bleibt} weit hinter der Entwicklung in den anderen Ostblockstaaten zurückblieb.

Der Maschinenpark der Landwirtschaft war seit jeher völlig unzureichend. In manchen Gegenden wurde noch der Holzpflug verwendet. Eine Bestandsaufnahme Ende 1947, also unmittelbar vor Beginn der

Kollektivierung, erfaßte 10.760 Traktoren, 74.250 Sämaschinen, 42.500 Mähmaschinen und 18.200 Dreschmaschinen. Dies war die erste Ausrüstung der Staatsgüter und der seit 1948 in steigender Zahl errichteten Maschinen- und Traktorenstationen, deren Zahl sich von 84 (1948) bis 1953 auf 218 erhöhte. In diesem Jahr verfügte man über ~~9.688 Traktoren~~ 23.300 ~~Traktoreneinheiten~~ von 15 PS (die Statistik zählt immer 15 PS-Einheiten, so daß die Zahl der tatsächlich vorhandenen Traktoren nicht genau feststellbar ist), dazu kamen 19.000 Traktorenpflüge, 474 Kombinen, 13.050 Dreschmaschinen. Im Eigentum der Maschinen- und Traktorenstationen befanden sich 9.688 Traktoren, 2.850 Sämaschinen 1.440 Mähbinder und 2.970 Kultivatoren. Abgesehen von der Vermehrung der Traktoren ^(1 Traktor für 386 ha) erhöhte sich der Gesamtbestand der Maschinen nicht wesentlich, dafür wurde ~~aber~~ der überalterte Maschinenpark weitgehend erneuert. Der Fünfjahresplan will die Zahl der Stationen auf 428 hinaufsetzen und den Maschinenbestand soweit steigern, daß sie das Fünffache der Fläche von 1950 bearbeiten können. Die Maschinen der Stationen stehen in erster Linie den Kolchosen und dann den Kleinbauern zur Verfügung und zwar bei kollektiver Bodenbearbeitung zu einem günstigeren Tarif als bei individueller.

Die Ablieferungsquoten für landwirtschaftliche Erzeugnisse werden nicht nach den Jahreserträgen, sondern nach der bebauten Fläche festgelegt. Verstöße gegen die Ablieferungspflicht können unter Umständen als Wirtschaftssabotage aufgefaßt und mit dem Tode bestraft werden. Da ^{sich} auch die Milchablieferungsquote nicht nach der Zahl der Kühe, sondern nach der Fläche richtet, ~~so~~ muß z.B. ein Bauer, der mehr als 8 ha besitzt, Milch abliefern, auch wenn er keine Kühe hat. Bei 10 ha beträgt das Ablieferungssoll 600 Liter jährlich. Eine

Änderung des Systems für die Fleisch- Milch- und Wolleablieferung wurde am 13. Dezember 1953 beschlossen; ~~die~~ ^{es} bevorzugte die Viehhalter.

Die Landwirtschaftspolitik des Regimes richtet sich auf die Verbreitung der Kunstdüngerung, Ausdehnung der Ackerfläche, wobei man durch Trockenlegung und Bewässerung etwa 2.8 Mill ha zu gewinnen hofft, ~~und~~ auf sonstige Bodenmeliorationen, z.B. durch Schutzwaldpflanzungen in der Dobrudscha, ~~sind~~ auf die Einführung neuer Kulturpflanzen, wobei ~~die~~ 1950 gegründete "Mitschurin-Gesellschaft" als wirtschaftliche Forschungsstelle tonangebend ist. ~~Außerdem~~ ^{ferner} wurde das landwirtschaftliche Schulwesen bedeutend vermehrt. 1953 gab es 7 landwirtschaftliche Hochschulinstitute mit 20 Fakultäten, ~~deren~~ ~~die~~ fünfjährige Studienzeit absolvierten zwischen 1948 und 1953 4.778 Studierende. Außerdem bestehen 140 landwirtschaftliche Berufsschulen mit zweijähriger Studienzeit. Fachkurse finden besonders für das Verwaltungspersonal der Kollektiven statt. An neuen Kulturpflanzen wurden eingeführt Sorghum (eine Hirseart), die Faserpflanze Chenat, ~~ferner~~ eine andere namentlich nicht bestimmte Pflanze, aus deren Wurzeln pro ha etwa 200 kg Kautschuk gewonnen werden soll, dann Teepflanzen, Zitronen-, Orangen-, Grapefrucht- und Feigenbäume, während und Baumwollanlagen die Maulbeerzucht vermehrt wurden. Entlang des Donau-Schwarzmeerkanales sind 7.000 ha Obstplantagen geplant. Die tierärztliche Hilfeleistung geschieht seit September 1953 unentgeltlich. All diese Erfolge im Einzelnen und die Planungen verdecken nicht, daß sich die Landwirtschaft, teilweise infolge der jahrelangen viel zu geringen Investitionen, teilweise wegen des passiven Widerstandes der Bauern in einer seit Kriegsende andauernden Krise befand, die 1953 nach ~~jahrelangen~~ ^{vorherigen} Erfolgsmeldungen offen einbekannt wurde, weil sie nicht

mehr zu übersehen war, vor allem in ihren Auswirkungen auf die Ernährungslage, die niemand befriedigen konnte; ~~abwankt~~ auch 1953 blieb die Lebensmittelrationierung aufrecht erhalten.

Etwa 30% der Gesamtfläche Rumäniens (über 6 Mill. ha) ~~waren~~ ^{von Wäldern} bedeckt, ~~die gesamte Waldbesitz ist ver-~~ ^{staatlicht.} Aus Mitteilungen des Instituts für Forstwesen ergibt sich, daß das Forstministerium bis 1953 ungefähr 350.000 ha ⁱⁿ öden Gegenden und in waldarmen Berg~~gegenden~~ 3 Mill. ha (?) ~~Wald~~ aufforstete. Die Eindämmungsarbeiten an Sturzbächen sei ^{en} außerordentlich groß gewesen. Es bestehen mehrere Forstberufsschulen und außer dem Forstinstitut in Bukarest noch zwei andere in Kronstadt und Cimpölung.

Das Eisenbahnnetz, das 1948 11.270 km betrug, vermehrte sich um 400 km durch fünf neue und 1951 ~~beendete~~ vollendete Eisenbahnlinien. Mit dem Bau einer sechsten wurde begonnen. Die Strecke Cimpina-Kronstadt wird elektrifiziert. Alle Verkehrsmittel sind verstaatlicht.

1945

Die Fahrstraßen (Staatsstraßen: 12.973 km, Bezirksstraßen 25.663 km, Wirtschaftsstraßen 31.756 km) befanden sich zu Kriegsende in einem jämmerlichen Zustand, weswegen alle Männer vom 18. bis 56. und alle Frauen vom 18. bis 45. Lebensjahr verpflichtet wurden, ^{bis} 2-20 Tage jährlich an Straßenbauarbeiten teilzunehmen. Eine Donauschwebelücke wurde 1950 fertiggestellt und verbindet das rumänische Calafat mit dem bulgarischen Widin. Seit dem 1. Juli 1948 ^{sind} ~~wurden~~ alle Lastkraftwagen der "Rata" (^{Autonome} Regie des Kraftwagenverkehrs) übereignet. Im April 1953 kamen die ersten in Rumänien hergestellten Lastkraftwagen in Verkehr.

Die Gesellschaft "Sovromtransport" besitzt seit 1945 das Staatsmonopol für die gesamte See- und Flußschifffahrt und verfügte 1953 über 200 Fluß- und 6 Seeschiffe. Die Rechts-

verhältnisse der Donauschiifahrt beruhen auf den Beschlüssen der Donaukonferenz, die im Sommer 1948 in Belgrad ^{statt}~~statt~~ fand, wobei unter Eindeutiger Vorherrschaft der Sowjetunion der Einfluß aller Nichtanrainerstaaten ausgeschaltet wurde. Dazu trat 1953 ein Abkommen mit Jugoslawien über die Schifffahrtsverwaltung am Eisernen Tor und mit Rußland ein Abkommen über die Schifffahrtsregelung in der Donaumündung. Der Donau-Schwarzmeerkanal wird, ^{sollte er fertig werden,} ~~nach seiner Fertigstellung~~ die Bedeutung von Galatz als Hauptpunkt der Donauschiifahrt stark verringern; er wird ^{nicht} nicht nur die Stromstrecke ^{ab}~~ab~~ kürzen sondern ^{trägt} auch zur Bewässerung der Dobrudscha bei. Bis 1953 konnten 275 km Bewässerungsabläufe für die geplanten Gemüseanlagen in der Kanalzone ausgehoben werden. Der Kanalbau wurde vielfach ^{von} durch Sabotageakte, gestört, durch eine Sprengung die große Donaubrücke bei Cerna-Voda so schwer beschädigt, daß der Verkehr der Arbeiterzüge längere Zeit unterbunden blieb. Im Juli 1952 deckte man eine Gruppe von Saboteuren in der Direktion des Kanalbaues auf. In einem Schauprozess wurden Todesurteile und hohe Gefängnisurteile ausgesprochen. Im Juli 1953 ^{müssen} ~~wurden~~ die Kanalbauten neuerlich eingestellt ^{wurden}.

Die Luftfahrtgesellschaft LARES ging 1945 in der rumänisch-sowjetischen Gesellschaft TARS auf, die das Luftverkehrsmonopol erhielt. Für das Überfliegen ~~des~~ rumänischen Hoheitsgebietes durch ausländische Flugzeuge wurden 1950 Luftkoridore und eine bestimmte ^{Flug}höhe festgelegt.

Obwohl es keine Postzensur nach der Verfassung geben darf, mußten noch 1953 Auslandsbriefe bei der Post persönlich und offen abgegeben werden. Seit 1952 besteht ein Sonderzensurbüro für den Briefverkehr mit dem Ausland.

Der Durchschnittslohn eines Arbeiters oder kleineren Angestellten belief sich 1953 auf monatlich 300 Lei, doch gibt es auch Monatslöhne von 200 bis 250 Lei, während ein Stachanowarbeiter 700 bis 800 Lei verdienen kann. Nach Einführung eines neuen Lohn tariffs am 18. November 1953 erhöhten sich die Tariflöhne für Akkordarbeiter um 10 bis 15%, gleichzeitig wurde die Lohnsteuer für Arbeiter, Techniker und Angestellte gesenkt. Doch ^{blieben} sind die Arbeitsnormen sehr hoch; bei Nichterfüllung der Norm erfolgen Lohnabstriche. ~~Nach Einrechnung verschiedener Abgaben und Steuern senkt sich z.~~
B. Der Bruttolohn eines Industriearbeiters, des 4. Grades der 2. Lohnklasse ^{stark} von 275 Lei auf ^{sinkt} 251 Lei, durch folgende Abgaben; 6%ige Einkommensteuer: 16 Lei, Gewerkschaftsbeitrag: 3 Lei, Zwangsabonnement der Zeitung "Scinteia": 5 Lei. Ende 1953 waren noch folgende Lebensmittel rationiert: Brot, Fleisch, Zucker, alle Fette, Teigwaren, Käse und Milch. Die Zuteilungen auf Bezugsmarken bevorzugten in abnehmender Höhe die folgenden Gruppen: 1. Polizei und Sicherheitsorgane, 2. Stachanow- und Schwerarbeiter, 3. Beamte, Angestellte und Arbeiter, 4. deren Familienmitglieder. Wer nicht im "Arbeits-einsatz" stand, erhielt keine Bezugsmarken und mußte die Lebensmittel in den ^{freien} Läden oder auf dem Schwarzmarkt einkaufen. Für Beamte mit einem Gehalt über 1200 Lei monatlich gab es keine Bezugskarten, doch für sie allein bestimmte Verkaufsläden. In den ~~freien~~ staatlichen "freien" Läden lagen die Preise drei- bis viermal so hoch als die Preise ^{bei} auf Bezugskarten. Die Preisunterschiede zeigten sich z.B. ^{bei Zucker} wie folgt: 1 kg auf Marken: 2,80 Lei = DM 1.-, in freien Läden Lei 6.- = DM 2.-, im Schwarzhandel Lei 9.- = DM 3.-. Die Rationen auf Marken waren knapp, z.B. Fleisch 350 gr im Monat, doch fehlte gerade Fleisch oft in den Ausgabestellen.

Der Außenhandel wird von staatlichen Außenhandelsgesellschaften durchgeführt, wobei sie für jeden Abschluß die Genehmigung ihrer zuständigen Ministerien und des Außenhandelsministeriums benötigen. Die wichtigsten Gesellschaften sind:

1. Agroexport (Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Sameneinfuhr),
2. Fructexport (Ausfuhr von Obst, Gemüse und Süßwaren),
3. Petrolexport (Ausfuhr von Benzin, Ölen und Erzen),
4. Prodexport (Ausfuhr von Fleischwaren, tierischen Produkten, Obst, Gemüse und Süßwaren, Einfuhr von Kaffee, Tee und Gewürzen),
5. Romanoexport (Ausfuhr von Baumaterial, Glas, elektrischen Artikeln, Textilien, Lokomotiven, Waggons, Salz, Einfuhr von Textilhalb- und Fertigfabrikaten, Häuten),
6. Centrul de Librării și difuzare a cărții (Bücher- und Zeitschriftenausfuhr),
7. Exportlemn (Ausfuhr von Holz, Büro-Haushalts- und Papierartikel),
8. Chimimport (Chemikalien, Arzneistoffe, Farben, Lacke, Naturgummi, Düngemittel, Pflanzenschutzmittel),
9. Energoimport (Schwachstrom-, und Rundfunkartikel, Maschinen für die Elektroindustrie),
10. Industrialimport (Eisenerze, Koks, Eisenbahnmaterial, Schiffe, Ausrüstungen für Erdöl- und Bergbau),
11. Masinimport (Verschiedene Maschinen),
12. Metalimport (Eisen- und Nichteisenmetalle, Erzeugnisse aus Edelmetallen, Stahlhalbfabrikate),
13. Technoimport (Beförderungsmittel jeder Art, Maschinen, Foto- und Kinomaterial, Büromaschinen und -Materialien, ärztliche Instrumente und Apparate).

Außenhandel 1937 und 1953 in Millionen Dollar

<u>Länder</u>	<u>1937</u>	<u>1953</u>
Sowjetunion	1 0,3%	320 49,6%
Tschechoslowakei	41 11,2%	120 18,6%
Deutsche Sowjetzone	23 6,2%	60 9,3%
Albanien, Bulgarien		
VR China, Polen, Ungarn	23 6,2%	30 4,7%

In der obigen Aufstellung wird die Sowjetzone Deutschland gleich einem Viertel des ~~Umsatzes~~ ^{Außenhandels} des Deutschen Reichs mit Rumänien gerechnet.

Außenhandel 1937 und 1953 in Millionen Dollar

	<u>1937</u>		<u>1953</u>	
Ostblock insgesamt	88	23.9%	530	82.2%
Westeuropa, einschließlich Jugoslawien und Finnland	238	64.7%	105	16.3%
<u>Übersee</u>	42	11.4%	10	1.5%
Insgesamt	368	100%	645	100%

Aus dieser Statistik ergibt sich die grundlegende Umlagerung des rumänischen Außenhandels mit aller Deutlichkeit, wobei es sich um eine steigende Tendenz handelt.

Der Außenhandel mit den westlichen Ländern beträgt nur ein Sechstel des gesamten Außenhandelsumsatzes. Die Gründe ^{dafür} ~~dafür~~ liegen, abgesehen von den politischen, in der schwachen Export- und Zahlungskraft Rumäniens, im Unvermögen, die einstigen Agrarexporte zu leisten, und darin, daß die wichtigste Ausfuhrware, das Erdöl, in die Ostblockstaaten geliefert wird. An erster Stelle der Ostblockländer steht im rumänischen Außenhandel die Sowjetunion. Die zweite Stelle nimmt die Tschechoslowakei ein (Umsatz in Mill. Dollar 1937: 41, 1948: 50, 1952: 80, 1953: 120). An dritter Stelle steht die Sowjetzone Deutschland. Die Umsätze mit Albanien, Bulgarien, China, Polen und Ungarn erreichen kaum 5% des Außenhandelsumsatzes. Der Handel mit Finnland erweiterte sich um ein Vielfaches (Einfuhr 1952: 0.2 Mill. Dollar, 1953: 0.7; Ausfuhr 1952: 9.2, 1953: 20.2).

Unter den westlichen Handelspartnern steht die Bundesrepublik ^{Deutschland} an erster Stelle. Die Entwicklung zeigt folgendes Bild in Millionen DM:

	<u>1949</u>	<u>1950</u>	<u>1951</u>	<u>1952</u>	<u>1953</u>
Einfuhr	3.7	9.5	1.5	12.7	40.7
Ausfuhr	3.5	21.8	20.0	40.8	46.3

Da zwischen Deutschland und Rumänien diplomatische Beziehungen nicht bestehen, lief der Handel zwischen beiden Staaten erst spät über die JEIA, die für Deutschlands Außenhandel damals verantwortliche Organisation, an und ~~entwickelte~~ entwickelte sich auf der privaten Basis von Kompensationsgeschäften ab, wobei Deutschland Weizen, Mais, Sämereien, Ölfrüchte und Ölkuchen, Holz, chemische Rohstoffe, Kraftstoffe, Schmieröle usw., Rumänien aber Eisen und Stahl, Maschinen, elektrotechnische, chemische, pharmazeutische Erzeugnisse, Baumwoll- und synthetische Garne, Zellwolle, Teerfarben, Fische, Ölfrüchte, Hopfen usw. bezog.

Mit folgenden Staaten bestehen Handelsverträge: Ägypten, Bulgarien, China, Sowjetische Besatzungszone Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Indien, Indonesien, Korea, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei, Türkei und Ungarn.

3. Kultur

Die Ausschaltung des früher mächtigen kulturellen Einflusses Westeuropas auf Rumänien nach dessen Kapitulation äußert sich nicht nur in der Sowjetisierung des gesamten kulturellen Lebens, sondern trat auch zutage in der Schließung der französischen und italienischen Kulturinstitute - die deutschen wurden schon im Herbst 1944 gesperrt - und in der Beseitigung der französischen Schulen, Bibliotheken sowie der Kulturgesellschaften, die sich der Pflege westeuropäischer Beziehungen angenommen hatten. Auch die französischen, italienischen und englischen Lektoren mußten das Land verlassen. Dagegen verstärkte sich ^{noch} mit der betonten Förderung der Kulturbeziehungen zu den Ostblockländern nach 1952 die rumänische, nach dem Westen gerichtete Kulturpropaganda, z.B. durch Tanz- und Theateraufführungen rumänischer gewerkschaftlicher Spielgruppen im Oktober 1953 in Österreich oder durch eine rumänische Kunstaussstellung in Paris (Herbst 1953).

Ein "Komitee für die kulturellen Einrichtungen in der rumänischen Volksrepublik" ~~ers~~ scheint, abgesehen von den zuständigen Behörden, eine kulturpolitisch führende Rolle zu spielen, während die "Gesellschaft zur Verbreitung von Wissenschaft und Kultur" der sowjetischen Propaganda dient, und die "Geheimwissenschaften" bekämpft, zu denen die Religion gezählt wird; diese Gesellschaft hatte 1950 26 Zweigstellen

(jährlich 42.000 Zusammenkünfte mit 7. Millionen Teilnehmer)

Unter sonstigen Kulturstätten sind zu erwähnen die in zahllosen Orten errichteten Kulturheime (12.000 im Jahre 1952) die rumänisch-sowjetische Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion ARIUS, die das Erlernen der russischen Sprache zu einer Massenbewegung zu machen trachtet und 1953 6 Millionen Mitglieder zählte (seit der Gründung angeblich : 1.450.000 Veranstaltungen mit 160 Millionen Besucherⁿ). Sie eröffnete am 13. August 1950 eine dauernde Stalinausstellung in Bukarest und vermittelte die Überstellung von Gemälden aus den Sammlungen des Königshauses an ein Moskauer Museum. Das rumänische Institut für kulturelle Beziehungen mit dem Ausland ist ebenfalls zu erwähnen. Ein vom Präsidium der Nationalversammlung gestifteter Staatspreis wird Gelehrten, Technikern, Schriftstellern und Künstlern für Verdienste um die Sowjetisierung ~~verliehen~~ in 3 Klassen (25.000, ^{bei} 15.000, und 7500^{Lei}) verliehen. 1952 wurden 117 dieser Staatspreise ausgeteilt. Seit dem 15. Oktober 1950 wird der Titel "Verdienter Mann der Wissenschaft", "Verdienter Meister der Kunst", "Verdienter Professor", usw. verliehen.

Erziehung und Unterricht. Der Volksschulunterricht ist obligatorisch und kostenlos. Vom 4. Schuljahr ab wird Russisch als Pflichtfach gelehrt. Das ^{höhere} Schulwesen, nach sowjetischem Muster umorganisiert, kennt ^{Französisch} als Pflichtfach nicht mehr. Jeder westliche Einfluß ist ausgeschaltet. In den Sommerferien müssen seit 1950 alle Schüler und Studenten einen Arbeitsdienst in Fabriken oder bei Kanalbauten oder in Kolchosen ableisten. ~~Früher bestanden die Universitäten (Bukarest, Jassy, Klausenburg) aus~~

Zu den Hochschulstädten Bukarest, Jassy, Klausenburg und

Temeschwar trat ~~man~~ ^{es} als neue Hochschulorte Craiova, Kronstadt, Galatz, Konstantza, Cimpulung, Petrosani, Arad und Tg. Mures (Neumarkt) Die Fakultäten und Abteilungen aller Hochschulen erhöhten sich auf 160 und werden immer noch vermehrt, wobei es sich jedoch meist um eine Spezialisierung bereits bestehender Institutionen handelt, ^{wie} ~~wie~~ überhaupt das Bildungsziel ~~sich~~ auf eine stark spezialisierte und kurzfristige Fachausbildung richtet unter Ausschaltung der Allgemeinbildung. Damit wurden die Hochschulen zu höheren Berufsschulen. Das ^{gesamte} Schulwesen untersteht seit ~~dem 26. Januar~~ Ende 1953 nach verschiedenen anderen Lösungen dem Ministerium für Unterricht.

Zur Heranbildung von Nachwuchskräften für den wissenschaftlichen Dienst an Hochschulen und Instituten bestehen dreijährige Aspirantenkurse an verschiedenen Hochschulen und Instituten für Bewerber mit abgeschlossenem Hochschulstudium für ein Spezialfach und einem Höchstalter von 40 Jahren. Außerdem wurden eingerichtet: 1. ländliche sechsmonatige Berufsschulen zur Heranbildung hochqualifizierter Arbeiter, 2. 2- bis 3-jährige Berufsschullehrgänge für leitende Facharbeiter, 3. Fortbildungs- und Aufstiegskurse in Fabriken und Werften.

*Einfügung von
Seite 81*

Zur Hebung des kulturellen und politischen Niveaus der Landarbeiterinnen sind Lesezirkel ^{geschaffen} ~~eingesetzt~~ worden und außerdem auch in den Städten Kurse zur kommunistischen Schulung der Frauen.

Die Rumänische Akademie der Wissenschaften, ~~seit~~ 1948 nach sowjetischem Muster umgebaut, ist ein Instrument der Regierung und damit kommunistisch überwacht, was einer Steuerung der gesamten Forschung gleichkommt, denn die Akademie verfügte

1953 über 25 (1949:7) Forschungsinstitute. Die Zahl ihrer Mitglieder erhöhte sich von 44 im Jahre 1948 auf 100 im Jahre 1953, die der wissenschaftlichen Mitarbeiter von 414 auf 1.800, auch hat sie Zweigstellen in ~~Ja~~ Jassy, ^{mit} in Klausenburg, ein Institut in Temeschburg, und erhöhte den Bestand ihrer Bibliothek auf 2 Millionen Bände (1949: 700.000 Bände). Ihre ~~Tätigkeiten~~ ^{richtet sich} auf alle Natur- und Geisteswissenschaften, doch treten die letzteren immer mehr in den Hintergrund, während sich das Schwergewicht auf die technischen Grundfächer, Geologie, Wirtschaft- und Agrarwissenschaften mit Betonung der praktischen Nutzanwendung verlagert. Zu den großen Veröffentlichungen gehören u.a. ein Sammelwerk über die Pflanzen- und Tierwelt und eine auf 24 Bände geplante Dokumentensammlung zur Geschichte Rumäniens. Archäologische Arbeiten wurden ebenfalls durchgeführt. Die neue Rechtschreibung (1952) und die Herausgabe eines Wörterbuchs der zeitgenössischen rumänischen Sprache haben freilich das Ziel, die rumänische Sprache aus ihrer engen Verbindung mit dem ^Romanischen zu lösen und zum ^Slawischen hinzuführen, indem man die Popularisierung russischer Klangnuancen zu betonen sucht. Die geisteswissenschaftlichen Arbeiten z.B. ^{über} "Fragen des neuen Geschichtsbildes", der sozialrevolutionären Epochen, der slawischen Geschichte, gehören auch in diesen praktisch-politischen Aufgabenkreis. Präsident der Akademie ist seit 1951 Professor Traian Săvulescu.

Literatur. Die Schriftsteller sind in der "Vereinigung der Schriftsteller der Rumänischen Volksrepublik", einer Interessen-, aber auch kommunistischen Kontrollorganisation, zusammengefaßt. Leiter der Literatur und Pressezensur ist ~~ist~~ ⁴²⁵ Josef Chisinevski. Die ~~antiken~~ Werke der Autoren erscheinen im Staatsverlag, der, gemessen an westlichen Verhältnissen, erstaunlich hohe Pauschalhonorare im Vorhinein für jede Auf-

lage zahlt, sodaß die Schriftsteller, soweit sie anerkannt werden, zu den bestgestellten Personen gehören.

Theater. Im Spielplan aller, am 2. November 1948 verstaatlichten Theater nehmen russische Stücke den breitesten Raum ein, doch kommen auch klassische Werke der Weltliteratur, möglichst in Umdeutungen auf die Parteiziele, zur Aufführungen.

Im Frühjahr 1947 fand die letzte "bürgerliche" Ausstellung der darstellenden Kunst in Bukarest statt. Darnach wurde ein "Fond für Plastik" geschaffen, um Mittel zu Studienzwecken der Künstler in Staatsgütern, Fabriken und sonstigen Wirtschaftsbetrieben zu gewähren und den sozialistischen Realismus der Kunst zu fördern. Auftraggeber für Künstler sind fast ausschließlich Partei und Staat, womit die propagandistische Zielrichtung für die Kunstschaffenden gegeben ist, die sich bei Einfügung in diese Grenzen einer außerordentlichen Unterstützung erfreuen.

Nach Verstaatlichung der Filmindustrie und Lichtspielhäuser, deren Zahl von 350 im Jahre 1948 bis 1953 auf 1.300 anstieg, entwickelte sich auch die rumänische Filmherzeugung und verdrängte bis zu einem gewissen Maße die nach dem Umsturz dominierenden sowjetischen Filme. Eine große Rolle nimmt die Filmproduktion der deutschen Sowjetzone im Spielplan ein, doch kommen daneben auch westeuropäische Filme und asiatische, freilich keine amerikanischen, zur Vorführung. Die 1951 errichtete und seither ständig ausgebaut Filmstadt Buftea bei Bukarest erzeugte in vier Jahren 93 Dokumentarfilme, 327 Wochenschauen, daneben Kurz-, Spiel-, und allerdings nur wenige Farbfilme. Das Niveau der Spielfilme, für die eine eigene Tradition fehlt, ~~ist~~ dürftig. Der Fünfjahr-

plan stellte 5.4 Milliarden Lei dem Ausbau der Filmindustrie zur Verfügung.

Presse. 1950 wurden die von der Regierung kontrollierten großen Bukarester Zeitungen "Universul" und "Adeverul" eingestellt. 1953 waren die wichtigsten Zeitungen und Zeitschriften die folgenden: die Organe der Rumänischen Arbeiterpartei "Scinteia" (Auflage 1 Million), ~~das Organ~~ und "Viata Capitalei", das Organ der Bauernpartei "Frontul Blugarilor" (Wochenblatt), das Organ der Volksräte "Romania Liberă" (Auflage 250.000), ^{das} Organ der Gewerkschaften "Munca" (Auflage 150.000), der Staatsanzeiger "Buletinul Oficial" und die Tageszeitung "Sportul Popular". ^{gehört die} Die deutschsprachige Presse besteht aus der Tageszeitung "Neuer Weg", Bukarest, ^{das} dem Organ des "Deutschen Antifaschistischen Komitees" und seit 1953 auch Organ der Volksräte ^{es} (das Blatt entwickelte sich aus der bis 1949 erschienenen Temeschwarer Zeitung, Temeschwar, die als einziges deutsches Blatt den Umsturz überdauert hatte, und hat eine Auflage von 80.000); ^{früher} "Kultureller Wegweiser" und ^{das} Informationsbulletin der Rumänischen Presseagentur in Bukarest "Agropres", das seit 1950 wöchentlich erscheint. -

Rumänischer Presse- und Propagandachef ^{war} ~~ist~~ der Literatur- und Pressezensor Chisinevski. ~~Generaldirektor~~ Inserate und Familienanzeigen sind in den Zeitungen verboten. Die Auslandspresse ^{würde} ~~wird~~ allein durch russische und etliche Ostblockkorrespondenten vertreten. Polen und die Tschechoslowakei zogen ihre Korrespondenten zurück und übernahmen die Nachrichten über Rumänien aus der russischen Tass-Agentur.

1950 hatte Rumänien 2 Rundfunksender, Bukarest-Băneasa und Bod (Brenndorf bei Kronstadt). Die Aufstellung zweier

weiterer Sender ist nicht verbürgt. Das Kopenhagener Rundfunkabkommen wurde von Rumänien am 12. April 1950 ratifiziert. Schulen und öffentliche Gebäude besitzen zentralbediente Lausprecheranlagen.

auf Seite 77 einfügen:

	<u>Anzahl der Schulen</u>	
<u>isch</u> Vorschule Anstalten (Kindergärten)	1938	1953
	1.577	5.781
Volks- und Mittel- (höhere) Schulen	14.075	15.646
Hochschulen und Institute mit Hochschulrang	16	50
Hochschüler	26.598	83.310

Diese Zahlen lassen folgendes erkennen: 1. einen außergewöhnlichen Anstieg der Kindergartenzahl, hervorgerufen durch das Bestreben, möglichst viele weibliche Kräfte in den industriellen und kollektiven Arbeitsprozeß einzuschalten, was nur bei Fürsorgeeinrichtungen für Kinder möglich ist, 2. eine gewisse Vermehrung des Elementar- und Mittelschulwesens, was im Zusammenhang steht mit dem Umbau der meisten höheren Schulen in Fachschulen und wohl auch mit dem Bestreben, das Analphabetentum auszumerzen, 3. eine ungewöhnliche Ausweitung des Hochschulwesens, wobei die Heranbildung technischer Fachkräfte im Auge gefaßt ist und die Hochschulen keineswegs mit westeuropäischen Hohen Schulen verglichen werden dürfen; es sind gehobene Fachschulen.



4. Kirchen

Entscheidend für die Lage der Kirchen wurde das im August 1948 verkündete Kultusgesetz, das alle Glaubensgemeinschaften der staatlichen Beaufsichtigung unterwarf. Der Staat übernahm die Besoldung christlichen und Mohammedanischen ^{dieser} ~~der~~ Geistlichen, die auf die Regierung vereidigt werden und ~~an~~ Die jüdischen Kultusgemeinden empfangen einen Staatszuschuß. ~~beiden Ursachen~~ Staatsbeamte geworden sind. Die Einhebung von Kirchensteuern ist untersagt. In jeder Gemeinde liegt eine Liste auf, in der sich jene Bürger, die der Kirche angehören wollen, einzutragen haben. Der Religionsunterricht in der Schule wurde abgeschafft und vom Unterricht in "sozialistischer Moral" abgelöst. Die Kirchen sind somit allein auf ihre gottesdienstlichen Aufgaben verwiesen. Die Kirchenbücher mußten 1950 den bürgerlichen Standesämtern übergeben werden, auch wurde die Zensur des gesamten religiösen Schrifttums gleichwelchen Bekenntnisses eingeführt.

Nach Statesman's Year Book 1950 und "Les Minorités Ethniques", die voneinander abweichende Angaben bringen, gliederte sich die Bevölkerung 1950 konfessionell in Prozenten wie folgt auf:

	<u>Statesm. Y.B.</u>	<u>Les Minorités</u>
Griechisch-Orthodoxe	69,6	72,6
Griechisch-Katholische (Unierte)	9,8	7,9
Römisch-Katholische	8,1	6,8
Reformierte	5,0	3,9
Juden	3,3	4,2
Lutherische	2,2	2,2
Unitarier	0,5	0,4
Mohammedaner	0,3	1,0

Griechisch-Orthodoxe Kirche. Nach der Kapitalation gestaltete sich ihre äußere Lage für drei Jahre weitaus günstiger als die ihrer Schwesterkirchen in anderen Ostblockstaaten. Die Agrarreform vom Frühling 1945 betraf ihre Landgüter ^{besitz} nicht. Ihre seelsorgerische Tätigkeit erfuhr keine Behinderung. Doch als im August

1948 die Geistlichen Staatsbeamte wurden, übernahm der Staat das unbewegliche Kircheneigentum und verpachtete es dann der Kirche. ~~verpachtete~~ Da nach den neuen Bestimmungen für jedes Bistum 750.000 Gläubige erforderlich sind, wurden 7 Bistümer abgeschafft.

Die Verwaltung der Kirche erfolgt durch den Heiligen Synod, dem der Patriarch, die Metropolit von Jassy, Hermannstadt, Temeschburg und Chaiova und einige Bischöfe sowie die Vikare des Patriarchen angehören. Die Bistums- und Sprengelgrenzen wurden 1952 der räumlichen Neugliederung der Staatsverwaltung gleichgezogen.

Obzwar nicht juristisch, wohl aber tatsächlich ist die Griechisch-Orthodoxe Kirche Rumäniens eng an die Moskauer Kirchenführung gebunden. Schon 1946 besuchte der damalige Patriarch ~~ch~~ Nikodem Moskau, worauf der russische Patriarch (1947) den Besuch erwiderte. Der Einfluß Moskaus verstärkte sich wesentlich, als die Rumänische Nationalversammlung am 25. Mai 1948 den einstigen Dorfpopen Justinian, dessen Sowjetfreundliche ^{Gesinnung} ebenso bekannt war wie sein Ehrgeiz, zum Patriarchen wählte, dem ein neues Kirchenstatut weitgehende Vollmachten übertrug, ~~die~~ den Heiligen Synod praktisch ausschaltete ^{zu} ~~n~~. Justinian besuchte seither Moskau mehrmals.

Viele Priester traten der Rumänischen Arbeiterpartei bei und alle sind im Rahmen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes in Form eines Aktionsausschusses gewerkschaftlich organisiert. Die drei theologischen Fakultäten und die fünf theologischen Universitätsseminare wurden abgeschafft und von zwei theologischen Universitätsseminaren ersetzt bei gleichzeitiger Einführung eines numerus clausus für Theologiestudierende. Im Spätherbst ¹⁹⁵⁰ beschloß der Heilige Synod, sich an der Kollektivierung zu beteiligen, was in der Weise geschieht, daß die Mönche in den Klöstern zu Kollektiven zusammengefaßt werden, die Dorfgeistlichen jedoch den örtlichen Kollektiven beizutreten und sich allen Arbeiten zu unterziehen haben, die ihnen von der Kollektivführung aufgetragen werden.

Diese Umwandlungen ^{stießen auf} fanden auch Widerstand bei manchen Geistli-

chen, die ~~fastlich~~^{dam} in Klöstern ^{als} in sogenannten "Umerziehungszentren" interniert wurden.

Die gelegentliche Förderung der Griechisch-Orthodoxen Kirche durch das herrschende Regime ist dem Umstand zuzuschreiben, daß sie sich zum Kampf gegen andere Religionsgemeinschaften, besonders gegen die Römisch-Katholische Kirche, verwenden ließ. Die Zwangskonversion von Gläubigen der Griechisch-Katholischen Kirche wurde vom Patriarchen Justinian begünstigt.

Griechisch-Katholische Kirche. Sie zählte in Siebenbürgen und im Banat etwa 1,3 Millionen Gläubige, fast durchwegs Rumänen, zerfiel in 5 Bistümer und hatte als Oberhaupt einen Metropoliten. Da ~~sie~~ die ~~Kirche~~ dem Papst unterstellt war, drängte die Regierung sie, sich der Orthodoxen Kirche einzugliedern, was ~~anfangs~~^{ablehnten} nicht nur die Bischöfe, sondern ~~der~~^{anfangs auch der ganze} niedere Klerus. ~~durchwegs ver-~~^{und} ~~weigerte~~ Durch Einschüchterung, Verhaftungen ~~und~~^{wurde der} Widerstand zersetzt. Am 1. Oktober 1948 beschlossen 38 Geistliche auf einer "Synode" in Klausenburg "zur Orthodoxie zurückzukehren". Das bot dem Staat die Handhabe zur Liquidierung der Kirche, nachdem sich noch 423 Priester den Beschlüssen von Klausenburg angeschlossen hatten, während 1917 ihre Zustimmung verweigerten. Am 28. Oktober wurden alle Bischöfe ~~verhaftet~~^{eingekerkert}, dazu ein großer Teil der widerstrebenden Pfarrer, ein anderer ^{Teil} tauchte unter. Am 1. Dezember 1948 erklärte eine amtliche Verlautbarung die Griechisch-Katholische Kirche als "nicht mehr existent". Ihr Vermögen fiel dem Staat, die Gläubigen wurden vom amtswegen in die orthodoxen Kirchenlisten überschrieben.

Die Römisch-Katholische Kirche zählte 1 Million Gläubige, zur Mehrzahl Madjaren und Deutsche (Banater Schwaben), unterstand einem Bischof in Bukarest und gliederte sich in die Diözesanbistümer Karlsburg, Temeschburg, Sagar, Großwardein und Jassy. Nach dem Umsturz des Jahres 1944 verringerte sich die Zahl der Bistümer auf zwei. Von den Bischöfen wurden drei im Laufe des Jahres 1948,

die restlichen zwei im Mai 1949 ~~verhaftet~~ mit 137 Geistlichen verhaftet. Auch hier bot das Gesetz vom August 1948 der Regierung die Handhaben zum Vorgehen; es ordnete nämlich an, daß Auslandsbeziehungen der Kirchen künftig nur über das Kulturministerium möglich seien, und ~~unterlag~~ ^{erzog} ausländischen Kirchenorganen jede Rechtsgewalt auf rumänischem Staatsgebiet. Damit ~~bot sich ein~~ ^{war das Mittel} ~~Mittel~~ ^{bereitzustellen} römisch-katholischen Priestern den Prozeß zu machen. 16 römisch-katholische Frauen- und Jugendorganisationen wurden aufgelöst, die konfessionellen Schulen und, wie schon erwähnt, der Religionsunterricht in den Schulen ~~eingerichtet~~ ^{beseitigt}, die Klöster beschlagnahmt, ebenso die katholischen Krankenhäuser, und alle römisch-katholischen Orden aufgelöst, der päpstliche Nuntius im Juli 1950 ausgewiesen (das Konkordat war schon ~~vorher~~ ^{vorher} gekündigt, die Nuntiatur Ende Juni 1950 geschlossen worden).

Druck

Dem ~~Sage~~ dieser Entmachtung suchten 120 Vertreter der Römisch-Katholischen Kirche auszuweichen, indem sie in Tg. Mureş (Neumarkt) ein "Katholisches Aktionskomitee" gründeten, ~~und~~ sich dem Stockholmer Friedensappell anschlossen und ihre Ergebenheit der Regierung versicherten. Der Veranstalter der Zusammenkunft Pater Andreas Ágotha wurde vom Vatikan exkommuniziert und diesselbe Strafe anderen Priestern angedroht. Eine Delegation des Aktionskomitees überreichte am 26. Mai 1950 dem Kultusminister ein Memorandum mit Vorschlägen, die eine Erleichterung für die Tätigkeit der Römisch-Katholischen Kirche bezweckten. Der Minister erwiderte, der katholische Kultus schädige den Staat in keiner Weise; es werde ihm Schutz gewährt, den auch die Priester genössen, wenn sie keine ausländische Einmischung duldeten. Am 15. März 1951 fand in Klausenburg eine Tagung der "Katholischen Friedenskämpfer" statt, an der rund 200 Geistliche und Laien teilnahmen, die sich ebenfalls zur engen Zusammenarbeit mit der Regierung bekannten. Bei den zahlreichen Prozessen gegen katholische Priester, die in diesen Jahren abliefen, wurden hohe Gefängnisstrafen aus-

gesprochen.

Reformierte und Lutherische Kirche. Die Reformierte Kirche, deren Gläubige fast ausnahmslos Madjaren sind, gliedert sich in zwei Bischofsbereiche (Klausenburg und Großwardein). Die Deutsch-Lutherische Landeskirche untersteht einem Bischof in Hermannstadt (seit 1944 Dr. Fr. Müller) und die Ungarisch-Lutherische Kirche einem Superintendenten in Arad. Die Regierung ging anfangs darauf aus, einen Zusammenschluß dieser drei Kirchen herbeizuführen, begnügte sich aber dann, von ihnen die Errichtung eines gemeinsamen ^{Priester} ~~Seminar~~s zu fordern. Die Deutsch-Lutherische Kirche schuf sich ^{später} eine Theologische Fakultät in Hermannstadt. Die Bischöfe unterzeichneten eine Loyalitätserklärung, in der sie versicherten, daß die "volksdemokratische Regierung eine tatsächliche Gewissens- und Religionsfreiheit gewährleiste und durch die neue Ordnung die Ungerechtigkeit der Vergangenheit, in der es ^{besonders} privilegierte Kulte gab, abgeschafft wurde". Die Bestimmungen des Religionsgesetzes vom August 1948 betreffen natürlich auch diese Kirchen. Ihre Geistlichen sind Staatsbeamten, ihr ^{Grund} ~~Eigentum an Grund~~ ist verstaatlicht, ^{und charitativen Anstalten} die meisten kirchlichen Kulturvereinigungen ~~verfielen~~ der Auflösung oder Verstaatlichung. Abwanderung, Verschleppung und Ausweisung verminderten die Zahl der Protestanten erheblich. ~~Nur die Deutsch-Lutherische Kirche siehe auch "Minderheiten").~~

Die Mohammedanische Glaubensgemeinschaft zählte etwa 50.000 anhängen.

Die Jüdische Kultgemeinschaft, nach jüdischen Angaben 1952 etwa 276.000 Gläubige, umfaßt im "Verband der Vereinigung jüdischer (mosaischer) Gemeinschaften in der RVR" unter einem Oberrabbiner und einem aus 11 Personen gebildeten Präsidium sowohl die Sephardim als auch die Aschkenasim.

Staatliche Anerkennung fanden auch die Sekten und zwar die folgenden: der altchristliche Kult der Lippowaner, die armenisch-gregorianische Kirche, die Adventisten des 7. Tages, die Evangeli-

umschriften, die Baptisten und die Gesangbuchchristen.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die gesetzliche Anerkennung der Glaubensgemeinschaften nicht verwechselt werden darf mit einer in Wirklichkeit nicht bestehenden echten Freiheit der Kirchen. Sie dürfen ihr Bekenntnis wohl verkünden, aber schon die Beseitigung der Griechisch-Katholischen Kirche verdeutlichte, daß der Staat sich nicht scheut, sich auch über das Bekenntnis hinwegzusetzen, wenn es seinen Zwecken nützlich scheint. Die Ausmerzung des Religionsunterrichts aus den Schulen verrät seine antireligiöse Grundhaltung, die sich besonders auf die Jugend erstreckt, die man vielfach dem Gottesdienst ~~fern~~^{zu} entfremden sucht, indem man sie zur Zeit des Kirchgangs durch die Jugendverbände beansprucht. Die Geistlichen als Gehaltsempfänger des Staates sind in eine andauernde ~~z~~zwiespältige Lage versetzt, die für manchen Maßregelung und Kerker brachte.

5. Minderheiten

Nach der Muttersprache, die bei der Volkszählung von 1948 als Erhebungsgrundlage herangezogen wurde, gliederte sich die Bevölkerung Rumäniens wie folgt auf:

	<u>Rumänien im</u> <u>Umfang von 1930</u>		<u>Rumänien im</u> <u>Umfang von 1948</u>	
<u>Gesamtbevölkerung</u>	18,057,028	100%	15,872.624	100%
<u>Muttersprache:</u>				
Rumänisch	13,180.936	73,0%	13,597.613	85,7%
Madjarisch	1,554.525	8,6 %	1,499.851	9,4%
Deutsch	760,687	4,2 %	343,913	2,2%
Russisch	450.981	2,5%	39,333	0,2%
Ukrainisch	641,485	3,6%	37,582	0,2%
Serbokroatisch, Slowenisch	47.724	0,3	45,447	0,3%
Bulgarisch	364.373	2,0%	13.408	0,1%
Tschechisch, Slowakisch	43.141	0,2	35.143	0,2%
Polnisch	38.265	0,2%	6.753	0,0%
Jiddisch	518.754	2,9%	138.795	0,9%
Griechisch	20.861	0,1%	8.696	0,1%
Albanisch	4.247	0,0%	735	0,0%
Armenisch	11.377	0,0%	6.987	0,0%
Türkisch, Tatarisch	288.073	1,6%	28.782	0,2%
Zigeunerisch	101.015	0,6%	53,425	0,3%
Andere	23.419	0,1%	15.639	0,1%
Nicht Erklärte	7.165	0,0%	523	0,0%

Der Gesamtanteil der Minderheiten verringerte sich also von 27% auf 14,3% infolge ~~der~~ Gebietsabtretungen, Aussiedlungen und Flucht. Lediglich das Gewicht der Madjaren, der ^{en} Bestand durch geschichtliche Umwälzungen und gewaltsame Eingriffe nicht angetastet wurde, konnte sich prozentuell erhöhen. Die Deutschen ~~behielten~~ ^{verlor} die Hälfte ihres ^{früheren} Bestandes. Alle anderen ^{Minderheiten} können als Splitter-

gruppen gelten, abgesehen von den Juden, von denen in der obigen Aufstellung nur die jiddisch Sprechenden vermerkt sind; ihre Gesamtzahl liegt bei etwa 280.000 - 350.000.

~~Die Minderheiten in Rumänien (Elementar- und Mittelschulen, d. i. nach deutschem Sprachgebrauch "höhere Schulen")~~

Im Sinne der Leninistischen Nationalitätenpolitik erlaubt Rumänien seinen nationalen Minderheiten die Pflege der Muttersprache und der materiellen, besonders der literarischen und brauchtumsmäßig überlieferten Kultur und fördert damit die spracheigene Schule, die Theater, die Bucherzeugung und die Bräuche der Minderheiten, freilich nur insoweit, als diese "nationale Form" einen "sozialistischen Inhalt" hat. Von einer eigenständigen Kulturpflege, zu der die Freiheit der Meinungsbildung gehört, ist also keine Rede. Und da auch alle Kultureinrichtungen und Schulen entweder staatlich sind oder staatlicher Kontrolle unterliegen, ist jede dieser Institutionen und jede kulturelle Betätigung dienstbar dem kommunistischen Regime. Immerhin verfügen die Minderheiten über zahlreiche Einrichtungen, die ihnen die Erhaltung der Muttersprache erleichtern.

Die schweren Verfolgungen, die die Deutschen des Landes nach dem Umsturz erlitten (Verschleppung, Entrechtung, Einkerkierungen, Enteignung ihres gesamten Bodens außer den Weingärten, Verstaatlichung von Industrie und Handwerk) zerstörten ~~fast allen~~ die frühere Existenzgrundlage. Erst in der Mitte des Jahres 1949 besserte sich ~~die~~ ^{der beruflichen mit der} Behandlung ~~und wurde~~ allmählich ~~von~~ der der anderen Minderheiten angenähert. Seit 1949 besteht auch für die Deutschen wieder die Wehrpflicht.

Zahl der Deutschen 1948 (in Klammer im Jahre 1939):

Siebenbürgen 457	157.105	(252.551)
Banat mit Bezirk Arad	171.022	(273.732)
Satmar und Umgebung	3.939	(34.494)
Buchenland	4.189	(81.419)
Dobrudscha	462	(15.378)
Streudeutschtum in Altrumänien	7.196	(31.914)
Insgesamt	343.913	

Auf dem Lande lebten 254.342, in Städten 89.571. Da von den im Januar 1945 in die Sowjetunion verschleppten Zwangsarbeitern bis 1953 rund 30.000 zurückgekehrt ~~sein werden~~, erhöhte sich die Gesamtzahl auf etwa 370.000. Aus verschiedenen Quellen erfährt man, daß ^{sehr} ~~sich~~ ^{bei} ~~den~~ Siebenbürger Sachsen 1953 auf rund 170.000 belief.

Das deutsche Schulwesen im Schuljahr 1951/52 umfaßte insgesamt 548 Lehranstalten aller Grade, darunter 116 Kindergärten, 242 vierklassige Volksschulen, 27 Mittelschulen (höhere Schulen), unter ihnen solche für Bauwesen, Hüttenwesen, Textilindustrie, Verwaltungs- und Sanitätswesen, Acker- und Gartenbau. Die Schulbücher sind deutsch verfaßt und werden ^{vom} ~~im~~ staatlichen Buchverlag herausgegeben. Gesamtschülerzahl 1953 38.200.

Deutsches Kulturleben Im Jahre ¹⁹⁵² wurde das Hermannstädter deutsche Stadttheater als "Deutsche Sektion" des Bukarester rumänischen Staatstheaters wieder eröffnet. Seit 1953 erhielt auch das Temeschburger Staatstheater eine deutsche Sektion. Daneben bestehen Dilettantenbühnen, Tanzgruppen, Kulturheime zur politischen Propaganda und "Esezkirke" unter Aufsicht von Lehrern.

Im 4. Jahrgang der Agerpres, Bukarest, Nr. 20 vom 10. Juni 1953 wird berichtet, daß nach der madjarischen die deutsche Minderheit die bedeutendste des Landes sei. Ihre Werktätigen beteiligten sich aktiv am öffentlichen Leben, ^{deutsche} über 1.200 Deputierte gehörten den Volksräten an, auch seien zahlreiche Deutsche in verantwortlichen Stellen der großen Betriebe, der Justiz usw. Es gäbe viele deutsche Stachanow- und Bestarbeiter und mit der Arbeitsmedaille ausgezeichnete. Manche deutsche Kollektivbauern seien im ganzen Lande angesehen und bekannt. ^{nicht} Ebenso beachten sei das deutsche Schrifttum und die deutsche Presse.

Freilich verglichen mit der einstigen Blüte des deutschen Lebens in Rumänien ist die Lage der zusammengeschrumpften, zersiedelten und verarmten Volksgruppe äußerst beängstigend, ^{in ihrem Bestand} durch Misch-

ehen ebenso ~~hinsichtlich des weiteren Bestandes~~ bedroht wie durch die ständig ~~na~~ ^{Seelen} auf allen ^{und den} ~~lastende~~ Unfreiheit, die ein schöpferisches nationales Dasein unterbindet, ~~das~~ ^{was} gegenseitige Zusammenhalt ~~zu~~ zersetzt. Ein überaus schmerzliches Problem ~~ist~~ die Zerrissenheit der Familien. Fast jede ^{mit Diktator} ~~hatte~~ Angehörige unter den 1944/45 nach Deutschland ^{lebende} ~~Geflohenen~~ und den ^{heute} ~~ehemaligen~~ Soldaten, ~~die in Deutschland leben.~~ Die Bemühungen zur Wiedervereinigung der Familien - wobei die meisten ^{Betroffenen} ~~die~~ Zusammenführung in Deutschland in den ~~meist~~ ^{in den} überwiegenden Fällen erfolglos. wünschen - blieben ~~bis auf verhältnismäßig wenige aus~~. Seit 1950 wird eine Auswanderung nur ausnahmsweise erlaubt.

Die Madjaren empfingen 1952 ein Autonomes Gebiet in Siebenbürgen, die Autonome Ungarische Region, ~~das~~ in der neben der rumänischen ~~Sprache~~ ^{wirkte} ~~die~~ ^{nach} madjarische Verwaltungssprache nicht bloß eingeführt, sondern ~~fast~~ durchwegs angewendet wird. Das Schulwesen der madjarischen Minderheit ~~erstreckt sich aber nicht auf~~ ^{auf} dieses Gebiet, ~~sondern über~~ ^{Es erstreckt sich} alle Orte, wo Madjaren hausen. 1952 gab es 2.579 madjarische Schulen (619 Kindergärten, 1.582 Volksschulen, 112 höhere Schulen usw.) Als einzige Minderheit hatten die Madjaren auch eine ~~eigene~~ Universität, die Bolyai-Universität in Klausenburg mit 9 Fakultäten, und verschiedene andere Hochschulen vom Charakter gehobener Fachschulen, so z.B. in Tg. Mures (Neumarkt). ~~In-Kla~~ 189.400 Schüler und mehr als 3000 Studenten besuchten 1953 die madjarischen Schulen und Hochschulen. In Klausenburg ~~gibt~~ ^{gibt} es eine madjarische Staatsoper, dort und in Tg. Mures und Sankt Georgen ein madjarisches Staatstheater, madjarische Sektionen an den rumänischen Staatstheatern in Großwardein und Temeschburg. Im politischen Leben des ganzen Landes spielen die Madjaren eine über ihren Bevölkerungsanteil hinausgreifende ^{Bedeutung} ~~Rolle~~. Einige der führenden Köpfe des Regimes ~~wie z.B.~~ wie der 1952 gestürzte Vasile Luca und Moghioros sind Madjaren. In der Justiz und besonders in der Polizei sind viele Madjaren tätig. Neben diesen ^{der deutschen mit madjarischen} ~~beiden~~ ^{zahlenmäßig} ~~Minderheiten~~ treten die übrigen ~~weit in~~

den Hintergrund, ~~was sehr gering~~ ^{zu gering}, abgesehen von den Juden, von denen freilich viele kulturell und sprachlich zu anderen Gruppen neigen. Doch gibt es Volksschulen in jiddischer Sprache, ein pädagogisches Seminar zur Heranbildung jüdischer Lehrer, jiddische Parallelklassen an rumänischen Anstalten, zwei jiddische Bühnen in Bukarest und Jassy und jiddische Zeitungen. Im Schuljahr 1952/53 bestanden insgesamt 3,541 Minderheitenschulen und Kindergärten; außer den deutschen, madjarischen und jiddischen ~~149~~ ukrainische, 39 russische, 66 tatarische, 65 serbische und 89 slowakische usw. Die Minderheiten besaßen 1952 1.600 Kulturheime, ~~48 Zeitungen und Zeitschriften~~.

Verlagswesen der Minderheiten. Von 1949 bis 1953 erschienen in Rumänien rund 13.500 Buchtitel mit einer Gesamtauflage von 252 Millionen Exemplaren, davon entfielen 3.800 Buchtitel auf Sprachen der Minderheiten mit einer Auflage von 27 Millionen Exemplaren, etwa 11% der Gesamtproduktion (bei 14,2% ~~Anteil~~ des Bevölkerungsanteils). Diese erstaunlich hohe Bucherzeugung erklärt sich, auch ^{bei den} für die rumänischen Werke, daraus, daß ein Hauptteil ~~der Bücher~~ technisch-wirtschaftliche Fachliteratur und parteidogmatische ^{Lektüre} Schulungsliteratur ist. Allein die Schriften der kommunistischen Größen, Lenin, Stalin, Marx, ~~wurden in ungezählten Exemplaren vertrieben~~ ^{wurden in ungezählten Exemplaren vertrieben}. Ein weiterer wesentlicher Anteil entfällt auf Schul- und Kinderbücher. Gefördert wird, ferner die Belletristik, vornehmlich die russische, ^{doch} ~~aber~~ auch die der Minderheiten. Das wichtigste Blatt in einer Minderheitensprache ist die deutschsprachige Bukarester Zeitung "Neuer Weg", die der Regierung als Sprachrohr auch für das Ausland dient.

Historische Denkmäler der Minderheiten und von früher bestehende Kulturinstitute wurden gefördert. Man erfuhr von Restaurationsarbeiten an den sächsischen Kirchenburgen in Siebenbürgen. Alte madjarische Museen, Bibliotheken und sonstige Kulturstätten arbeiten verstaatlich und mit einem dem Regime entsprechenden ide-

Nutzenwendung

ellen ~~Inhalt~~ ebenso weiter wie das deutsche Brukenthalmuseum in Hermannstadt, ^{eine der} ~~ebenfalls~~ die wertvollste und größte Gemälde- und Büchersammlung Südosteuropas, das unversehrt, unter rumänische Leitung gestellt und erweitert, ⁱⁿ ~~mit~~ seinen 120 Räumen voll Kunstschätzen 1952 ~~mit~~ 45.000 Besucher zählte und auch wissenschaftliche Publikationen wieder herausgibt.

Rumänien

23. August 1944 - 1947

1. Politik

Am 23. August 1944 empfing König Michael den Staatsführer Rumäniens Marschall Ion Antonescu und forderte ihn auf, sofort Frieden zu schließen. Als der Marschall erklärte, sich deswegen mit den Deutschen in Verbindung setzen zu wollen, ließ er ihn nach heftigen Vorwürfen von der Wache verhaften. Die Festsetzung der übrigen Mitglieder der Regierung erfolgte kurz darauf. Am selben Tag bildete General Constantin Sanatescu das neue Kabinett der "Nationalen Union", die aus den Parteien der Liberalen, der National-Zaranisten (Bauernpartei), der Sozialdemokraten und der Komunisten als sogenannte "National-Demokratische Front" *ausgeführt*. Die Parteiführer Dinu Bratianu (Liberalen), Julius Maniu (National-Zaranisten), Constantin Petrescu (Sozialdemokraten) und Lucretiu Patrascanu (Komunisten) wurden Minister ohne Portefeuille.

Am Abend ^{ver}kündete der König die Einstellung der Feindseligkeiten an der Front gegen die Sowjetunion und forderte Heer und Volk auf, die Truppen der "Verbündeten" freundlich zu empfangen, die Deutschen aber zu vertreiben.

Die deutsche Gesandtschaft in Bukarest wird von einem Kordon rumänischer Polizei eingeschlossen, der deutsche Persönlichkeiten zwar einläßt, aber nicht duldet, daß sich jemand entfernt. In einer Note der neuen Regierung wird dem Deutschen Gesandten von Killinger der Frontwechsel Rumäniens und der Waffenstillstand bekanntgegeben und die deutschen Verbände - es handelt sich um 22 Divisionen - aufgefordert, innerhalb zwei Tagen aus dem Lande abzurücken. In Anwesenheit

des Chefs der deutschen Heeresmission General Hansen und des Generals der Luftwaffe Gerstenberg wird in der Gesandtschaft die militärische Niederwerfung der bisherigen Verbündeten beschlossen. General Gerstenberg gelingt es, sich zu seiner Dienststelle zu begeben und die um Bukarest liegenden deutschen Truppen auf die Hauptstadt in Bewegung zu setzen. Der Wehrmachtsender "Ilse" fordert die Putschisten zur Kapitulation auf, widrigenfalls die deutsche Luftwaffe "die Verräter zerschmettern" werde. Die neue rumänische Regierung beachtet das Ultimatum nicht, zieht Truppen nach Bukarest, worauf die deutschen Fliegerverbände mit der Bombardierung der Hauptstadt beginnen.

Der deutsche ^{von zu schwachen Kräften unternommene} Handstreich auf Bukarest mißlingt. In wenigen Tagen ist die ~~neue~~ rumänische Regierung Herr der Lage und setzt sich in Besitz der deutschen Stützpunkte in der Hauptstadt und im Ölgebiet. ^{Schon} ~~Zur~~ ^{vorher} ~~selben~~ Zeit bricht die aus deutschen und rumänischen Verbänden bestehende Front zusammen. Die deutschen Divisionen werden ^{2/}übertannt, zerrissen, weichen teilweise nach Siebenbürgen aus, die rumänischen Truppen strecken die Waffen, auch wenn sie nach der Kapitulation noch einige Stunden ~~weiter~~ weitergefochten haben. Der Vormarsch der Russen ist überall im Gange, erfolgt aber verhältnismäßig langsam. In Siebenbürgen schwanken die rumänischen Kommandeure bis zum Einmarsch der Russen in der Hauptstadt, der am 2. September ^{Stattfindet} ~~erfolgt~~, ob sie sich an Seite der Deutschen gegen den Abfall von ihrem bisherigen Bundesgenossen auflehnen sollen. Dann ^{gehörten} ~~gehörten~~ auch sie ~~den~~ Befehlen ihres Königs.

Der Deutsche Gesandte von Killinger, der mit der ganzen Gesandtschaft der Gefangennahme entgegensieht, setzt seinem Leben am 2. September ein Ende. ^{Die militärische Antwort auf} ~~Seine Auflehnung gegen~~ die Maßnahmen des Königs, hatte diesem schon am 25. August einen Grund gegeben, Deutschland den Krieg zu erklären. Die Folge davon war, daß ^{sich} in Siebenbürgen aus rasch herangeholten, aber ungenügenden deutschen Verbänden eine neue Front zu bilden ^{be} ~~gann~~, die von den Russen erst viel später zurückgeworfen wer-

den konnte.

Eine weitere Folge der Kriegserklärung wirkte sich auf den Inhalt des Sowjetisch-Rumänischen Waffenstillstandsabkommen aus. König Michael hatte am 23. August die Kapitulation ohne ~~den Besitz einer~~ vorherigen Abmachung verkündet. Die formelle Mitteilung des Umschwungs ließ er dem Sowjetbotschafter in Ankara mit einer Note der neuen Regierung mitteilen, die am 25. August überreicht wurde. Aber erst am 31. August begab sich die rumänische Verhandlungsdelegation nach Moskau. Sie setzte sich aus Stirbey, Patrascanu und Visoianu zusammen, die am 12. September, als Rumänien bereits zum größten Teil von den Sowjets besetzt war, den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnen konnten, der zugleich die Konsequenzen aus der Kriegserklärung an Deutschland zog.

Der Waffenstillstandsvertrag enthielt folgende Bedingungen: 1. Rumänien führt unter sowjetrussischem Oberkommando^{mit} mindestens zwölf Infanteriedivisionen, mit seiner Marine und Luftwaffe, den Krieg an Seite der Alliierten gegen Deutschland und Ungarn fort, 2. Rumänien entwaffnet und interniert alle Streitkräfte Deutschlands und Ungarns auf rumänischem Boden, interniert auch, abgesehen von Juden, die Staatsangehörigen der beiden Länder. 3. Rumänien sichert den sowjetrussischen Truppen volle Bewegungsfreiheit zu und stellt ihnen seine Transportmittel auf eigene Kosten zu Wasser, zu Land und in der Luft zur Verfügung. 4. Die Grenze zwischen der Sowjetunion und Rumänien wird nach dem Stand vom 28. Juni 1940 wiederhergestellt, das heißt: Bessarabien und die Nordbukowina fallen an die Sowjetunion zurück. 5. Rumänien entläßt sofort alle alliierten Kriegsgefangenen und Zivilinternierten *(die Entlassung der rumänischen Kriegsgefangenen blieb unerwähnt).* und schafft sie auf eigene Kosten heim. Alle rumänischen Heereseinrichtungen stehen den sowjetischen Truppen zur Verfügung. 6. Alle Personen, die wegen ihrer Tätigkeit zu Gunsten der Alliierten verhaftet und verurteilt wurden, sind freizulassen. 7. Waffen und Ausrüstungsge-

gegenstände Deutschlands und seiner Verbündeten, einschließlich der Schiffe, sind dem sowjetischen Oberkommando als Beute zu überlassen.

8. Alle Guthaben Deutschlands und Ungarns sowie ^{ihres} ~~der~~ Staatsangehörigen ~~dieser Länder~~ sind sicher zu stellen. 9. Alle in rumänischen Häfen befindlichen Schiffe, gleichgültig welcher Flagge, sind dem sowjetischen Oberkommando auszuhändigen, sollen aber nach Kriegsende den Eigentümern zurückerstattet werden. 10. Die Kosten zur Durchführung des Waffenstillstandsvertrags trägt Rumänien und verpflichtet sich ferner, alle industriellen Anlagen, Verkehrseinrichtungen, öffentlichen Dienste, Treibstoffvorräte, Lebensmittel und andere Materialien ^{den Russen} zur Verfügung zu stellen. Die rumänischen Handelsschiffe, auch in fremden Gewässern, unterstehen der sowjetischen Kontrolle. 11. Der von der rumänischen Besatzung in der Sowjetunion angerichtete Schaden ist gutzumachen, wobei mit Rücksicht auf den Eintritt Rumäniens ^{auf} in den Krieg gegen Deutschland, die Ersatzsumme nicht voll, sondern nur ^{in einer} Summe von 300 Millionen ^{Dollar} festgelegt wird, die in sechs Jahren in Waren (Erdöl, Getreide, Schiffen, Maschinen usw.) zu begleichen ist. Die Vergütung für die von anderen alliierten Ländern und ihren Bürgern erlittenen Schäden wird später festgesetzt. 12. Rumänien vergütet ferner die ^{von ihm} in der Sowjetunion zerstörten Schätze und Sachwerte (Fabrikeinrichtungen, Eisenbahnmateriale, Lastwagen, geschichtliche Werte usw.) zur Gänze. 13. Rumänien stellt die Rechte, Interessen und das Eigentum der Alliierten und ihrer Staatsangehörigen wieder her. 14. Es verpflichtet sich, mit dem sowjetischen Oberkommando, bei der Verhaftung von "Kriegsverbrechern" zusammenzuarbeiten. 15. Es verpflichtet sich zur Auflösung aller faschistischen und hitlerfreundlichen Organisationen. 16. Die gesamte Publizistik (Herausgabe und Einfuhr von Zeitungen und Zeitschriften, Herstellung von Filmen und Theaterstücken, Rundfunksendungen) sowie der Post-Telegraphen und Telefondienst werden im Einvernehmen mit dem sowjetischen

Oberkommando überwacht. 17. Die rumänische Zivilverwaltung wird, abgesehen von den Frontgebieten, wieder hergestellt und im Einvernehmen mit dem russischen Oberkommando geleitet. 18. Eine alliierte Kontrollkommission, die im Einvernehmen mit dem russischen Oberkommando handelt, wird zur Überwachung der Ausführung der Bedingungen des Waffenstillstands bis zum Friedensschluss mit dem Sitz in Bukarest geschaffen und kann nach Gutdünken eigene Offiziere in allen Teilen Rumäniens stationieren.

Mit diesem Vertrag ging die maßgebende Gewalt über Rumänien auf die Sowjetunion über, da der Einfluß der westalliierten Mitglieder der Kontrollkommission sich in der Folge als gering erwies. Es zeigte sich außerdem, daß die rumänischen Kommunisten, die, nach einer Angabe der Moskauer Zeitschrift "Bolschewik", vor dem Kriege nur 1000 Mitglieder hatten, nun, gestützt von der russischen Besatzungsmacht, in rasch aufeinanderfolgenden Etappen die Regierung immer mehr in die Hand zu nehmen wußten.

Im Bündnis der vier Parteien, die nach dem Umschwung vom 23. August 1944 die Regierung gebildet hatten, ^{helfen sich} zeigte sich im September die ersten ^{erkennen} Sprünge. Die "Säuberung" der Verwaltung von jenen Personen, die im Punkt 15 des Waffenstillstandsvertrags genannt wurden, vollzog sich nach Meinung Patrascanus zu langsam. Es ^{kam hierüber zum} ergab sich ein Konflikt zwischen ihm und dem Innenminister Penescu, worauf ~~der~~ Ministerpräsident Sana-tescu zurücktrat, doch, vom König wieder beauftragt, ein Kabinett mit geringen Änderungen bildete. Im November wiederholte sich die Krise. Die Führer der Liberalen und der National-Zarunistischen Partei, Bra-tianu und Maniu ziehen sich aus der Koalition zurück, ^{behalten aber als} und werden Berater des Königs. Die ^{Einfluß} "National-^{Verbindungen} demokratische Front" umfaßt nun die kommunistische und die sozialdemokratische Partei sowie die Bauernfront Grozas, eine bisher an Zahl sehr geringe, hauptsächlich in Siebenbürgen ^{tätige} arbeitende

Gruppe linksgerichteter Kleinbauern und Landarbeiter. In den großen historischen Parteien zeigen sich Verfallserscheinungen. Eine liberale Splittergruppe schließt sich um den Politiker Tatarescu zusammen, bei den National-Zaranisten tritt ebenfalls, geführt von Lupu und Alexandrescu, eine nach links ^{abweichende} gerichtete Gruppe in Erscheinung.

Unter Zustimmung der Vertreter der Westmächte kommt es am 6. ¹⁹⁴⁴Dezember zu einer Regierungsumbildung, die den parteilosen General Nicolai Radescu an die Spitze trägt. Das Gewicht der "Nationaldemokratischen Front" hat sich nach Ausscheiden der Liberalen und der National-Zaranisten nicht verringert, da, abgesehen von der Unterstützung durch das sowjetische Oberkommando, inzwischen auch die einst von Antonescu verbotenen, nach dem Umschwung wieder errichteten Gewerkschaften hinzugestoßen sind und sich mit Grozas "Bauernfront" zur "Front der Arbeit" vereinigt haben. Auch Tatarescu gehört jetzt mit seinen Anhängern der "Nationaldemokratischen Front" an. Von den sechzehn neuen Ministern sind sieben Kommunisten oder deren Mitläufer.

Die Zusammensetzung der Regierung ist die folgende: Ministerpräsident und Inneres: General Nicolai Radescu (parteilos), Krieg: General Ion Negulescu (parteilos), Vizepräsident des Ministerrates: Dr. Peter Groza, (Nat. Dem. Front - Bauernfront) Justiz: Lucretiu Patrascanu (Kom.) Auswärtiges: Constantin Visoianu (parteilos, Freund Manius und ehemaliger Mitarbeiter Titulescu), Kriegsproduktion: Constantin Bratianu (liberal), Kultus: Gherghe Pop (Nationalzaranist), Finanzen: Mihai Romniceanu (Liberal), Verwaltungsrat der Nationalbank), Gesundheit: Prof. Dr. Danielopol (liberal), Wirtschaft: Aurel Leucatu (Nationalzaranist), Erziehung: Stefan Voitec (Kom.), Landwirtschaft und Domänen: Prof. Ion Hudita (Nationalzaranist), Arbeit: Lotar Radacianu (Soz.), Soziale Fürsorge: Prof. Ing. Gherghe Nicolau (Nationalzaranist), Verkehr: Gherghiu-Dej (Generalsekretär der Kom. Partei), Öffentliche Arbeiten: Dr. Virgil Solomon (Nationalzaranist), Minister der Zusammenarbeit:

Prof. Gherghe Fotinu (liberal), Minderheiten: Prof. Vladescu Racoasa (Kom.), Stellvertretender Innenminister: Teohari-Georgescu, (Kom.).

Unter diesen Ministern ^{ist} ~~sind~~ bedeutungsvoll Groza, ein reicher Großgrundbesitzer und Fabrikant aus Siebenbürgen, der einst als Anhänger Manius seine politische Laufbahn begann, dann Abgeordneter der national-christlichen Bewegung Octavian Gogas, einer faschistischen Partei, war, eine Zeitlang unter Marschall Averescu als Minister amtierte und schließlich die Marxistische Bauernfront schuf und auch zur Eisernen Garde nie ganz aufgedeckte Beziehungen unterhielt. Der andere wichtige Mann ist der ehemalige Kellner Teohari Georgescu, Mitglied des Politbüros der kommunistischen Partei, der ebenso wie Gheorghiu-Dej in der weiteren Geschichte Rumäniens eine wesentliche Rolle spielen wird.

Die Schwierigkeiten, auf die ~~der~~ Ministerpräsident Radescu stieß, waren ähnlicher Art, wie sie Sanatescu entgegengetreten waren. Den kommunistischen Mitgliedern des Kabinetts verlief die "Säuberung" auch jetzt zu langsam, da General Radescu auf einem Nachweis wirklicher "profaschistischer Betätigung" bestand. Die kommunistische Partei ^{versuchte} ~~begann~~ daher, ihren Einfluß durch öffentliche Kundgebungen ~~auszu-~~
~~weit~~ ^{zu} ~~erweitern~~, bei denen ^{sie} eine Regierung der Nationaldemokratischen Front ~~er-~~
~~forderte~~ ^{wurde}. Die Angriffe konzentrierten sich vornehmlich auf die sogenannten "Maniu-Garden", eine Freiwilligentruppe, die hinter den militärischen Verbänden nach Nordsiebenbürgen marschiert war, sich dort einige Übergriffe gegen die madjarische Bevölkerung erlaubt hatte, deswegen aber schon am 14. November auf Befehl der alliierten Kontrollkommission zurückgezogen worden war. Zugleich mit ~~ihnen~~ ^{ihnen} mußten damals auch die rumänischen Verwaltungsbeamten und Gendarmen Nordsiebenbürgen räumen, das nun allein der sowjetischen Militärregierung unterstellt blieb.

Diese Ereignisse boten den Kommunisten den Vorwand, der Regierung vorzuwerfen, daß sie faschistische Umtriebe dulde und das nationale Ziel der Rückgewinnung Siebenbürgens gefährde. Die Mittel ihrer Propaganda sind außer Demonstrationen und den dabei gefaßten Entschließungen, die dem König und dem alliierten Kontrollrat zugeschickt werden, vor allem der Rundfunk, der ihnen fast ohne Einschränkung zur Verfügung steht, weil er von den Russen kontrolliert wird. Durch Streik der von ihnen eingeschüchterten Setzer wird das Erscheinen der führenden liberalen und nationalzaranistischen Presse manchmal tagelang verhindert. Die Wirkung dieser breit ausgreifenden Propaganda äußert sich in neuerlichen Zersetzungserscheinungen bei den sogenannten "historischen" Parteien. In diesem Augenblick der Aushöhlung der Regierung Radescu fordert die Sowjetrussische Regierung die Stellung von hunderttausend Zwangsarbeitern mit der Begründung, daß die von Rumänien in Rußland verursachten Schäden wiedergutmacht werden müßten. Die russische Forderung soll sich auf eine Geheimklausel des Waffenstillstandsvertrags gestützt haben, was öffentlich nicht einbekannt wurde. Radescu entspricht den russischen Wünschen, indem er im Januar 1945 die Zwangsarbeiter schlagartig aus der deutschen Bevölkerung aushebt und nach Osten schafft.

Am 2. Januar 1945 veröffentlicht die "Nationaldemokratische Front" einen Aufruf, den mit Ausnahme der liberalen und der nationalzaranistischen Blätter die ganze Presse wiedergibt. Die Nationaldemokratische Front habe sich, wird in dem Aufruf erklärt, trotz der Weigerung der historischen Parteien, mit ihr eine Einheitsfront zur Bekämpfung des Faschismus und zur Schaffung eines unabhängigen Rumänien zu bilden, bereit gezeigt mit diesen Parteien in einer Koalitionsregierung zusammenzuarbeiten, um die Lebensprobleme des Landes zu lösen. Die reaktionäre Regierung Sanatescu sei durch die Mobilisierung der breiten Volksmassen gestürzt worden, doch unter Mißbrauch der Geduld und des guten Willens der Nationaldemokratischen Front hätten die reaktionären Elemente ihr Haupt wie-

der erhoben. Vor allem in der Provinz wurden antisowjetische Parolen und Gerüchte in Umlauf gesetzt werden, mit der Absicht, das Verhältnis zur Sowjetunion zu untergraben. Freiheit und Unabhängigkeit könnten nur durch die Sowjets gesichert werden. Die Bedingungen des Waffenstillstandes seien großmütig. Trotz Ermordung von Hunderttausenden in Rußland durch die Henker Antonescus, habe die Rote Armee Rumänien nicht als Rächerin, sondern als Befreierin betreten und Siebenbürgen vom deutsch-ungarischen Joch befreit. Dennoch sabotierten die Reaktionäre die Kriegsanstrengungen Rumäniens gegen Deutschland. In der Armee sei keine Säuberung durchgeführt worden. Eiserne Gardisten setzten ihre verräterische Tätigkeit fort. Den Kriegsverbrechern werde kein Haar gekrümmt, ihre Aburteilung hinausgeschoben. Die Lohnerhöhungen dienten zum Vorwand für zwei- bis dreifache Preiserhöhungen. Wegen der Unentschlossenheit der historischen Parteien könne es keine entscheidende Umkehr geben. Daher fordere die Nationaldemokratische Front: unversöhnlichen Kampf für die Beseitigung des Faschismus, Abwälzung der Kriegslasten und Reparationen auf die Kriegsgewinner, Verhaftung von Kriegsverbrechern und Verrätern und Beschlagnahme ihres Vermögens, rascheste Säuberung des Staatsapparates und der Unternehmungen, Freiheitsentzug ~~der von der Säuberung betroffenen Personen~~ für die von der Säuberung betroffenen Personen, Aufstellung von Arbeitskommandos der Minderbelasteten und Einreihung ~~in~~ von Legionären, deutschen Kriegsgefangenen und Hitler-Anhängern in andere Arbeitskommandos, Bestrafung der Spekulanten bis einschließlich der Todesstrafe. Der Aufruf verlangt dann eine Reihe von sozialen Neuerungen, unter denen besonders beachtlich die Durchführung einer Bodenreform noch vor dem Frühjahr ist, ferner die Einrichtung einer Staatskontrolle für Banken und Kartelle und die Beschlagnahme der privaten Transportmittel.

Mit diesem Aufruf war der Regierung Radescus als einem faschistisch-reaktionärem Kabinett der Kampf angesagt. Die Forderung nach einer Bodenreform richtete sich an die Gefühle der rumänischen Bauernschaft,

die zwar in ihrer großen Mehrheit kommunistischen Gedankengängen unzugänglich, ~~aber~~ aber seit jeher landhungrig war. Mit dem Schlagwort der Bodenreform wurde der Bauernfront Grozas zu Ungunsten der Nationalzaranisten ein Kampfmittel von bedeutendem Gewicht zugeschoben. Unverkennbar ist aber auch der gegen das Bürgertum und die Armee in ihrer bisherigen Zusammensetzung gezielte Stoß.

Was die Armee betrifft, so ^{waren} ~~sind~~ die inneren Widerstände gegen ein Zusammengehen mit der Sowjetunion bei ihr zweifellos stark, und darum richtete sich die Forderung auf Demokratisierung gegen die Offiziere und für eine entschiedenere Unterstützung der Russen. Die Zahl der Truppen, die Rumänien auf den deutschen Kriegsschauplatz abstellte, ^{allerdings 370.000} erreichte ~~570~~ tausend Mann, mehr als während des Feldzuges gegen Rußland eingesetzt worden waren. Auch die wirtschaftlichen Lieferungen an Rußland erhöhen sich fortgesetzt und wirken sich auf die Bevölkerung spürbar aus, was ihre Beunruhigung und revolutionäre Anfälligkeit ^{steigerte} ~~erhöht~~, als kommunistische Stoßtrupps, die Versammlungen der historischen Parteien stören, ^{t. doch} dabei auf Gegenwehr stießen, ~~unfähig~~ Das ^{gab} ~~gab~~ den Kommunisten die Möglichkeit, ihre Behauptung von den reaktionären Umtrieben immer wieder zu wiederholen.

Am 29. Januar 1945 veröffentlicht die Nationaldemokratische Front einen neuerlichen Aufruf, der die Forderungen vom 2. Januar wiederholt und verschärft. Dabei wird die Regierung Radescu als ein Hemmschuh für die Rückgewinnung Nordsiebenbürgens bezeichnet und behauptet, daß die Alliierten Rumänien wegen der reaktionär faschistischen Clique in der Regierung nicht als kriegführend anerkannten. "Einzig eine nationaldemokratische Regierung würde das Vertrauen der Alliierten und insbesondere unserer Befreierin, der Sowjetunion, genießen und Rumänien aus einem besiegten Land in einen ebenbürtigen Partner des Sieger verwandeln". Auch die Demokratisierung der Armee wird neuerlich gefordert. Am 1. Februar 1945 demonstrieren in Bukarest, wie die

kommunistischen Blätter behaupten, 300.000 Menschen, für die National-
demokratische Front anlässlich der Errichtung der rumänischen Einheits-
gewerkschaft. Die bürgerliche Presse schätzt die Demonstranten auf
100.000. In der Provinz gelingt es nicht, nennenswerte Kündigungen
zustande zu bringen, und auch in Bukarest fällt es auf, daß sich die
Teilnehmer hauptsächlich aus Halbwüchsigen, von den Gewerkschaften he-
rangeführten Arbeitern und dem Mob zusammensetzen. Eine wirklich in
die Wurzel des Volkes dringende Revolutionäre Bewegung fehlt. Auf-
aber für die Schwärzung der kommunistischen Aktion durch Rißland
schlußreich ist die Meldung des Tassbüros vom 2. Februar: "Die Krise
mit
in Rumänien reift aus. Das werktätige Volk fordert ~~ix~~ überwältigender
Mehrheit den Rücktritt Radescus."

Der stellvertretende Innenminister Teohari Georgescu erklärt am
7. Februar, die Lage sei sehr ernst, der Polizei- und Staatsapparat
seien faschistisch verseucht und der Hauptwiderstand gegen die Ab-
änderung der besorgniserregenden Lage gehe von den Nationalzaranisten
aus, die sich weigerten das Innenministerium einem Nationaldemokraten
zu überlassen. Komme es nicht bald zur Regierungsumbildung, so gäbe
es eine Katastrophe.

Auf diesen Angriff seines Kabinettsmitgliedes antwortete Radescu
drei Tage später in einer von den Liberalen und Zaranisten im Aro-Kino
abgehaltenen Versammlung. Er erklärte, die Regierung habe sich redlich
bemüht, ihre Loyalität gegenüber den Alliierten durch Reparationen
und durch einen ihre Kräfte übersteigenden Kriegsbeitrag gegen Deutsch-
land zu beweisen. Dabei werde sie von den Kommunisten behindert und
verleumdet, die das Volk, die Presse, die Freiheit und die übrigen
Parteien terrorisierten. Die Kommunisten seien Menschen "ohne Gott und
ohne Nation" und forderten die Agrarreform aus Demagogie. Eine Land-
verteilung würde Unruhe und Produktionsrückgang verursachen und kön-
ne nur nach Rückkehr der Frontsoldaten erfolgen, weil diese es so
wünschten. Nordsiebenbürgen aber werde zu Rumänien zurückkehren auf

Grund der rumänischen Leistungen für die alliierte Sache. Um Nordsiebenbürgen brauche man nicht zu betteln. In einer zweiten Rede erklärte der Ministerpräsident, daß die Setzergewerkschaft verboten habe, seine erste Ansprache für die Zeitungen zu setzen.

Beide Ansprachen Radescus, besonders die erste, wurden von kommunistischen Trupps gestört, die das Rundfunkkabel zerschnitten, aber aus dem Saal hinausgeworfen wurden.

Auf die Leistungen Rumäniens, die der Ministerpräsident in seinen Reden erwähnte, wirft die Äußerung des Außenministers Visoianu, ~~wirkte~~ die er schon am 27. Januar gegenüber der rumänischen Telegrafienagentur gemacht hatte, ein ~~sehr~~ aufschlußreiches Licht. Wie Visoianu mitteilte, kämpften an Seite der Roten Armee vierzehn rumänische Divisionen, die nach Verdrängung der deutschen Truppen aus Siebenbürgen, nun auf ungarischem Boden ^{zur} für die Befreiung der Tschechoslowakei eingesetzt seien. Er erwähnte ferner, daß die rumänischen wirtschaftlichen Lieferungen in hohem Maße zur gemeinsamen Weiterführung des Krieges beitrügen. Ferner begrüßte er die Nichtigkeitserklärung des ^{Grüne} Schiedsspruches ~~von Wien~~ vom 28. August 1940 über die Teilung Siebenbürgens durch die italienische Regierung (Erklärung vom 18. Januar 1945) und den Waffenstillstand zwischen den Alliierten und der ungarischen Regierung (20. Januar 1945).

Die Ansprachen des Ministerpräsidenten Radescu, besonders seine Kennzeichnung der Kommunisten als Menschen ohne Gott und ohne Nation, führte zu einer Verschärfung des innerpolitischen Kampfes und am 18. Februar zum Rücktritt ~~des stellvertretenden Innenministers Teohari~~ aus der Säuberungskommission Georgescu, wobei er erklärte, die Reaktion terrorisiere das Land schlimmer als Antonescu; seine Befehle würden von der Polizei nicht befolgt, ~~Seite der~~ die auf Seite der Terroristen stehe. Er habe alles getan, um die Säuberung durchzuführen, sei aber von Radescu nur scheinbar unterstützt worden.

Am 24. Februar marschieren die Kommunisten vor dem Königschloß zu einer Massenkundgebung auf, doch ehe noch die vorgesehenen Redner, Patrascanu und Radateanu, sprechen können, läßt Ministerpräsident Radescu aus dem Schloß und aus dem gegenüberliegenden Innenministerium und aus der Polizeipräfektur auf die Menge schießen. Der Platz leert sich sofort. Verwundete und Tote bleiben zurück. Dieses Ereignis macht die Regierungskrise unlösbar. Am 25. Februar veröffentlichen die rumänischen Blätter ein Telegramm der Nationaldemokratischen Minister an den König, dessen wichtigsten Teile wie folgt lauten: ...Die faschistischen Elemente in der Armee, die auf Geheiß des Henkers Radescu versammelt worden waren, töteten und verwundeten viele Bürger. Gleichzeitig fielen andere Bürger in Craiova, Caracale und Kronstadt unter den Schüssen der Faschisten. An den Mauern des königlichen Palastes wurde das Blut des Volkes vergossen. Die Mörder Radescu, Maniu, Negulescu und ihre Clique kompromitierten auf diese Weise die königliche Krone... Die unterzeichneten Minister... fordern die sofortige Absetzung der Regierung Radescu, die Verhaftung und Bestrafung der für die Schüsse vom 24. Februar Verantwortlichen. Die Unterschriften tragen die Namen von Dr. Peter Groza, Gheorghiu-Dej, Radaceanu, Voitec, Racoasa, Teohari Georgescu, Zaroni.

Ein ähnlich lautendes Telegramm empfing auch die Alliierte Kontrollkommission, während die Bevölkerung am 26. Februar durch eine Verlautbarung der Nationaldemokratischen Front zum Kampf gegen die Regierung aufgerufen wurde. In der Proklamation, die im ganzen Lande angeschlagen wird, heißt es: „Mit unmittelbarer Unterstützung Manius und aller, die den Faschismus fördern, wurde das Blut von Bürgern vergossen, die ihren Willen zum Ausdruck brachten und Freiheit und Recht verteidigten. Die Regierung des Mörders Radescu muß sofort zurücktreten. Das Schicksal Rumäniens ist in Gefahr! Wir rufen die Volksmassen auf zum Kampf gegen den Faschismus und alle seine Helfershelfer, gegen Radescu, Maniu, Negulescu, General Lazar und die übrigen ~~Von~~

Vertreter der reaktionären Clique. Wir rufen die Massen auf, ihre Kräfte zu verzehnfachen... Tod den Faschisten!"

Der Aufstand bleibt allerdings aus, und als am ~~27. Februar~~ selben Tag die ~~Internationale~~ ^{Alliierte} Kontrollkommission in Bukarest nach Untersuchung der Gegensätze zwischen Radescu und der Nationaldemokratischen Front empfiehlt, Radescu vorerst im Amt zu belassen, bei einer etwaigen Regierungsumbildung aber die bisherige Parteienzusammensetzung des Kabinetts nicht anzutasten, scheint der Kampf der Kommunisten vergeblich gewesen zu sein. Da mischt sich die sowjetrussische Regierung, indem sie über den Abstimmungssieg der Westmächte in der Kontrollkommission hinweggeht, in den Konflikt ein. Am 27. Februar trifft der stellvertretende Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Wyschinski der UdSSR/in Bukarest ein.

Am nächsten Tag tritt die Regierung Radescu zurück. In kürzester Zeit weiß ganz Bukarest, daß Wyschinski vom König in ultimativer Form diesen Rücktritt gefordert hatte, wobei die Drohung nicht fehlte, die Sowjetunion werde sich selber um die Lösung der Krise kümmern, wenn der König zu keinem befriedigenden Entschluß komme. Man erzählt sich auch, daß Wyschinski ^{nach seiner Erklärung} ~~daraufhin~~ die Tür so heftig zugeschlagen habe, daß der Verputz herabfiel.

~~Wyschinski~~ ^{veranlassen} Besprechungen mit seinen Ratgebern, darunter mit Maniu und Bratianu, ~~um dem~~ ^{zu beauftragen} den König den Fürsten Stirbey mit der Bildung der neuen Regierung ^{(der dabei scheitert, da Wyschinski und die Kommunisten ein Kabinett Groza fordern.} ~~xx~~ Inzwischen hat sich Radescu in die britische Vertretung geflüchtet. Engländer und Amerikaner teilen Wyschinski mit, daß der gestürzte Ministerpräsident keineswegs ein Faschist sei. Aufsehen erregt ein ^{Nicolai Radescu jun.} offener Brief, den der Sohn Nicolai des Gestürzten an diesen richtet. In diesem Schreiben heißt es unter anderem: "Die Verantwortung für die Ereignisse liegt auf

Deinen Schultern. Du hast auf das Volk schießen lassen. Ich war unter den Tausenden von Bürgern, die auf dem Platz vor dem Königsschloß friedlich demonstrierten... Einige Stunden später hörte ich betreten und, ich muß es eingestehn, entrüstet Deine Rundfunkansprache, in der Du ungerechterweise behauptest, daß die Demonstranten diesen Zusammenstoß herausgefordert hätten. Das ist unwahr. Du bist mein Vater, und ich schreibe diese Zeilen schweren Herzens. Ich bin jedoch verpflichtet es zu tun, da ich zuerst ein Sohn des Vaterlandes und dann erst der Deine bin."

Am 6. März entschloß sich der König, Groza zum Ministerpräsidenten zu ernennen. Die Regierung, die Groza am selben Tag vorstellt, setzt sich zusammen aus: Ministerpräsident: Dr. Peter Groza (Bauernfront), Vizepräsident des Ministerrates und Außenminister: Gherghe Tatarescu (liberale Dissidentengruppe), Inneres: Techari Georgescu (Kom.) Justiz: Lucretiu Patrascanu (Kom.), Krieg: General Vasile Rascanu (parteilos), Landwirtschaft: Romulus Zaroni, Finanzen: Alimanisteanu, Industrie und Handel: Peter Bejan, Unterricht: Stefan Voitec, Kunst: Prof. Mihai Ralea, Kultus Pfarrer Burducea, Bergwerke und Ölförderung: Tudor Jonescu, Arbeit: Radaceanu, Sozialpolitik: Prof. Ing. G. Nicolau (demokratischer Flügel der Nationalzaranisten), Gesundheit: Dr. D. Bagdasar, Öffentliche Arbeiten und Verkehr: Gheorghiu-Dej (Kom.), Propaganda: Prof. P. Constantinescu-Jasi (Kom.), Genossenschaften: Anton Alexandrescu (dem. Flügel d. Natinalz.),

Nach Mitteilung des Tassbüros hatte Dr. Groza den Nationalzaranisten und den Liberalen zwei bis drei Ministersitze angeboten, die historischen Parteien aber lehnten ab und schieden damit endgültig aus der Regierung aus, die nun ganz unter den Einfluß der Kommunisten geriet, da die Sozialdemokraten und die Vertreter der Splitterparteien ~~gegen~~ innerhalb der Nationaldemokratischen Front kein Eigengewicht mehr hatten; der Genossenschaftsminister Alexandrescu, der Anführer der ^{nationalzaranistischen} Dissi-

dentem, war erst am Tag vor der Regierungsbildung mit seinen Anhängern der Nationaldemokratischen Front beigetreten, wobei er den Chef seiner bisherigen Partei Maniu bezichtigte, den Versuch, Rumänien schon 1941 aus dem Krieg herauszuführen und Marschall Antonescu zu stürzen, von sich gewiesen zu haben; Manius Partei sei von Eisernen Gardisten nach dem Umschwung vom 23. August 1944 überflutet worden und zwar auf Verschulden Manius, der diese Elemente zum Eintritt aufgefordert habe; die Parteileitung der Nationalzaraniisten lehne die Bodenreform als unzeitgemäß ab, sei faschistenfreundlich und sowjetfeindlich. Dies auszusprechen, erachte Alexandrescu für seine Pflicht, er verlange die Reform der Partei nach wahrhaft demokratischen Grundsätzen.

Obgleich der Regierungsantritt Grozas auf den Druck Wyschinskis zurückging, ist es doch verwunderlich, daß sich in der Bevölkerung selbst, deren antikommunistische Einstellung unleugbar war, kein Widerstand erhob. Zu erklären ist dies aus der Angst vor den im Lande befindlichen Teilen der roten Armee, die durch Übergriffe ebenso einschüchternd gewirkt hatten wie die kommunistischen Stoßtrupps. Das Lebensklima Rumäniens hatte eine jähe Veränderung erfahren. Die eingeborene Abneigung gegen die Russen, in denen die Rumänen seit vielen Jahrzehnten einen Feind sahen, wagte sich nicht mehr zu äußern.

Seine erste Regierungserklärung gab Groza im Ministerrat am 8. März. Er sagte, die Ordnung und Sicherheit im Lande herzustellen, sei die Aufgabe seines Kabinetts. Deshalb müßten entsprechende Maßnahmen getroffen werden, deren Aufhebung erfolgen werde, sobald sie überflüssig geworden seien. Die hauptsächlichste Programmpunkt richtete sich auf die Bodenreform, die Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, auf Bekämpfung der Spekulation, Senkung der Lebenshaltungskosten und der Preise, ferner auf die Säuberung der Verwaltung, Bestrafung der Kriegsverbrecher und der Schuldigen für die Kriegsteilnahme Rumäniens gegen Rußland.

Schon zwei Tage später konnte Groza einen besonderen Erfolg buchen, der geeignet war, seine Position zu im Inland zu stärken, weil er die nationalen Gefühle der Rumänen befriedigte. Die Verwaltung Nordsiebenbürgens wurde auf Grund eines Briefwechsels zwischen Marschall Stalin und Groza Rumänien überlassen. Stalin äußerte sich dabei wie folgt: "Die Sowjetregierung hat das Begehren der rumänischen Regierung geprüft. In der Erwägung, daß die neue rumänische Regierung die Verantwortung für Ruhe und Ordnung, für die Achtung der Rechte der Nationalitäten und für die Sicherung der Bedürfnisse der Front übernimmt, hat die Sowjetregierung beschlossen, dem Begehren stattzugeben."

Am 12. März hielt Groza auf dem Freiheitsplatz in Klausenburg eine Ansprache, wobei er betonte, daß die Regierung nach dem Willen des Volkes gebildet und "von seiner Majestät dem König bestätigt worden" sei. Der Weg führe zu einer echten Demokratie ohne Unterschied der Nationalität und der Religion. Mit Rücksicht auf die starke ungarische Bevölkerung in Klausenburg, wandte sich Groza dann gegen die frühere Feindschaft zwischen den Ungarn und Rumänen und trat für ein friedliches Zusammenleben aller Völker ein, die in Rumänien leben. Groza konnte sich in seiner Ansprache, die mit einem Hoch auf die Sowjetunion und den König endete, auf die russische Unterstützung berufen, die ihm tags zuvor Außenkommissar Wyschinski zugesichert hatte. Groza war an der Spitze einer Abordnung seiner Regierung bei Wyschinski erschienen, um ihm für die Rückgabe Nordsiebenbürgens zu danken. Dabei hatte Wyschinski in längerer Ansprache zunächst auf die Bandentätigkeit im Rücken der russischen Armee in Nordsiebenbürgen hingewiesen. Diese Banden seien vernichtet worden und damit hätte sich *schon früher* die Wiedereinführung ~~der~~ rumänischen Verwaltung ermöglichen lassen, wäre in Rumänien eine Regierung gewesen, die Ordnung, Ruhe und Disziplin verbürgte. Diese Regierung habe sich nun gebildet und die Sowjetregierung ~~sehe solche~~ demokratische Verwaltung als gesichert an.

" So wird eine neue Seite in der Geschichte des rumänischen Volkes aufgeschlagen. Diese Seite beginnt mit den goldenen Worten: das Volk hat gesiegt, die Demokratie hat gesiegt. Mögen unsere guten nachbarlichen Beziehungen für das Wohl unserer Länder und Völker blühen und gedeihen."

Zum Regierungswechsel in Rumänien, der seiner Bedeutung nach ein Regimewechsel ^{war} entsprach und die innere Sowjetisierung des Landes einleitete, gab Außenminister Eden im englischen Unterhaus die Erklärung ab, der Rücktritt Radescus sei nötig gewesen, weil er sich als unfähig erwiesen habe, die Ordnung aufrecht zu erhalten und den Etappenweg der Roten Armee zu sichern. Die Sowjetregierung habe England mitgeteilt, daß sie dies nicht länger dulden konnte. Radescu sei in der britischen Gesandtschaft in Bukarest Zuflucht gewährt worden, weil es England nicht bekannt sei, daß er sich in Umtriebe gegen die Alliierten habe verstricken lassen. Über die allgemeine Lage Rumäniens fände ein Notenaustausch zwischen London, Washington und Moskau statt. Die Mitteilung Edens wurde vom Unterhaus zur Kenntnis genommen.

Am 15. März verfügte der rumänische Innenminister die Schließung der Klubs der nationalen Bauernpartei Manius und der liberalen Partei Bratianus, ohne die Parteien selbst aufzulösen. Er erklärte am nächsten Tag, Flünderungen und Verbrechen, die in der letzten Zeit erheblich zugenommen hätten, müßten unverzüglich ein Ende finden. Er werde mit unerbittlicher Strenge vorgehen. Die Schuld an der allgemeinen Unsicherheit wälzte er auf die "Volksfeinde" ab, die zusammen mit Kriminellen die Regierung diskreditieren wollten. Am selben Tag teilte das amerikanische Staatsdepartement mit, daß es die Regierung Groza nicht als ein Kabinett betrachte, daß alle demokratischen Elemente Rumäniens repräsentiere. Amerika werde sich mit der britischen Regierung an die Sowjetrussische wenden, um Konsultationen im Geist von Jalta einzulei-

ten. Groza verlautbarte am nächsten Tag, seine Regierung beabsichtige nicht, Radescu zunächst als Kriegsverbrecher zu betrachten, außerdem wies er einen Bevölkerungsaustausch zwischen Rumänien und Ungarn als faschistisch ab, da beide Völker in Siebenbürgen unter der neuen rumänischen Regierung friedlich zusammenleben könnten.

Mit der Note der amerikanischen Regierung, die eine Konsultation über die rumänische Frage wünschte, beginnt ein zwei Jahre andauernder Notenaustausch, bei dem die Westmächte immer wieder auf die undemokratischen Tendenzen der rumänischen Regierung ^{aufmerksam machen.} hinwiesen. Diese Bemühungen ^{bremsten} ~~hinderten~~ zeitweilig die Entwicklung Rumäniens zum kommunistischen Staat, konnten sie aber nicht verhindern und im Wesentlichen auch nicht verzögern.

Am 19. März veröffentlicht Justizminister Patrascanu eine Liste, die 287 rumänische Kriegsverbrecher aufzählt; es finden sich darin Persönlichkeiten, die für den Wiener Schiedsspruch verantwortlich gemacht wurden, für den Anschluß Rumäniens an die deutsche Politik, Journalisten und andere, die den faschistischen Kurs unterstützten, sowie Kriegsgewinner, Plünderer, ^{nur} Mörder. Wichtiger als diese Liste ist aber das zur gleichen Zeit veröffentlichte Gesetz über die Agrarreform.

In seinem ersten Paragraphen bezeichnet sich dieses Gesetz als eine nationale, wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit, um die Landwirtschaft Rumäniens auf einen kleinen und produktiven Grundbesitz zu stützen, der demjenigen gehören solle, der ihn wirklich bebaut. Die Bedeutung des Gesetzes ist schwer zu überschätzen (siehe Näheres unter 2. Wirtschaft). Tiefeinschneidend sind vor allem jene ^{Paragraphen} ~~Stellen~~ die ~~Ent-~~ eignung des vielhundertjährigen deutschen Bauerntums in Siebenbürgen und im Banat verfügen und zwar ^{nur} ~~unter~~ der Begründung, daß diese Bauern faschistisch gewesen seien. Damit wurden die am höchsten entwickelten ^{landwirtschaftlichen} Gebiete rumänischen Kolonisten übertragen, die

in den meisten Fällen keine genügenden Kenntnisse besaßen. Die Folge war eine Herabminderung der Erträge und des gesamten agrarischen ^{Produktion} Wertes innerhalb der rumänischen Volkswirtschaft (Einzelheiten siehe unter: 5. Minderheiten). Zugleich wirkte die Enteignung des deutschen Bauerntums als eine Maßnahme zur ~~zurück~~ Proletarisierung, der das Gesetz über die Bodenreform in seiner Gänze Vorschub leistete, indem es die größeren Bauern und Gutsbesitzer, gleichgültig welcher Nationalität, sozial herabdrückte oder völlig enteignete.

Dem gleichen Zweck diente ~~das~~ nun ^{nach} ~~von einem~~ kommunistischen ^{Erfordernissen} ~~Mini-~~
ster ausgearbeitete Säuberungsgesetz, ~~daß~~ das erste Säuberungsgesetz
vom 8. November 1944 ablöste und am 13. April 1946 in Kraft trat.

Dieses Gesetz führte Volksgerichte ein, die aus Richtern der Justizverwaltung und aus Vertretern der Parteien der Nationaldemokratischen Front gebildet wurden, womit die bisherige Gerichtsbarkeit auf diesem Gebiete unzuständig wurde. In achtzehn Artikeln werden die Personen aufgezählt, die der Säuberung als Kriegsverbrecher unterworfen werden. Demnach ^{konnten} ~~sind~~ alle Staats^{angestellten}~~mitarbeit~~er oder Angestellte von Unternehmungen, deren Budget staatlich genehmigt werden muß^e, aus ihren Stellungen zu entlassen ^{werden.} ~~wenn sie der Säuberung unterliegen.~~

Jene Angestellten, die in irgendwelcher Weise für die Ziele Hitlers mitgearbeitet ~~haben~~, derartige Interessen vertreten oder aus eigener Initiative Reden zu Gunsten faschistischer Ideen ~~hielten~~ ^{gehalten}, ebenso Personen, die die Diktatur unterstützten ^{hatten}, Mitglieder der Eisernen Garde oder anderer faschistischer, hitlerfreundlicher oder rassistischer Bewegungen und Organisationen, ferner Personen, die Terrorakte aus eigenem Entschluß oder im Auftrag ^{verbrochen} ~~ausübten~~ oder auch nur einen Druck in dieser Hinsicht auf andere ^{ausgeübt haben} ~~ausübten~~ ^{waren} zu entlassen.

In die gleiche Kategorie gehören Personen, die die Beziehungen zwischen Rumänien und seinen Verbündeten nach dem Umschwung störten. Alle Entlassenen ^{waren} sind in Zwangsarbeitslager unterzubringen und zwar

bis zum 1. Juni 1945. Wer Folterungen, unrechtmäßige Verhaftungen oder andere Verbrechen beging ^{hatte müßte} ~~wird~~ vor Gericht gestellt ^{werden}.

Das Säuberungsgesetz gab der Regierung die Möglichkeit, die gesamte früher führende Schicht ^{selten} im ~~den~~ Augenblick kaltzustellen oder zu vernichten, als die Mehrheit der Bevölkerung, die landhungrigen Kleinbauern, mit der Erlassung des Bodenreformgesetzes ihre Wünsche berücksichtigt fanden.

Eine Flut von Prozessen zieht sich durch die folgenden Jahre und läßt fast alle bekannten Politiker und höheren Offiziere der letzten Jahre aus der Öffentlichkeit verschwinden. Die Aburteilung erfolgt in summarischer Art, die Strafen sprechen Tod, Lebenslänglichen oder vieljährigen Kerker aus. Schon im ersten Prozeß wurden von 39 Kriegsverbrechern 29 am 22. Mai 1945 zum Tode verurteilt.

Als nach Beendigung des Krieges, die Armee, mit Jubel empfangen, heimkehrt - der König erhielt am 8. Juli für "tapferes und entschlossenes Handeln" zur Zeit, als "die Kriegsentscheidung noch in Schweben war", den höchsten sowjetischen Orden "Viktorja" - begann sich die Säuberung auch auf das Offizierskorps auszudehnen. Unzählige höhere Offiziere werden entlassen, zum Teil vor die Volksgerichte gestellt, und schließlich alle als reaktionär Angesehenen "deblockiert". Den verbleibenden Kommandeuren und Kommandanten stellt man "Comandanti-Adjuncti" zur Seite, also Politoffiziere, aus den "Befreiungsdivisionen", die aus rumänischen Kriegsgefangenen ^{in Ostgalizien} ~~noch~~ vor dem Umschwung ~~zu~~ gebildet worden waren. Diese Befreiungsdivisionen gelten als die revolutionäre Elite. Ihre Schöpferin war die rumänische Kommunistin Anna Pauker, die ^{während der letzten Kriegsjahre} sich in Moskau aufhielt. Die erste Division "Tudor Vladimirescu" wurde von dem einstigen Intendantmajor, dem in Rußland zum General aufgestiegenen und nun zum Kriegsminister beförderten Vasile Rascanu kommandiert. Sein Nachfolger General Canbera hatte einen

ähnlichen Werdegang hinter sich. Die zweite Division, die erst vor Kriegsende in der Heimat eintrifft, die Division "Horia-Glosca-Crisan", befehligte General Iascar, der sich im Winter 1941-42 das Ritterkreuz und bei Stalingrad das Eichenlaub verdient hatte. Er erklärte nach seiner Rückkehr, er und seine Truppe wünschten brennend, gegen die hitleristische Hydra an der Front und in der Heimat zu kämpfen.

Die Offiziere und Mannschaften dieser beiden Divisionen übernehmen nun die ideologische Umerziehung der Armee, aus der nach Entlassung der älteren Jahrgänge eine nur ~~aus jungen Soldaten bestehende~~ aus jungen Soldaten bestehende Truppe wird. Russische Dienstvorschriften werden eingeführt, die Ernährung und Uniformierung verbessert, die Prügelstrafe abgeschafft und eine intensive politische ^{Ausrichtung} ~~Erziehung~~ vorgenommen. In verhältnismässig kurzer Zeit gleicht sich die Armee äußerlich der russischen an.

Schon während der innenpolitischen Kämpfe vor der Regierungsbildung Grozas stand die Presse unter ^{so} ~~einem~~ steigenden Druck der kommunistisch geführten Gewerkschaften, wobei es auch zur Beschädigung ~~von~~ Druckereien, zur Verzögerung im Erscheinen der Blätter kam und der Versand der "Dreptatea" und des "Drapelul" vielfach in der Weise sabotiert wurde, daß kommunistische Eisenbahner die Zeitungspakete aus den Zügen warfen. Nach Grozas Regierungsübernahme wurde am 22. März 1945 die beim Umschwung aufgehobene Zensur durch einen Erlass geregelt, der die Möglichkeit bot, mit Verwarnungen, Verboten und Lizenzentzug gegen Zeitungen einzuschreiten, die "antidemokratische und sowjetfeindliche Nachrichten und Aufsätze" veröffentlichten oder die vom Propagandaministerium ausgegebenen Sprachregelungen mißachteten. Die Papierzuteilung, ^{bz} durch Behörden ^{geschah, war} ~~bot~~ ein weiteres Mittel, die Meinungsfreiheit der oppositionellen Presse zu beengen. Die Bürstenabzüge der jeweilig vorbereiteten Nummern bedurften einer Bestätigung der Zensurbehörde, um zum Druck zu gehen. Zeitungen der historischen

Parteien

wurden mehrfach dadurch am Weiterbestehen gehindert, daß sie die Mitteilung erhielten, ihre Büstenabzüge nicht mehr vorzulegen, worauf die Herausgeber das Erlöschen ihres Blattes in der letzten Nummer als freiwilligen Entschluß ^{auszugeben} darzustellen hatten. Am 23. August 1944 ^{besaß} hatte Bukarest 30 Zeitungen. Zu Ende des Jahres 1947 bestanden nur noch 7, davon als einzig "unabhängiges" Blatt der "Universul", der in gemäßigter Weise dem kommunistischen Gedanken diente und ~~ebenfalls~~ in Staats-^{Eigentum} ~~besitz~~ übergegangen war.

Am 4. Mai 1945 veröffentlichte das Propagandaministerium ~~Sekretariat~~ ~~Kommunikation~~ einen Erlaß an die Bibliotheken und Buchhandlungen zur Feststellung ihrer Bestände. Auf Grund dieser Erhebung erfolgte ein Verbot von über 8000 Werken.

Die Maßnahmen der Regierung Groza fanden keine Billigung bei den Vertretern der Westmächte im Alliierten Kontrollausschuß, denen Maniu mehrere Denkschriften über die Lage überreichte und den Bruch der von Moskau zugebilligten freien demokratischen Innenpolitik nachwies. Er forderte ein Einschreiten der Westmächte, das erst erfolgt, als, unter dem Einfluß von Maniu, der König sich entschließt, alle drei in der Kontrollkommission vertretenen Großmächte zu ersuchen, ihm behilflich zu sein bei der Bildung einer neuen Regierung, die von ihnen anerkannt und als geeignet betrachtet werden könne, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Das Memorandum des Königs wurde am 21. August 1945 übermittelt. Schon zwei Tage später bestätigte der amerikanische Außenminister Byrnes den Empfang, erklärte öffentlich, daß sich der rumänische König an die drei Mächte gewendet habe, und daß die Regierung der USA bereit sei, im Sinne von Jalta die Frage mit der Sowjetunion und England konsultativ zu behandeln. Er fügte hinzu, von einer Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der USA und Rumänien könne keine Rede sein, solange die Regierung Groza nicht alle demokratische Parteien einschließe. Die britische Regierung gab dieselbe Erklärung

ab und beide Mächte protestierten gegen die Haltung der rumänischen Regierung bei deren Außenministerium.

Groza gab dazu vorerst keine Erklärung ab, doch am 29. August ließ er eine Mitteilung über die Aufdeckung einer Verschwörung gegen sein Kabinett veröffentlichen. Der Rädelsführer sei der ehemalige Ministerpräsident General Radescu, der das Asyl in der britischen Vertretung verlassen habe. Zugleich wurde die Verhaftung des früheren Chefs der Sozialdemokratischen Partei Flügeras und mehrerer Nationalzaranisten und Liberaler gemeldet, bei denen man aufrührerische Manifeste gefunden habe, die Zwietracht unter den Vereinten Nationen säen sollten. Am 4. September befaßte sich ein Kommunique des Ministerrates mit einem Bericht Grozas, den er vor dem Kabinett am 24. August über die Tätigkeit der Regierung und die Versuche der reaktionären Kreise zur Herbeiführung einer Regierungskrise erstattet hatte. Der Ministerrat habe darnach festgestellt, daß Groza viele Schwierigkeiten überwinden mußte, die während des Regimes Radescu entstanden waren. Grozas Regierung habe ein wahrhaft demokratisches System eingeführt, die Unordnung beseitigt, die Agrarreform verwirklicht, Nordsiebenbürgen zurückerworben, freundschaftliche Beziehungen zu allen Nachbarn geknüpft und damit die Grenzfragen bereinigt. Sie habe die Rechte der Nationalitäten gesichert, den Waffenstillstand erfüllt, die außenpolitische Lage gefestigt, ein Wirtschaftsabkommen mit der Sowjetunion abgeschlossen und die Vorbedingungen zum Wiederaufbau geschaffen. Daher könne sie behaupten, daß ihre Mission noch nicht erfüllt sei, weil sie anstrebe, die Lebensbedingungen des werktätigen Volkes zu verbessern. Entgegen den Versuchen Manius und Bratianus, eine Regierungskrise künstlich heraufzubeschwören und die öffentliche Meinung irre zu leiten, stütze sich die Regierung auf das ganze Volk und werde ihre schöpferische Tätigkeit k fortführen. Am 7. September teilte Groza einem Vertreter der United Press mit, er werde die Proteste der Vereinigten Staaten und Großbritanniens ignorieren, weil sie ihm nicht schriftlich,

sondern bloß mündlich über einen untergeordneten Beamten des Außenministeriums zur Kenntnis gebracht worden seien, während die Engländer auch den König nur mündlich benachrichtigt hätten, der gemäß der Verfassung nicht regiere, Moskau aber habe die Regierung anerkannt. Er schloß mit den Worten: "Entweder erkennen England und Amerika meine Regierung an und unterrichten mich davon oder wir leben noch unter den Bedingungen des Waffenstillstandes. In diesem Fall müssen sie die Alliierte Kontrollkommission benachrichtigen. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht."

Am nächsten Tag beschuldigt die "Istwestija" die Bukarester Vertreter der USA und Englands, Grozas Rücktritt erzwingen zu wollen, ohne diese Frage der Kontrollkommission vorzulegen. Das verstoße gegen die Koordinationspolitik der Alliierten und ermutige die antidemokratischen Kräfte in Rumänien. Grozas Regierung habe ausgezeichnete Erfolge errungen. Die angelsächsischen Versuche wollten Uneinigkeit zwischen den Vereinten Nationen hervorrufen, während die Sowjetunion das Prinzip vertrete, eine Einmischung in die ^{rumänische} Innenpolitik sei unzulässig.

Die russischen Vorwürfe ^{stießen} laut "Reuter" ^{auf} eine kategorische ^{britische} ~~mentierung und~~ Verwahrung, da England schon bei Ernennung der Regierung Grozas seinen Standpunkt umrissen habe, als sich Wyshinski in Bukarest befand. "Iswestija" stelle die Lage bedauerlicherweise falsch dar. Byrnes erklärte am selben Tag, die sozialdemokratischen Minister der Regierung Groza hätten gegen dessen Haltung protestiert, was vom sozialdemokratischen Arbeitsminister Radaceanu ^{aber} sofort abgeleugnet wird. Richtig an der Bemerkung von Byrnes ist, daß der Chef der sozialdemokratischen Partei Petrescu den Standpunkt der sozialdemokratischen Minister nicht teilte.

Am 12. September berichtet "Figaro" aus London, daß ein Sprecher des britischen Außenministeriums "ernsthafte Differenzen" zwischen Eng-

land bezüglich Rumäniens bestätigt habe; auch habe die englische Regierung Grund zur Vermutung, daß sich König Michael von dem unter sowjetischem Einfluß stehenden Groza zu trennen wünsche.

Zur selben Zeit befindet sich Groza in Begleitung seines Außenministers in Moskau zu Verhandlungen über die Linderung der schwierigen wirtschaftlichen Lage Rumäniens und erzielt dabei einen bemerkenswerten Erfolg, worüber es in einem Kommunique laut Tass (12. September) heißt: Die Verhandlungen seien mit dem Abschluß einer Anzahl von Abkommen beendet worden, die die "Liquidierung der Volksnot in Rumänien, der Lebensmittelkrise" bezwecken. Die Lebensmittellage werde durch die Verpflichtungen des Waffenstillstandsabkommen des 12. September 1944 erschwert. Darum gewähre die Sowjetunion der rumänischen Regierung ein Darlehen in Form von 150 000 Tonnen Getreide und 150 000 Tonnen Mais, die 1946 und 1947 in Getreide mit einem Aufschlag von 5% zurückerstattet werden müssen. Im weiteren wurden Abkommen über die Einschränkung von Getreide- und Futterlieferungen für die Sowjettruppen in Rumänien und eine Reihe anderer Erleichterungen unterzeichnet (Einzelheiten siehe unter: 2. Wirtschaft).

Die rumänische Regierungspropaganda stellte die von Groza erreichten Erleichterungen als eine großmütige Handlung der Sowjets dar, obwohl es sich lediglich um eine Stundung von Reparationszahlungen handelte.

Am 9. September erklärte der sowjetrussische Außenkommissar Molotow Rumänien gehöre nicht zu den Ländern, in denen eine Regierungsumbildung nötig sei; ^{es} ~~Rumänien~~ werde wie Ungarn und Bulgarien demnächst freie und geheime Wahlen abhalten, und niemand habe ein Interesse daran, die Rechte der Wähler einzuschränken; die Sowjetunion unterstütze ~~die~~ ^{die} bewährte rumänische Regierung. Mit solcher Rückendeckung konnte Groza auf dem Kongreß der "Front der Arbeit" (Bauern und Landarbeiter) am 3. Oktober den historischen Parteien den schärf-

in Temeswar

sten Kampf ansagen. Maniu habe am 23. August 1944 den von den volksdemokratischen Kräften herbeigeführten Umsturz in der Hoffnung, die hitleristische Front in der Moldau werde nicht durchbrochen werden, nur zögernd mitgemacht, seine Sabotage auch weiterhin fortgesetzt und sich wie Bratianu nicht bereit gefunden, eine Regierung zu bilden, wohl aber habe er das Kabinett des Mörders Radescu herbeigeführt. Eine Rückkehr der historischen Parteien an die Macht würde das Land ins Unglück stürzen. Groza bezifferte dann die Stärke der Organisationen, die ihn unterstützten, wie folgt: Landarbeiterpartei (Bauernfront) 1,5 Millionen, Allgemeine Arbeitergewerkschaft 1,3 Millionen, Kommunistische und Sozialdemokratische Partei insgesamt 0,5 Millionen, Ungarischer Volksverband 0,5 Millionen, Patriotenverband (Intellektuelle) 0,1 Millionen, wozu noch die regierungstreuen Nationalzarnisten und Liberalen zu rechnen seien.

An diesen Angaben ist auffällig, daß er die Zahl der Kommunisten nicht gesondert auswies, sondern sie mit der der Sozialisten vermengte. Wird die Wählerzahl Rumäniens auf 7 Millionen geschätzt, so entfielen laut Groza auf Sozialisten und Kommunisten nur rund 7% der Bevölkerung. ~~Davon~~ darf kaum die Hälfte den Kommunisten zugerechnet werden, die dennoch die gesamte Regierungsmacht ~~in der~~ ~~Hand~~ in der Hand hielten.

Die Rede Grozas fiel schon in die stimmungsmäßige Vorbereitung der zukünftigen Wahlen, von denen Molotow drei Wochen vorher gesprochen hatte und die auch Tatarescu am 27. September in einer Rundfunkrede, offenbar mit dem Versuch, sich bei den Westmächten als "überzeugter Anhänger" einer Entscheidung durch freie Wahlen beliebt zu machen, als das Mittel erwähnte, dem Land die volle Freiheit zu verschaffen.

Auf der Londoner Außenministerkonferenz erklärte Byrnes, von Bevin unterstützt, eine Anerkennung Rumäniens durch die Westmächte sei un-

am 5. Oktober

möglich, solange sie dem Volk die in Jalta versprochenen Rechte vor-
enthalte; die Verhältnisse in Rumänien seien beunruhigend, und die
Zensur verhindere die Auslandspresse, die westliche Welt der Wahr-
heit gemäß zu unterrichten. Fünf Tage später entsandte Byrnes den
Zeitungskorrespondenten Mark Etheridge als einen unoffiziellen Ver-
treter zum Studium der Lage nach Rumänien.

Scheinbar
Die feste Haltung der Westmächte, die mit der ~~Verweigerung~~ *Verweigerung* der
Anerkennung ~~der~~ *der* Regierung Groza und der Verweigerung ihrer Un-
terschrift unter den Friedensvertrag ^{*mit Rumänien*} auch Moskau gegenüber eine wich-
tige ~~Waffe~~ ^{*Karte*} ~~gegenüber~~ auspielen konnten, wirkte sich auf die innen-
politische Lage Rumäniens aus. In der Sozialdemokratischen Partei
schienen sich Bedenken zu regen, die den Minister Radaceanu ver-
anlaßten, einem Auslandjournalisten zu erklären, daß seine Parteige-
nossen für die unzerstörbare Freundschaft mit Rußland eintreteⁿ, was
gute Beziehungen zum Westen nicht ausschließe; sie stehe nach wie
vor auf dem Boden loyaler Mitarbeit mit dem König im Rahmen der
demokratischen Institutionen. Constantin Bratianu aber forderte
am 20. Oktober als einzige Lösung angesichts des einstimmigen und
geschlossenen Widerstandes ganz Rumäniens gegenüber dem totalitären
und diktatorischen Regime Grozas dessen Rücktritt. Diese Erklärung
gab er in einer Rede, in der er noch ausführte, die in einer Re-
gierungsverlautbarung Ende August angekündigte Freilassung vieler
Tausender Internierter und die Auflösung der Konzentrationslager
vollziehe sich in der Form, daß die Insassen in andere Gefängnisse
abgeführt würden. Die Pressefreiheit sei gedrosselt, der Rundfunk
diene bloß der offiziellen Propaganda und Angriffen auf die Oppo-
sition, deren Kundgebungen durch Stoßtrupps verhindert werde. Seit-
dem Groza erklärt habe, daß seine Partei der einzige Freund der Sow-
jetunion in Rumänien ^{*sei*} ~~sei~~ eine Gefahr für die Freundschaft mit
Rußland geworden, weil ihn das Volk ablehne. Maniu äußerte am 23.
Oktober vor ausländischen Pressevertretern, „Grozas Regierung ~~sei~~

ist das verabscheuungswürdigste Regime, das Rumänien je besessen hat. Wie es uns aufgezwungen wurde, ist mit demokratischen Grundsetzen nicht vereinbar." Die Regierung erhalte sich an der Macht nur durch bewaffnete Garden, Zensur und Terror.

Die Äußerungen der Parteiführer riefen innerhalb der rumänischen Bevölkerung die absurdesten Gerüchte hervor; man bildete sich sogar ein, starke angelsächsische Verbände seien unterwegs und die Mittelmeerflotte der Briten werde vor der rumänischen Küste demonstrieren, wenn Rußland nicht nachgebe. Zu gleicher Zeit verstärkte sich ^{auch} die kommunistische Agitation. Am 25. Oktober wählte das Zentralkomitee der rumänischen kommunistischen Partei ihr politisches Büro. Es setzte sich zusammen aus den Sekretären des Zentralkomitees ~~Georgiu~~ Gheorghiu-Dej, Anna ~~Pauker~~ Pauker, W. Luca und Teohari Georgescu und den Beisitzern Civu Stoica, G. ^Wasiliki und Miron Constantinescu. ~~Das ganze Land~~

Am 8. November versammeln sich in Bukarest etwa 50.000 Menschen anlässlich des Geburtstags des Königs und demonstrierten ~~wurde~~ mit dem Gesang nationaler Lieder. Es kam zu ^{Zwischenfällen} ~~Fälichkeiten~~ mit der Polizei, die in die Menge schoß und 13 Personen tötete. Die Verlautbarung des Innenministeriums stellte ^{diese} ~~Ergebnisse~~ ^{Ergebnisse} als Anzettlungen von Maniu und Bratianu dar. Aus den Lagern entlassene Faschisten hätten zusammen mit Schülern und Studenten unter dem Vorwand einer monarchistischen Kundgebung Regierung, Ordnung und Sicherheit angegriffen, friedliche Bürger verprügelt und umgebracht. Da die ~~die~~ Ausschreitungen von den historischen Parteien und den restlichen Faschisten im Lande von langer Hand vorbereitet worden seien würde die Regierung strengste Maßnahmen ergreifen und die Verantwortlichen ermitteln.

Die Folge dieser Erklärung waren zahlreiche Verhaftungen; sie erstreckten sich auf nationale Kreise, auf ~~die~~ Zaranisten und Liberalen. Hierauf wagte niemand mehr, sich gegen die Regierung zu wenden. ~~Die~~

Die Mitglieder der Nationalzaranistischen Partei Vasilescu und Professor Viforianu fielen mit einem Offenen Brief am 21. November Maniu in den Rücken und bestätigten die von der Regierung gegen ihn erhobenen Vorwürfe als berechtigt; sie behaupteten weiter, die blutigen Vorgänge vor dem Königsschloß seien das Werk von Faschisten, die unter den Zaranisten Zuflucht gefunden hätten. Am 23. Dezember wurde die Verhaftung Radescus verlautbart, der im Vertrauen auf die Zusicherung der Regierung, daß sie gegen ihn nicht vorgehen werde, sein Asyl in der britischen Gesandtschaft schon vor längeren Wochen verlassen hatte.

Die Außenministerkonferenz, die im Dezember in Moskau tagte, befaßte sich in zwiefacher Hinsicht mit Rumänien; sie erklärte in ihrer Schlußverlautbarung vom 26. Dezember bezüglich des Friedensvertrages, daß dieser nur von den Mitgliedern des Außenministerrates vorbereitet werden wolle, bis der Rat selbst es als gegeben erachte, andere Ratsmitglieder einzuladen, damit sie bei der Behandlung der Fragen, die sie selbst betreffen, ^{zugesen seien;} ~~teilnehmen können~~, das heiße: die Bestimmungen des Friedensvertrages mit Rumänien würden von den Außenministern der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens ausgearbeitet. Wenn dieser Vertrag sowie die Verträge mit Bulgarien und Ungarn vollständig vorbereitet seien, werde der Außenministerrat eine Konferenz einberufen, an der außer seinen fünf Mitgliedern auch die Vertreter jener Staaten teilnehmen, ~~welche~~ die am Krieg gegen Deutschland (und Rumänien) aktiv teilgenommen haben. Nach Abschluß der Besprechungen werde der endgültige Text des Friedensvertrages festgelegt und von allen Staaten unterzeichnet, die sich mit Rumänien im Kriege befanden. Die Verträge bedürfen ^{einer} Ratifizierung durch die betroffenen Staaten.

Die andere Frage mit der sich die Außenministerkonferenz in Moskau befaßte, war die lang hingeschleppte Klärung der innenpolitischen Lage in Rumänien. Man einigte sich, wie es in Punkt VI der Verlautbarung heißt, auf folgendes: " Die drei Regierungen sind bereit, König Michael

den Rat zu erteilen, um den er in seinem Schreiben vom 21. August 1945 nachgesucht hat und der sich auf die Verbreiterung der rumänischen Regierung bezog. Dem König soll geraten werden, je ein Mitglied der Nationalzararistischen Partei und der Liberalen Partei in die Regierung eintreten zu lassen. Die ~~drei~~ Regierungen geben der Auffassung Ausdruck, daß eine so reorganisierte rumänische Regierung die Erklärung abgeben sollte, daß in möglichst kurzer Zeit freie Wahlen auf der Grundlage des geheimen und allgemeinen Wahlrechtes stattfinden werden. Alle demokratischen und antifaschistischen Parteien sollen das Recht zur Beteiligung an diesen Wahlen und zur Aufstellung von Kandidaten erhalten. Die reorganisierte rumänische Regierung soll Zusicherungen abgeben hinsichtlich der Gewährung der Presse-, Religions- und Versammlungsfreiheit". Es wird dann weiter ausgeführt, daß Wyschinski, der USA-Botschafter in Moskau Harriman und der britische Botschafter Clark Kerr sich sofort nach Bukarest zu begeben hätten, um nach Rücksprache mit dem König und der Regierung die Reorganisierung des Kabinetts einzuleiten. Sobald das geschehen ^{sei} und die erforderlichen Zusicherungen ^{vorliegen} gegeben seien, werde die Regierung der USA und die Großbritanniens die rumänische Regierung anerkennen.

Dieser Beschluß bedeutet einen Sieg Moskaus, denn durch Aufnahme von zwei oppositionellen Ministern in das Kabinett änderte sich an dessen politischer Richtung nichts. Die geforderten Zusicherungen ^{brauchte} aber ~~hatte~~ die Regierung Groza, wenn sie einmal anerkannt war, nicht zu fürchten.

Die drei Abgesandten der Außenministerkonferenz trafen am 31. Dezember in Bukarest ein und setzten sich sofort mit dem König und dem Ministerpräsidenten in Verbindung. Zunächst schien als ^{Minister} ~~Maximilian~~ der Nationalzararisten Lupu in Frage zu kommen, der aber in einer Rundfunkerklärung ablehnte und die passive Haltung Manius tadelte; offenbar wollte ^{er} ~~Lupu~~ sich nicht mehr auf seine alte Partei festnageln las-

sen. Der darnach von den Nationalzaranisten präsentierte Jon Mihalache wurde von Groza abgelehnt, der von Seiten der Liberalen auch Constantin Bratianu nicht akzeptierte. Schließlich wurde eine Einigung erzielt indem Emil Hatzieganu (Nat.Zar.) und Mihai Romniceanu als Minister ohne Portefeuille durch königliches Dekret vom 7. Januar 1946 in die Regierung aufgenommen wurden. "Damit hat die Alliierte Kommission ihre Aufgabe beendet," erklärte diese am 8. Januar, während der Ministerrat die von ihm geforderten Zusicherungen am selben Tag in einer Verlautbarung gab, in der es heißt, daß 1. allgemeine Wahlen in die gesetzgebende Versammlung möglichst bald durchgeführt werden, 2. daß alle demokratischen und antifaschistischen Parteien Kandidaten aufstellen dürfen, 3. die Freiheit der Presse, des Wortes, der Religion und das Versammlungsrecht zugesichert werden.

Niemand in Rumänien, das auch früher keine freien Wahlen kannte, zweifelte am Ausgang der bevorstehenden Parlamentwahlen, umso weniger, als die beiden oppositionellen Minister in der Regierung ohnmächtig waren. Hatzieganu weigerte sich schon am 16. Januar, bestimmte Kabinettsbeschlüsse zu unterzeichnen, worauf der Generalsekretär der Nationalzaranisten die von Groza energisch geforderte Zustimmung an Stelle Hatzieganus gab, die auch Romniceanu nicht verweigerte.

Der Zerfall der historischen Parteien ging weiter fort, weil die Kommunisten am 29. Januar beschlossen, eine Einheitsliste aller Nationaldemokratischen Parteien aufzustellen, und sich hierauf verschiedene oppositionelle Politiker beeilten, sich unter die Fittiche dieser siegesgewissen Verbündung zu stellen. Niculae Lupu sprach am ~~28~~ 31. Januar beim König vor, um sich, Mitica Constantinescu und den Minister Alexandrescu als die Führer der neugegründeten demokratischen Bauernpartei (also der von Maniu abgefallenen Zaranisten) vorzustellen und seinen Anschluß an die Nationaldemokratische Front mitzuteilen. Am 10.

März entschließt sich die Sozialdemokratische Partei, der von den Kommunisten aufgestellten Einheitsliste zuzustimmen, wobei sich 29 Mitglieder des Parteikongresses dagegen aussprechen, 60 sich der Stimme enthalten und 32 abwesend sind. Titel Petrescu legt daraufhin den Parteivorsitz nieder und erklärt, eine eigene Partei zu gründen. Auch Tatarescu tritt am 28. April der Einheitsliste mit seiner Gruppe bei.

Am 20. Mai wurde die Bildung des Blocks der demokratischen Parteien und die Schaffung der Einheitsliste verlautbart. Unterschrieben ist das Communiqué von Tatarescu, Groza, Jordecescu (Soz. Dem. Partei), Gheorghiu-Dej, Alexandrescu (Nat. Zar.) und Niculca (Nationale Volkspartei). Das gleichzeitig veröffentlichte Programm erklärt ^{als Ziele} einheitliche Front gegen Maniu und Bratianu, demokratisches Regime, konstitutionelle Monarchie, Souveränität, Achtung des Privateigentums, Freiheit für Wort, Presse, Versammlungen und Religion, Gleichberechtigung der Frauen und Nationalitäten, Frieden mit allen demokratischen Völkern, besonders Rußland, Demokratisierung der Arbeitergesetzgebung, Betreuung der Bauernschaft, Steuersenkung, kostenlosen Unterricht, Schaffung einer einheitlichen Mittelschule, Förderung der Fachschulen, Liquidierung des Analphabetentums.

In diesem Programm werden ^{also} nochmals die Zusicherungen unterstrichen, die die Regierung den Westmächten und Rußland als Bedingung ihrer Anerkennung gegeben hatte, wofür sie bereits am 6. Februar von der USA und der britischen Regierung auch tatsächlich anerkannt worden war, doch wiesen diese beiden Staaten in mehrfachen Erklärungen und Protesten gegen die Fortdauer der undemokratischen Regierungsweise in Rumänien daraufhin, daß Groza seine Verpflichtungen nicht voll erfüllt habe.

Der ehemalige rumänische Staatsführer Marschall Antonescu wurde am 18. Mai zusammen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Mihai Antonescu und mehreren anderen seiner Mitarbeiter vom Volksgericht zum Tode ver-

urteilt. Eine Reihe weiterer Persönlichkeiten erhielt lebenslängliche oder langjährige Kerkerstrafen. Zugleich wurde, auch der Führer der Eisernen Garde Horia Sima ^{zu} ~~oder~~ andere Legionäre in contumaciam zum Tode verurteilt. Die Hinrichtung Antonescus und seiner Mitarbeiter erfolgte nach Ablehnung ihrer Berufung bald darauf an einem nicht-bekanngegebenen Tag.

Bei der Verhandlung gegen Antonescu erregte es Aufsehen, daß der als Zeuge geladene Maniu auf den Angeklagten zutrat und seinem alten Gegner die Hand drückte, was am selben Tag die kommunistische Presse bewog, ^{ihn} Maniu als Mittäter zu beschuldigen.

Am 31. Mai protestierte die britische und amerikanische Regierung wieder in Bukarest und stellte fest, daß die versprochene Meinungsfreiheit weiterhin unterdrückt und durch Gewalttätigkeiten verhindert werde. Die Minister der Opposition wurden übergangen, ein Gesetz für Durchführung der Wahl sei noch nicht erlassen, obwohl diese schon im Mai hätte stattfinden sollen. Als Groza die Vorwürfe als unbegründet zurückweist, bezichtigt ihn die britische Regierung der Unwahrheit. Das US-Staatsdepartement schließt sich dem an.

Erst am 14. Juli erscheint das Wahlgesetz, gegen das die Opposition Einspruch erhebt, der ohne Wirkung bleibt, da, wie Groza behauptet, die beiden oppositionellen Minister Gelegenheit gehabt hätten, ihre Wünsche vorzubringen, die freilich vom Ministerrat verworfen worden waren.

Das Wahlgesetz sieht eine einzige Kammer vor, ^{Ausählung} ~~die Bestimmung~~ der Mandate nach dem Verhältnissystem; ihre Dauer beträgt vier Jahre. Wahlberechtigt sind alle Staatsbürger mit vollendetem 19. Lebensjahr, wählbar, wer das 23. Jahr erreicht hat, freilich abgesehen von Kriegsverbrechern, ehemaligen Ministern und höheren Beamten und ~~den~~ Mitglieder der deutschen Volksgruppe. Die Wählbarkeit wird auch auf

die Armee ausgedehnt, doch wird bestimmt, daß die Soldaten in den Kasernen, Arbeiter und Angestellte in den Betrieben abzustimmen haben, wogegen ~~sich~~ die Oppositionsparteien protestierten. Die Präsidenten der aus den Parteien zusammengesetzten Wahlkommissionen können Richter oder auch andere Personen sein.

Am 27. Juli veröffentlicht die Regierung eine Verlautbarung über die Aufdeckung einer Anzahl von Terrororganisationen, die Radescu geschaffen habe, um mittels Bürgerkriegs das demokratische Regime zu beseitigen; es sei erwiesen, daß ihn dabei Maniu und Bratianu unterstützt hätten. In vier Organisationen habe sich diese Untergrundbewegung betätigt, wie am 15. August der Innenminister erläuterte; man habe auch Waffenlager entdeckt und Spionage zu Gunsten fremder Mächte enthüllt. Unter den Verhafteten befanden sich höhere Offiziere und Politiker. Radescu war es inzwischen gelungen, ins Ausland zu fliehen.

Die Oppositionsparteien leugneten ihre Teilnahme an Untergrundbestrebungen und beklagten sich über den Terror, dem sie bei der Vorbereitung der Wahlen ausgesetzt seien. Maniu weist in einem an (amerikanischen und sowjetischen) den britischen Vertreter gerichteten Memorandum nach, daß die Wahllisten gefälscht und an manchen Orten kaum die Hälfte der Stimmberechtigten aufgenommen wurden, in Bukarest seien von 900.000 Wählern nur 100.000 eingetragen .

Die britische und amerikanische Regierung fordern hierauf am 28. Oktober und nochmals am ^{16.} 7. November in einer scharfen Note, daß die Nationalzaraniisten und Liberalen sowie die unabhängige ~~nationalistische~~ sozialdemokratische Partei in allen Wahlkommissionen vertreten sein müßten und daß ihnen ein freier Wahlkampf zu gestatten sei. In der zweiten Note rügen sie die am 4. November von Groza empfangene Antwort, daß ~~sich~~ ^{in der} die Westmächte einer Verletzung der rumänischen Staatshoheit ^{ding} ~~mit ihrer~~ Einnischung in die inneren Verhältnisse Rumäniens

bezichtigt worden waren.
schuldig gemacht hätten.

Die Wahlen finden endlich am 19. November statt. Die Arbeiter stimmen in den Fabriken, beaufsichtigt von Gewerkschaftsfunktionären, ab, die Bauern beobachtet von den Dorfaktivisten, die Soldaten in den Kasernen in Gegenwart der Polizei-offiziere. Das Ergebnis war das folgende: Demokratische Union (Regierungsblock): 4.766.63 (348 Mandate), Mit dem Regierungsblock gekoppelte ungarische Volksunion: 569.631 (29), Oppositionelle Nationalzaranisten Manius: 879.927 (32) Oppositionelle liberale Partei Bratianus: 259.306 (3), Bauernpartei Lupus: 156.775 (2), Sozialdemokraten Petrescus: 65.528 (0). Der Regierungsblock erreichte mit seinen Mitläufern (ungarischer Volksunion und Lupu-Bauernpartei) ^{79% der Stimmen und 91% der Mandate} 82%. Die Mandate des Regierungsblocks teilten sich nach folgendem Schlüssel auf: Sozialdemokraten 75, Regierungstreue Liberale 75, Kommunisten 73, Arbeiterfront Grozas 70, ungarische Volksunion 26.

Am 25. November überreichten die drei rumänischen Oppositionsparteien den Mächten der Alliierten Kontrollkommission eine Note, in der sie das Wahlergebnis als grobe Fälschung bezeichneten. Die beiden oppositionellen Minister traten demonstrativ zurück. Groza aber verkündete, daß er ~~er~~ auf der bisherigen Linie fortschreiten werde. Schon am 26. November erklärte der geschäftsführende amerikanische Unterstaatssekretär Dean Acheson, das Staatsdepartement besitze umfassende Berichte, aus denen hervorgehe, daß der kommunistische Wahlsieg in Rumänien auf Wahlfälschungen, Wahlrechtsentzug für breite Volksmassen, Einschüchterung und Terror zurückgehe. Die Behauptung, Groza habe seine feierlichen Verpflichtungen eingehalten, könne nicht akzeptiert werden. Zugleich erklärte ein Sprecher der britischen Regierung, England werde seine zukünftigen diplomatischen Beziehungen zu Rumänien einer Prüfung unterziehen.

Die neugebildete Regierung stellte sich am 29. November vor. Ihre

Zusammensetzung ist die folgende: Ministerpräsident: Dr. P. Groza (Bauernfront), Vizeministerpräsident und Außenminister: G. Tatarescu (dis. lib.), Innenminister: Teohari Georgescu (kom.), Justiz: Patrascanu (kom.) Volkswirtschaft: Gheorgiu-Dej, (kom), Verkehr: Ing. N. Profiri (kom.), Unterricht: St. Voitec (soz.), Arbeit und Soziales: I. Radaceanu (soz), Bergbau und Erdöl: Prof. T. Ionescu (soz), Finanzen: A. Alexandrescu (diss. lib.), Öffentliche Arbeiten: G. Vantu (diss. lib.), Kunst und Wissenschaft: J. Pas (soz.), Landwirtschaft: Prof. Savulescu (Bauernfront), Informationen: O. Liveceanu (Bauernfront), Genossenschaften: R. Zaroni (Bauernfront), Kultus: R. Rosculeț (diss. lib), Gesundheitswesen: Frau Dr. F. Bagdasar (Parteilos), Krieg: General Iascar.

Bei der am 2. Dezember 1946 mit einer Thronrede eröffneten Parlamentssession fehlten die Abgeordneten Maniu und Bratianu und die Vertreter der Westmächte.

22. Dezember 1946

Das erste verabschiedete Gesetz brachte am ~~11. Januar~~ 1946 die Verstaatlichung der Nationalbank, wobei die bisherigen Aktionäre eine Entschädigung empfingen. Zugleich wurden Gesetze beschlossen, die den Ankauf rumänischer Aktien durch Ausländer ohne Genehmigung des Wirtschaftsministeriums untersagten, die Verwendung von Gold und ausländischen Valuten selbst als Verrechnungsmittel verboten. Der Weg zur Verstaatlichung der Wirtschaft ~~wäre~~ damit fortgesetzt worden.

Ohne Rücksicht auf die vielen Protestnoten der Westmächte gegen das undemokratische Verhalten der Regierung Groza, ~~unterzeichnet~~ ~~der Friedensvertrag mit Rumänien~~ am 10. Februar in Paris unterzeichnet, zugleich mit den Friedensverträgen für Bulgarien, Ungarn, Italien und Finnland. Die Grenzen Rumäniens entsprechen ~~demnach~~ ^{also} der Linie, die das Waffenstillstandsabkommen vom 12. September 1944 schon festgelegt hatte. Siebenbürgen bleibt ~~demnach~~ in der vor 1940 bestandenen Form bei Rumänien, Bessarabien und die Nordbukowina bei

Rußland, die Süddobrudscha bei Bulgarien. Die rumänische Armee wird wie folgt begrenzt: Heer 120.000 Mann, Kriegsmarine 5.000 Mann, mit einer Tonnage von 15.000 t, Luftwaffe 8.000 Mann mit 150 Flugzeugen, davon höchstens 100 Kampfflugzeuge, ~~Feld~~^{Flak}personal 5.000 Mann. Die Reparationen an Rußland werden nach dem Waffenstillstandsvertrag berechnet, sollen aber in 8 Jahren in Waren geleistet werden. Die Sowjetunion ist berechtigt, soviel Streitkräfte in Rumänien zu belassen, wie zur Aufrechterhaltung der Verbindung zu ihren Truppen in Österreich erforderlich ist. Der Abzug der russischen Truppen soll 90 Tage nach Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Österreich erfolgen. Der Friedensvertrag mit Rumänien enthält ^{keine noch} (die üblichen Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Freiheitsrechte. Bei der Unterzeichnung protestierte Rumänien gegen die Höhe der Reparationen.

Über die Entwicklung des innenpolitischen Lebens gibt eine Erklärung Manius vom 4. April 1947 Aufschluß. Er berichtet, daß seit dem 11. März 264 Mitglieder der Oppositionsparteien verhaftet worden seien. Die Konzentrationslager und Gefängnisse seien überfüllt. Am 10. Juni, vier Tage nach dem der amerikanische Senat den Friedensvertrag ratifizierte, veröffentlicht Maniu einen Aufruf an die Welt, wobei er seine Vorwürfe wiederholte und den König bat, von seinen Rechten Gebrauch zu machen und die gegenwärtige Regierung abzusetzen. Der König ist dazu nicht mehr imstande. Man erzählt sich in Bukarest, daß er sich von Maniu zurückziehe.

Auch eine am 25. Juni überreichte Protestnote der USA, die die terroristischen Maßnahmen der Regierung kennzeichnet, empfing die schon üblich gewordene Erwiderung von Groza, daß die Informationen der Amerikaner auf Verleumdungen der Opposition beruhten und die Regierung lediglich sowjetfeindliche Saboteure verfolge. Nachdem am 9. Juli die drei Oppositionsparteien den Vorschlag gemacht haben,

Rumänien möge die Einladung zur bevorstehenden Pariser Konferenz über den Marshall-Plan annehmen, denn diese Konferenz biete die einzige Chance, aus dem wirtschaftlichen und finanziellen Elend herauszukommen, ein Vorschlag, den die Regierung ablehnt, erfolgen am 14. Juli aufsehenerregende Verhaftungen. Amtlich wird dazu mitgeteilt, einige Nationalzaranisten hätten auf Weisung Manius am 14. Juli ins Ausland mit Hilfe eines bestochenen Piloten flüchten wollen. Sie seien daran verhindert worden. Verhaftet wurden Jon Mihalache, der Vizepräsident der Nationalzaranistischen Partei, der Generalsekretär Penescu, der Organisationsleiter Calandinu und der Abgeordnete Lazar sowie mehrere andere Personen. Der Schlag gegen Maniu selbst wurde am 19. Juli durchgeführt, als das Parlament mit 258 gegen eine Stimme beschloß, seine ^mImmunität aufzuheben. Der 74 ^{alte} Jahre Mann und viele seiner Mitarbeiter ^{verschwand} wurden am selben Tag im Gefängnis überführt. Seine Partei verfiel am 30. Juli der Auflösung durch Parlamentsbeschluß (294 Stimmen dafür, 1 dagegen).

Wieder protestierten die Westmächte mehrfach (am 22. Juli, am 6. August, ~~22. August~~, ^{22.} 22. September), wobei es an der Versicherung nicht fehlte, daß hinkünftig ein weiterer Bruch des Friedensvertrages als Verbrechen gegen die europäische Zivilisation betrachtet werde. Das Aufnahmegesuch Rumäniens für die Vereinten Nationen wurde am 21. August abgelehnt, allerdings empfahl die Vollversammlung am 17. November eine Überprüfung dieses Beschlusses.

Eine Denkschrift des Zentralkomitees der Internationalen Bauernunion (Grüne Internationale) an die Vereinten Nationen mit der Darstellung der systematischen Zerschlagung der osteuropäischen Bauernparteien befaßte sich auch mit den rumänischen Zuständen und trug die Unterschrift des emigrierten Politikers Niculescu-Buzesti, worauf Techari Georgescu bewog, zu erklären, die Untersuchung gegen Maniu

habe dessen Verbindung mit Landesverräterischen Emigrantenkreisen bestätigt.

Der Prozeß fand vom 29. Oktober bis 11. November 1947 statt. Als Angeklagte wurden auch die ins Ausland geflüchteten Politiker Gafencu, Niculescu-Buzesti, ~~XXXX~~ Visoianu und Cretzianu vor die Schwanken gerufen. Die Anklage stützte sich auf das Kriegsverbrechergesetz und dessen Begleitgesetz zur Bestrafung der am Unglück des Landes Schuldigen. Dabei wurde die Nationalzaranistische Partei beschuldigt, mitverantwortlich zu sein ^{für die} an der Antonescu-Regierung, ^{für die} politischen Ausrichtung auf Deutschland, an Konspirationen gegen die Demokratie nach dem Umschwung, an geheimen Verbindungen mit dem imperialistischen Ausland, an militärischen Vorbereitungen zum Sturz der Regierung, an der Bestechung eines Piloten zur Flucht ins Ausland, wo ^{nach} eine Emigrantenregierung gebildet werden sollte. Maniu erklärte sich unschuldig, er habe lediglich im Dienste der demokratischen Rechte mit den Westmächten verkehrt. Seine Verhaftung und die Auflösung seiner Partei sei ^{ein} terroristischer Übergriff. Das am 11. November verkündete Urteil bestrafte ihn mit lebenslänglicher Zwangsarbeit, die angesichts seines Alters in lebenslänglichen Kerker verwandelt wurde, die Strafen für die übrigen Angeklagten, von denen etliche im Ausland weilten, bewegten sich zwischen einem Jahr und lebenslänglichem Kerker.

Zusammen mit dem Vorgehen gegen die Nationalisten wurde am 5. November auch die Position des Außenministers Tatarescu vernichtet. Das Parlament beschloß ein Misstrauensvotum gegen ihn mit der Begründung, daß mehrere hohe Beamte des Außenministeriums, ohne daß der gewarnte Minister eingegriffen habe, Spionagestellen der imperialistischen Nationen mit Dokumenten und Informationen versorgt hätten. Am nächsten Tag trat Tatarescu zurück. Mit ihm schieden auch die Mitglieder seiner Partei aus der Regierung. Zum Außenminister

wurde Anna Pauker ernannt, zum Finanzminister der dritte Generalsekretär der kommunistischen Partei Vasile Luca, zum Arbeitsminister T. Jordacescu (soz.) zum Kultusminister St. Stoian (Bauernfront). Tatarescu versuchte mit seiner Partei in "konstruktive Opposition" zu treten, wurde dabei nach Ausscheiden einer Gruppe unter Petre Bejan, auch bestätigt, doch hob die Partei den Beschluß am 26. November ~~durch einen Beschluß~~ auf, setzte Tatarescu ab, wählte Bejan zum Vorsitzenden, der sich auf dem Boden der Nationaldemokratischen Front stellte. ~~IMXSINKE~~

Im Sinne der gegen Tatarescu erhobenen Vorwürfe berief der neue Außenminister Anna Pauker eine große Anzahl rumänischer Diplomaten aus dem Ausland zurück. Der Aufforderung weigerten sich 14 Gesandte und verschiedene andere Diplomaten zu folgen, Insgesamt wurden 165 Beamte des Außenministeriums ihres Postens enthoben.

Schon im September hatten Verhandlungen zwischen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei begonnen, um eine Einheitspartei der Arbeiterbewegung zu schaffen, deren Gründung am 26. November bekannt gegeben wurde. Sie empfing die Bezeichnung "Arbeiter-Einheitspartei" abgekürzt PUM (Partidul Unic Muncitoresc) Das Programm spricht aus: "Die Ideologie der PUM ist die der proletarischen Klasse und stützt sich auf die Lehren von Marx, Engels Lenin und Stalin. Die PUM wird mit revolutionärer Unnachgiebigkeit gegen alle Feinde der Arbeiterklasse kämpfen."

Inzwischen war am 20. November wieder eine amerikanische Protestnote gegen die im Maniu-Prozeß gemachte Behauptung ^{von} über staatsfeindliche Verbindung ⁱⁿ der Opposition mit dem Ausland eingetroffen. Anna Pauker wies den Protest damit zurück, daß die USA kein Recht habe, Maßnahmen rumänischer Gerichte zum Gegenstand einer internationalen Diskussion zu machen.

Am 3. Dezember beschloß die Kammer ein Gesetz zur Reorganisierung des ~~Gesetzes~~ Gerichtswesens, wodurch die Unabsetzbarkeit der Richter aufgehoben, die Wahl von Volksbeisitzern der Gerichte aus den Reihen der Arbeiter und Angestellten eingeführt wurde. ^{Wahl} Diese Beisitzer ^{find} wurden durch ein Wahlverfahren, das am 19. Dezember ^{dieser} ~~ab-~~ statt. ~~bestellt.~~

Zu den außenpolitischen Maßnahmen der Groza Regierung ist nachzutragen, daß die diplomatischen Beziehungen ^{zu Spanien} am 5. April ¹⁹⁴⁶ ~~ab-~~ gebrochen, mit der Spanisch-Republikanischen Exilregierung und mit der Polnischen Regierung am selben Tag aufgenommen wurden. ^{Im} Im 7. November 1946 fand eine Begegnung zwischen Groza und dem Marschall Jugoslawiens Tito statt, wie Groza am 4. November mitteilte; man habe die gegenwärtige Grenze zwischen beiden Ländern als endgültig anerkannt. Am 9. Juni 1947 besuchte Groza Marschall Tito in Belgrad. In ~~den~~ ^{versicherten} Ansprachen ~~beider~~ Staatsmänner, ~~wurde aus-~~ gesprochen, daß ihre Länder die gleichen Ziele hätten. Eine Verlautbarung teilte mit, daß eine gemeinsame Richtlinie über die Organisation der Donauschifffahrt festgelegt worden sei. Auch werde demnächst in Bukarest ein Kulturabkommen unterzeichnet werden. Einen ähnlichen Freundschaftsbesuch unternahm Groza am 16. Juli in Sofia. Man kam überein ^{Freundschafts-} die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auszubauen und eine Brücke über die Donau zu schlagen, sowie einen Freundschafts- und Beistandspakt ~~ab-~~ abzuschließen. Tito erwiderte den Besuch Grozas am 29. Oktober in Temesvar worauf am 19. Dezember 1947 Tito in Bukarest erschien um einen Freundschafts- und Beistandspakt zu unterzeichnen. Der wesentlichste Punkt darin besagt, daß sich beide Länder in allen wichtigen internationalen Fragen, die ihre Interessen, den Frieden und die internationale Arbeit berühren, ^{sich} beraten die für ihre Sicherheit nötigen Maßnahmen gemeinsam treffen werden. Sollte eines der Länder in einen Krieg

gegen Deutschland verwickelt oder von anderen Ländern angegriffen werden, so sei der Vertragspartner zur militärischen Hilfeleistung verpflichtet. Die übrigen Punkte beziehen sich auf Versicherungen zum Ausbau ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Das Bemerkenswerte an diesem Pakt ist daß ^{er} an keiner Stelle die Sowjetunion erwähnt. ^{Am September 1947 besuchte Groza Prag; es wurde ein König-Haus-Handelsvertrag vereinbart.} Am 26. November begannen auch Verhandlungen mit

Ungarn zum Abschluß eines Freundschafts- und Beistandspaktes, ^{der mit der Belarussischen ebenfalls ins Auge gefaßt wurde.}

Die immer raschere ~~Verwandlung~~ Rumäniens zu ~~einem~~ kommunistischen Staatswesen machte die Position des Königs, dessen Befugnisse ohnehin völlig illusorisch geworden waren, zu ~~einer grotesken~~ ^{inhaltlos}. Als er am 20. November als Gast bei der ~~englischen~~ Hochzeit der englischen Kronprinzessin in London weilte, nahm man in Rumänien an, er werde nicht mehr zurückkehren. Da er trotzdem zurückkam, sahen sich die Kommunisten genötigt, auf die Beseitigung der Monarchie zu dringen. Der russische Außenkommissar Wyschinski erschien in ^{Bukarest} Rumänien. Nach einem Gespräch mit ^{ihm} ~~diesem~~ ^{gab} verurteilte König Michael in einer Rundfunkrede seine ^{bekannte} Abdankung indem er erklärte, er habe festgestellt, daß sich in den letzten Jahren im rumänischen Staat tiefgreifende Veränderungen vollzogen haben, die neue Beziehungen zwischen den wichtigsten Faktoren der Staatsführung erforderlich machten. Er sei überzeugt, daß diese Lage einen wesentlichen wirtschaftlichen und sozialen Umschwung bewirken werde und daß die monarchistische Verfassung den gegenwärtigen Bedingungen des politischen Lebens nicht mehr entspreche und ein ernstes Hindernis für die Entwicklung des Landes bilde. Im Bewußtsein seiner Verantwortung verzichte er daher im Interesse des Landes auf die königlichen Rechte und danke für sich und alle seine Erben ab.

Unmittelbar darnach wurde Rumänien zur Volksrepublik proklamiert, wobei es hieß, das Volk habe die Regierungslast selbst auf sich genommen und das Joch der Großgrundbesitzer und jener Kapitalisten,

die ein Hindernis auf dem Weg zum Fortschritt waren, abgeschüttelt. Durch Beseitigung der Monarchie eröffnet^{en} sich neue Entwicklungswege für die Volksdemokratie. "Ab heute wird die rumänische Volksdemokratie die Heimat aller Arbeiter des Kopfes und der Faust in den Städten und Dörfern sein".

Es wurde ein Staatspräsidium gewählt, das seinen Sitz im Königsschloß aufschlug, und aus folgenden Persönlichkeiten besteht: Mihail Sadoveanu, dem bekannte Dichter, Prof. Parhon, Roman Stere, Jon Niculi und Stefan Voitec. Das Königsschloß wurde in Präsidentschaftspalais um^{benannt}. Dem Staatspräsidium stehen folgende Befugnisse zu: Einberufung des Parlaments auf Ersuchen des Ministerpräsidenten, Unterzeichnung der Gesetze, Ernennung und Entlassung der Minister^{und} der Staatsbeamten, Begnadigungsrecht, Verleihung militärischer Grade und Orden, Akkreditierung der diplomatischen Vertretung. Das älteste Mitglied des Staatspräsidium ist dessen Vorsitzender, ein anderes Sekretär mit eigener Präsidialkanzlei.

Am 31. Dezember 1947 nahm das Parlament einstimmig die Abdankung des Königs und das Gesetz über die Ausrufung der Volksrepublik an und wählte die schon erwähnten Persönlichkeiten zu Mitgliedern des Staatspräsidiums. Formell trat die Regierung zurück, um sich unter Groza neu zu bilden, ~~Reorganisationen~~ wobei nur die Parteien der Einheitsfront berücksichtigt wurden. Gegenüber der bisherigen Ministerliste vollzogen sich ^{unter einer einzigen} ~~folgende~~ Änderungen. Verteidigungsminister ^{wurde} Emil Bodnarus (kom.), ~~Minister für öffentliche Arbeiten~~

2. Wirtschaft

Die Kapitulation Rumäniens zerschnitt seine ~~=====~~ bisherige außenhandelspolitische Ausrichtung. Vier Waren sind es, die Rumäniens Reichtum ausmachten: Erdöl, Holz, Getreide und Vieh, und alle viere fanden ihren Absatz vornehmlich in Mitteleuropa, besonders in Deutschland, seinem bedeutendsten Handelspartner. Auch die Einfuhr des Landes erfolgte vorwiegend aus Deutschland. Der Austausch der rumänischen Naturprodukte mit deutschen und mitteleuropäischen Industrieerzeugnissen, galt gleichsam als ein Lebensgesetz und hatte sich seit vielen Jahrzehnten eingespielt und Rumänien Vorteil gebracht.

Wirtschaftliche Beziehungen mit Rußland ^{gab es} ~~bestanden auch~~ vor dem Krieg fast gar nicht. Nun änderte sich dies schlagartig. Die Ausfallstore nach Mitteleuropa, die bis zum letzten Tag vor dem Umschwung weit geöffnet waren, verschlossen sich, und eine nie vorher bestandene, durch die Waffenstillstandsbedingungen einseitig ^{herausachte} Kettung an die Sowjetunion wirkte sich sofort und diktatorisch aus.

Der Waffenstillstand ^{verpflichtete} hatte Rumänien zu erheblichen Reparationen, ^{unterwarf} ~~unterwarf~~ seine Schiffe der russischen Kontrolle ^{und} ~~unterstellt~~, ^{stellte} seine Transportmittel, die Verkehrseinrichtungen, Treibstoff- und industriellen Anlagen, Lebensmittel und "andere Materialien" den Russen zur Verfügung. ~~Die~~ Schadensersatzsumme, die Rumänien

innerhalb sechs Jahren in Waren (Erdöl, Getreide, Schiffe, Maschinen usw.) bezahlen sollte, bezifferte sich auf 300 Millionen Dollar, womit durchaus nicht der ganze ihm aufgebürdete Schadensersatz festgelegt war, denn für bestimmte sonstige, von rumänischen Truppen in Rußland verübte Zerstörungen sollte noch zusätzlich eine nicht näher bestimmte Vergütung entrichtet werden. ^{Dazu kam, daß sich die Sowjetunion auch noch die deutschen Guthaben anreignete.} ~~Dazu kam, daß sich die Sowjetunion in den Besitz aller deutschen Guthaben brachte. Es ergab sich auch noch, nach dem Recht des Siegers und der Anschauungen, die in Rußland vorherrschten, (mit all dessen Ziffern eine kaum begrenzbare Verfügungsgewalt über die wichtigsten Teile der rumänischen Wirtschaft. erlangte.~~

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Besatzungsmacht unbeschränkt über die wirtschaftlichen Anlagen und ^WVorräte Rumäniens ~~bestimmen~~ konnte. Dies wirkte sich dahin aus, daß Requirierungen der Kommandos und Beutemacherei der einzelnen Soldaten die rumänische Volkswirtschaft vom ersten Tag der Besetzung an in einen Prozeß rapider Verarmung hineinzog. Während der Bundesgenossenschaft Rumäniens mit dem Deutschen Reich war das Land wirtschaftlich nicht erschüttert worden. Die Deutschland gewährten Lieferungen ~~erbrachten~~ einen vollen Entgelt. Die Lebensmittellage war so günstig gewesen, daß die Bevölkerung ~~an Lebensmittelkarten~~ ^{Bezugskarten} kaum benützte und auf freiem Markt das Notwendige einkaufen konnte. Auf freiem Markt vermochte Rumänien auch die ~~Bedürfnisse~~ ^{den} an seinen Grenzen kämpfenden deutschen Divisionen ^{zum Bedarf} zu einem wesentlichen Teil zu decken, ohne ^{daß} die Proviantierung ^{der rumänischen} seiner eigenen Armee oder der Bevölkerung zu beeinträchtigen. ^{worden wäre.}

Nun änderte sich dies von Grund auf, allerdings trat das Verhängnisvolle der Entwicklung erst nach einigen Monaten ^{Krisenlage} ~~schon~~ in Erscheinung, weil die vorhandenen Vorräte, besonders an Lebensmitteln ~~sehr~~ groß waren.

Der Einmarsch der Russen führte, was sich ebenfalls auf die Wirt-

schaft auswirkte, zu einer außerordentlichen Belebung der gewerkschaftlichen Tätigkeit und damit zu Lohnforderungen.

Nach einer Meldung des Tassbüros vom 27. Januar 1945 beliefen sich die bis zum 24. Januar nach Rußland verladenen ~~Waren~~^{Extrakt} Produkte auf 478.000 t. ~~ferner auf~~ 9.000 Meterzentner Fichten- und Buchenholz, 2300 t Mais, 500 t Gerste, sowie 1000 t verschiedener Industrieausrüstungen und landwirtschaftlicher Maschinen, abgesehen von der Rückführung von Gütern, die nach sowjetischen Angaben Rumänien aus Rußland verschleppt hatte. Wenn die Regierung Groza am 8. März 1945 in ihrem Programm die Bekämpfung der Spekulation, die Senkung der Lebenshaltungskosten und der Preise verkündete, so gibt dies ein Bild für die Verwirrung, die durch die russischen Requisitionen und die völlige Unterbindung des bisherigen Absatzmarktes eingetreten war. Selbst die Russen sahen sich genötigt, am 12. September 1945 die in einem Jahr nach Waffenstillstand eingetretene Verarmung Rumäniens, ja die Hungersnot, ~~in diesem Land~~ mit einem Darlehen von 150.000 t. Getreide und 150.000 t Mais zu lindern, wobei die Bedingung gestellt wurde, daß diese Mengen mit einem Aufschlag von 5% in zwei Jahren zurückzuzahlen seien und zwar in Getreide. In ~~dem~~ dem darüber abgeschlossenen Vertrag wurden auch die Getreide- und Futterlieferungen, dazu die Bekleidungslieferungen an die Sowjettruppen in Rumänien eingeschränkt. Die Schuldsumme, die Rumänien zu leisten hatte, erfuhr eine Herabsetzung, ebenso ~~war~~ war Rußland bereit, Rumänien seine Eisenbahnlinien zurückzuerstatten und ihm bei der Auffüllung des Waggonparks und bei der Rückgabe eines Teils der Flotte entgegenzukommen. Kurze Zeit nachher, am 29. Oktober 1945, billigte die rumänische Regierung die Gründung einer russisch-rumänischen Bank, der Sowrom-Bank G.m.b.H., der rumänisch-russischen Lufttransportgesellschaft und der Sowrom-Petrol, einer russisch-rumänischen Petrolgesellschaft, in der beide Länder

zu je 50% beteiligt sind. Daß England und die USA gegen diese Verträge protestierten, ist verständlich, weil damit ^{hier} ~~die~~ einstigen großen Beteiligungen ~~Rumänien~~ beiseitegeschoben wurden. Der rumänisch-russische Handelsvertrag vom 16. Mai 1945 sah den Austausch von rumänischem Öl und landwirtschaftlichen Produkten sowie anderer Rohstoffe gegen sowjetische Baumwolle ^{gegegelt;} ~~vor~~, er wurde ergänzt durch ~~den~~ ^{gegenwärtige Handelsvolumen?} Zusatz vom 11. Juli 1945, der ~~den~~ ^{gegenwärtige Handelsvolumen?} Austausch auf das vierfache des Vorkriegsumfanges erhöhte, was an Menge gar nichts besagte und gemessen an den Reparationslieferungen ^{nicht ins Gewicht} ~~gegenstandslos~~ fiel. Einen ähnlichen Vertrag der Vervielfachung des Vorkriegsverkehrs schloß Rumänien am 12. Juli 1946 mit Polen, ~~der~~ vereinbarte am 17. Oktober des gleichen Jahres ein Handelsabkommen mit Bulgarien, das auch ~~die~~ Erweiterung des früheren Warenaustausches vorsah, und am 17. November mit der Tschechoslowakei, dem ein Vertrag am 15. Dezember 1945 mit Jugoslawien folgte. Diese Verträge konnten allerdings mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage Rumäniens ~~mit~~ vorerst keine wesentliche Bedeutung erlangen.

Den verhängnisvollsten Einfluß übte die Agrarreform auf die ^{Volkswirt-} hergebrachte Struktur der rumänischen Landwirtschaft aus. Schon die nach dem ersten Weltkrieg durchgeführte Bodenreform hatte die ^{beachtliche} ~~Aus-~~fuhrkapazität verringert, was später wettgemacht werden konnte. Jetzt freilich kam mit dem Gesetz vom 20. März 1945 eine viel radikalere Umwandlung der Agrarverfassung zustande, die sofort die hochwertigen, ~~sehr~~ ^{beachtliche} ~~großen~~ Überschüsse abwerfende Erzeugung der deutschen Bauern ~~ernachste~~ in Siebenbürgen und im Banat lahmte ^{weil deren} ~~weil deren~~ Acker ungeeigneten Kolonisten zufielen, ^{wohin sie zunächst} ~~die zunächst~~ die vorhandenen ^{schon waren aufgebraucht} ~~Bestände verpraßten~~. Die nationalistische und soziale ^{Tendenz} ~~Note~~ des Gesetzes entsprach nicht seiner volkswirtschaftlichen ^{Nützlichkeit} ~~Nützlichkeit~~. Als Zweck der Reform ~~zweck~~ ^{war} ~~verfügte~~ das Gesetz die Vergrößerung der Anbaufläche der vorhandenen Bauerngüter von weniger als 5 ha, die Schaffung neuer Bauerngüter für Landarbeiter, von Gemüsegärten

für Arbeiter Beamte und Handwerker und ~~die~~ ^{Gewinnung} die Errichtung von landwirtschaftlichen Flächen für agrarische Schulen, Versuchsfarmen u.ä. Enteignet wurde der landwirtschaftliche Besitz deutscher Staatsbürger und rumänischer Staatsbürger, die mit Deutschland kollaboriert hatten, ferner der Landbesitz der Geflohenen und jener, die 7 Jahre lang ihr Land nicht selbst bebaut hatten, wobei ihnen 50 ha belassen wurden. Verpachtungen wurden verboten als ein Zeichen des Feudalismus, und denen, die von Verpachtungen gelebt hatten, verblieben nur 10 ha. Der Maschinenpark und das Vieh der ^{Vollenteig-}neten ging auf den Staat über, der Ausleihzentralen ^{über} dafür schuf, also ^{an} ~~an~~ Keimzellen der Kolchosen. Die Aufteilung des enteigneten Grundes wurde an Landarbeiter ohne Besitz oder mit weniger Besitz als 5 ha vorgenommen durch örtliche Kommissionen, wobei die ^{zügerteile Kopf} ~~die Besitz-~~ ~~anteil~~ 5 ha nicht überschreiten durfte und der Preis pro Hektar ^{mit} auf 1000 kg. Weizen oder 1200 kg. Mais ^{bestimmt} ~~berechnet~~ wurde, zahlbar sofort in bar oder in Natura zu 10%. Der Rest muß in zehn bis zwanzig Jahren beglichen werden.

Da den neuen Eigentümern weithin Gerät und Vieh fehlte, ihre landwirtschaftlichen Fähigkeiten zumeist gering waren, ergab sich aus der Reform eine Schädigung der Produktion, die Rumänien ^{verlor} durch ~~seinen Rang als~~ ^{seinen Rang als} viele Jahre aus einem Land mit großem agrarischem Überschußgebiet, und die durch die Besetzung verursachte Lebensmittelnot zu einem ^{für} ^{im Existenzstand} ebenfalls Jahre andauernden Zustand machte. Am 2. Juli 1945 betrug die aufgeteilte Bodenfläche 1.200.000 ha und ^{betrag} ~~enthielt~~ 28.000 Güter und Höfe.

Die rumänische Ölerzeugung ~~kam~~ belief sich 1946 auf 4,64 Millionen t., auf die Hälfte des Jahres 1938 und zeigte gegenüber 1944, wo sie nur 3,53 Millionen t betragen hatte, einen kleinen ^{Anstieg}. Die Raffinerien erzeugten 1945 nach einem Ausweis vom 18. Juli 1946 in 1000 Tonnen:

i k g s

	Produktion	Inlandsverbrauch	Export nach Rußland
Benzin	1274	119	1234
Leuchtöl	583	207	330
Gasöl	647	165	357
Brennöl	1789	840	1136
Schmieröl	106	26	61
andere Derivate	51	35	4
	4450	1392	3122

Diese aus dem "Moniteur du Pétrole Romain" entnommenen Zahlen sind ein Beweis für den Umfang der Lieferungen an Rußland, wobei sich nicht feststellen läßt, wie hoch dabei der Anteil der unvergüteten Requisitionen ist.

In den Jahren 1946 und 1947 ergibt ^{sich} folgendes Bild:

Je einflußreicher die Kommunisten und damit die marxistische Doktrin in der Regierung wurden, um so deutlicher machte sich die Tendenz zur Sozialisierung bemerkbar, deren Verwirklichung in einer einfachen Verstaatlichung vorgenommen wurde. Der erste Schritt war die Verstaatlichung der Nationalbank und ihre Verwandlung in eine Staatsbank (das Gesetz trat am 1. Januar 1947 in Kraft). Die Aktionäre erhielten eine Entschädigung. Unverändert blieb das Aktienkapital in der Höhe von 600 Millionen Lei. Der Staatsbank steht das alleinige Emissionsrecht zu. Die Golddeckung wurde auf 25% festgelegt. Die Staatsbank hat die Aufgabe, "als Beauftragte des Staates" die Lenkung und Kontrolle des gesamten Kreditwesens in Übereinstimmung mit den Anweisungen des Obersten Wirtschaftsrates durchzuführen.

Zugleich mit der Verstaatlichung der Nationalbank, die in der rumänischen Wirtschaftsgeschichte als konzessioniertes Privatunternehmen immer eine Domäne der Liberalen Partei, aber auch ein vernünftiges Steuerungsorgan der Volkswirtschaft gewesen war, wurde das Gesetz wirksam, das mit dem Ablieferungszwang für Devisen und Valuten und Gold, die Verwendung von Gold und Valuten als Verrechnungsmittel bei Handelsabkommen und Pfandgeschäften untersagte. Der Ankauf rumänischen Aktien durch Ausländer wurde genehmigungspflichtig.

Der Ministerrat nahm am 19. Juni 1947 einen von der kommunistischen Partei ausgearbeiteten Plan zum Wiederaufbau des Landes einstimmig an; er sieht wirtschaftliche und soziale Reformen vor, um den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. Nach dem Plan sollen monatlich bis Ende des Jahres folgende Produktionszahlen erreicht werden: 450.000 t Öl, 200.000 t Kohle, 15.000 t Eisenerz, 12.000 t Gußeisen, 25.000 t Stahl und 20.000 t Walzprodukte. Die Lebensmittelherzeugung, die 1946 nur 40% derjenigen von 1938 erreichte, soll gehoben werden. Dieser Plan beseitigt die allgemeine Verarmung, er

bezieht sich auf
(die staatlich gewollte Industrialisierung ~~hier~~), die als das Hauptprinzip der rumänischen Wirtschaftspolitik Jahr um Jahr stärker sichtbar werden wird. Sie bedeutet für die Privatindustrie eine fortdauernd verschärfte Lenkung durch staatliche Behörden bis zur späteren Verstaatlichung, für den Handel aber eine noch raschere Überführung in die Hand des Staates.

Zwei wichtige Gesetze, die miteinander in Beziehung stehen, dienten dieser Entwicklung: 1. am 8. August 1947 genehmigte das Parlament die Einhebung von Steuern, Schulden an den Staat und verschiedenen staatlichen Abgaben in Waren. Industrielle und Händler, die ihre Verbindlichkeiten an den Staat nicht innerhalb 5 Tagen getilgt haben, müssen diese Schulden in Waren begleichen. Falls sie sich aber mit ungesetzlichen Transaktionen ~~mit~~ fremder Valuta befaßt haben, wird das Zehnfache jener Warenmenge beschlagnahmt, welche für Gold oder Auslandsvaluta verkauft wurde. Dieses Gesetz tritt nach Durchführung der Währungsreform außer Kraft. Die Steuern in Form von Waren werden von einer besonderen Kommission des Finanzministeriums eingehoben, 2. am 15. August 1947 - also nachdem von Industriellen und Kaufleuten die rückständigen Steuern, Abgaben und Schulden an den Staat beglichen sein mußten - erließ das Parlament die sofort in Kraft tretenden Währungsreform, die infolge der ständig fortschreitenden Inflation notwendig geworden war. Sämtliche alten Banknoten und Münzen wurden ungültig und bis zum 21. August zum Kurs von 20.000 zu 1 in neue Zahlungsmittel umgetauscht, wobei ~~auch~~ die verschiedenen Bevölkerungsschichten nur eine bestimmte Menge von Banknoten eintauschen durften. Zugleich wurden sämtliche Bankeinlagen blockiert. Der Preis für 1 kg Gold wurde auf 168.350 Lei festgesetzt, die offiziellen Kurse wie folgt vorgeschrieben: 1 Dollar 150 Lei, 1 schw.Frc. 34,88, Pf.Sterling 605,4, 1 Golddollar 253, 1 Goldpfund 1231,1 franz.Frc. 1,25, 1 belg. Frc. 3,5, tsch.Krone 3 Lei.

Nicht die Währungsreform, sondern das ihr knapp vorausgegangene Gesetz, das der Privatwirtschaft binnen 5 Tagen die Bezahlung aller Verpflichtungen dem Staat gegenüber zur Pflicht machte, erschütterte sie, die schon infolge der riesigen Inflation und der staatlichen Lenkung der Wirtschaft Verluste erlitten hatte, die nicht schätzbar sind; die privaten Industrien und der Handel waren praktisch zum Ver^tderben gebracht, ihr Kapital und ihre Vorräte erschöpft. Eine Lähmung der Steuerkraft zeigte sich, der das Gesetz vom 15. Dezember mit der Einführung von Zwangsarbeit für Steuerflucht zu begegnen suchte, indem Steuerfergehen ^{der} ~~den~~ Sabotage gleichgesetzt wurden.

Eine weiterer Schritt zur Verstaatlichung der Wirtschaft waren die beiden am 16. Dezember erlassenen ~~Gesetze~~ ^{die} Verordnungen der mit absoluter Vollmacht zur Regelung der Wirtschaft ausgestatteten Staatskommission für den Wirtschaftsbau. Diese Verordnungen ermäch-^{acht}tigten das Handels- und Industrieministerium, staatliche Aktiengesell- schaften zu gründen, die mit der Ein- und Ausfuhr von Waren und In- dustrieerzeugnissen betraut werden. Sie dürfen die zur Ausfuhr be- stimmten Güter selbst sammeln und verarbeiten, wie auch die eingeführ- ten Waren selbst in den Handel bringen. Des weiteren wird das erwähn- te Ministerium ermächtigt zur Gründung von staatlichen Handelsfirmen zum Detailverkauf von rationierten und nichtrationierten Waren, Ge- brauchsgütern und Lebensmitteln. Das heißt also: der gesamte Außen- handel wurde verstaatlicht und staatliche Firmen errichtet, um den privaten Inlandshandel zu ersetzen.

Es war die bis dahin wichtigste Etappe zur Sozialisierung in der Form ~~der~~ unmittelbarer Verstaatlichung. Es lag in der Konsequenz dieser Maßnahmen, daß sie nun auch auf die Industrie weitergriffen: ~~am 30. Dezember 1947~~ doch geschah dies erst später. Lediglich ^{bei} ~~der~~ Sovrombank, einer ^{der} Unternehmungen, die seit 1946 zu je 50% der Sowjetunion und privaten rumänischen Kapitalisten gehörten, übernahm

im Jahr 1947

der Staat die rumänischen Anteile.

Entsprechung der schweren Lage der rumänischen Volkswirtschaft waren die wirtschaftspolitischen Abmachungen mit fremden Staaten in den Jahren 1946/47 von ~~sehr~~ geringer Bedeutung. Der Handelsvertrag mit der Sowjetunion vom 24. Februar 1947 setzte fest, daß Rußland Rumänien Rohstoffe für die Eisen-, Stahl und Textilindustrie liefern und dafür Ölerzeugnisse und Baumaterial empfangen sollte. Die von Rußland zu liefernden Waren wurden ~~mit~~ 25 Millionen Dollar begrenzt, die rumänischen Gegenleistungen in Waren auf 13 Millionen, der Restbetrag wurde Rumänien kreditiert. Der Besuch einer Regierungsdelegation unter Führung Grozas in Prag erbrachte am 5. September 1947 ein Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit und einen Handelsvertrag, der der Tschechoslowakei 25.000 Waggon Mais zur Verfügung stellte, wofür sie Maschinen und andere Industrieerzeugnisse zu liefern hatte. Argentinien gewährte Rumänien am 13. Oktober 1947 einen Kredit von 25 Millionen Peso zum Ankauf von Häuten, Wolle und ähnlicher Waren, unter der Bedingung, daß ein Weiterverkauf an Rußland unstatthaft sei.

Ein besonderes Merkmal ~~nein~~ der sozialen ⁱⁿ ~~als der~~ wirtschaftlichen Lage Rumäniens seit dem Umschwung vom 23. August 1944 ist die Wohnungsnot, die infolge der Besatzung und vor allem durch die Aufblähung der Behörden und die künstliche Industrialisierung fortwährend zunahm. Ein Zimmer für die Familie ist die Regel, es wohnen aber auch oft zwei Familien in einem Raum. Die Auswirkung auf die Moral der Bevölkerung ~~bedarf keiner Erläuterung.~~ ^{beeinträchtigte sich} Die Verarmung ~~noch mehr beitrug,~~ was sich besonders in ~~das~~ Arbeits~~schicksal~~ der Arbeiter und Angestellten ~~äußerte.~~ Der Diebstahl im Betrieb gilt allgemein nicht als Schande. Die Korruption der Ämter, seit jeher in Rumänien Sitte, konnte durch Strafbestimmungen nur vorübergehend gemäßig werden.

3. Kultur

Das kulturelle Leben Rumäniens nach dem Umschwung vom 23. August 1944 bis zum Thronverzicht des Königs Michael und zur Ausrufung der Volksrepublik am 30. Dezember 1947 verläuft gleichgepaart zur innenpolitischen Entwicklung unter dem zunehmenden *Gericht* der kommunistischen Ideologie.

Zunächst wurden sofort nach dem Sturze des Marschalls Antonescu aus den Schulen alle geistigen *Einflüsse seines Regimes* ~~Niederschläge~~ beseitigt, die sich ~~im~~ *Regime* im Lehrplan und in den Lehrmitteln verankert hatten. Der Lehrkörper geriet dabei in den Zwiespalt, zugleich für den monarchistischen Gedanken und für eine Demokratie einzutreten, die nach Bildung der Regierung Grozas immer mehr mit der kommunistischen Lehre gleichgesetzt wurde.

Die anfangs verkündete Meinungsfreiheit unterlag im Sinne des Waffenstillstandsvertrags vom 12. September 1944 der Überwachung durch das sowjetische Oberkommando. Auch auf diesem Gebiet zeigte sich nach kurzem ~~schon~~ *stets* ein ~~immer~~ *Schleier* schärferes Eindringen marxistischer Gesichtspunkte, die durch ~~Streiks und~~ *gegen Reaktionäre* ~~gewaltsame~~ *angeführte Streikbewegungen* ~~Förderung~~ *eine* erfuhren.

Jede publizistische und nach wenigen Monaten auch jede kulturelle Äußerung mußte, wenn sie sich nicht im Rahmen der Naturwissenschaften oder der unpolitischen Künste hielt, *die Bolschewistenmeinung* ~~schon~~ *berücksichtigen* ~~des öffentlichen Lebens~~ *mit der Willkür* ~~immer mehr angleichen~~. *worden* *beeinflusst* ~~was umso~~ *was umso* ~~rascher~~ *geschah*, als die oppositionellen Blätter ~~zunehmend~~

benachteiligt, dann aber ausgeschaltet wurden.

Als am 4. Mai 1945 ein Erlaß die Bibliotheken und Buchhandlungen verpflichtete, ihre Bestände zu benennen, war die Grundlage geschaffen, um daraufhin rund 8000 Bücher zu verbieten.

Personen, die als faschistisch galten, verloren ihre Stellung in den Schulen und sonstigen Kultureinrichtungen. Durch solche und ähnliche Maßnahmen geriet schließlich der gesamte Bereich der kulturpolitischen Arbeit und der künstlerischen Erzeugung ins Fahrwasser der staatlich vorgeschriebenen Doktrin.

Über das kulturelle Leben der Minderheiten siehe Abschnitt 5.

4. Kirche

Bis zur Ausrufung der Volksrepublik enthielten sich die nach dem Umschwung amtierenden rumänischen Regierungen ernster Eingriffe ins ~~das~~ Leben der Kirchen. Die von allen Kabinetten verkündete konfessionelle Freiheit wurde aber mit der zunehmenden Verstärkung des kommunistischen Kurses, weniger durch Erlässe als durch ~~die~~ Propaganda, auf die einzelnen Kirchen verschieden dosiert.

Die römisch-katholische Kirche bekam dies sehr bald zu verspüren, indem man ihr eine kosmopolitische, den nationalen und kommunistischen Ideen feindliche Haltung vorwarf, wodurch *ihre* Stimmung erzeugt werden sollte, die man später bei der Verfolgung der ~~römisch-katholischen~~ *ihres* Geistlichen ~~zur Begründung aus-~~ *beindrückte die* nützen wollte. Allerdings ~~beschränkte sich dieser gefühlmäßigen Verleumdung~~ *beeindrückte die* lediglich ~~an die~~ *der Partei der Hetze und* überzeugten Kommunisten. Auch die griechisch-katholische Kirche stieß bald auf dieselbe Ablehnung, während die griechisch-orthodoxe Kirche, der die meisten Rumänen angehören, in den ersten Jahren von staatlichen Eingriffen verschont blieb. Daß aber auch sie vom Erstarken des kommunistischen Einflusses berührt wurde und ihre Führung sich genötigt sah, Loyalitätserklärungen abzugeben, erweisen zwei Äußerungen des rumänischen Patriarchen Nikodem. Er dankte am 19. Februar 1945 der Sowjetregierung für das humane Verhalten der

russischen Truppen gegenüber den Männern- und Frauenklöstern und sonstiger religiöser Stätten; die Rotarmisten hätten ihren fürsorglichen Schutz all diesen Einrichtungen angedeihen lassen. Noch deutlicher schloß sich der Patriarch am 3. November 1946 der siegreichen politischen Richtung an, als er ^{bei einem Besuch} in Moskau erklärte, durch die „Demokratisierung“ Rumäniens erfahre auch das kulturelle Leben einen bedeutenden Aufschwung; das komme der rumänisch-orthodoxen Kirche zugute, die mehr als 13 Millionen Mitglieder zähle; sie könne die fortschrittliche politische Entwicklung nur begrüßen, und zwar in jeder Hinsicht. In dieser Erklärung deutet sich bereits die Sorge vor den ^{Maßnahmen} an, die ~~schon fünf Monate später~~ ^{Maßnahmen} in den nachfolgenden Jahren zur Absetzung zahlreicher Priester führen sollten.

Für die evangelischen Kirchen verstrichen die ersten drei Jahre im allgemeinen ohne fundamentale Erschütterung. Ihre Kirchenkinder gehörten fast durchwegs der deutschen oder der ungarischen Minderheit an. Daher wird über ihre Entwicklung im folgenden Abschnitt noch einiges zu berichten sein.

Die innenpolitische Lage mit ihren beklemmenden Auswirkungen auf die Bevölkerung, das Gefühl der Unfreiheit, ~~die~~ Not und ~~die~~ Verfolgung machten den Gottesdienst zur Zufluchtstätte der Seelen. Der Besuch der Kirchen nahm sichtlich zu, und dies wirkte auf die glaubensfeindlichen Tendenzen der Machthaber zurück.

Die Selbstverwaltung der religiösen Kultgemeinschaften wurde durch den Abschnitt III. des von Radulescu erlassenen Nationalitätenstatut anerkannt und auch die Besoldung der Priester mit staatlicher Unterstützung für alle gleichmäßig geregelt.

5. Minderheiten

über des vielgerichtigen
Die Minderheitenpolitik *aller* nach dem rumänischen *Regierungen nach dem* Umschwung vom
23. August 1944 bis zur Errichtung der Volksrepublik *glänzt das*
off wiederholte *offiziell* ~~stand von~~ ~~Anbeginn~~ dem Bekenntnis zur Gleichberechtigung aller
Staatsbürger. Die rechtliche Grundlage dafür gab das Nationali-
tätenstatut vom 6. Februar 1945, das die Regierung Radulescu er-
ließ und das vom Kabinett Groza bestätigt und durch das Gesetz
vom 3. August 1945 "Über die Feststellung und Bestrafung von
Verstößen gegen das Gesetz über das Nationalitätenstatut" gesi-
chert wurde. Zugleich mit diesem Strafgesetz wurde die Bezeich-
nung "Minderheit" als überlebt *nicht lebensfähig* aus dem staatlichen Gebrauch ge-
strichen und durch den Begriff der "zusammenwohnenden Nationa-
litäten" ersetzt; allerdings spricht die Verfassung von 1952 im
Gegensatz zu der von 1948 wieder von "nationalen Minderheiten".

Das Nationalitätenstatut sichert allen Staatsbürgern "ohne
Unterschied der Rasse, Nationalität und Religion" die gleichen
politischen und zivilen Rechte zu. Eine Verletzung dieses Grund-
satzes ist strafbar. Daher hat jeder Staatsbürger das Recht, sei-
ne Muttersprache oder Nationalität selbst zu bestimmen, eine Ein-
flußnahme gleich welcher Behörde *darauf* ~~in dieser Hinsicht~~ ist verboten.
Als Amtssprache des Staates gilt die rumänische, jedoch darf ~~jeder~~
jeder Mann im Privatleben, in Industrie und Handel, in Religions-
fragen, in Veröffentlichungen und Versammlungen ~~seine~~ Sprache

(die eigene)

frei und unbeschränkt benützen. In Gebieten, wo 30% der Bewohner eine andere als die rumänische Muttersprache haben, sind die Gerichte verpflichtet, Eingaben in dieser Sprache anzunehmen, sich dazu in derselben Sprache zu äußern und ^{auch} ~~die~~ Parteien ~~ebenfalls~~ in ihrer Muttersprache anzuhören. Das gilt ^{ebenso} ~~auch~~ für die ⁱⁿ Komunal- und Kreisbehörden ^{und} ~~sowie~~ für die Sitzungen der örtlichen und der Kreisräte. Infolgedessen müssen Richter und Beamte in solchen Gebieten die Sprache der dort lebenden Nationalitäten beherrschen. Die Verwendung von Ortsbezeichnungen in der Sprache der Nationalitäten ist in deren Zeitungen erlaubt, ebenso in Eingaben und in den Sitzungen der Nationalitätsgebiete. Öffentliche Beamte, die auf Grund von Zeugnissen anerkannter Lehranstalten ernannt werden, dürfen einer Prüfung ihrer rumänischen Sprachkenntnisse nicht unterzogen werden. Alle Gesetze werden auch in der Sprache der Nationalitäten veröffentlicht, wenn diese mindestens 5% der Gesamtbevölkerung des Landes ausmachen. Verordnungen der lokalen Behörden sind ~~auch~~ in den Minderheitsgebieten ^{auch} in deren Nationalitäten Sprache zu veröffentlichen. Der Unterricht in der Muttersprache wird durch Errichtung staatlicher Schulen für die Nationalitäten zugesichert, sofern er durch private konfessionelle Schulen nicht schon erteilt wird. Die Prüfungen, einschließlich der Reifeprüfung, werden in der Unterrichtsprache der betreffenden Anstalt abgelegt. Die konfessionellen Privatschulen der Nationalitäten erhalten dieselbe materielle Staatsunterstützung, wie die privaten konfessionellen rumänischen Schulen. Unter Berücksichtigung der Anzahl der Studenten werden an der Universität Klausenburg Lehrstühle mit Vorlesungen in ungarischer und deutscher Sprache eingerichtet.

Das Nationalitätenstatut bezweckte, die nationalen Minderheiten für den neuen Staat zu gewinnen, wobei in erster Linie an

die Madjaren gedacht wurde, deren Hauptsiedlungsgebiet in Nord-siebenbürgen ^{Waffenstillstand} mit dem ~~Rumänien~~ wieder ~~an~~ Rumänien ^{nach Auflösung der ruffischen Militärverwaltung in Nord-siebenbürgen} zurückfiel. Am 12. März 1945 tritt Groza in einer Ansprache auf dem Freiheitsplatz in Klausenburg in Gegenwart Wyschinskis, der sich im selben Sinne äußerte, für die Brüderlichkeit zwischen Ungarn und Rumänien ein. Am 18. Mai 1945 nahm ~~Groza~~ ^{er} an der Tagung der Ungarischen Volksunion, die 500.000 Mitglieder zählte, in Klausenburg teil, begleitet von den wichtigsten Persönlichkeiten der Nationaldemokratischen Front. Die Ungarische Volksunion erstrebte, was ~~er~~ später auch ^{verwirklichte} erreichte, die Errichtung einer Kultur- und Verwaltungsautonomie für die von den Madjaren hauptsächlich bewohnten Gebiete Siebenbürgens. Dieses Ziel blieb ihr allerdings jahrelang ^{unerschaffen} ~~verwirklicht~~ noch ^{hatten sich} unerfüllbar. Immerhin gelang es ihr während der ersten Monate nach dem Umschwung, als die Nordsiebenbürgischen Bezirke von der russischen Militärregierung verwaltet wurden, ^{die Madjaren in den} ~~tschechoslowakische~~ ungarisch-rumänische Kommissionen ^{güte} zu schaffen, in denen die Madjaren schwer zu erschütternde Positionen ^{besaßen} ~~geschaffen~~ ^{mit} die im Interesse des Staates auch nach ihrer rechtlichen ~~Aufhebung~~ als Stützen der "Volksunion" innenpolitische Bedeutung behielten.

^{entgegenkommen}
Um die Ungarn zu gewinnen, wurde am 28. Mai 1945 durch königliches ~~Erkenn~~ Dekret eine Ungarische Universität mit vier Fakultäten in Klausenburg errichtet.

^{Ungarischen}
Der Vorsitzende der Volksunion K. Gyarmas bekannte sich ^{kein} zum neuen demokratischen Rumänien mit seinen gleichberechtigten Bürgern; ^{stark} ~~wobei~~ es sich aber bald herausstellte, daß er und seine Mitarbeiter L. Csögör und E. Balogh dem eigentlichen Sinn des neuen Nationalitätenkurses, wie ihn die Regierung Groza auffaßte, ~~nicht~~ ^{als einem Mittel} entsprachen, denn Groza sah in der Nationalitätenpolitik ^{vor allem} ein Mittel zur kommunistischen Durchsetzung der Minderheiten. Gyarmas

nicht entsprechen.

und seine Mitarbeiter wurden nach kurzem ausgeschaltet und liquidiert. Hierauf übernahm einer der Generalsekretäre der kommunistischen Partei, der Madjare Vacile Luca, der als Finanzminister später ins Kabinett eintrat, die praktische Führung der ungarischen Verbände und zog sie in die "Nationaldemokratische Front" und damit ins Gefüge der kommunistischen Partei hinein.

Auch den anderen Nationalitäten Rumäniens stellte sich Groza als Freund vor, so z.B. am 4. Oktober 1945 den Serben des Banats, ^{die kürzlich befreit wurden} Nur eine Nationalität blieb in dem betrachteten Zeitabschnitt außerhalb der Rechte des Nationalitätstatuts, die deutsche.

Von den Ereignissen des 23. August 1944 war die deutsche Volksgruppe, obwohl sie die Konspirationen der ~~verschiedenen~~ ^{hier} auf den Umsturz hinarbeitenden Politiker erkannt und den reichsdeutschen Stellen mehrmals gemeldet hatte, völlig überrascht worden. Der Volksgruppenführer Andreas Schmidt befand sich in Berlin. Die in den letzten Jahren straff organisierte Zentrale des Deutsch-tums versagte, als sie nun wirklich benötigt wurde. Evakuierungspläne lagen nicht vor. Die Amtswalter reagierten auf den Frontwechsel des Königs verschiedenartig. In Kronstadt bewaffnete man einige hundert Volksdeutsche, darunter mehrere Gymnasiasten, von denen bei den nachfolgenden Kämpfen viele den Tod fanden. Der Kreisleiter in Hermannstadt weigerte sich, diese Maßnahmen durchzuführen. Im allgemeinen trösteten die Beamten der Volksgruppe die erschrockene ~~deutsche~~ Bevölkerung mit der Versicherung, ein militärischer deutscher Gegenstoß werde das Blatt wenden. Dennoch verließen mit den abrückenden deutschen Truppen in Südsiebenbürgen ^{besonders} und im Banat zahlreiche ^{Sachsen aus Schwaben} Volksdeutsche die Heimat, ^{überstürzt mit} meist mit geringem Gepäck. Die ^{weitaus} ^{überwiegende} ^{Menge} ~~Zahl~~ der deutschen Bevölkerung blieb aber zu Hause. Eine vollständige Evakuierung erfolgte lediglich in dem südlich Kronstadt gelegenen Busteni mit Hilfe eines

deutschen Eisenbahnkommandos.

Unmittelbar nach dem Umsturz ließ die neue Regierung Waffen, Radiogeräte, Kraftfahrzeuge und Fahrräder der Volksdeutschen einziehen, sperrte ^{ihnen} die ~~deutschen~~ Telefonanschlüsse ^{und}, zwang die ~~Volksdeutschen~~ ~~aber~~ auch die Madjaren, sich bei den Polizeibehörden zu melden, wo ihnen ein Sonderausweis ausgehändigt wurde, der sie verpflichtete, sich jederzeit auf Befehl binnen zwei Stunden bei der Polizei einzufinden. Nach kurzem wurde ihnen das Verlassen der Wohnorte und die Benutzung der Eisenbahn untersagt. Die Dienststellen der Volksgruppe und ihrer Organisationen verfielen der ~~Beschlagnahme~~ ^{Schließung}, ohne daß vorher Akten und Karteien vernichtet werden konnten. Die wichtigsten Funktionäre, in vielen Orten auch politisch nie hervorgetretene Persönlichkeiten, wurden verhaftet und interniert. Nach Abschluß des Waffenstillstandes dehnte sich diese "antifaschistische" Säuberung unter russischem Einfluß auf deutsche ^aRedakteure, angesehene Wirtschaftsleute, zum Teil auf Pfarrer und Ärzte aus.

Die Internierten brachte man ins Lager ~~TRAGULIUM~~ Targu-Jiu südlich der Karpaten, später auch nach Slobozia in der Baragan-Steppe und nach Turnu-Magurele. Es dürfte sich insgesamt um höchstens 3000 Personen gehandelt haben, die anfangs korrekt, ja freundlich behandelt wurden, wie überhaupt die rumänischen Behörden und die rumänische Bevölkerung im allgemeinen keine Deutschfeindlichkeit zeigten, obwohl ^{ein Teil} ~~die~~ Presse ~~von 1944~~ sofort mit der Hetze gegen die Deutschen ^{Sachsen und Schwaben} begann.

^{An die Spitze} Die Führung der Volksgruppe, ^{setzte sich} übernahm die durch Dekret vom 8. Oktober 1944 offiziell aufgehoben wurde, unmittelbar nach der Kapitulation Senator Dr. Hans Otto Roth ^{mit} in einem "Aufruf an die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben", der am 1. September 1944 im "Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatt", das bald sein Er-

scheinen einstellen mußte, veröffentlicht wurde. Roth fand bei den demokratischen rumänischen Parteien Verständnis, bei Maniu auch Hilfe, sogar die Herausgabe der "Temesvarer Zeitung", die eine Ausgabe für Siebenbürgen herstellte, ließ sich ermöglichen, während ein sozialdemokratisch-deutsches Blatt, die "Freiheit", gegründet werden durfte, aber Roths Möglichkeiten erschöpften sich nach dem Regierungsantritt Grozas ~~Wahl~~; ~~Wahl~~ der ~~Wahl~~ "bürgerlicher Reaktionär" ~~war~~ war für die Kommunisten kein Partner.

Mit dem Vordringen der Sowjettruppen verdüsterte sich die Lage der Volksdeutschen ^{noch mehr}. In manchen Orten plünderte der Pöbel sächsische und schwäbische Höfe. Die Ausschreitungen und Vergewaltigungen der Rotgardisten machten allerdings keinen Unterschied zwischen den Nationalitäten. Als sich in Mittelsiebenbürgen, vor allem unter der Führung des aus Kronstadt ^{nach bitteren Kämpfen nachher} stammenden ~~gefallen~~ Obergruppenführers Phleps der deutsche/militärische Widerstand versteifte, ^{Wuchs} schien die Hoffnung auf ~~eine~~ Befreiung, begründet zu sein, doch schwand sie ^{wieder beim} bald unter dem langsamen, aber erfolgreichen weiteren Vorrücken der Russen. Phleps sah sich genötigt, die Eva-kuierung der nordsiebenbürgischen, von den Sowjets noch nicht besetzten deutschen Gebiete anzuordnen, wobei auch einige Gemeinden Mittelsiebenbürgens betroffen wurden. Die Gebietsleitung der Volksgruppe in Nordsiebenbürgen hatte schon im Frühjahr Aussiedlungspläne hergestellt. Mit ihrer Hilfe gelang es, ohne größere Störung die Treckgruppen zusammenzustellen, die fast die gesamte deutsche Bevölkerung der erwähnten Gebiete, ~~insgesamt etwa 48.000~~ ^{etwa 48.000 Menschen} (nach einem Bericht der volksdeutschen Mittelstelle Berlin vom November 1944) über Ungarn ins Gebiet des damaligen Deutschen Reiches brachten. Die Gesamtzahl der aus Rumänien geflüchteten Volksdeutschen belief sich auf nahezu 100.000 Personen, von denen nach Kriegesende freiwillig, ~~zum~~ ¹⁾ ~~aber~~ durch sowjetische ~~Truppen~~

1) Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa Band III. Das Schicksal der Deutschen in Rumänien, Herausgegeben vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1957, Seite 572.

etwa 15.000 bis 20.000 aus den von den Sowjets überfluteten östlichen Reichsgebieten im Sommer 1945 wieder heimgeführt wurden.

Die leerstehenden Höfe der Abgewanderten waren die Beute von Plüderern, wobei sich die Ausschreitungen oft auch auf die benachbarten, zurückgebliebenen Bauern ausdehnten. ^{überall im Lande, vornehmlich in den Küsten-} In ~~Süd-~~^{Süd-}Siebenbürgen schwen- gen ^{den Küsten-} sich trotz ihrer geringen Zahl die Kommunisten zu örtlich gefürchteten Scharfmachern auf, bewirkten ^{bei den Volksdeutschen} Hausdurchsuchungen, Verhaftungen, verdrängten zahlreiche Familien aus ihren Wohnungen und beschlagnahmten Kleider, Möbel und andere Gegenstände. Auch zu Arbeitsleistungen wurden Volksdeutsche mit Vorliebe genötigt. Trotzdem schienen sich die schlimmen ^{ih} Befürchtungen, die man gehegt hatte, nicht ^{zu} erfüllen: ^{die} Gleich nach der Kapitulation war nämlich ~~das Gerücht von einer Deportation der Deutschen nach Rußland.~~ ~~aufgetaucht.~~

Gegen Ende des Jahres ^{aber} belebte ~~es~~ ^{diese Angst} sich wieder. Man munkelte, ^{habe} ~~dass~~ die Regierung 100.000 Zwangsarbeiter den Sowjets in einer Geheinklausel des Waffenstillstandsvertrags ^{habe} zugesagt. Es verdichtete sich vor allem die Gewissheit, daß das Kabinett Radescu beabsichtige, diese Zwangsarbeiter ausschließlich aus den Volksdeutschen herauszuziehen. Gewisse Kreise meinten, die Sabotageversuche des Volksgruppenführers Andreas Schmidt, der ^{begleitet von} sich ~~mit~~ einigen Gefährten, mit Fallschirmen in Siebenbürgen hatte absetzen lassen und nachher gefaßt worden war, hätten die Regierung beeinflusst, wofür eine Bestätigung aber nicht gefunden werden kann. ^{Dr.} Hans Otto Roth und der ^{frühere} Banater Schwabe ^{... nicht Abgewanderte} Dr. Franz Kräuter bemühten sich, ^{vergeblich} die Deportation zu verhindern.

Am 2. und 3. Januar 1945 setzten ~~den~~ schlagartig zunächst im ~~Sath~~ ^{Sath}marer Gebiet, dann in der Nacht vom 10. zum 11. Januar in Kronstadt und Bukarest und anschließend im ganzen Land nach gut vor-

bereitetem Plan die Verschleppungen ein. Alle Männer vom 17. bis
zum 45., Frauen vom 18. bis 30. Lebensjahr, wobei vor allem auf
dem Land auch Ältere und Jüngere ergriffen wurden, trieb man mit
Polizei und Militär zusammen, ~~stieß~~ sie in ~~Wagen~~ Eisenbahn-
~~Wagen~~ und verfrachtete sie nach Rußland. Die politische Haltung
des Einzelnen blieb ^{bei der Anhebung} unberücksichtigt. Sowohl die madjarisierten
Schwaben des ~~Sach~~marer Gaus wie die deutschen Kommunisten des
Industriegebiets Reschitza wurden deportiert. Manche entgingen
der Verschleppung durch Flucht, Mädchen durch rasch geschlossene
Ehen mit Rumänen. ~~auf~~ Auf's Ganze gesehen aber gelang es nur we-
nigen, sich zu retten. Die Fahrt in den primitiv eingerichteten
Güterwagen bei Kälte und Hunger forderte die ersten Todesopfer.
Die Mehrzahl ^{des Verschleppten} kam ins Donezbecken um Stalino und Woroschilowgrad,
andere nach ~~Kriwoi~~ Kriwoi-Rog und Dnjepropetrowsk, eine kleine
Gruppe in die Bergwerkslager des Ural. Durch die unerhört schwe-
re Arbeit unter Tag oder in Wäldern bei mangelhafter Verpflegung
und Bekleidung, vornehmlich in den ersten zwei Jahren, erkrankten
viele der Verschleppten, und schon nach 12 Monaten mußten Trans-
porte von Invalidgewordenen zusammengestellt und nach Westen ge-
führt werden. Diese Transporte wurden zum größten Teil nach Frank-
furt an der Oder geleitet. Die Masse der Deportierten entließ
man erst 1948/49 nach Deutschland oder Rumänien, die letzten tra-
fen 1951 in der Heimat ein. Von den insgesamt 75.000 Verschlepp-
ten erlitten in Rußland mehr als 10.000, also fast 15% den Tod.
Fast die Hälfte der Heimkehrer fand in Deutschland und Österreich
eine neue Heimat. Nach Erhebungen der evangelischen Landeskirche
sind von den 26.000 Siebenbürger Sachsen 3400 umgekommen.

Kein Ereignis ^{hätte} auf die seelische Verfassung der Deutschen
im Banat und in Siebenbürgen eine so schreckliche Wirkung ausge-
~~übt~~ wie die Verschleppung. In der Heimat blieben während jener

fünf

(dunklen Jahre nur Kinder zurück und die Alten, da die wehrhaften Jahrgänge zum überwiegenden Teil nach ihrer Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft in Deutschland und Österreich lebten. Eine Ver~~ach~~erung der Volksdeutschen war in dieser Zeit so gut wie unmöglich.

Und während die arbeitsfähigen Männer und Frauen - nur Frauen mit einem Kind unter einem Jahr waren von der Verschleppung verschont geblieben - in den Dörfern und Städten der Volksdeutschen fehlten, zog sich ein neues Gewitter zusammen: die Agrarreform.

Am 19. März 1945 veröffentlichte das Amtsblatt dieses die vielhundertjährige Wirtschaftsverfassung der Deutschen zerstörende Gesetz, dessen ^{3.} ~~zweiter~~ Artikel die entschädigungslose Enteignung der Bodenflächen und landwirtschaftlichen Besitztümer jeder Art anordnet, die deutschen Staatsangehörigen sowie rumänischen Staatsangehörigen deutscher Volkszugehörigkeit gehörten, die mit Hitler-Deutschland zusammen-gearbeitet haben. Enteignet werden mußten auch die Gründe und landwirtschaftlichen Besitze der Kriegsverbrecher, der für das Unglück des Landes Verantwortlichen und jener, die nach dem 23. August 1944 ins Ausland geflohen sind, ferner nach der Definition der Durchführungsverordnung auch das landwirtschaftliche Eigentum der rumänischen Staatsbürger, die Angehörige der deutschen Waffen-SS waren, mit ihren Familienangehörigen in auf- und absteigender Linie, und der Volksdeutschen, die der deutschen Volksgruppe angehört hatten oder in irgend einer Weise das hitleristische Deutschland unterstützt hatten, sei es auf politischen, wirtschaftlichem, kulturellem oder sportlichem Gebiet.

Das Volksgruppende~~kret~~ der Antonescu-Regierung vom 20. November 1940 hatte alle rumänischen Staatsbürger deutschen Volkstums

zu Mitgliedern der Deutschen Volksgruppe in Rumänien erklärt. Infolgedessen bedeutete die Bodenreform die vollständige Enteignung der deutschen Bauern. Verschont blieben lediglich die wenigen, die aus der Volksgruppe ausgetreten waren und jene, die nach dem 23. August 1944 in der rumänischen Armee gegen Deutschland gekämpft hatten. Eine überaus geringe Zahl, zu der nach einer Entscheidung des Landwirtschaftsministeriums vom 31. Mai 1946 auch Zwangsevakuierte hinzugerechnet wurden, ~~das~~ aber bloß Volksdeutsche Rückkehrer aus ~~Satmar~~ und Nordsiebenbürgen betraf, sofern sie nicht Mitglieder des Volksbundes der Deutschen in Ungarn gewesen waren.

Die Enteignung und Neuverteilung vollzog sich durch örtliche Ausschüsse, zusammengesetzt aus Kleinbauern, Zigeunern und rumänischen Landarbeitern, in ungeordneter Form und war schon im Sommer 1945 beendet, ohne Berufungen zuzulassen. Im allgemeinen nahm man den Deutschen sofort Vieh und Geräte ab, dann wurden Boden und Gebäude auf die neuen Besitzer aufgeteilt, soweit sich diese nicht schon selbst in die Höfe gesetzt hatten, die ihnen gefielen. In Siebenbürgen waren die Kolonisten vorwiegend Zigeuner und "Motzen", also Gebirgsrumänen, im Banat herangeführte Rumänen aus dem Altreich. Die ~~ortsansässigen~~ ordentlichen rumänischen Bauern beteiligten sich nur in geringer Zahl an der von ihnen als unrecht betrachteten Enteignung. Viele der Neubauern beschränkten sich darauf, die empfangenen Besitztümer zu vergeuden und nachher abzuwandern.

Nach amtlicher Mitteilung belief sich im Frühling 1947 die Zahl der enteigneten Grundbesitzer auf 143.219 mit 1.443.911 ha im ganzen Lande. Die Enteignung der deutschen Bauern ergab 536.000 ha. Die Zahl der enteigneten Besitzer betrug in Siebenbürgen 62.157, im Banat und in Szatmar 73.381, im Altreich nur

7.681. Es entfielen damit 97% der Enteigneten auf die deutschen Gebiete. Von den 34.500 sächsischen Höfen blieben nur 800 im Besitz der rechtmäßigen Eigentümer, das heißt: wenn früher rund fünf Köpfe auf einen Hof ^{Kamen} entfielen, so jetzt nach der Reform 187. Der durchschnittliche Kopfanteil an sächsischem Grundvermögen betrug vor der Reform 2,65 Joch, nachher 0,071 Joch. Rund 130.000 siebenbürgisch-deutsche Bauern wurden von Hof und Haus vertrieben. Sie verloren 80.000 Stück Hornvieh, 25.500 Pferde, alle Schweine, und 56.300 Schafe und den gesamten landwirtschaftlichen Bestand an Maschinen und Geräten. Im selben Verhältnis wurden die Banater Schwaben enteignet.

^{beiden deutschen Bauernstämmen}
Geblieben waren nur die Weinberge, weil die Kolonisten unfähig waren, sie zu bewirtschaften. Die Unterbringung der vertriebenen Bauern erfolgte in ~~den~~ Zigeunerhütten, in Schulgebäuden oder in Nebenräumen der Höfe. Es ergab sich dabei, daß die arbeitsungewohnten und unerfahrenen Kolonisten in vielen Fällen den bisherigen Eigentümer baten, für den halben Ertrag ^{sein} ~~das~~ frühere Eigentum zu bestellen. Andere Bauern wieder mußten ihr Brot in Fabriken, bei Gelegenheitsarbeiten oder beim Straßenbau und auf den Muster- und Versuchsgütern verdienen. Für die meisten waren die Jahre 1946/47 Zeiten des Hungers, und erst die Errichtung von Staatsgütern (Kolchosen, Genossenschaften usw.) brachte ~~ihnen~~ eine verhältnismäßige ^{Besserung ihrer Lage.} ~~einträglich~~ Arbeit.

Besonders gefährlich für den Fortbestand des Deutschtums ~~ist~~ ^{von der} die durch die Bodenreform herbeigeführte Zersiedlung der bis dahin deutschen Dorfgemeinschaften durch ~~die~~ rumänische und zigeunerische Kolonisten.

Während die bauerliche Grundlage der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben durch die ~~Bodenreform~~ vernichtet wurde, behauptete sich ^{noch} der deutsche Anteil am Wirtschaftsleben der Städte bis

wardein Mgr. Johann Scheffler einen treuen Vertreter.

In der Evangelischen Landeskirche A.B. war an Stelle des zurückgetretenen Bischofs Wilhelm Staedel, der im September 1944 interniert wurde und nach etlichen Jahren nach Deutschland auswandern durfte, der bisherige Bischofsvikar Dr. Friedrich Müller, allerdings erst nach einer Auseinandersetzung mit dem Altbischof Glondys getreten. Die Bestätigung der Wahl erfolgte durch Groza bald nach dessen Regierungsantritt. Auf Grund guter persönlicher Beziehungen zum neuen Ministerpräsidenten gelang es Dr. Müller, bei der Evangelischen Kirche ^{Landes die Verwaltung} ~~als Trägerin~~ des sächsischen Schulwesens bis ~~im~~ Ende 1947 zu erhalten. Die deutsche Predigt war ebenso gestattet wie die Herausgabe eines kirchlichen Wochenblattes und der Mitteilungen des Brukenthalmuseums in Hermannstadt, ~~das~~ freilich 1947 einging. Die Schulen hatte die Kirche nach Beseitigung der deutschen Volksgruppenorganisation wieder an sich genommen, doch waren viele Schulgebäude beschlagnahmt, teils von Lazaretten, teils von rumänischen Lehranstalten. ~~Boch konnte~~ ^{konnte} der Unterricht ^{im} Wesentlichen trotz großem Lehrermangel fortgesetzt werden. Im Banat allerdings mußten viele deutsche Kinder rumänische Schulen besuchen, bis dann ab 1. April 1946 ~~auch dort~~ 169 deutsche Lehrer und Lehrerinnen nach ihrer "Säuberung" ins Lehramt zurückkehren durften, ~~im Banat war das deutsche Schulwesen~~ ^{war hier} hauptsächlich ~~st~~ ^{staatlich}. In ~~vielen~~ ^{zahlreichen} Gemeinden wurden vierklassige deutsche Volksschulen den rumänischen Anstalten angeschlossen.

Das deutsche Kulturleben ~~stark~~ erlosch nach dem Umschwung von Monat zu Monat immer mehr. Die ~~vielen~~ kulturellen Vereine verfielen der Auflösung. Die deutsche Presse mußte ihr Erscheinen einstellen. Im Jahre 1946 verurteilte das Volksgericht in Klausenburg in einer fünf Minuten dauernden Sitzung summarisch

fast alle ^{volke} bekannten deutschen Journalisten zu Kerkerstrafen von fünf bis zwanzig Jahren. Einigen der wichtigsten gelang die Flucht nach Deutschland.

Unsäglich schwer war auch das Leben jener Volksdeutschen, die im Herbst 1944 nach Westen hatten fliehen können, aber in den Ostgebieten des damaligen Deutschen Reichs, von den Russen überflutet, wieder zurückkehren mußten. Sie trafen nach einer Wanderung voll Angst und Hunger in ihren ausgeplünderten Dörfern ein. In ^{den} ~~ihren~~ Höfen saßen Zigeuner und rumänische Kolonisten, ^{sie ver} wehrten ihnen den Eintritt. Die Evangelische Landeskirche sah sich genötigt, eine Hilfsaktion für sie durchzuführen. Im Laufe der Zeit gelang es ihnen, ^{meist} sich mit den Kolonisten zu einigen, die einzelne Räume für sie freigaben. Andere freilich suchten ihr Brot in Gelegenheitsarbeiten oder durch Bettelei. Die einstigen Angehörigen der Waffen-SS wurden in Gefängnisse eingeliefert, teilweise nach Ostdeutschland abgeschoben und erst nach längerer Zeit entlassen.